

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Mit dieser Ausgabe möchte der vlw für die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz einen neuen Weg eröffnen, Sie möglichst schnell und „kompakt“ über wichtige und interessante Themen zu informieren. „vlw-kompakt“ wird monatlich erscheinen, und wir hoffen, Sie dadurch noch besser und schneller zu informieren. Und noch ein Tip: bitte schauen Sie auch auf unsere neu gestaltete Homepage unter [www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de). Und jetzt wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen,  
Ihr Karl-HeinzFuß,  
Landesvorsitzender



## Beförderungsverfahren 2010

Zum 18.5. sollten 84 Kolleginnen und Kollegen im „Sektor 1“ von A13 nach A14 befördert werden. Im Bereich des „Sektors 2“ standen 22 Stellen zur Verfügung, die durch die ADD nach einem landesweiten Ranking vergeben werden. Nach den Ergebnissen der dienstlichen Beurteilungen wären 15 der 22 Beförderungen im Bezirk Koblenz vorzunehmen gewesen. BPR und HPR gehen davon aus, dass bei einer einheitlichen Anwendung des Maßstabes zur Erstellung von dienstlichen Beurteilungen ein Ergebnis zutage getreten wäre, das zu einer aus ihrer Sicht gerechteren Verteilung der Beförderungsmöglichkeiten im Sektor 2 geführt hätte. Die Überprüfung durch die ADD hat dazu geführt, dass das landesweite Ranking für die 22 im Sektor 2 zu vergebenden Beförderungsmöglichkeiten modifiziert wurde. Deshalb sind zum offiziellen Beförderungstermin an drei Schulen im Bezirk Koblenz die Beförderungen noch nicht ausgesprochen worden. Finanzielle Einbußen sollen den Betroffenen nicht entstehen, da bis zu einer dreimonatigen Verzögerung entsprechende Nachzahlungen erfolgen. **Näheres in einer ausführlichen Sonderinformation durch BPR und HPR!**

## Erweiterung von „PES“

Das Bildungsministerium beabsichtigt, in Zukunft „PES-Verträge“, die bislang eher kurzfristig ausgelegt waren, längerfristig, im Falle von Mutterschutz bzw. Elternzeitvertretungen gar auf einen Zeitraum von bis zu drei Jahren abzuschließen.

Bezirks- und Hauptpersonalrat haben dies abgelehnt, weil:

- die örtlichen Personalräte schwerlich auf die Erfahrung und den Überblick zurückgreifen können, über die der Bezirkspersonalrat verfügt;
- die Längerfristigkeit der „PES“-Verträge sich auch auswirken würde auf das Erstellen von Arbeitsplänen, den Einsatz für Klassenleitungen, die Notengebung bis hin zu Zeugnissen und Abschlusszeugnissen.

Inzwischen wurde für alle Schularten in Rheinland-Pfalz die Einigungsstelle angerufen, allerdings war das Ergebnis trotz unserer guten Argumente aus unserer Sicht negativ, sodass die geplanten Änderungen jetzt in Kraft gesetzt werden.

Dazu meint der vlw:

**Die örtlichen Personalräte müssen ihren erweiterten Aufgaben auch gerecht werden können. Die Unterrichtsqualität an unseren Schulen darf durch die immer zahlreicheren Kräfte ohne vollwertige Ausbildung nicht sinken! Dadurch wird letztlich nur Unterrichtsausfall verschleiert!**

## Vorübergehende Wegnahme von Gegenständen als erzieherische Maßnahme

Die zuständige Referentin des Ministeriums erläuterte, dass die Wegnahme eines Handys eine „erzieherische Maßnahme“ darstelle. **Auch wenn diese Maßnahme nicht explizit in der Schulordnung für BBS aufgeführt wird, ist gegen eine solche Maßnahme nichts einzuwenden.**

## vlw-Landesvorstand distanziert sich von dbb-Aufruf zur Mahnwache für einheitliche Besoldung

Mit Empörung hat der Landesvorstand des **vlw** auf den Aufruf der dbb-Tarifunion an alle Kolleginnen und Kollegen in den Schulen reagiert, am 4. Mai im Rahmen eines Warnstreiks zu einer Mahnwache vor dem Finanzministerium zu kommen. Die dbb-Tarifunion hat dabei gemeinsam mit der GEW zu dieser Mahnwache aufgerufen.

**Erklärtes Ziel dieser Mahnwache war offensichtlich die einheitliche Besoldung der Lehrkräfte aller Schularten. Dies setzt jedoch die gleichwertige Qualifikation sowie den gleichwertigen Anspruch an die Ausübung der Berufstätigkeit voraus, was faktisch nicht gegeben ist.**

Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für den Unterricht an Berufsbildenden Schulen müssen neben einem abgeschlossen Universitätsstudium (zukünftig: Master) eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. mindestens ein einjähriges einschlägiges Praktikum vorweisen. Für kein anderes Lehramt werden so hohe Voraussetzungen gefordert.

Auch inhaltlich ist unsere Tätigkeit von einem sehr hohen Anspruch geprägt. Der Unterricht in den berufsbezogenen Fächern unterliegt dem stetigen Wandel mit immer kürzer werdenden Halbwertszeiten bei den fachlichen Inhalten. Dies erfordert die ständige Erneuerung der Unterrichtsvorbereitungen sowie den kontinuierlichen Besuch von Fortbildungsveranstaltungen. Zusätzlich zur Kooperation mit den Eltern ist auch der stetige Kontakt zu den Ausbildungsbetrieben erforderlich. Gleichzeitig haben wir erhebliche pädagogische Herausforderungen zu bewältigen. Während wir im Berufsvorbereitungsjahr und in der Berufsfachschule I diejenigen Schülerinnen und Schüler qualifizieren, denen zuvor die so oft zitierte „Ausbildungsreife“ fehlt, befähigen wir die Auszubildenden in den unterschiedlichsten Berufen für ihre Abschlussprüfungen und die anschließende Berufsausübung. Darüber hinaus vermitteln wir einem Teil von ihnen den qualifizierten Sekundarabschluss I und führen entsprechend begabte Jugendliche zur Fachhochschulreife und zur allgemeinen Hochschulreife. Im Bereich der beruflichen Weiterbildung verhelfen wir Fachkräften zu zusätzlichen Qualifikationen.

Lehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen sind bei der Einstellung nach dem Referendariat, bedingt durch die oben aufgeführten Qualifikationsanforderungen, im Durchschnitt 30 Jahre alt. Eine einheitliche Besoldung würde zweifellos bedeuten, dass sie - bezogen auf das Lebenseinkommen - gegenüber Kolleginnen und

Kollegen anderer Lehrämter benachteiligt würden. Der Anreiz für ein Studium des Lehramts an Berufsbildenden Schulen würde bei einheitlicher Besoldung verloren gehen, was den ohnehin vorhanden Bewerbermangel nochmals verschärfen würde.

**Der vlw-Landesvorstand lehnt deshalb die Forderung nach einheitlicher Besoldung für alle Lehrkräfte ab.**

**Vielmehr müssen sich die gegenüber anderen Lehrämtern erhöhten Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen sowohl bezüglich der Ausbildung als auch die Berufsausübung betreffend in einer höheren Besoldung ausdrücken.**

## Neuer Bezirksvorsitzender in der Pfalz

Auf der Bezirksdelegiertenversammlung des **vlw** Pfalz vom 19. April 2010 wurde **Andreas Seehaus** zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. In geheimer Abstimmung erhielt Herr Seehaus 100% der abgegebenen Stimmen.



**Frieder Heil** und **Andreas Seehaus** verabschiedeten **Mechthild Antony-Hatzfeld** als langjährige Bezirksvorsitzende der Pfalz, bedankten sich herzlich für die mit hohem Engagement geleistete Arbeit für den Verband, auch für die offene, stets faire und herzliche Zusammenarbeit.

**Andreas Seehaus** unterrichtet an der BBS Landau die Fächer Sozialkunde und BWL und ist dort Vorsitzender des örtlichen Personalrats. Landesvorsitzender **Karl-Heinz Fuß** gratulierte und begrüßte Andreas Seehaus als neues Mitglied im Landesvorstand des **vlw**.

## Herbst-Highlights

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das neue Schuljahr beginnt mit der erfreulichen Nachricht, dass das Bundesverfassungsgericht die Nichterkennung des häuslichen Arbeitszimmers gekippt hat. Hierbei zeigt sich wieder einmal, dass politische Entscheidungen nicht immer auf juristisch solidem Grund getroffen werden, sondern regelmäßig hinterfragt und juristisch geprüft werden müssen. Dies ist eine wesentliche Aufgabe, der sich der **vlw** mit Unterstützung seiner Dachorganisationen dbb verpflichtet fühlt.



Auch abseits der politischen Bühne ist der vlw aktiv. So wird es **am 8. und 9. September eine jeweils eintägige Personalrätefortbildung** geben, erstmals gemeinsam von **vlw** und vlbs angeboten und durchgeführt.

Für unsere Kolleginnen und Kollegen, die im kaufmännischen Bereich unterrichten, hat der **vlw** als **besonderes Highlight eine Fortbildung bei der Firma juwi Holding AG** am 30. September organisiert. Lassen Sie sich vom Erfolg eines jungen aufstrebenden Unternehmens begeistern und nutzen Sie die Gelegenheit zum Gespräch mit Fachleuten in der beruflichen Praxis. Anmeldungen werden direkt von der **vlw**-Landesgeschäftsstelle entgegengenommen.

**vlw**-intern haben wir einiges für unsere aktiven Mitglieder vorbereitet. So wird es in der 2. Septemberhälfte eine **Informations-Veranstaltung für die Ortsvorsitzenden** geben. Zeitgleich läuft die Vorbereitung für unsere **Landesdelegiertenversammlung am 9. November in Emmelshausen** auf vollen Touren. Schwerpunkte werden Haushaltsfragen und das Verabschieden von Anträgen sein, die das Betätigungsfeld des **vlw** im kommenden Jahr bestimmen werden. Nutzen Sie deshalb in Ihren Orts- und Bezirksverbänden die Möglichkeit, Anträge zu formulieren und fristgerecht einzureichen. Für den Nachmittag hat der **vlw** im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen im

kommenden Jahr die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen zur Podiumsdiskussion eingeladen. Es wird sicherlich spannend, wie sich diese zur Zukunft der BBS äußern werden und was Sie bereit sind, dafür zu tun.

Der **vlw** ist jedenfalls bereit, dafür zu kämpfen, dass die Stellung der berufsbildenden Schulen im Schulsystem gestärkt wird und unsere Schulen adäquat ausgestattet werden.

Für das neue Schuljahr wünsche ich Ihnen viel Erfolg und grüße Sie herzlich

Ihr Karl-Heinz Fuß

## Bezirksversammlungen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in den beiden **vlw**-Bezirken Koblenz und Rheinhessen finden, zur Vorbereitung der Landesdelegiertenversammlung am 9. November, Bezirksversammlungen statt. Nutzen Sie die Möglichkeit, Ihre Fragen und Anliegen anzubringen!

### Bezirk Koblenz:

**Montag, 23. August 2010, BBS Simmern, 14:30 Uhr, Aula**

Vortrag von **Dr. Markus Böhner** (Seminarleiter Mainz) zum Thema: "Die 'verschlungenen' Pfade des Wirkungsprozesses von Bologna auf die Unterrichtsvorgaben und den zu haltenden Unterricht an berufsbildenden Schulen".

### Bezirk Rheinhessen:

**Mittwoch, 8. September 2010, Gustav-Stresemann-Wirtschaftsschule, Hechtsheimer Str. 31, 55131 Mainz, 16:00 Uhr**

Referat von Herrn **Dr. Rüdiger Tauschek** (MBWJK Mainz) zum Thema: „Vom Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR)“.

## Schallende Ohrfeige für den Finanzminister

**„§ 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6b des Einkommensteuergesetzes ... ist mit Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes unvereinbar, soweit das Abzugsverbot Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer auch dann umfasst, wenn für die betriebliche oder berufliche Tätigkeit kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht.“**

Hinter diesem juristendeutschen Satz – zitiert aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Juli 2010 - verbirgt sich eine schallende Ohrfeige für den Finanzminister und eine späte Schaffung von Steuergerechtigkeit. Gekippt wurde eine seit 2007 geltende Verschärfung im Steuerrecht, nach der der steuerliche Abzug von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer sowie die Kosten der Ausstattung nur noch, wenn das Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung bildet, möglich war.

Dem haben die Richter nunmehr widersprochen: Aufwendungen für häusliche Arbeitszimmer müssen laut Urteil auch dann von der Steuer abgesetzt werden können, wenn das Zimmer nicht den Mittelpunkt der gesamten Arbeit darstellt - der Steuerpflichtige dort also nur einen Teil seiner Arbeit verrichtet. Voraussetzung dafür sei aber, dass für die zu Hause verrichteten Tätigkeiten kein anderer Arbeitsplatz vom Arbeitgeber zur Verfügung stehe.

Das Gericht verpflichtet den Gesetzgeber dazu, **rückwirkend auf den 1. Januar 2007 den verfassungswidrigen Zustand zu beseitigen.** Laufende Verfahren seien auszusetzen.

Geklagt hatte ein Kollege, der die Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer geltend gemacht hatte, das er täglich zwei Stunden nutzte. Das Finanzamt erkannte die Werbungskosten dafür nicht an, mit der Begründung, dass das Zimmer nicht den Mittelpunkt seiner gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung bilde. Dies gelte auch dann, wenn für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts sowie Korrekturen kein Arbeitsplatz an

der Schule zur Verfügung stehe. Der Schulträger lehnte darüber hinaus den Antrag des Kollegen ab, dass ihm ein Arbeitsplatz in der Schule zur Vor- und Nachbereitung des Unterrichts zugewiesen werde. Das Bundesfinanzministerium hat eine baldige Neuregelung angekündigt. Entsprechende Steuerbescheide werden bis dahin nur noch vorläufig festgesetzt. Soweit vorläufige Bescheide nach einer Neuregelung zu ändern seien, soll dies direkt von den Finanzämtern erledigt werden – ein Einspruch der Betroffenen sei nicht erforderlich. Eine nachträgliche Änderung nicht angefochtener Steuerbescheide komme allerdings nicht in Betracht.

Hierzu stellt Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des vlw-rp fest: *„Das wurde höchste Zeit – das BVG bestätigte unsere Position in vollem Umfang. Die Verfassungsrichter haben die schreiende Ungerechtigkeit beseitigt, mit der der Staat sich auf Kosten seiner Beschäftigten bereichern wollte. Leider zeigt sich – wie im Verfahren unseres Kollegen Weitzel um die Übernahme der Kosten für die Schulbücher – dass der Dienstherr nur durch die Gerichte zu einer besseren Einsicht kommt, anstatt zur Abwechslung einmal auf die Argumente der Kolleginnen und Kollegen zu hören. Wir freuen uns über diesen Erfolg!“*

([http://www.bverfg.de/entscheidungen/ls20100706\\_2bvl001309.html](http://www.bverfg.de/entscheidungen/ls20100706_2bvl001309.html)Frei)

## Ganztagschule ja, Ausstattung nein

Eine kleine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion beantwortete die Landesregierung wie folgt:

*Die berufsbildende Schule gehört zur Sekundarstufe II. Innerhalb dieser Schulart ist die öffentliche Berufsschule Teilzeit... mit 78530 Schülerinnen und Schülern ...die größte Schulform... Dabei ist der Unterricht jeweils ganztägig organisiert.. Schon aus diesem Grunde ist ein Ganztagsangebot.... nicht umsetzbar. Bezüglich der Versorgung besteht für die überwiegend volljährigen Schülerinnen und Schüler in der Regel kein zusätzlicher Bedarf, da sie sich in der Mittagspause eigenverantwortlich versorgen....*

## „Bologna“ – mehr als ein lohnendes Urlaubsziel in der Emilia?

Hoher struktureller Unterrichtsausfall, schwierige Schüler, Ärger mit Kollegen, unzureichende Schulausstattung, gewachsene Belastungen – über diese „Alltagsprobleme“ hinaus wies **Dr. Markus Böhner**, Leiter des Studienseminars für berufsbildende Schulen in Mainz, bei einem Vortrag vor Kolleginnen und Kollegen des vlw in der BBS Simmern „Wir müssen für die Qualität unserer Lehre und Ausbildung kämpfen“ – dies war eine der Kernaussagen seines bemerkenswerten Vortrags.

Auf Einladung von **Gernot Kormann**, Vorsitzender des Bezirks Koblenz, waren Kolleginnen und Kollegen aus den Schulen des Bezirkes zur BBS Simmern gekommen. Dr. Markus Böhner referierte zum Thema „Die verschlungenen Pfade des Wirkungsprozesses von ‚Bologna‘ auf die Unterrichtsvorgaben und den zu haltenden Unterricht an berufsbildenden Schulen“. Schnell wurde den Anwesenden klar, dass auch wir, in unserer täglichen Arbeit, vom „Bologna-Prozess“ betroffen sind.



Gernot Kormann (l.), Dr. Markus Böhner (r.)

Zu Beginn stellte Dr. Böhner fünf zentrale Wirkungen des „Bologna-Prozesses“ auf die Berufsbildenden Schulen vor:

1. Modularisierung des Lehr/Lernangebots.
2. Entwicklung zur Outputhaltung, Betrachtung der Ergebnisse von Lehr/Lernprozessen/ Outcomehaltung, mögliche Auswirkungen auf das Berufsleben.
3. Trend zur inhaltlich-curricularen Standardisierung.
4. Entwicklung kürzerer, strafferer Ausbildungsgänge.
5. Vom „Diplom-Handelslehrer“ zum „WIPÄD-Master“, erhöhter Aufwand für die Praktikumsbetreuung an unseren Schulen, Verkürzung des Vorbereitungsdienstes.

Er betonte, dass – im Gegensatz zu manch früheren Erfahrungen – eine fundierte Fachlichkeit die kompetenzorientierte pädagogische Arbeit erleichtere. Allerdings erfordert der „Bologna-Prozess“ völlig neue Anstrengungen etwa im organisatorischen Bereich – z.B. bei der möglichen Auflösung des Stundenplans. Auch ist die Frage zu stellen, inwieweit andere als schulische Leistungen beim Erwerb von „Credit Points“ anerkannt werden können, etwa als „informelle Kompetenzen“.

Die rege Diskussion erbrachte auch Fragen, Zweifel und Widerspruch: Der Unterricht in „Modulen“ führt, so die Befürchtung, zur Vereinzelung, zur Auflösung von Klassenverbänden; Module oder Lernfelder seien zu „kleinschrittig“, die Übersicht gehe verloren. Der Lernfeld-Unterricht sei schwer zu organisieren, es fehlten entsprechend ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer.

Eine zentrale Frage ist, wie unsere Abschlüsse international einzuordnen sind. Die Richtschnur dafür bildet der „Europäische Qualifikationsrahmen“ (EQR), nach dem die Abschlüsse – international vergleichbar – eingeordnet werden. Der EQR für lebenslanges Lernen ist eine Initiative der Europäischen Union (EU), er soll berufliche Qualifikationen und Kompetenzen in Europa vergleichbar machen. Bedingt durch die Unterschiede im Ausbildungssystem, müssen wir befürchten, dass die Abschlüsse unserer Schülerinnen und Schüler international unterbewertet sein könnten, etwa durch die Einordnung in die „Niveaustufe 3“ des EQR, während an einem „Technical College“ erworbene Qualifikationen, die möglicherweise für die Berufsausübung von geringerem Wert sind, auf Niveaustufe 5 eingeordnet werden, was erhebliche Auswirkungen auf die Vergütung und die Übertragung von Verantwortung im Arbeitsprozess hat.

Auch auf den wirtschaftspädagogischen Studiengang an der Uni Mainz wirken sich die Veränderungen des Bologna-Prozesses gravierend aus. Den „Diplom-Handelslehrer“ gibt es jetzt nicht mehr, die Studierenden erwerben den Abschluss eines „Masters of Education“, der Vorbereitungsdienst wird auf 15 Monate verkürzt, die Zahl der Praktikantinnen und Praktikanten wächst stark an (ohne dass die betreuenden Kolleginnen und Kollegen in den Schulen für die erhebliche Mehrarbeit angemessen entlastet werden).

Zum Schluss stellte Dr. Markus Böhner wichtige Fragen:

- Wie arbeiten wir zukünftig „modulartig“?
- Arbeiten wir hinreichend austauschbar (für die Mobilität der Schülerschaft)?

- Verstehen wir die „Kompetenzorientierung“ hinreichend?
- Sind wir uns über die Funktionen fachlicher Inhalte im Klaren?
- Wie gehen wir mit den neuen Lehrplänen um?
- Können wir informelles Lernen und Lernen am anderen Ort akzeptieren?
- Können wir uns zu regionalen Kompetenzzentren entwickeln?
- Wie gelingt es uns, die Wertigkeit unserer beruflichen Bildung zu erhalten?
- Wie gelingt es uns, die Qualität unserer Lehrerinnen- und Lehrerausbildung zu erhöhen?

Zum Schluss bedankte sich **Gernot Kormann** bei **Dr. Markus Böhner**, dessen „Vortrag“ sich zum regen Meinungsaustausch entwickelte, und beim Hausherrn, **Herrn OSTD W. Herbst**, Schulleiter der BBS Simmern, der auch intensiv an der Diskussion teilnahm.

In seiner anschließenden Bezirksversammlung stellte der Bezirk Koblenz wichtige Weichen für die Landesdelegiertenversammlung des **vlw** am 9. November 2010 im Emmelshausen.

### Gisela Wüsten - nach 30jähriger Tätigkeit in der Personalvertretung verabschiedet

Ende Juli dieses Jahres verabschiedete sich **StD Gisela Wüsten**, stellvertretende Landesvorsitzende des **vlw**, aus dem landesweit zuständigen Bezirkspersonalrat bei der ADD in Trier. **Willi Detemple**, Vorsitzender des BPR BBS, würdigte in seiner Ansprache das dreißig Jahre währende Engagement von Frau Wüsten für die Kolleginnen und Kollegen in verschiedenen Personalvertretungen im Bereich der berufsbildenden Schulen, im Örtlichen Personalrat der BBS Gerolstein, im Bezirkspersonalrat bei der Bezirksregierung in Trier, im Hauptpersonalrat in Mainz und schließlich wieder im Bezirkspersonalrat bei der ADD in Trier.

Ihre Personalratstätigkeit begann im Jahre 1980 mit der Wahl in den Örtlichen Personalrat der BBS Gerolstein; von 1988 bis 1993 war sie Mitglied im Bezirkspersonalrat bei der Bezirksregierung Trier und im Jahr 1989 übernahm sie zudem als Nachrückerin für **Helga Giebson** den stellvertretenden Vorsitz im Hauptpersonalrat. Diese Aufgabe füllte sie elf

Jahre lang aus bis zur Verwaltungsreform im Jahre 2000, die die Auflösung der Bezirksregierungen mit sich brachte und im September 2000 zur Entstehung landesweiter Bezirkspersonalräte im Bereich der Schulen führte. Dorthin wechselte sie aus dem HPR in den neu entstandenen Bezirkspersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen bei der ADD in Trier und übernahm dort ebenfalls den stellvertretenden Vorsitz. Gerade die ersten Jahre in diesem neu geschaffenen Gremium, das in seiner Arbeit die gänzlich „unterschiedlichen Kulturen“ von drei Fachreferaten verbinden musste, bedeutete in jeder Hinsicht eine große Herausforderung. Herr Detemple würdigte die Leistung von Frau Wüsten und ihre oft ausgleichende und konstruktive Art beim Finden tragfähiger Kompromisse und Positionen in den sich anschließenden zehn Jahren in diesem Gremium, die entscheidend mit dazu beigetragen habe, dass sich inzwischen ein nun landesweiter Bezirkspersonalrat etabliert hat, der im Bereich der berufsbildenden Schulen Vieles zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen beeinflussen konnte.

Frau Wüsten dankte allen BPR-Kolleginnen und Kollegen, insbesondere dem Vorsitzenden und auch den Gästen aus dem Fachreferat und dem Personalreferat der ADD bei aller Gegensätzlichkeit für das faire und von Toleranz geprägte Miteinander. „Unsere Kolleginnen und Kollegen der berufsbildenden Schulen können sicher sein, sie sind bei diesem Personalrat in den besten Händen! Ihre Anliegen und Interessen werden mit großem Sachverstand und mit hohem Engagement vertreten.“



Gisela Wüsten und Willi Detemple

## Landesverordnung zur Fachoberschule – eine Schulform der BBS!

*Auf seiner Sitzung am 27. August 2010 verabschiedete der Landesvorstand des vlw folgende Entschließung zum Entwurf der „Landesverordnung über die Fachoberschule“:*

Im Entwurf zur Landesverordnung über die Fachoberschule fällt die Terminologie „Fachoberschule an der Realschule plus“ auf. **Die Fachoberschule ist eine Schulform der Berufsbildenden Schule.** Diese Auffassung wurde im Battis-Gutachten bestätigt.

Die Investitionen, die in naher Zukunft für den Aufbau der neuen Fachoberschulen getätigt werden müssen, **sind zum groten Teil als überflüssig anzusehen**, da die notwendigen Fachräume an den berufsbildenden Schulen schon vorhanden sind, ebenso wie die berufsbezogene Qualifikation der Lehrkräfte.

In der Verordnung ist die Rede von zusätzlichen Kosten pro Klassenraum von 190.440 €, pro Fachraum bis zu 380.880 €. Aus Sicht des Steuerzahlers ist dies in keiner Weise gerechtfertigt, schon vor dem Hintergrund der bald greifenden Schuldenbremse.

Die Fachoberschule wird von einer A14-Lehrkraft mit berufsbezogener Ausbildung geleitet werden, was von uns grundsätzlich begrut wird. In Anbetracht eines nach wie vor hohen strukturellen Unterrichtsausfalls an berufsbildenden Schulen ist jedoch zu fragen, **woher diese Lehrkräfte kommen sollen, da diese an den berufsbildenden Schulen weiterhin dringend benötigt werden. Wir fordern, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die Nachwuchsgewinnung an Lehrkräften für berufsbildende Schulen zu verbessern.**

Es ist absehbar, dass eine zentrale Aufgabe des Organisationsleiters der Fachoberschule darin bestehen wird, sich der Kontakte zur Wirtschaft zu bedienen, um die notwendigen Praktikantenstellen zu besorgen. Auch an dieser Stelle wird deutlich, wie die

Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen als Steigbügelhalter für den Erfolg der Realschule plus missbraucht werden.

Die ministerielle Zuständigkeit für die Fachoberschule muss entsprechend der Zuordnung zur berufsbildenden Schule im Schulgesetz auch bei der Abteilung 4d im Ministerium liegen.

**Nach wie vor besteht der vlw darauf, dass der berufsbezogene Unterricht der Fachoberschule an der Realschule plus nur von Lehrkräften mit Lehrbefähigung für berufsbildende Schulen durchgeführt wird.**

## BBS Donnersbergkreis – Einigungsstelle empfiehlt, Außenstelle in Alsenz nicht einzurichten

In Alsenz sollte, an der „Nordpfalzsche“, eine Außenstelle der BBS Donnersbergkreis eingerichtet werden. Dies wurde von der Gesamtkonferenz der BBS Donnersbergkreis, dem Bezirks- und dem Hauptpersonalrat an BBS einhellig abgelehnt. Dieser Ablehnung schloss sich nunmehr die Einigungsstelle in ihrer Empfehlung an.

In der Außenstelle sollten zukünftig die Klassen der Fachschule Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik, zweizugig unterrichtet werden. Hierzu machten die Personalräte geltend, dass die Einrichtung eines vierten Standortes für die BBS Donnersbergkreis nicht sinnvoll sei, da am Standort Rockenhausen genügend Räumlichkeiten für die Unterbringung der beiden Klassen zur Verfügung stnden. Für über 80% der angemeldeten Schülerinnen und Schüler würde der Schulweg nach Alsenz zudem einen erheblich weiteren Schulweg, für die Kolleginnen und Kollegen der Schule der zusätzliche Schulstandort eine weitere Mehrbelastung bedeuten.

Die beiden Vertreter des vlw im Hauptpersonalrat, Karl-Heinz Fuß und Michael Lutz, begruen das Votum der Einigungsstelle. „Dies ist im Sinne der Schülerinnen und Schüler, denen weite Wege erspart bleiben, aber auch im Sinne der Unterrichtenden, denen ein vierter Schulstandort zugemutet werden sollte. Es kann nicht angehen, dass die Schulpolitik des Donnersbergkreises auf dem Rücken aller Beteiligten ausgetragen wird“, so Karl-Heinz Fuß. Mit Interesse erwarten alle Betroffenen, wie das Ministerium auf den Spruch der Einigungsstelle reagieren wird.

---

vlw aktuell - vlw aktuell - vlw aktuell - vlw aktuell - vlw aktuell -vlw aktuell -vlw aktuell -

INHALT - INHALT - INHALT - INHALT - INHALT - INHALT - INHALT - INHALT -

- **BBS Donnersbergkreis – Mitbestimmung mit Füßen getreten**  
Ministerin Doris Ahnen missachtet das Votum der Einigungsstelle und ordnet eine weitere Außenstelle in Alsenz an (mehr dazu auf Seite 2)
- **Landesvorstand sucht Gespräch mit Ortsvorsitzenden**  
Der Landesvorstand des vlw im Gespräch mit den Ortsvorsitzenden – Ziel ist eine Verbesserung der Kommunikation im Verband (mehr dazu auf Seite 2)
- **vlw und vlbs: Gemeinsame Schulung der Personalräte**  
Zum ersten Mal gemeinsam führten die beiden Verbände Personalräteschulungen in Koblenz und Kaiserslautern durch (mehr dazu auf Seite 2 und 3)
- **Invasion der Praktikanten**  
.... aus der Sicht von Andreas Werra (mehr dazu auf Seite 3 und 4)
- **Übernahme in das Beamtenverhältnis trotz Überschreitens der Altersgrenze möglich**  
Verwaltungsgericht in Neustadt fällt interessantes Urteil (mehr dazu auf Seite 4)

- KURZ UND AKTUELL - KURZ UND AKTUELL - KURZ UND AKTUELL –

- **Rückgabe der Ansparstunde ab dem Schuljahr 2011/12**  
Hauptpersonalrat fordert vom Ministerium, die Kolleginnen und Kollegen besser zu informieren
- **Situation an den Seminaren weiterhin angespannt**  
Viele Funktions- und Fachleiterstellen sind weiterhin unbesetzt; vlw fordert Ausweitung der Ausbildungskapazitäten
- **Konzept zur Weiterqualifizierung von Lehrkräften für die „Realschule plus“**  
vlw gegen eine Aufweichung der Anforderungen für die Unterrichtstätigkeit an der „Fachoberschule“ – einer Schulform der BBS!
- **Personalrechtliche Zuständigkeit für die „Fachoberschule“**  
Ministerium ordnet an: Eine Schulform der BBS – personalrechtlich zuständig sind die Personalräte der „Realschule plus“
- **Schulbuchausleihe ab dem Schuljahr 2011/12 auch an den BBS**  
vlw befürchtet Verwaltungsaufwand für Schulen und Kolleginnen und Kollegen



## Alsenz - Mitbestimmung mit Füßen getreten

Ministerin missachtet Votum der Einigungsstelle

So viel hält die Ministerin von der Mitwirkung in Bezirks- und Hauptpersonalrat: im Streit um die Einrichtung einer Außenstelle der BBS Donnersbergkreis an der Grund- und Realschule plus (Nordpfalzschule) in Alsenz zur Beschulung der Schülerinnen und Schüler der Fachschule Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik, erhielt der Hauptpersonalrat ein schlichtes Schreiben mit folgendem Inhalt:



*„.....nach Abschluss des personalrechtlichen Beteiligungsverfahrens hält das Ministerium...seine Entscheidung...aufrecht. Es ist veranlasst worden, dass die zuständige Schulaufsicht die für die Einrichtung der Außenstelle erforderlichen Verfahrensschritte umsetzt. Die Einrichtung der Außenstelle erfolgt zum Schuljahr 2011/2012.“*

Die Gesamtkonferenz der BBS Donnersbergkreis, der Bezirks- und auch der Hauptpersonalrat hatten dies – mit guten Gründen – abgelehnt. Dieser Argumentation folgte mehrheitlich sogar die Einigungsstelle (unter dem Vorsitz einer neutralen Richterin). Ein entscheidendes Argument war und ist, dass für ca. 80% der Schülerinnen und Schüler der Weg nach Rockenhausen teilweise erheblich kürzer als nach Alsenz wäre.

Dazu Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des vlw und Mitglied im Hauptpersonalrat: *„Hier ist die schulpolitische Vernunft auf dem Altar des politischen Filzes geopfert worden. Das sture Beharren auf einer weiteren Außenstelle der BBS Donnersbergkreis verursacht Kosten für den Schulträger und Kosten für die Schülerinnen und Schüler, die das Ministerium erst gar nicht gefragt hat. Die Personalräte müssen sich fragen, ob ihre Mitwirkung überhaupt gefragt ist – der Ministerin ist dies wohl egal. Der vlw wird sich weiterhin für eine schulpolitisch vernünftige, wohn- und ausbildungsplatznahe Beschulung in Rheinland-Pfalz einsetzen!“*



## Landesvorstand sucht Gespräch mit Ortsvorsitzenden

Der Landesvorstand hatte nach Koblenz und Kaiserslautern eingeladen, und viele Ortsvorsitzende waren erschienen: Der Landesvorstand bat um ein „Feedback“ der Basis zum Erscheinungsbild des vlw bei seinen Mitgliedern. Themen waren u.a. die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes (sind die Mitteilungen zu lang, können Zusammenfassungen und „Headlines“ hier mehr Klarheit schaffen und noch kompakter informieren?) sowie die stärkere Einbeziehung der Kolleginnen und Kollegen in den Ortsverbänden, um deren Wissen besser für die Arbeit im Landesvorstand und in den Personalräten zu nutzen.

Einig waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass die Gespräche regelmäßig fortgesetzt werden sollen, um den Informationsfluss in beide Richtungen zu stärken.

## „Gerechtigkeit gibt es nicht“

Schulungsveranstaltungen für Mitglieder örtlicher Personalräte in Rheinland-Pfalz

Premiere für vlw und vlbs: Zum ersten Mal gemeinsam führten die Verbände Fortbildungsveranstaltungen für die Vorsitzenden örtlicher Personalräte durch. Geleitet wurden die Tagungen in Koblenz und Kaiserslautern von sachkundigen Angehörigen aus Bezirkpersonalrat (Kurt Flöck, vlw) und Hauptpersonalrat (Heidi Bonni, vlbs).

Helmuth Wolf, Dozent der dbb-Akademie Berlin, referierte über „Rechte und Pflichten der Personalvertretung nach dem Personalvertretungsgesetz RLP“. Nach dem ersten Jahr ihrer Tätigkeit (nach den Personalratswahlen 2009) hatten die Gäste der Veranstaltung viele Fragen an Helmuth Wolf. Unter anderem ging es um

- Die Einstufung von sogen. „PES-Kräften“ – Aushilfskräfte, die für eine bestimmte Zeit zur Senkung des temporären Unterrichtsausfalls an vielen Schulen eingestellt werden;
- Einstellungen von Lehrkräften durch die Schulen („schulscharfe Ausschreibungen“) und die Mitwirkungsrechte des ÖPR;
- Beteiligung beim Arbeitsschutz (Bauschäden, Asbestverseuchung, Lehrergesundheit);
- Ausgestaltung der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ zwischen Dienststellenleitung und ÖPR;
- Stellung der/des Vorsitzenden des ÖPR im Verhältnis zu den anderen Mitgliedern („Gleicher unter Gleichen“, so Helmuth Wolf);
- Geschäftsverteilung in Personalräten, Vertretungsfragen, Gestaltung und Durchführung von Personalratssitzungen und vieles mehr.

Zum Eingangszitat: Helmuth Wolf zog nicht in Zweifel, dass die Anwesenden Gerechtigkeit anstreben wollten und müssten – doch letztlich werde es die vollkommene Gerechtigkeit nicht geben.

Das große Interesse an beiden Veranstaltungen (insgesamt ca. 80 Teilnehmende) zeigte, dass die Personalvertreterinnen und –vertreter ihre Arbeit sehr ernst nehmen und sich vor Ort einsetzen wollen. Die dafür notwendigen Kompetenzen (!!) – darin waren sich alle einig – sind an den beiden Tagen in Koblenz und Kaiserslautern gestärkt worden. Beide Verbände wollen ihre Zusammenarbeit auf diesem wichtigen Gebiet fortsetzen – dies meinen übereinstimmend die Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß (vlw) und Ulrich Brenken (vlbs).



*Kurt Flöck, stellv. Vorsitzender des Bezirkspersonalrates BBS, begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Kaiserslautern*

## Die Invasion der Praktikanten

von Andreas Werra, BBS Bingen

„Wir haben hier keine reservierten Plätze im Lehrerzimmer, aber da sitzt einer auf meinem Platz!“ „Wer hat aus meinem Becherchen getrunken?“ „Und wer hat von meinem Tellerchen gegessen?“ Nein, es geht nicht um Schneewittchen – leider! Vielmehr traten wir kürzlich in unserem Lehrerzimmer nicht mehr nur auf unsere eigenen Füße, sondern auch auf die von Fremden, die für das Gros der Kollegen zunächst nicht als berechtigte Anwesende dieses sakrosankten Raumes und seiner angeschlossenen Kochnische zu erkennen waren. Wer sind also diese neuen Gesichter? Angesichts der Vielzahl, nämlich gleich 15 (in Worten: Fünfzehn), liegt die Vermutung nahe, es könnte sich hier um eine kleine Delegation unserer neuen chinesischen Freunde handeln. Dem widerspricht aber die Beobachtung, dass sie ausnahmslos ohne Essstäbchen über den von einer Kollegin gestifteten Geburtstagskuchen herfallen. Außerdem haben sie nicht die für Chinesen typische Augenform. Letztere ist durch die den Chinesen eigenen Gene bedingt, jawohl! Bekomme ich jetzt wie Sarrazin 1000,- Euro mehr Pension und kann endlich gehen?

Zurück zum Ernst der Lage: Ein Gerücht keimt auf, es könnte sich vielleicht um Praktikanten handeln. Davon hatten wir in der Vergangenheit schon mal den einen oder anderen und die sahen so ähnlich aus. Der gesunde Menschenverstand verwirft diesen Gedanken natürlich spontan, denn wer könnte der wahnwitzigen Idee verfallen, uns, als kleine Schule mit einem Vollzeitkollegium von etwa 60 Lehrern, gleich 15 Praktikanten zu beschenken? Ja, wer wohl? Sinnierend über Genese und Empirie von bereits erlebtem „Wahnwitz“ dämmert es uns: Wir liegen richtig, es sind Praktikanten.

Pillenknick und Lehrerschwemme! Holt uns die Apocalypse der 70er doch noch ein? Während wir noch darüber grübeln, ob wir jetzt lachen oder weinen sollen, erscheint der pädagogische Direktor und bemüht sich, uns die jungen Damen und Herren vorzustellen. Die Pause ist kurz und das Unterfangen bleibt im Ansatz stecken. Immerhin schnappe ich auf, dass wir nun Gastgeber für sieben Orientierungspraktikanten und acht Kandidaten in einem vertiefenden Praktikum sind. Letztere, so erfahre ich später in einer eigens einberufenen Fachkonferenz, werden alle das Vergnügen haben, bei mir und anderen zu hospitieren, zu assistieren und zu unterrichten. Noch bringt mich nichts aus der Ruhe. Besuch im Unterricht ist ja wohl nichts Neues. Schließlich bilden wir ja auch Referendare aus und kürzlich gaben sich auch die Damen und Herren der AQS pausenlos die Klinke zum Klassenraum in die Hand. Während einer meiner Praktikumsbetreuenden Kollegen anfragt, ob ich nicht noch ein paar von den orientierenden Praktikanten dazu nehmen möchte, wird mir unsere neue Sprachassistentin vorgestellt, die mich bei einigen meiner Unterrichtsstunden begleiten wird.

Als mich meine spontan zur Reflexion herangezogene Handpuppe fragt, ob ich wohl des Wahnsinns fette Beute sei, zähle ich ihr die Telefonhörer in Wunsiedels Fabrik bei Heinrich Böll vor. Sie nennt mich einen Walter Mitty und ich zwangsverpflichtete sie zu drei Hospitationsstunden.

Zum Glück sind meine Klassen es bereits gewohnt, hin und wieder den Raum zu wechseln, denn nun müssen wir auf die Suche nach geeigneten Sälen gehen, in denen die Luft nicht nur für eine komplette Klassenmesszahl voller Schüler, sondern auch für mich und meinen neuen Begleittross zum Atmen langt. Auf dem Weg zum Klassenraum fasse ich für die zukünftigen Kolleginnen und Kollegen ad hoc mit wenigen Worten zusammen, was man früher als Referendar noch auf ca. 20 Seiten schriftlich in Form einer Unterrichtsplanung dokumentieren musste. Schön, dass man nun mal wieder darüber reden kann und seine Gedanken zu Klasse, Thema, Methodik etc. nicht nur mit sich selber teilen muss. Schön auch der Gedanke, mit ruhigem Gewissen irgendwann mal den Dienst quittieren zu können, da es ja an Lehrernachwuchs nicht zu mangeln scheint. Und beim Fachsimpeln zwischen dem real existierenden und den vermeintlich zukünftigen Kollegen stellt es sich dann heraus: Unsere acht vertiefenden Praktikanten studieren eigentlich für das Lehramt am Gymnasium. Blitzschnell rechne ich mir aus, was passieren wird, wenn sich dies als Trend fortsetzen sollte: In nur wenigen Generationen haben wir uns selbst ausgerottet. Die BBS schafft sich ab. Also, was ist jetzt mit meiner Pension und den 1000,- Euro mehr?

## Übernahme in das Beamtenverhältnis trotz Überschreitens der Altersgrenze möglich

**Dies stellte das Verwaltungsgericht in Neustadt am 16. November fest. Vier Kollegen hatten geklagt, davon einer mit Hilfe des vlw über die dbb-Rechtsvertretung. Das Verwaltungsgericht bestätigte damit die Rechtsauffassung der vlw-Vertreter in Bezirks- und Hauptpersonalrat: Gerade in Anbetracht des weiterhin hohen strukturellen Unterrichtsausfalls an den berufsbildenden Schulen des Landes Rheinland-Pfalz müssen die Einstellungen flexibel erfolgen können. Diese Flexibilität hat das Gericht eingefordert.**

**In der Pressemitteilung des VG Neustadt heißt es dazu:**

*Das Land Rheinland-Pfalz kann den Antrag von vier Lehrern auf Übernahme in das Beamtenverhältnis nicht mit der Begründung ablehnen, sie überschritten die Höchstaltersgrenze von 45 Jahren für eine Einstellung. Dies entschied die 6. Kammer des Verwaltungsgerichts Neustadt am 16. November 2010.*

*Zwar enthalte das Landesbeamtengesetz mittlerweile eine gesetzlich geregelte Höchstaltersgrenze von 45 Jahren. Diese Altersgrenze gelte nach dem Wortlaut des Gesetzes aber nur grundsätzlich. Näheres sei in den Laufbahnvorschriften zu regeln. Eine wirksame Altersgrenze setze nach Auffassung der Richter damit auch die Regelung von Ausnahmen, z.B. für die Anerkennung von Kindererziehungszeiten, voraus.*

*Solche Ausnahmeregelungen enthalte die Laufbahnverordnung derzeit noch nicht. Der Beklagte sei deshalb verpflichtet, über die Anträge der Kläger auf Übernahme in das Beamtenverhältnis trotz Überschreitens der Altersgrenze neu zu entscheiden und dabei die für bis Dezember 2010 angekündigten Ausnahmeregelungen in der Laufbahnverordnung zu berücksichtigen.*

*Das Gericht hat wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache die Berufung zugelassen.*

*Verwaltungsgericht Neustadt, Urteile vom 16. November (2010 - 6 K 271/10.NW, 6 K 343/10.NW 6 K 531/10.NW 6 K 842/10.NW)*

**Dazu Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des vlw: „Das Ministerium hat uns immer wieder aufgefordert, Vorschläge zur Verringerung des Unterrichtsausfalles vorzulegen. Durch die Übernahme ins Beamtenverhältnis wird das Lehramt an BBS attraktiver. In der Folge können mehr dringend benötigte Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden.“**

## KURZ UND AKTUELL

- ⇒ **Weiterbildungsmaßnahme für Realschule plus-Lehrkräfte** angelaufen—auch an unseren berufsbildenden Schulen.
- ⇒ **Das Weiterbildungspaket für die Lehrkräfte an BBS im gehobenen Dienst**—Bestandteil des Kompromisses in der Einigungsstelle—lässt nach wie vor auf sich warten.
- ⇒ **Einigungsstelle gewonnen**—BPR und HPR wachen über ausreichende Qualifikationen von Bewerberinnen und Bewerbern für den Schuldienst.
- ⇒ **Unterrichtsausfall an BBS weiterhin hoch**—in diesem Schuljahr liegt der strukturelle Unterrichtsausfall bei 5,9%, und damit höher als zu Beginn der Legislaturperiode.
- ⇒ Nach wie vor **erhebliche Lücken in der Personalversorgung der Studienseminare** in Mainz und Speyer.
- ⇒ Das neue **Pädagogische Landesinstitut** hat seine Arbeit aufgenommen, der berufsbildende Bereich ist im Institut gut vertreten.
- ⇒ **Lehrergesundheit**: Über eine Million Euro investiert das Land in die Errichtung des **arbeitsmedizinischen Instituts in Mainz**.
- ⇒ **Rückgabe der Ansparstunde**: Das ist der Dank des Arbeitgebers für die Mehrarbeit der Lehrkräfte –völlig unzureichende Abgeltungen für diejenigen, die sich für Auszahlung entscheiden, und selbst dann wird der Betrag nicht in einer Summe zurückgezahlt.

## INHALT

- \* **Ministerium rechtfertigt Entscheidung zu Alsenz**
- \* **vlw bei der Demo in Mainz**
- \* **Ortverbandstreffen in Koblenz und Alzey**
- \* **vlw-Landesvorstand an der UNI Mainz**
- \* **Positionspapier zur BF1**
- \* **vlw in Koblenz: laufstark!**
- \* **Bezirk Koblenz: Bezirksvorstand neu gewählt—Gernot Kormann verabschiedet**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Wählerinnen und Wähler haben entschieden, und der **vlw** wird in den nächsten Wochen die Auswirkungen dieses Wahlergebnisses für unsere Arbeit sorgfältig diskutieren. Die vergangene Legislaturperiode hat uns – neben nach wie vor völlig unzureichenden Besoldungsanpassungen – ein besonderes „Geschenk“



der Landesregierung gebracht: Die Fachoberschule an der „Realschule plus“ und die nach nunmehr drei Jahren Diskussion immer noch teilweise ungeklärten Fragen der Umsetzung dieser Maßnahme und der nach wie vor ungewissen Auswirkungen auf unsere Schulen. Mitzureden hatten wir nichts, obwohl es sich ja um eine Schulform der berufsbildenden Schule handelt; aktuell sollen wir darüber hinaus noch für die Weiterbildung der Realschule plus – Lehrkräfte sorgen. Dies alles vor dem Hintergrund der Tatsache, dass zum Ende der vergangenen Legislaturperiode der Unterrichtsausfall höher ist als vier Jahre zuvor.

Noch ist nicht abzusehen, welche personellen Veränderungen sich für uns im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur ergeben werden. Der Landesvorstand des **vlw** wird sich so bald wie möglich um Gespräche mit den Fraktionen und der Landesregierung bemühen und unsere Forderungen für eine moderne Schul- und Bildungspolitik im Bereich der beruflichen Bildung vortragen:

- Fachoberschulen sollten müssen an den BBS möglich sein;
- Gleiche Chancen für die BBS in einem fairen Wettbewerb mit anderen Schulformen;
- Wertschätzung des Dienstherrn für die Lehrkräfte im Schuldienst des Landes;
- Übernahme des Ergebnisses der Tarifverhandlungen für die Beamtinnen und Beamten des Landes Rheinland-Pfalz;
- Steigerung der Attraktivität des Arbeitsplatzes „BBS“ durch Erhöhung der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren;
- Sicherung des Studienganges Wirtschaftspädagogik an der Universität Mainz und endlich die Schaffung von Sicherheit für die Studierenden.

Der Landesvorstand wird Anfang April über diese und andere Fragen der weiteren Ausrichtung des Landesverbandes beraten. Einige dieser Fragen werden in dieser Ausgabe von „**vlw kompakt**“ angesprochen, insbesondere die Weiterentwicklung der Berufsfachschule 1. Auch informieren wir Sie über die vielfältige Arbeit des Verbandes in den Ortsverbänden und Bezirken. Das Positionspapier zur BF1 wurde unter Mitarbeit vieler Ortsverbände erstellt; der Landesvorstand wird auch bei anderen Fragen verstärkt auf die Erfahrung der Mitglieder zurückgreifen. Dazu bitten wir auch weiterhin um Ihre Mitarbeit in den Ortsverbänden.

*Ihr Karl-Heinz Fuß*

## Fachschule Alsenz als Außenstelle der BBS Donnersbergkreis:

Der Pressesprecher des Ministeriums, Wolf-Jürgen Karle, hat um den Abdruck einer Stellungnahme des Ministeriums zu unserem Artikel „Mitbestimmung mit Füßen getreten“ aus „vlw kompakt“ 11/2010 gebeten. Diesem Wunsch kommen wir an dieser Stelle gerne nach. Im Übrigen bleibt der vlw bei seiner Darstellung. Aktuell hat es die Ministerin nicht einmal für nötig erachtet, ihre Entscheidung gegen den Willen der Personalvertretungen und der Einigungsstelle dem Hauptpersonalrat gegenüber zu begründen.

Alsenz—Stellungnahme des MBWJK:

### Ministerium weist vlw-Kritik entschieden zurück

„Die vom vlw-Landesvorsitzenden formulierte Kritik an der Entscheidung über die Einrichtung einer Fachschule für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in Alsenz ist von den Inhalten her unzutreffend und von den Formulierungen her indiskutabel. Für die Entscheidung gab es ausschließlich sachliche Gründe, die auch vom Schulträger der BBS Donnersbergkreis überzeugend vorgetragen worden sind. Alle anderslautenden Unterstellungen weisen wir ebenso entschieden zurück wie den Vorwurf, die Mitbestimmungsrechte der Personalvertretung würden von der Ministeriumsspitze missachtet.“ Das unterstrich Bildungsstaatssekretärin Vera Reiß in Reaktion auf den Artikel in vlw-kompakt 11/2010 unter der Überschrift „Alsenz – Mitbestimmung mit Füßen getreten“. Richtig sei, dass Landkreis und Landesregierung angesichts des großen Bedarfs an beruflichen Nachwuchskräften für die Kindertagesstätten eine zusätzliche Ausbildungsstätte für angehende Erzieherinnen und Erzieher im Donnersbergkreis ansiedeln wollten. Richtig sei zudem, dass der Standort Alsenz die dafür nötigen Räumlichkeiten und zudem auch noch eventuelle Erweiterungsmöglichkeiten in den folgenden Jahre biete. „In einer gründlichen Abwägung dieser Argumente gegen die von den Personalvertretungen vorgebrachte ablehnende Argumentation hat sich Bildungsministerin Ahnen für die Einrichtung der Fachschule in einer BBS-Außenstelle in Alsenz und gegen das 4:3-Votum der Einigungsstelle entschieden“, hielt Vera Reiß fest.

### Kampf um angemessene Entlohnung—vlw und dbb bei der Demonstration in Mainz

Am 2. März kämpfte auch der vlw für eine angemessene Erhöhung unserer Vergütungen ; bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe waren zwar Absichtserklärungen, aber



noch keine Beschlüsse zur Übernahme des Verhandlungsergebnisses für die Beamtinnen und Beamten zu vermelden.



**vlw zeigt Präsenz**

Der **vlw-OV-Koblenz** hatte am 24.1.2011, zum Kaffeeklatsch und zur Verabschiedung dreier Verbandsmitglieder eingeladen. Unter großer Beteiligung der Mitglieder wurden die drei Kollegen aus dem aktiven Schuldienst entlassen. Ein „Ehemaliger“ konnte die „jungen“ Kollegen insofern beruhigen, dass das Ausscheiden aus dem aktiven Schuldienst auch seine Vorzüge habe. Im Rahmen der Verabschiedung war noch genügend Zeit, um bei einem Glas Sekt Gespräche zu führen.

Jürgen Kettner (2.v.l.) bei der Verabschiedung von (v.l.n.r.) Günther Roj, Claus-Dieter Silbereisen und Thomas Enders



### vlw-Ortsverband Alzey: Mehr Transparenz schaffen

„Welche Auswirkungen werden die rückläufigen Schülerzahlen haben?“ lautete eine der Fragen, die beim Ortsverbandstreffen an der BBS Alzey intensiv diskutiert wurde: oder „Entsteht womöglich eine Fachoberschule an der Realschule plus in Alzey?“



Besonderes Interesse weckte auch die Umsetzung des Schulversuchs EQuL an der BBS Alzey. Hierbei

wurde deutlich, dass von den anwesenden Kolleginnen und Kollegen mehr Transparenz und mehr Beteiligung gewünscht wird. Am Schluss der Versammlung standen die Aktivitäten des vlw im Mittelpunkt. Von den beteiligten Kolleginnen und Kollegen wurde die Möglichkeit zum Gedankenaustausch sehr geschätzt, so dass es bald schon eine Folgeveranstaltung geben soll.

Zum Meinungs austausch trafen sich **Karl-Heinz Fuß, Bernd Zinßius und Michael Lutz** vom Landesvorstand mit **Professor Dr. Klaus Breuer** vom **Lehrstuhl Wirtschaftspädagogik an der Uni Mainz**. Im Mittelpunkt des Gespräches standen Fragen der Weiterentwicklung des Studienganges, insbesondere die Sorgen bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses



**v.l.n.r.: K.H.Fuß, B.Zinßius, Prof. Breuer**

und die Implementierung des Studienganges „Master of Education“. Professor Dr. Breuer wird in naher Zukunft ein Forschungssemester in den USA verbringen — der vlw

wünscht gute Reise und eine erfolgreiche Arbeit!

## vLW-Landesvorstand zur Berufsfachschule 1

Der vLW hat die Strukturreform der BF seit 2004 kritisch begleitet. Die Erfahrung mit dieser Strukturreform und die durch die Einführung der Realschule Plus zu erwartenden Veränderungen machen es notwendig, die BF1 in Teilbereichen neu auszurichten. Längst bekannte und neu entstehende Probleme müssen in Angriff genommen werden, damit die Ziele dieses Bildungsgangs erreicht werden. Die Berufsfachschüler dürfen nicht gegenüber Absolventen der Allgemeinbildenden Schulen benachteiligt werden.

Die Schülerinnen und Schüler der BF1 sollen, aufbauend auf der Berufsreife (dem Hauptschulabschluss), eine berufliche Grundbildung erhalten. Darüber hinaus haben sie die Chance, bei entsprechendem Notendurchschnitt die BF2 zu besuchen und den qualifizierten Sekundarabschluss 1 zu erwerben. Dies hat zur Folge, dass der qualifizierte Sekundarabschluss 1 ein Jahr später erreicht wird als an der Realschule Plus, allerdings verbunden mit einer **beruflichen Grundbildung**, die evtl. die Suche nach einer Ausbildungsstelle erleichtert. Die Verzögerung um ein Jahr macht, rein abschlusstechnisch gesehen, den Bildungsgang für leistungsfähige Schülerinnen und Schüler eher unattraktiv. Sie werden auf der Herkunftsschule bleiben (die auch ein Interesse daran hat, diese Schülergruppe zu halten) bzw. sie suchen sich sofort einen Ausbildungsplatz. Dies wird bei dem aktuellen Fachkräftemangel insgesamt leichter fallen. Es besteht also die Gefahr, dass die besonders leistungsfähigen Schülerinnen und Schüler nicht mehr zur BF1 kommen. Diese heute schon zu beobachtende Tendenz wird durch die Realschule plus noch verstärkt.

Neben Schülerinnen und Schülern mit positivem Lernverhalten werden in Zukunft also vermehrt Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf in diesen Klassen anzutreffen sein.

Um den Schülerinnen und Schülern in dieser Situation gerecht werden zu können und ihnen zu helfen, sich im Leben, insbesondere im Arbeitsleben, zurecht zu finden, sind u.E. folgende Schritte nötig:

- Benennung des Abschlusses der Berufsfachschule 1 durch einen einprägsamen Begriff, der einen „Mehrwert“ gegenüber dem bereits vorhandenen Hauptschulabschluss deutlich macht. Wir schlagen die Bezeichnung **Qualifizierte Berufsreife** vor.
- **Reduzierung der Klassengröße** mittelfristig auf maximal 16 Schülerinnen und Schüler. Größere Gruppen müssen im Fachpraxisunterricht ohnehin geteilt werden, was zusätzlich Unruhe in diese Klassen bringt. So erreicht man eine einheitliche Gruppengröße in allen Fächern.
- **Bereitstellung von Lehrerstunden** für besondere pädagogische Arbeit. Es kann nicht sein, dass die Umsetzung verbesserter pädagogischer Konzepte, z.B. die Einführung eines Trainingsraums, nur möglich wird durch umfangreiche zusätzliche unbezahlte Arbeitszeit der Lehrkräfte.
- **Einführung einer Klassenleiterstunde**, in der der Klassenleiter organisatorische, pädagogische und gruppenspezifische Angelegenheiten mit der Klasse regeln kann, ohne dass sein Unterrichtsfach darunter leidet. Diese Klassenleiterstunde gibt es bereits an der Realschule Plus; eine Benachteiligung unserer Schülerinnen und Schüler ist nicht nachvollziehbar. Darüber hinaus müssen Klassenleiter mehr Zeit für die individualpädagogische Betreuung und Förderung ihrer Schüler erhalten und durch Stundenanrechnungen außerhalb der 3/6 – Pauschale entlastet werden.
- **Bereitstellung von Lehrerstunden für team teaching.**
- **Verstärkung der Schulsozialarbeit**, evtl. durch weitere Landeszuschüsse für die von den Kommunen eingestellten Schulsozialarbeiterinnen und –sozialarbeiter.
- **Ausweitung des Fortbildungsangebotes** für Lehrkräfte in Berufs- und Förderpädagogik.
- **Anbindung** zumindest der BF1/BF2 – Schüler **an das Ganztagschulprogramm** mit den dazu erforderlichen Einrichtungen wie Mensa und Bibliothek.
- **Intensivierung des Sportunterrichts und weiterer Angebote** (Theater, Foto...) als echte AGs, die auf das Deputat der Lehrer angerechnet werden.

Es ist uns bewusst, dass diese Maßnahmen Geld kosten. Ein Teil dieser Mittel wird jedoch durch den demographischen Wandel, also zurückgehende Schülerzahlen, erwirtschaftet werden. Außerdem werden, wenn wir diese Schülergruppe vernachlässigen, später an anderer Stelle um so mehr Mittel erforderlich sein, um sie in die Gesellschaft zu integrieren, sei es über Fördermaßnahmen der Arbeitsagentur, sei es durch Hartz IV oder in der Kriminalitätsbekämpfung. Diese Umwege sind teuer und führen eher zu menschlichen Tragödien als eine frühe Unterstützung in der Schule. Wir erwarten, dass die Landesregierung diese Unterstützung durch ein Schwerpunktprogramm leistet.

Zusätzlich halten wir folgende organisatorische und inhaltliche Maßnahmen für sinnvoll und geboten:

- **Erhöhung des Praxisanteils und der Berufsorientierung**, in kaufmännischen Klassen durch Lernbüros oder Übungsfirmen, und ein verbindliches betriebliches Praktikum. Fortsetzung des Berufswahlportfolios der abgebenden Schulen.

- **Selbständigkeit der Schulen** zur Gestaltung von Projekten wie z.B. Kompetenzwerkstatt, Methodentraining etc. als Blockprojekte.
- **Entfrachtung bzw. Flexibilisierung der Lehrpläne**, damit genügend Zeit für die Realisierung solcher Projekte zur Verfügung steht, und sie nicht zu Lasten der Lehrplannerfüllung gehen.
- Mehr **schulrechtlich abgesicherte Kompetenzen** für die Klassenkonferenz beim Beschließen pädagogischer Maßnahmen.
- Die **Zusammenfassung** von verschiedenartigen Lernbereichen **zum Konglomerat „Berufsbezogener Unterricht“ ist pädagogisch unsinnig**. Im kaufmännischen Bereich umfasst er u.a. betriebswirtschaftliche Grundlagen, Arbeits- und Vertragsrecht, Marketing und Rechnungswesen. Einzelleistungen gehen in einer Vielzahl anderer Leistungsfeststellungen unter; die Gesamtnote nivelliert alle Extreme. Die Motivationswirkung guter Noten wird gedämpft. Darüber hinaus können potentielle Arbeitgeber aus dieser Note besondere Stärken nicht erkennen, das Zeugnis verliert an Aussagewert. Die 480 Stunden BBU ergeben im Zeugnis eine einzige Note, so wie z.B. 80 Stunden Deutsch oder 40 Stunden Sozialkunde. Wir Lehrer sollen und wollen die Schülerinnen und Schüler individuell fördern. Das individuelle Leistungsprofil wird durch die Gesamtnote BBU jedoch vernebelt. Darin sehen wir einen beachtlichen Widerspruch.
- Die Anforderungen an den Notendurchschnitt beim **Übergang zur BF2** sollen u.E. erhalten bleiben, um Leistungsanreize zu schaffen und um den BF2-Abschluss auf dem Arbeitsmarkt zu einem Qualitätsmerkmal zu machen, so wie es der Begriff „Handelsschule“ war. Deshalb sollen im Förderunterricht auch gezielt **Angebote für besonders leistungsstarke Schüler und Schülerinnen** gemacht werden.
- Es ist zu prüfen, ob für Schülerinnen und Schüler, die ihre Neigungen nach dem Erwerb der Berufsreife noch nicht richtig beurteilen können, eine Orientierungsphase angeboten werden kann, in dem sie die verschiedenen möglichen BF1-Schwerpunkte kennen lernen. Diese **Orientierungsphase sollte während des letzten Unterrichtsjahrs der abgebenden Schule** erfolgen.

**Das Positionspapier wurde vom vlw-Landesvorstand unter der Federführung von Mechthild Antony-Hatzfeld und der kompetenten Mithilfe von Rita Fries (BBS Bingen) erstellt. Die Ortsverbände des vlw wurden in den Arbeitsprozess einbezogen. Wir bedanken uns für die zahlreichen Anregungen und Ergänzungen!**

#### Beim vlw-OV-Koblenz läuft!

Der vlw-Ortsverband Koblenz hat im September 2010 zum Stadtlauf in Polch mit Kaffee und Kuchen eingeladen. Unter Leitung des Sportlehrer-Kollegen Roland Geyer erfolgte ein zweimonatiges Vorbereitungstraining mit Gymnastik, Walking und Laufen. In Polch nahmen die Kolleginnen und Kollegen, teilweise mit Kindern, an einem 5 und einem 10 KM-Volkslauf teil.



In diesem Jahr wird der vlw voraussichtlich wieder am Stadtlauf in Polch am 25. September 2011 teilnehmen und somit das Gesundheitsmanagement der Lehrkräfte an den BBSn aktiv unterstützen.

#### „Das Schiff des Bezirks gut gesteuert“ - Gernot Kormann als Bezirksvorsitzender verabschiedet—Kurt Flöck neuer Bezirksvorsitzender in Koblenz

**Gernot Kormann**, seit 1998 Vorsitzender des Bezirks Koblenz, wird zum Ende dieses Schuljahres 2010/11 den Schuldienst verlassen. Aus diesem Grund legte er in der Bezirksversammlung, die am 22. März an der BBS Koblenz-Wirtschaft stattfand, sein Amt nieder. **Gernot Kormann** hin-

terlässt ein geordnetes Haus, dies ergaben nicht zuletzt der Bericht der Revisoren und das einstimmige Votum der Anwesenden zur Entlastung des Vorstands. Typisch für ihn auch sein Bericht: Statt über die Arbeit der letzten 13 Jahre zu berichten, und da gäbe es vieles zu erwähnen, gab er einen Überblick über die aktuellen Probleme für die Kolleginnen und Kollegen, die er als langjähriges Mitglied des Bezirkspersonalrates bestens einschätzen kann. Zu seinem Nachfolger als Bezirksvorsitzender wurde **Kurt Flöck**, BBS Wissen und stellv. Vorsitzender des Bezirkspersonalrates, gewählt; die Versammlung wählte **Dirk Mettler** (BBS Ludwig-Erhard-Schule Neuwied) und **Bernd Schneider** (BBS Montabaur) zu stellv. Vorsitzenden, **Dietmar Schmitt** (BBS Ludwig-Erhard-Schule Neuwied) zum Kassenwart und **Björn Hornburg** (BBS Wissen) zum Schriftführer. Der neue Bezirksvorsitzende bedankte sich bei **Gernot Kormann** für dessen erfolgreiche Tätigkeit: „Sie haben in Ihrer Zeit als Vorsitzender das Schiff des Bezirks Koblenz gut gesteuert“. Landesvorsitzender **Karl-Heinz Fuß** schloss sich dem Dank an und überbrachte die guten Wünsche des Landesvorstands an den neuen Bezirksvorstand. Alle Anwesenden wünschten **Gernot Kormann** eine gute Zeit im „Ruhestand“, Glück und Gesundheit sowie dem neuen Vorsitzenden **Kurt Flöck** eine erfolgreiche Arbeit.



## INHALT

- ⇒ **vlw wendet sich vehement gegen Einschnitte zu Lasten der Lehrkräfte und fordert die Stärkung berufsbildender Schulen**
- ⇒ **Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen in den BBS RLP vorgestellt**
- ⇒ **OV Koblenz: Neuer Vorstand gewählt**
- ⇒ **Fortbildungen Mathematik**
- ⇒ **dbb Rheinland-Pfalz gegen angekündigte Einschnitte im öffentlichen Dienst**
- ⇒ **Richtlinie zur Schullaufbahnberatung – vlw fordert Ressourcen für die BBS**

## Veranstaltungen des vlw:

### Erfahrungsaustausch für die Höhere Berufsfachschule

Am **1. September 2011** beabsichtigt der **vlw** einen **Erfahrungsaustausch für die Höhere Berufsfachschule** an der Berufsbildenden Schule Bingen anzubieten.

Inhaltliche Schwerpunkte an diesem Tag könnten unter anderem sein: Prüfungsorganisation, Fachhochschulreife/Qualifizierungspass, berufsbezogener Unterricht allgemein, Praktikum, Projektmanagement.

### Personalräteschulung Ende August 2011

Der **vlw** lädt die örtlichen Personalräte am **23.08.2011 (in Kaiserslautern)** und **25.08.2011 (in Welling)** zu jeweils einer eintägigen Fortbildungsveranstaltung ein.

Themen sind unter anderem die „**Einführung in das PES-Portal (Aufbau und Funktionsweise) am Beispiel einer Modellschule**“ und relevante Änderungen im **novellierten Landespersonalvertretungsgesetz**. Darüber hinaus wird über aktuelle Themen und Fragen informiert.

## Klausurtagung des Landesvorstandes



Am 01. und 02. April 2011 tagte der **vlw**-Landesvorstand in Gerolstein. Im Rahmen der Tagung wurden künftige Ziele und Aktivitäten des Landesverbandes vereinbart.

Der Landesvorsitzende **Karl-Heinz Fuß** verabschiedete **Gernot Kormann** mit Worten der Anerkennung und des Dankes für das langjährige Engagement aus dem Landesvorstand. **Gernot Kormann**, der zum Ende des Schuljahres in Pension geht, trat 1991 als Schriftleiter der Wirtschaftsschule in den Landesvorstand ein. Seit dem Jahr 1998 war er in seiner Funktion als Bezirksvorsitzender des Bezirksverbandes Koblenz bis Ende März 2011 Mitglied des **vlw**-Landesvorstandes. Ab 2004 war er als Vertreter des **vlw**-Landesverbandes Rheinland-Pfalz auch Mitglied im Bundesausschuss „Recht und Besoldung“. Zeitweise betreute er zusätzlich den **vlw**-Geschäftsbereich „Recht und Besoldung“ in kommissarischer Funktion.



## KURZ UND AKTUELL

- ⇒ **Neue Landesregierung startet wie gehabt—Einsparungen im Öffentlichen Dienst.**
- ⇒ **Schulen werden drangsaliert—Druck vom Ministerium wg. Vertretungsunterricht.**
- ⇒ **Praktikantenschwemme und Reform der Reform: Vorbereitungsdienst erst auf 15 Monate verkürzt, nun auf 18 Monate verlängert.**
- ⇒ **Landesregierung prognostiziert Rückgang der Schülerzahlen—aber kaum Nutzung des demographischen Wandels für eine Steigerung der Unterrichtsqualität.**
- ⇒ **Schulbuchausleihe: Ministerium sieht kaum Probleme, Schulen beklagen hohen Verwaltungsaufwand.**



25. Mai 2011 – vLW zur Regierungserklärung von



Ministerpräsident Kurt Beck:

**vLW wendet sich vehement gegen Einschnitte zu Lasten der Lehrkräfte und fordert die Stärkung berufsbildender Schulen**

Der vLW-Rheinland-Pfalz zeigt sich empört über die geplanten Sparmaßnahmen, die von der neuen Landesregierung angekündigt wurden. Wieder einmal sollen die Beschäftigten an unseren Schulen für die klamme Haushaltslage herhalten und Einschnitte bei der Besoldungsentwicklung, Familienzuschlägen, Beihilfeleistungen und Reisekosten hinnehmen. Selbst die Zuschüsse zu den vermögenswirksamen Leistungen sollen auf den Prüfstand. Wie skrupellos muss eine Landesregierung sein, dass sie in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs beim Personal den Rotstift derart radikal ansetzt. Vielmehr sollten die Verantwortlichen zukunftsorientiert denken, denn unser Land braucht weiterhin einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Lehrkräfte für unsere berufsbildenden Schulen können nur mit attraktiven Gehältern und Rahmenbedingungen gewonnen werden. Junge Menschen, die sich für unseren Beruf entscheiden, kann man nicht allein mit weichen Faktoren wie Arbeitsplatzsicherheit locken. Vielmehr wird Wertschätzung erwartet, die sich in angemessener Besoldung und adäquaten Rahmenbedingungen an unseren Schulen niederschlägt.

Tatsächlich ist aber zu befürchten, dass die erhofften Effekte der demographischen Rendite verpuffen. **Schülerinnen und Schüler, die heute unser berufliches Bildungssystem durchlaufen, sind unsere Zukunft!!!** Wir halten es für falsch, Lehrerstellen einzusparen. Was wir brauchen, sind zusätzliche Lehrkräfte, um den Unterrichtsausfall abzubauen und entsprechende Wahl- und Förderangebote vorhalten zu können. **Eine Reform der PauSe-Faktoren, damit sich durchgängig kleinere Klassen realisieren lassen, ist längst überfällig!!!**

Was nützt uns die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Erklärung zu einer Image-Kampagne für Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen, wenn auf der anderen Seite den berufsbildenden Schulen durch Erleichterungen zur Gründung von Gesamtschulen und durch flächendeckende Genehmigung von Fachoberschulen an den „Realschulen plus“ die Schüler abgegraben werden.

Berufliche Bildung ist als Nahtstelle zum Übergang in den Beruf unverzichtbar. Ohne entsprechende Angebote vor Ort wird es für die ansässige Wirtschaft schwer werden, Fachkräfte-Nachwuchs auszubilden bzw. zu gewinnen. **Der vLW fordert deshalb die konsequente Stärkung der beruflichen Bildung durch Maßnahmen zur Personalgewinnung und die Stärkung der berufsbildenden Schulen.**

## Quo vadis Berufsbildende Schulen – wohin führt der Weg?

### Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen in den BBS RLP vorgestellt

Und die Hoffnung stirbt zuletzt: Seit Jahren droht der „demographische Wandel“, und seit Jahren schleicht sie sich an: Die Drohung, dass es bald auch im Bereich der Berufsbildenden Schulen keine Arbeitsplätze für gut und teuer ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer geben könnte. Allerdings auch die Hoffnung darauf, den demographischen Wandel nutzen zu können für die Bildung kleinerer Klassen, eine bessere individuelle Förderung schwieriger Schülerinnen und Schüler, die Sicherung eines ausreichenden Bildungsangebotes auch in strukturell schwierigen oder ländlichen Regionen.

Die Schülerzahlen der Berufsbildenden Schulen werden auf der Basis des Übergangsverhaltens der Schulabgänger der allgemeinbildenden Schulen vorausberechnet. Der Zugang zu den berufsbildenden Schulen wird darüber hinaus in besonderer Weise von der Arbeitsmarkt- und Lehrstellensituation bestimmt. Vorausberechnungen sind daher bei diesen Schulen nicht mit der gleichen Sicherheit wie bei den allgemeinbildenden Schulen möglich. Für Rheinland-Pfalz kommt in diesem Jahr ein Faktor hinzu, dessen Auswirkungen noch gar nicht eingeschätzt werden können: Die Eröffnung eines neuen Bildungsganges der Berufsbildenden Schule an einer allgemeinbildenden Schule (es ist so, wie es klingt): Die „Fachoberschule an der Realschule plus“. Zu guter Letzt bedeutet die Rückgabe der Ansparstunde eine Größenordnung von – in diesem Jahr – zu besetzenden rund 177 Stellen. Vor diesem Hintergrund legte das Ministerium die folgende Prognose für die Schülerzahlen an den Berufsbildenden Schulen für das Schuljahr 2011/12 vor:

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen des Landes Rheinland-Pfalz wird der Prognose zufolge von **119.579 (Schuljahr 10/11) auf rund 116.000 sinken (-3.579/ - 3%)**. Dies bedeutet einen Rückgang um **159 Klassen, 60 davon im Vollzeit- und 99 Klassen im Teilzeitbereich**.

In einer Mitteilung des „Deutschen Industrie- und Handelskammertages“ heißt es dagegen: „...Die April-Zahlen markieren einen fulminanten Start ins Ausbildungsjahr 2011...“. Bei den Industrie- und Handelskammern wurden bis Ende April 2011 in Westdeutschland **11% mehr Ausbildungsverträge** als im Vorjahr registriert.

Die Landesregierung hat die Hoffnungen auf eine Nutzung des „demographische Wandels“ ja schon erheblich gedämpft; bei einem Unterrichtsausfall von immerhin noch 5,9 % an den Berufsbildenden Schulen des Landes im Schuljahr 2010/11

kann man jedenfalls noch nicht von einer Umkehr des Trends sprechen. Und um Lösungen für die Bewältigung der Probleme der Unterrichtsversorgung in den ländlichen Regionen kommt die Ministerin nicht herum. Die Diskussionen in der Region Mainz-Bingen um die Zukunft der BBS Mainz II, der BBS Ingelheim und der BBS Bingen zeigen beispielhaft auf, wie schwierig sich dieser Prozess noch gestalten wird. Die Kolleginnen und Kollegen in den Berufsbildenden Schulen des Landes werden sich vernünftigen Lösungen nicht verschließen. Dies darf aber nicht zu einseitigen Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer führen, wie schon der Vergangenheit und leider wohl auch in der Zukunft.

Michael Lutz



### Ortsverband Koblenz: Neuer Vorstand gewählt

Auf seiner Mitgliederversammlung wählte der Ortsverband Koblenz neu: **Jürgen Kettner** wurde als Ortsverbandsvorsitzender bestätigt, als stellvertretende Vorsitzende wurden **Ilona Meuth-Bach** und **Jens Spornitz** bestimmt.

Der Bezirksvorsitzende **Kurt Flöck** stand zum Informationsaustausch mit den Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung. Es wurde über aktuelle Entwicklungen, z. B. Flexibilisierung der Rückzahlung der Ansparstunde, Besoldungsentwicklung usw. gesprochen.

### Pädagogisches Landesinstitut: Fortbildungen Mathematik

Im Hauptpersonalrat wurde das Fortbildungsprogramm des Pädagogischen Landesinstituts (PL) für das kommende Schuljahr beraten. Als besonders bemerkenswerte Ankündigung wurde ein Weiterbildungskurs Mathematik genannt, der mit der Unterrichtserlaubnis für das Fach Mathematik abschließt. Das Angebot richtet sich an Kolleginnen und Kollegen, die daran interessiert sind, zusätzlich das Fach Mathematik zu unterrichten. „Dies ist eine gute Möglichkeit, die angespannte Unterrichtsversorgung im Bereich Mathematik zu verbessern und gleichzeitig die Einsatzmöglichkeiten für unsere Kolleginnen/Kollegen zu erweitern,“ so Karl-Heinz Fuß, Mitglied des HPR.

## **dbb Rheinland-Pfalz gegen angekündigte Einschnitte im öffentlichen Dienst**

Landesvorsitzende Lilli Lenz: "Plötzlich gelten gemachte Zusagen nicht mehr"

Der **dbb Rheinland-Pfalz** lehnt die von Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) und der designierten Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) angekündigten Einsparungen zu Lasten des Personals im öffentlichen Landesdienst entschieden ab. Die Gewerkschaft sieht ihre Befürchtungen bestätigt, wonach die sozial-ökologische Koalition ihren Sparwillen einfallslos und einseitig zu Lasten des öffentlichen Dienstes kanalisiert. Eigene Warnungen vor "Sparwut mit Rasenmähermethodik" im Zusammenhang mit der Landtagswahl betrachtet der Beamtenbund als berechtigt. Erneut weist die gewerkschaftliche Spitzenorganisation darauf hin, dass die Beamtinnen und Beamten, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ihren Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts schon längst erbracht haben. Über 40 Einschnitte seit 1997 haben sie bereits geschultert.

**Dbb**-Landeschefin Lilli Lenz kommentierte die Verlautbarungen um den Inhalt der Koalitionsvereinbarung am Abend des 02. Mai 2011 in Mainz: "Mit Spannung ist das Ende der Koalitionsverhandlungen erwartet worden, und was kommt heraus? Ein pauschaler Sparhammer unter dem Feigenblatt der Schuldenbremse - ohne vorherige Aufgabenkritik und zu Lasten der Beschäftigten. Erst macht die unverständliche Schleifung des Oberlandesgerichts Koblenz sowie einer von zwei Generalstaatsanwaltschaften die Runde. Und dann lassen die Koalitionäre eine weitere Katze aus dem Sack: Wie befürchtet, wird mal wieder der Schröpfkopf beim öffentlichen Dienst angesetzt. Der ohnehin angesichts ständig wachsender Aufgaben knappe Personalbestand soll weiter schrumpfen. Plötzlich wendet sich die SPD um 180 Grad und befürwortet außerdem einen späteren Ruhestandseintritt, obwohl sie das vor der Landtagswahl weit von sich wies. Kein Wunder, dass sich gerade ältere Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizbereich nun arg verschaukelt fühlen. Unsicherheit und demotivierende Zukunftsängste gehen schon verstärkt um. In Bezug auf den Landesdienst ein wirklich missglückter Start von Rot-Grün in Rheinland-Pfalz." Die Koalitionsparteien haben am Montag die Basis ihrer künftigen Regierungsarbeit vorgelegt und dabei Einsparungen beim Landespersonal angekündigt. Unter anderem ist eine Erhöhung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze der Beamtinnen und Beamten um zwei Jahre auf das vollendete 67. Lebensjahr geplant. Dabei gibt es im Landesdienst für Beamte die Möglichkeit, in Jahresschritten den Ruhestandseintritt auf Antrag bis zum 68. Geburtstag hinauszuschieben. Das erachtete die bisherige Landesregierung stets als ausreichende Maßnahme.

## **Richtlinie zur Schullaufbahnberatung – vlw fordert Ressourcen für die BBS**

Der **vlw** begrüßt ausdrücklich die zurzeit in der Anhörung befindliche Richtlinie zur Schullaufbahnberatung, denn sie erfüllt eine wesentliche Forderung des **vlw**, Schülerinnen und Schüler und deren Sorgeberechtigte rechtzeitig und ausführlich über die Möglichkeiten der beruflichen Bildung zu informieren. Erst dann, wenn die Möglichkeiten an unseren BBSn bei den Menschen bekannt sind, können die entsprechenden Schullaufbahnentscheidungen getroffen werden. Die Beratung, die ab der 8. Klasse systematisch durchzuführen ist, betrifft Schülerinnen und Schüler aller allgemeinbildenden Schularten, d.h. die Gymnasien genauso wie Förderschulen, Realschulen und Integrierte Gesamtschulen und auch die berufsbildenden Schulen.

Die Richtlinie manifestiert das Recht der Schülerinnen und Schüler auf umfassende Information. Nun geht es darum, diese mit Leben zu füllen. Die Schulen sind angehalten, Netzwerke zu bilden, so dass beispielsweise für jede allgemeinbildende Schule ein Ansprechpartner aus einer berufsbildenden Schule zur Verfügung steht. Um auf das umfassende Bildungsangebot an den BBSn aufmerksam zu machen, müssen wir die Gelegenheit bekommen, uns an den abgebenden Schulen vorzustellen und vor Ort zu informieren. Dies ist jedoch ein Kraftakt, den wir zusätzlich stemmen müssen. Einfach so nebenher lässt sich eine solche Aufgabe nicht erfüllen. Aufgrund der Komplexität des beruflichen Bildungssystems warnen wir davor, die Beratung allein von den Kolleginnen und Kollegen der abgebenden Schulen durchführen zu lassen. Vielmehr müssen die Schülerinnen und Schüler mit authentischen Informationen aus erster Hand versorgt werden. Aufgrund der Vielzahl abgebender Schulen geht dies jedoch nur, wenn unsere Schulen die entsprechenden Ressourcen für diese Aufgabe bekommen.

**Der vlw fordert deshalb Ressourcen für die berufsbildenden Schulen zur Schullaufbahnberatung an abgebenden Schulen.**

Dies ist einerseits erforderlich, um Nachteile im Konkurrenzgefüge zwischen der berufsbildenden Schule und den allgemeinbildenden Schulen zu kompensieren, andererseits aber noch wesentlich gewichtiger, um den Schülerinnen und Schülern sowie deren Sorgeberechtigten ein Optimum an Information und Beratung zukommen zu lassen.

Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender — Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a,  
67292 Kirchheimbolanden - [www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de) — Redaktion: Michael Lutz, Schloßbergstr. 47,  
55411 Bingen ([MichaelLutz2@gmx.net](mailto:MichaelLutz2@gmx.net))



## KURZ UND AKTUELL

- ⇒ **Fachoberschulen an 12 Standorten gestartet—im nächsten Jahr folgen weitere sieben**
- ⇒ **Neue Grausamkeiten im „Dienstrechtsänderungsgesetz“**
- ⇒ **Protestveranstaltung am 3 November in Mainz**
- ⇒ **Neues Modell der Schulleitungspauschale angedacht**
- ⇒ **Neuer Vorbereitungsdienst „VD 18“ wird geplant—Artikel folgt im nächsten „vlw kompakt“**

## INHALT

- ⇒ **Aufruf zur Demonstration**
- ⇒ **Dienstrechtsänderungsgesetz**
- ⇒ **ÖPR-Schulungen des vlw**

### Erfahrungsaustausch über die Höhere Berufsfachschule

Am 1. September hatte der **vlw** zu einem Erfahrungsaustausch über die Höhere Berufsfachschule an die BBS Bingen eingeladen. Die Teilnehmerzahl ließ erkennen, dass diese Thematik an vielen Schulen noch immer unter den Nägeln brennt. Fast dreißig Kolleginnen und Kollegen – aus nahezu allen Regionen von Rheinland-Pfalz – folgten der Einladung. Unter der Leitung der Binger Kollegen Tobias Blawath, Bernhard Bohrer, Benjamin Knab, Eva Pertgen und Gerd Stefan wurde eifrig über die Themen Berufsbezogener Unterricht, Praktikum, Projektmanagement, Projektarbeit und organisatorisch-rechtliche Fragen diskutiert. In allen Gruppen kam es zu einem regen Gedankenaustausch, da viele Dinge an den einzelnen Schulen unterschiedlich geregelt werden.

Abschließend waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darin einig, dass solche Veranstaltungen viel häufiger angeboten werden sollten. Dieser Hinweis ging auch an Frau Regine Ebermann, die als Vertreterin des Pädagogischen Landesinstitutes, an diesem Tag ebenfalls anwesend war.



Das Team der BBS Bingen: v.l.n.r. **Eva Pertgen, Bernhard Bohrer, Benjamin Knab, Gerd Stefan, Tobias Blawath**

## Jetzt reicht's – VLW ruft Kolleginnen und Kollegen zur Demonstration am 3.11.2011

Der rheinland-pfälzische Landtag berät zurzeit über ein Dienstrechtsänderungsgesetz, das erhebliche Einschnitte für unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen zur Folge hat. So sollen wir uns unter dem Vorwand der Schuldenbremse 5 lange Jahre mit lediglich 1% Gehaltssteigerung pro Jahr zufrieden geben. Und das bei einer gegenwärtig deutlich höheren Inflationsrate. Dabei geht der größte Teil der Steigerung durch Einschnitte bei Beihilfe, vermögenswirksamen Leistungen, beim Familienzuschlag und durch Streckung der beiden obereren Dienstaltersstufen verloren. Lediglich Familien mit mindestens 2 Kindern profitieren vorübergehend. Im Hintergrund wird vom Finanzministerium bereits die Verlängerung der Lebensarbeitszeit um ein Jahr gefordert.

All das wollen wir uns nicht gefallen lassen. Seit Jahren werden wir scheinbar zur Ader gelassen. Geopfert wird dabei die Attraktivität des Lehramtes an berufsbildenden Schulen. Schon jetzt gibt es in vielen Fachbereichen Probleme, genügend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu finden.

**„Nicht klagen, sondern handeln“ lautet der Leitspruch des vlw und ruft die Kolleginnen und Kollegen an den berufsbildenden Schulen zur Demonstration vor dem Landtag auf. Die Demo wird vom dbb für alle betroffenen Mitgliedsverbände organisiert. Es geht nun darum, Präsenz zu zeigen. Seien Sie dabei und lassen Sie uns diese letzte Chance nutzen, etwas für uns zu erreichen.**



Karl-Heinz Fuß  
Landesvorsitzender des **vlw**

## Erstes Dienstrechtänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung:

### Zusammenfassung der wichtigsten Änderungen

Wie bereits im Koalitionsvertrag angekündigt, plant die rot-grüne Landesregierung Sparmaßnahmen zur weiteren Konsolidierung des Landeshaushalts. Mit der Vorlage eines Gesetzesentwurfs nehmen die Sparpläne der neuen Landesregierung nun Gestalt an.

Im Folgenden sind die wichtigsten Änderungen zusammengefasst:

#### **Anpassung von Besoldung und Versorgung 2012-2016**

Bis 2016 sollen Besoldung und Versorgung ab 2012 jährlich um 1 v. H. linear erhöht werden.

#### **Änderungen beim Familienzuschlag**

Die Beträge der Bestandteile des Familienzuschlags werden umgestaltet, indem der Verheiratetenanteil abgesenkt und der Kinderanteil zugunsten von Familien mit Kindern erhöht werden soll. Konkret sind folgende Änderungen geplant:

Ab dem 01.01.2012 soll der Familienzuschlag der Stufe 1 (sog. „Verheiratetenzuschlag“) von derzeit 115,40 € auf 60,00 € herabgesetzt werden. Der Familienzuschlag der Stufe 2 (verheiratet, 1 Kind) wird auf 228,37 € heraufgesetzt (60,00 € Verheiratetenzuschlag + 168,37 € für das Kind). Für ein zweites Kind wird ein weiterer Kinderzuschlag in Höhe von 168,37 € (zurzeit 107,31 €) gewährt. Für das dritte Kind bzw. weitere Kinder wird jeweils ein Zuschlag in Höhe von 330,46 € (zurzeit 322,35 €) gewährt. Die Landesregierung beabsichtigt mit der Umverteilung die Stärkung von Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen (dazu gehören auch nach Wegfall der Voraussetzungen für den Kindergeldbezug auch Beamte bzw. Versorgungsempfänger mit Kindern). Die von Kürzungen betroffenen Beamten erhalten eine sog. Ausgleichszulage. Diese bemisst sich nach dem Unterschiedsbetrags zwischen 60,00 € und der Höhe des bis dahin gültigen Familienzuschlags Stufe 1. Jedoch wird die Ausgleichszulage durch die Linearanpassungen (s.o.) bis zum vollständigen Wegfall abgeschmolzen. Zu beachten ist dabei, dass die Ausgleichszulage nur denjenigen gewährt wird, welche von der Maßnahme der Reduzierung des Familienzuschlages Stufe 1 zum 01.01.2012 betroffen sind, d.h. diejenigen, die nach dem 01.01.2012 bzw. aus anderen Gründen als der Absenkung die Bezugsberechtigung für die Stufe 2 verlieren, erhalten keine Ausgleichszulage.

#### **Altersteilzeit**

Die Altersteilzeit soll nach bisherigem, in den Bedingungen verschlechterten Modell grundsätzlich beibehalten werden.

#### **Verdoppelung des Wahlleistungseigenbetrags von 13€ auf 26€ pro Monat**

Zur Sicherung von Zweibettzimmer-Unterbringung und Chefarztbehandlung muss ein beihilfeberechtigter Beamter für sich und seine beihilfemäßig zu berücksichtigenden Angehörigen zukünftig 26 € statt bisher 13 € zahlen.

„Altfälle“: Die Regelung soll allen Beihilfeberechtigten, die in der Vergangenheit - aus welchen Gründen auch immer - die Frist des § 25 bzw. des § 5 a Abs. 2 der Beihilfenverordnung zur Abgabe einer Erklärung, dass sie die Beihilfefähigkeit von Wahlleistungen aufrechterhalten wollen, versäumt haben, die Möglichkeit einräumen, innerhalb der Frist von einem halben Jahr nach dem Inkrafttreten des Gesetzes (ab 01.01.2012), ihr Wahlrecht erneut auszuüben.

#### **Absenkung der Jahreseinkommensgrenze von Ehegatten als Voraussetzung für die Berücksichtigung bei der Beihilfe**

Nach der aktuell geltenden Regelung des § 4 Abs. 1 Satz 2 der Beihilfenverordnung gilt für die Berücksichtigungsfähigkeit eine Einkommensgrenze von 20 450,00 EUR jährlich. Im Zuge der Sparmaßnahmen soll diese Höchstgrenze auf das Niveau des derzeit gültigen Steuerfreibetrages gemäß § 32 a Abs. 1 Nr. 1 EStG in Höhe von 8.004,00 € herabgesenkt werden. Es soll folgende Härtefallregelung gelten: Steigt die Versicherungsprämie des Ehegatten zur Absicherung der nunmehr vollen Krankheitskosten besonders stark, dann sollen folgende Einkommensobergrenzen gelten bei einer jährlichen Prämienhöhung von mindestens:

1) 100 v.H. 12 150,00 €; 2) 200 v.H. 16 300,00 €; 3) 300 v.H. 20 450,00 €.

#### **Streichung der vermögenswirksamen Leistung**

Die vermögenswirksamen Leistungen in Höhe von 6,65 € sollen ersatzlos gestrichen werden. Eine Übergangsregelung verlängert die Zahlung von vermögenswirksamen Leistungen bei bestehenden Verträgen längstens um ein Jahr.

#### **Streckung der Verweildauer in Stufe 11 der Grundgehaltssätze der Besoldungsordnung A um 1 Jahr**

Bisher gilt für Besoldungsgruppen ab A 11 im Verhältnis zur vorherigen Altersstufe ein Vier-Jahres-Rhythmus. Konkret bedeutet dies, dass man die Endstufe 12 mit 53 Jahren erreichen konnte. Die Neuregelung sieht vor, dass die Endstufe ein Jahr später, d.h. mit 54 Jahren, erreicht werden kann.

**Fazit:**

**Die auf den ersten Blick erfreulich scheinende lineare Anpassung von Besoldung und Versorgung wird durch die Absenkung bzw. Streichung von Leistungen bzw. Erhöhung von Eigenbeträgen wieder relativiert. So ist bei einem Angehörigen der Besoldungsgruppe A 13 in der Stufe 9, der kinderlos verheiratet ist, 2012 von einem Gehaltszuwachs von etwa 8 € auszugehen.**

(Karin Kunert)

*„Dienstrechtsänderungsgesetz“ – das klingt aber kompliziert! Gut, dass Andreas Werra für uns durchblickt und uns erklärt, was die Landesregierung Gutes für uns erreichen will!*

### **Neues Beamtenprivileg: Planungssicherheit für 5 Jahre!**

So macht das neue Schuljahr gleich noch mehr Spaß und Freude. Wie habe ich mir das bloß verdient? Die Landesregierung schenkt uns ein neues Privileg, auf das bestimmt irgendjemand schon lange gewartet hat: Die Planungssicherheit!

Endlich sind die Nächte passé, in denen ich von Albträumen gequält wurde. Nächte, nach denen man schweißgebadet erwachte und nicht wusste, ob die nächste Besoldungsanpassung drei oder gar nur zwei Prozent betragen würde. In jedem Falle zu wenig, um den Lebensstandard für die Familie zu sichern. Die nächsten 5 Jahre werde ich jeden Morgen mit der Gewissheit erwachen, dass ich im nächsten Jahr 1% (in Worten: Ein Prozent!) mehr verdienen werde. Das Glück der Planungssicherheit überwältigt mich.

Getrübt wird dieses seitens der Landesregierung von mir erwartete Glücksgefühl zunächst durch mein mangelndes Vertrauen in die Preisstabilität. Zugegeben - der Einkaufswagen beim Aldi kostet nach wie vor nur einen Euro, und selbst den bekomme ich nach Einkaufsende sogar wieder heraus. Der Inhalt des Einkaufswagens scheint mir jedoch von Jahr zu Jahr teurer geworden zu sein. Vielleicht kaufe ich aber auch schlicht und einfach nur bei der falschen Quelle. Aber könnte ich es mir mit der neu gewonnenen Planungssicherheit etwa leisten, statt bei Aldi, bei Feinkost Käfer zu schlemmen? Dort würde ich jedenfalls am ehesten auf die genialen Erfinder meines neuen Privilegs treffen, falls die nicht gerade in der von mir mitfinanzierten VIP-Lounge am Nürburgring sitzen.

Darüber hinaus bekomme ich schon wieder neue Albträume ob der zu erwartenden Schlagzeilen in Deutschlands größtem Boulevardblatt: „Beamte werden gemästet! 5% mehr mit Garantie!“ So niveaulos diese Milchmädchenrechnung auch sein mag, sie konkurriert

durchaus mit dem Reflektionsniveau unserer Haushaltsplaner.

Kein Wunder also, dass noch weitere Maßnahmen aus dem Hut gezaubert werden, die zwar schmerzhaft sind, sich aber bestimmt genauso wohlklingend verkaufen lassen, wie unsere neue Planungssicherheit.

Längere Lebensarbeitszeit und späteres Erreichen der Dienstaltersstufen. Hört sich zunächst schlecht an, bedeutet aber vielleicht einfach nur, dass wir langsamer alt werden und das ist doch super. Allerdings fehlt mir noch die Erklärung, warum der gleiche Mensch plötzlich langsamer alt wird? Vielleicht kommt hier Einsteins Relativitätstheorie und die Zeitdilatation bei Lichtgeschwindigkeit in Betracht. Zumindest hat es seitens der Haushaltssanierer etwas mit viel zeitlosem Dilettantismus und wenig Licht im Kopf zu tun.

Wegfall der vermögenswirksamen Leistungen. Positiv betrachtet, wurde hier wahrscheinlich einfach nur erkannt, dass die bisherigen Leistungen sowieso noch nie vermögenswirksam waren, also weg mit der Farce.

Verdoppelung der eigenen Zuzahlung bei Wahlleistungen. Auf meine Wahlleistung bei der nächsten Landtagswahl freue ich mich jetzt schon.

Aber erst mal sachlich bleiben und kühl rechnen: 1% mehr Besoldung minus Wegfall vermögenswirksamer Leistungen minus erhöhter Eigenanteil bei Wahlleistungen minus Kaufkraftschwund durch Inflation, und das alles mit der Planungssicherheit über 5 Jahre – wie soll ich mich dafür am besten bedanken?

Unser monatliches Salär wird im Voraus bezahlt. Wir bekommen also nicht am Ende des Monats den Gegenwert für bereits geleistete Arbeit, sondern leisten im Laufe eines Monats den Gegenwert für das am Monatsanfang überwiesene Gehalt. Was läge da näher, als die Arbeitsleistung der zur Verfügung gestellten Kaufkraft nach unten anzupassen? Schnell verwerfe ich diese Option, da ich meine 6-köpfige Familie durch listige Retourkutschen leider nicht satt bekomme. Vielleicht mache ich es zunächst mal wie der Landesvater: Ich verzichte auf die Dauerkarte bei Mainz 05. Ich verzichte, um Geld zu sparen. Er hat verzichtet, weil er nicht mehr ausgepiffen werden will. Kein weiterer Kommentar!

## PES - ÖPR-Fortbildungen des vlw

In Welling bei Koblenz und in Kaiserslautern fanden die diesjährigen Personalräte-Fortbildungen des vlw statt, diesmal zum Thema „PES“. **Kurt Flöck**, der stellvertretende Vorsitzende des Bezirkspersonalrates, hatte die beiden Veranstaltungen organisiert, bei denen als Referenten in Kaiserslautern **Jochen Floeter**, Projektleiter PES, und in Welling **Detlev Jacobs**, zuständig für PES beim Pädagogischen Landesinstitut, Informationen aus erster Hand geben konnten.

Zur Erinnerung: Durch PES („Projekt erweiterte Selbstständigkeit“) sollen die Schulen mehr Verantwortung für die inhaltliche, organisatorische, personelle und finanzielle Gestaltung einer nachhaltigen Qualitätsentwicklung erhalten. Ziel ist insbesondere die Verminderung des temporären Unterrichtsausfalls, die durch eine Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten im personellen Bereich der Lehrerversorgung erreicht werden soll. Hierzu heißt es auf der Projektseite des Ministeriums (MBWWK):

Im Projekt PES wird von den Schulen erwartet, dass sie im Rahmen ihres schulischen Vertretungskonzepts Vertretungsunterricht eigenverantwortlich disponieren und organisieren; eine Vertretungsbereitschaft in der Schule und im schulischen Umfeld aufbauen; ihr Vertretungsbudget bewirtschaften; den Vertretungsbedarf, Regulierungsmaßnahmen und verbliebenen Unterrichtsausfall in der vorgegebenen Weise dokumentieren; über ihre Erfahrungen berichten und Verbesserungsvorschläge einbringen.



In diesem Zusammenhang kommen natürlich auch auf die Personalvertretungen der Schulen neue Aufgaben hinzu: Sie müssen u.a. darauf hinwirken, dass die Kolleginnen und Kollegen durch PES ent- und nicht noch mehr belastet werden; der Einsatz der PES-Kräfte so erfolgt, dass die Qualität des Unterrichts den Anforderung zumindest annähernd entspricht; die verpflichteten PES-Kräfte entsprechend ihrer Qualifikation bezahlt werden; durch ihre vorgeschriebene Beteiligung bei den Einstellungsgesprächen der PES-Kräfte an den Schulen die Qualitätssicherung des Unterrichts eine Rolle spielt.

Von den anwesenden Personalvertreterinnen und –vertretern kamen erwartungsgemäß viele Fragen. Die meisten Bedenken galten der Befürchtung, dass auf das Kollegium durch PES noch höhere Belastungen zukämen, etwa durch das vorherige Ausschöpfen der Mehrarbeitsverordnung oder durch die Erstellung der PES-Statistik. Die Referenten sowie die anwesenden Bezirkspersonalräte **Kurt Flöck** und **Andreas Seehaus** konnten diese Bedenken weitestgehend zerstreuen. Das PES-Budget, was jeder teilnehmenden Schule zugewiesen wird - ca. 500,- € pro Jahr und an der Schule Beschäftigtem – kann so dazu dienen, den temporären Unterrichtsausfall zu verringern und das Kollegium zu entlasten. Den strukturellen, also „geplanten“ Unterrichtsausfall, der im letzten Jahr im Durchschnitt noch 5,9 % an den BBS des Landes betrug, kann PES nicht vermindern – das kann die Landesregierung bislang auch mit anderen Maßnahmen nicht. Hier hofft sie auf den „demografischen Wandel“ – aber dies ist ein anderes Thema.

Kurt Flöck: [KFloeck@gmx.de](mailto:KFloeck@gmx.de)

Andreas Seehaus: [seehausens@t-online.de](mailto:seehausens@t-online.de);

Detlev Jacobs: [detlev.jacobs@pl.rlp.de](mailto:detlev.jacobs@pl.rlp.de);

Jochen Floeter: [Jochen.Floeter@ags.rlp.de](mailto:Jochen.Floeter@ags.rlp.de)



Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden - [www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de)

Redaktion: Michael Lutz, Schloßbergstr. 47, 55411 Bingen ([MichaelLutz2@gmx.net](mailto:MichaelLutz2@gmx.net))

10-2011

vlw—kompakt



# JETZT REICHT'S!

Der vlw ruft auf zur Teilnahme an der  
Protestkundgebung vor dem Landtag in  
Mainz am 3. November 2011!



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Jetzt reicht's! Unter diesem Motto treffen sich die Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam mit anderen Betroffenen des Öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz, am 3. November vor dem Landtag in Mainz. Wir haben Sie bereits über die uns drohenden Auswirkungen des „Dienstrechtsänderungsgesetzes“ informiert, in dem – zum wiederholten Male – Sonderopfer von uns eingefordert werden. Zum Dank dafür werden großzügig eine Fortführung der Altersteilzeit (für das Land zumindest kostenneutral) und, zur Ermöglichung einer „Planungssicherheit“ für die nächsten fünf Jahre, jeweils eine Besoldungserhöhung von 1% gewährt; dies wird mindestens einem realen Einkommensverlust von 5-10% in den nächsten fünf Jahren entsprechen.

Natürlich hat sich auch der Landesvorstand des vlw in vielen Gesprächen gegen dieses Machwerk zur Wehr gesetzt. Hierzu brauchen wir aber Ihre Unterstützung! **Nur, wenn wir am 3. November in großer Zahl gegen diese Grausamkeiten Protest erheben, wird unser Dienstherr auf unsere berechtigten Forderungen reagieren.** Aus allen berufsbildenden Schulen des Landes sollten wir nach Mainz aufbrechen. Der vlw unterstützt dies durch die Bereitstellung von Bussen (dbb) und Fahrtkostenerstattung für Selbstfahrer. **Unser Appell an Sie: Nutzen Sie diese Möglichkeiten, und zeigen Sie Solidarität! Kommen auch Sie zur Demonstration am 3.11.2011!**



# Der vlw im Gespräch mit den Landtagsfraktionen

## CDU-Landtagsfraktion: Demografische Rendite im System belassen - Breite Unterstützung für die Positionen des vlw

Zu einem ersten Meinungsaustausch nach den Landtagswahlen trafen die CDU-Bildungspolitiker **Bettina Dickes**, **Marion Schneid** und **Martin Brandl** mit einer Delegation des Landesvorstands zusammen. Generell konnte sich **Karl-Heinz Fuß** über eine breite Unterstützung unserer bildungspolitischen Forderungen an die Landesregierung freuen. So sollte der nach wie vor hohe Unterrichtsausfall auch durch eine Nutzung der „demografischen Rendite“ minimiert werden. Auch zeigt sich die CDU offen für weitergehende Bemühungen um mehr Bewerberinnen und Bewerber für den Lehrberuf an der BBS. Hierzu ist nicht nur eine Verbesserung des Images der BBS erforderlich, sondern es müssen auch attraktivere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. **Bettina Dickes** weist auch auf die Notwendigkeit hin, neue Wege zu suchen, um mit den demografischen Entwicklungen, insbesondere dem Rückgang der Schülerzahlen, fertig zu werden. Schwächere Schülerinnen und Schüler müssen verstärkt gefördert werden, und das gehe besser in der Schule als in überbetrieblichen Einrichtungen. Die CDU kritisiert auch - im Zusammenhang mit der Errichtung der Fachoberschulen an der „Realschule plus“ - die Errichtung von Doppelkapazitäten, ebenfalls eine wichtige Auffassung unseres Verbandes.

Zum Schluss des Meinungsaustausches wurden noch aktuelle Themen zur Sprache gebracht. Beide Seiten vereinbarten weitere Gespräche anlässlich der Verabschiedung des nächsten Bildungshaushaltes.

**Martin Brandl** (WK 51-Germersheim)

[info@brandl-martin.de](mailto:info@brandl-martin.de)

**Bettina Dickes** (WK 18, Kirn/Bad Sobernheim):

[bettina.dickes@cdu.landtag.rlp.de](mailto:bettina.dickes@cdu.landtag.rlp.de)

**Marion Schneid** / (WK 36-Ludwigshafen II)



Linke Seite vlw: v.l.n.r. A.Seehaus, K.Flöck, K.-H.Fuß

rechte Seite CDU: v.r.n.l. M.Brandl, B.Dickes, M.Schneid



v.l.n.r. vlw: Mechthild Antony-Hatzfeld, Karl-Heinz Fuß  
Rechte Seite v.r.n.l. Benedikt Oster, Bettina Brück, Johannes Kломann (Referent)

## Im Gespräch mit der SPD – neue bildungspolitische Sprecherin im Landtag

Im Landtag setzte der vlw-Landesvorstand die Reihe seiner Gespräche mit den Fraktionen fort und war zu Gast bei der SPD-Fraktion. Unter der Leitung von **Karl-Heinz Fuß** sprachen die vlw-Landesvorstandsmitglieder **Mechthild Antony-Hatzfeld**, **Jürgen Kettner** und **Michael Lutz** mit der neuen bildungspolitischen Sprecherin, **Bettina Brück** (Thalfang) und ihrem Fraktionskollegen **Benedikt Oster** (Cochem). Zu Beginn äußerte **Karl-Heinz Fuß** den Protest des vlw gegen die Auswirkungen der bevorstehenden Dienstrechtsreform sowie der kommenden „Schuldenbremse“ im Haushalt auf Kosten der Beamtinnen und Beamten des Landes. **Frau Brück** begründete die geplanten Maßnahmen mit der Notwendigkeit zu Haushaltseinsparungen. Des Weiteren wies **Karl-Heinz Fuß** auf die schwierige Situation der BBS im Land hin; die versprochene Imagekampagne des Landes lässt noch auf sich warten, und der Stellenwert der beruflichen Bildung scheint nicht mehr allzu hoch zu sein. Immer noch erscheint die Einrichtung von Fachoberschulen an der „Realschule plus“ als falsch; **Frau Brück** betonte, dass die FOS keine Konkurrenz zu bestehenden BBS darstellen sollte (Gegenbeispiel: Bingen). Zum Schluss wurde noch engagiert über die Zukunft des Berufsbildungssystems unter dem Vorzeichen sinkender Schülerzahlen diskutiert; hier wird es höchste Zeit, dass die Landesregierung ihre Vorstellungen dazu entwickelt. Die Delegation des vlw bedankte sich bei **Frau Brück** für das Gespräch und wünschte ihr alles Gute in ihrer neuen Funktion. Beide Seiten verabredeten regelmäßige weitere Gespräche.

Bettina Brück (Thalfang, Landesliste Platz 31):

[buengerbuero@bettina-brueck.de](mailto:buengerbuero@bettina-brueck.de)

Benedikt Oster (Cochem, Landesliste Platz 8):

<http://www.benedikt-oster.de/>

## Aktuelles aus dem Bezirksverband Pfalz

### Fortbildung des Bezirksverbandes zum Thema „Gewaltprävention und Selbstbehauptung für Lehrerinnen und Lehrer“

Unter diesem Motto fand am 30.08.2011 eine restlos ausgebuchte Fortbildung des **vlw**-Bezirksverbandes Pfalz an der BBS Speyer statt.

Die hohe Zahl an Anmeldungen zu dieser kostenpflichtigen Veranstaltung zeigt, dass dieses Thema viele Kolleginnen und Kollegen angesprochen hat.

Die Veranstaltung wurde vom 8-fachen Deutschen Karatemeister und ehemaligen Polizisten **Holger Schuhmacher** durchgeführt.

Zu Beginn erfolgte ein Erfahrungsaustausch und eine Strate-giensammlung aller Teilnehmer für Lehrende in Konfliktsitu-ationen. Hierbei lag der Schwerpunkt auf Konflikten, die während einer Schulstunde immer wieder auftreten.

So wurde das Beispiel, dass sich ein Schüler weigert den Klassensaal zu verlassen, in vielen Situationen durchgespielt und die jeweilige Rolle des Lehrers analysiert. Anhand von zahlreichen Rollenspielen lernten die Teilnehmer, sich zu-nächst verbal und nonverbal durch ihre Körperhaltung und später auch durch körperliche Abwehr zu behaupten.



Im weiteren Verlauf der Fortbildung wurden Themen wie Amoksituationen, Notwehr, Angriffe mit Messern sowie die dafür geeignete Gegenmaßnahmen besprochen und auch praktisch geübt. Der Übungsleiter Holger Schuhmacher fun-gierte hier als „lebendes Trainingsobjekt“ und wurde einige Male „getreten“ und per Schulterdrehgriff in den „Schwitzkasten“ genommen.

Der Nachmittag war stark von praktischen Übungen und weiteren Aktionsformen geprägt. Hierbei konnte jeder Teil-nehmer für sich die Dinge einüben und erproben, die ihm bei der Bewältigung der täglichen Herausforderungen im Klassenzimmer nützlich erschienen.

Letztendlich verriet uns der Karate- und Selbstverteidigungs-profi Schuhmacher einige Tipps für den hoffentlich nie ein-tretenden Fall der Fälle, wie man sich gegen einen Angreifer zur Wehr setzen kann und welche Hilfsmittel und Griffe dazu

geeignet sind.

Der **vlw**-Bezirksverband Pfalz möchte sich sehr herzlich bei Herrn Schuhmacher für die Durchführung und bei Ute Edel-mann für die hervorragende Organisation dieser Veranstal-tung bedanken.

Die schönen Räumlichkeiten, die uns von der BBS Speyer zur Verfügung gestellt wurden und die ausgezeichnete Verpfle-gung rundeten die Fortbildung zu einer gelungenen Erfahrung ab. Der **vlw**-Bezirksverband Pfalz bedankt sich ebenfalls bei **Herrn Wunn**, dem Schulleiter der BBS Speyer und beim vlw-Urgestein **Herrn Schappert**, der im Hintergrund viele Dinge



für uns organisiert hat und zusammen mit **Frau Edelmann** dafür gesorgt hat, dass dieser Fortbildungstag reibungslos stattfinden konnte.

(F. Baqué)

### Neues Mitglied im Bezirkspersonalrat

Seit Ende Juli dieses Jahres gehört **Andreas Seehaus**, **vlw**-Bezirksvorsitzender Pfalz, als neues Mitglied dem Bezirks-personalrat bei der ADD Trier an. Er löste das langjährige

Mitglied **Gernot Kormann** ab, der im Sommer in den Ruhestand versetzt wurde. **Andreas Seehaus** unterrichtet an der BBS Landau die Fächer BWL und Sozialkunde. Er ist seit April 2010 Bezirksvorsit-zender des **vlw** Pfalz und Landes-vorstandsmitglied. **Andreas Seehaus** gehört seit 10 Jahren dem örtlichen Personalrat der BBS Landau an und war in den letzten sechs Jahren ÖPR Vorsitzender. Er



ist 45 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder.

seehausens@t-online.de

*Liebe Leserin, lieber Leser, wenn Sie an dieser Stelle eine eher satirische Betrachtungsweise gewöhnt sind, müssen wir Sie leider enttäuschen. Unten stehend drucken wir eine Presseerklärung des real existierenden rheinland-pfälzischen Finanzministers Carsten Kühl (SPD) vom 14.09.2011 zum „Dienstrechtsänderungsgesetz“ ab. Bitte bilden Sie sich selbst Ihre Meinung, und kommen Sie am 3. November nach Mainz!*

### **Kühl: Wichtiger Baustein zur Haushaltskonsolidierung mit sozialem und familienpolitischem Augenmaß**

Das Dienstrechtsänderungsgesetz, das heute im Landtag in erster Lesung eingebracht wurde, hat der rheinland-pfälzische Finanzminister Carsten Kühl als „wichtigen Baustein des Konsolidierungsprojektes der Landesregierung“ bezeichnet.

„Wenn rund vierzig Prozent des Landeshaushaltes für Personalausgaben verwendet werden, kommen wir nicht umhin, auch hier mit unseren Konsolidierungsbemühungen anzusetzen“, sagte Kühl. „Wir stehen vor der Aufgabe, bis zum Jahr 2016 1,2 Milliarden Euro einzusparen. Besoldungsanpassungen haben sich an dieser Realität zu orientieren.“

Von 2012 bis 2016 sollen die Bezüge der Beamten jährlich um ein Prozent erhöht werden. Damit werde für den Landeshaushalt, aber auch für die Betroffenen Planungssicherheit gewährt. Ebenso sei für Beamte „eine gerechte Teilhabe an der Entwicklung der allgemeinen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse gesichert“, sagte

Kühl. Der Minister betonte, dass die Beamten keinesfalls einseitig belastet würden. Der Vergleich zeige, „dass Rheinland-Pfalz bei den Bezügen im Ländervergleich Spitzenpositionen einnimmt. Zudem haben wir sehr gute Arbeitsbedingungen, so liegen wir bei der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte am unteren Ende der Skala“, so Kühl.

Mit der Einführung einer sozialen Komponente sei sichergestellt, dass Beamte des einfachen und mittleren Dienstes bis Besoldungsgruppe A 8 stärker von den Zuwächsen profitierten. Zudem verbessere sich die Situation für junge Familien mit Kindern, weil deren Familienzuschläge deutlich erhöht würden.

Die Beihilfe, die Unterstützung der Beamten vor allem im Krankheitsfall, würde an einzelnen Stellen mit Härtefallregelungen angepasst an Bedingungen, die auch in anderen Ländern gälten.

Kühl verwies auch auf „unstrittige Verbesserungen, die mit dem Dienstrechtsänderungsgesetz für die Beamten verwirklicht würden. Mit einer Verlängerung der Möglichkeit zur Altersteilzeit für bestimmte Beamtengruppen und einer Verbesserung der Mitbestimmungsrechte bei wissenschaftlichen Mitarbeitern haben wir die Gelegenheit genutzt, einiges für unsere Mitarbeiter auf den Weg zu bringen.“ Kühl dankte den Gewerkschaften des DGB und des Beamtenbundes, die das Gesetzesvorhaben mit konstruktiven Diskussionen begleitet hätten. „Einige Anregungen konnten bereits im Vorfeld, andere während des regierungsinternen Gesetzgebungsverfahrens aufgenommen werden.“

Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden - [www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de)

Redaktion: Michael Lutz, Schloßbergstr. 47, 55411 Bingen ([MichaelLutz2@gmx.net](mailto:MichaelLutz2@gmx.net))

## KURZ UND AKTUELL

- ⇒ Schulleitungspauschale - Neugestaltung weiter offen
- ⇒ Reform der Lehrkräftearbeitszeitverordnung - Verschlechterungen für die Seminare
- ⇒ Umgang mit schwierigen Schülerinnen und Schülern: HPR und Ministerium im Gespräch
- ⇒ HPR fordert Teilzeitbeschäftigung auch für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter
- ⇒ Anwendungsbetreuung / Netzwerk—weiterhin offene Fragen

### Neue „Lehrkräftearbeitszeitverordnung“ – vLw nimmt Stellung im Hauptpersonalrat

*Der Teufel steckt – wie so oft – im Detail: Die „Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung“ soll geändert werden. Nun könnte man denken, dass – als Ausgleich für die uns fünf aufeinanderfolgende Jahre bevorstehende Einkommens-„Erhöhung“ um jeweils 1% - die Arbeitszeit, entsprechend dem sinkenden Realeinkommen – abgesenkt wird. Dies ist natürlich ein Trugschluss. Trotzdem soll sich einiges ändern:*

Der vLw begrüßt ausdrücklich die Beibehaltung des Regelstundenmaßes an berufsbildenden Schulen in Höhe von 24 Wochenstunden. „Dieses Stundenmaß hat sich

*Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2!*

## INHALT

- ⇒ Seite 1: Neue Lehrkräftearbeitszeitverordnung
- ⇒ Seite 2: Ungleichbehandlung bei Reisekosten
- ⇒ Seite 3: Nachrufe für Erich Illmann und Karl Hildebrand
- ⇒ Seite 4: Ulrich Brenken 60. Geburtstag
- ⇒ Seite 4: Landesvorstand besucht BBS Wirtschaft in Bad Kreuznach

## LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN.....

wenn eine „Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung“ geändert werden soll, so verheißt das zuerst nichts Gutes, denken wir doch an die zahlreichen Verschlechterungen unserer Arbeitsbedingungen, begleitet von völlig unzureichenden Erhöhungen der Bezüge. Nur zur Erinnerung: Uns stehen



„Erhöhungen“ von 1% pro Jahr in den nächsten fünf Jahren bevor. Andere Beschäftigtengruppen des öffentlichen Dienstes stehen da deutlich besser da: Gerade haben die Krankenhausärzte – nach einer Streikandrohung – eine Gehaltserhöhung von 2,9% erstritten, bei einer Laufzeit von 16 Monaten. Sollen wir etwa schon zufrieden sein, wenn uns die Landesregierung die Arbeitszeit zumindest nicht erhöht? Verbesserungen im Detail wird es nach dem jetzigen Diskussionsstand geben, so bei der Rückerstattung des „verpflichtenden Ansparens“ mit der Möglichkeit der verlagerten Rücknahme. Erheblichen Verbesserungsbedarf sehen wir aber noch bei der sogen. „3/6-Pauschale“ und insbesondere bei den geplanten Veränderungen für die an den Studienseminaren Tätigen.

Der vLw wird sich auch in diesem Jahr für Ihre Belange einsetzen, um die Arbeitsbedingungen für uns alle zu erleichtern. Verbandsintern hat sich der Landesvorstand für dieses Jahr vorgenommen, die Kommunikation im Verband weiter zu intensivieren. So werden wir die regelmäßigen Gespräche mit den Ortsvorsitzenden und die Besuche bei den Ortsverbänden im ganzen Land fortsetzen. Gerne werden wir uns am 12. November bei der Landesversammlung in Trier mit Ihren Anregungen und Erfahrungen auseinandersetzen.

*Ihr Karl-Heinz Fuß*

über viele Jahre bewährt“, so Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß. Zum „**verpflichtenden Ansparen**“ wird die Möglichkeit eingeräumt, den Ausgleich der angesparten Stunden zeitlich nach hinten versetzt vorzunehmen. Dies sehen wir als wichtiges Instrument vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Es erscheint sinnvoll, wenn Kolleginnen und Kollegen bei der derzeitigen unzulänglichen Unterrichtsversorgung die Rücknahme der Ansparstunden auf einen späteren Zeitpunkt verlegen können, da bis dahin die Schüler- und Klassenzahlen deutlich zurückgehen werden.

Weiterhin besteht die Möglichkeit zum Nehmen eines „**Sabbatjahres**“. Wir haben allerdings kein Verständnis für die Vorgabe, dass dies maximal bis zum 59. Lebensjahr möglich sein soll. Dies widerspricht dem Trend zu einer längeren Lebensarbeitszeit und schränkt die Wahlmöglichkeiten der Lehrkräfte unnötig ein. Wir meinen, dass es den Kolleginnen und Kollegen selbst überlassen bleiben sollte, ob sie im Anschluss an ein Sabbatjahr lediglich noch ein oder zwei Dienstjahre vor sich haben.

Bei der **Festlegung der Anrechnungspauschale für besondere unterrichtliche Belastungen** („3/6-Pauschale“) halten wir eine Erhöhung für dringend geboten. Sowohl die Belastungen als auch die außerunterrichtlichen Sonderaufgaben haben in den letzten zehn Jahren stark zugenommen. Als Beispiele seien das Beratungs- und Förderkonzept und veränderte pädagogische Konzepte hin zu individueller Förderung genannt. Ein aktuelles Beispiel stellt die „Rahmenvereinbarung zur Schullaufbahnberatung sowie Berufswahlvorbereitung und Studienorientierung“ dar. Die Umsetzung all dieser Maßnahmen erfordert zusätzliche Ressourcen. **Der vlw fordert deshalb eine deutliche Anhebung!**

Bei den Studienseminaren werden sich durch die geplante Neuregelung Verschlechterungen ergeben, wenn die Zahl der Seminarteilnehmerinnen und –teilnehmer rückläufig ist. Im Sinne der Qualitätssicherung sollte ein Sockel gewährleistet sein, so wie dies bei der bisherigen Regelung der Fall war, bei der den Fachleiterinnen/Fachleitern für Pädagogik und Allgemeine Didaktik 16 Anrechnungstunden zugeteilt wurden. Die Änderung bei den zugeteilten Anrechnungstunden benachteiligt besonders stark die Studienseminare für berufsbildende Schulen, da hier aufgrund der Vielzahl an kleinen Fachbereichen die Seminarteilnehmerzahlen in der Regel weniger als 9 Teilnehmer betragen.

Die angestrebte Änderung hätte massive Auswirkungen auf die Studienseminare für BBS. Dem **vlw** sind

Zahlen in Höhe von vier Lehrerstellen landesweit genannt worden. **Dies halten wir im Hinblick auf die angestrebten hohen Qualitätsstandards für nicht verantwortlich.** Die Qualität der Ausbildung an den Studienseminaren ist ein Garant für die Qualifikation und Professionalisierung der Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen. Wir halten es für einen dramatischen Fehler, an diesen Stellen Einsparungen vornehmen zu wollen.

Der **vlw** hofft, dass unsere Argumente, die im Hauptpersonalrat schon Unterstützung gefunden haben, auch im MBWWK Auswirkungen haben werden.

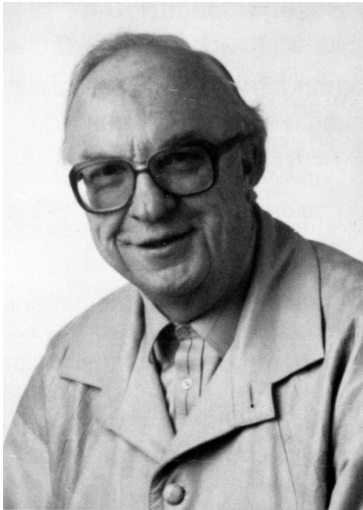
## Die Ungleichbehandlung muss endlich aufhören!

### vlw fordert vollen Kostenersatz für dienstliche Fahrten von Lehrkräften

Der **vlw** kritisiert die Ungleichbehandlung von Lehrkräften im Reisekostenrecht. Während Dienstreisen des öffentlichen Dienstes nach dem Landesreisekostengesetz abgerechnet werden, sind Lehrkräfte einer ganzen Reihe von Restriktionen unterworfen. So gibt es eine eigene Verwaltungsvorschrift für die Kostenerstattung bei Schulfahrten, in der lediglich reduzierte Erstattungssätze gewährt werden. Mit Hinweis auf beschränkte Budgets werden darüber hinaus viele Dienstreisen, wie z.B. die Besuche von Praktikanten in deren Betrieben, nur genehmigt, wenn die Lehrkraft auf die Erstattung der Reisekosten per Unterschrift verzichtet. Für den Besuch von Fortbildungen werden Reisekosten erst ab einem Erstattungsbetrag von 20,00 € gezahlt. Dies führt beispielsweise dazu, dass diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die eine Gesamtwegstrecke von mindestens 134 km haben, Reisekostenerstattung bekommen, während andere mit einer kürzeren Wegstrecke leer ausgehen.

*Fazit: Der vlw sieht im Reisekostenrecht dringenden Reformbedarf. Vor allem die Selbstverständlichkeit, mit der von Lehrkräften erwartet wird, dass sie einen Teil der Kosten selbst tragen oder bei Besuchen von Praktikanten ganz auf Reisekosten verzichten, muss endlich ein Ende haben. Unabhängig davon müssen Schulleitungen und örtliche Personalräte darauf achten, dass die für Schulfahrten zur Verfügung stehenden Budgetmittel auch tatsächlich beantragt und ausgeschöpft werden.*

**Der vlw Rheinland-Pfalz trauert um seinen ehemaligen Landesvorsitzenden Dr. Erich Illmann**, der ein sehr geschätzter und weit über die Maßen hinaus engagierter Schulleiter und Kollege war. **Erich Illmann** war ein Mitglied der ersten Stunde in unserem Verband, dem er 1949



beitrat und bis zuletzt, als Ehrenmitglied, die Treue gehalten hat. Schon früh hat er sich aktiv engagiert, als Schriftführer im Vorstand des Landes und schließlich von 1965 bis 1969 als Landesvorsit-

zender. Damit nicht genug hat er 1968 das Amt des **vlw**-Bundesvorsitzenden übernommen und bis 1971 bekleidet. Aufgrund seines umfangreichen Engagements wurde ihm 1973 auf Initiative von **vlw** und **dbb** das Bundesverdienstkreuz verliehen. **Erich Illmann** war weit über die Grenzen von Mainz hinaus bekannt. Als **vlw**-Vorsitzender hat er sich gegenüber Politikern und den Verantwortlichen im Bildungsministerium und bei den Bezirksregierungen landes- und schließlich auch bundesweit für die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Sein ausgeprägtes Organisationstalent und sein hoher Sachverstand bis in die Details haben ihn zu einem erfolgreichen und geschätzten Ansprechpartner gemacht. Wenn es sein musste, konnte er hart und ausdauernd verhandeln und hat damit dem **vlw** Ansehen und Respekt bei den Entscheidungsträgern im Land und darüber hinaus verschafft. Auch im Ru-

hestand wurde Erich Illmann nicht müde, sich zu engagieren. So hat er sich in der Zeit nach 1989 aktiv um die neu gegründeten **vlw**-Landesverbände in den neuen Bundesländern gekümmert. Erich Illmann hat die Entwicklung der berufsbildenden Schulen über Jahrzehnte kritisch begleitet und aktiv mitgestaltet und wurde damit Teil der Geschichte unseres Verbandes.

Der **vlw** verabschiedet sich voll großer Dankbarkeit von **Erich Illmann**, einem Kollegen, der viele Jahre seine Privatinteressen hinten angestellt und einen beträchtlichen Teil seiner Lebenszeit und seiner Kraft für die Ziele unseres Verbandes eingesetzt hat.

Mit großer Trauer haben die Mitglieder des Verbandes der Lehrer an Wirtschaftsschulen den überraschenden und allzu frühen Tod ihres Verbandskollegen **Karl Hildebrand** aufgenommen. Herr Hildebrand ist am 7. Januar 2011 kurz vor Vollendung des 69. Lebensjahres gestorben.

**Karl Hildebrand** hat an unzähligen Verbandsversammlungen teilgenommen und sich über Jahrzehnte im Vorstand des Ortsverbandes Kaiserslautern und im örtlichen Personalrat für die Kolleginnen und Kollegen engagiert. Mit seinem ausgehenden und besonnenen Wesen hat er wesentlich unsere gemeinsame Verbandsarbeit geprägt. Hierfür gebührt ihm unserer besonderer Dank.

## Ulrich Brenken – vlw gratuliert dem vlbs-Landesvorsitzenden zum 60. Geburtstag

Mitte Dezember feierte **Ulrich Brenken**, Landesvorsitzender des **vlbs** - Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen – seinen 60. Geburtstag, und viele kamen zur Gratulation. Insbesondere in seiner Funktion als Vorsitzender des Hauptpersonalrates für die Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen und auch im **dbb** Rheinland-Pfalz arbeitet Herr Brenken eng mit Vertretern des **vlw** zusammen. **Karl-Heinz Fuß** lobt seine stets bestimmte, aber dennoch freundliche und sachorientierte Verhandlungsführung. Unter seiner Führung kämpft der Hauptpersonalrat für die Belange der BBS, und auf seine Detailkenntnisse und seinen rastlosen Einsatz können sich



seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter verlassen – manchmal sicherlich zum Ärger im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK).

Die Tätigkeit im HPR genügt **Ulrich Brenken** allerdings nicht, so führt er neben dem Landesvorsitz im vlbs seit nunmehr 30 Jahren auch den „ACC – Andre-Citroen-Club“, und ist als Abteilungsleiter an der **BBS Mainz 1 GuT** tätig.

Der **vlw** Rheinland-Pfalz bedankt sich für die stets gute Zusammenarbeit und wünscht **Ulrich Brenken** für die kommenden Jahre weiterhin viel Erfolg, Gesundheit und Zufriedenheit!

## vlw-Landesvorstand zu Gast an der BBS Wirtschaft Bad Kreuznach

Der **vlw**-Landesvorstand setzte die Reihe seiner Besuche in den **vlw**-Ortsverbänden an der BBS Wirtschaft Bad Kreuznach fort. Im Gespräch mit dem Schulleiter, Herrn **OSTD Dr. Hans-Joachim Bechtoldt**, wurden aktuelle bildungspolitische Entwicklungen in Rheinland-Pfalz und der Nahe-Region erörtert. Die BBS Bad Kreuznach ist eine gut aufgestellte berufsbildende Schule in einer Stadt mit Zentrumsfunktion. Die an anderen Schulen zu verzeichnenden Schülerrückgänge sind hier bislang nicht eingetreten, die Schule vermittelt ein breites Bildungsangebot. Als Beispiel sei hier die äußerst erfolgreiche „Höhere Berufsfachschule Polizei und Verwaltung“ genannt. Aber auch hier zeigen sich die typischen BBS-Probleme: ein nach wie vor hoher struktureller Unterrichtsausfall (ca. 8%) und ein hoher Instandsetzungsbedarf am Gebäude, wobei der

Landkreis sein Möglichstes tut. Zum aktuellen Verfahren der Schulbuchausleihe werden Schulungen des Verwaltungspersonals gewünscht, die in Bad Kreuznach durchgeführte enge Kooperation mit einer Buchhandlung wird als gute Lösung angesehen. Am Nachmittag begrüßte der Vorsitzende des **vlw**-Ortsverbandes, **Peter Eich**, die anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus den Schulen in Bad Kreuznach und Idar-Oberstein. **Karl-Heinz Fuß**, gab zu Beginn in seinem Impulsreferat einen Überblick über die **Tendenzen der demografischen Entwicklung**. Die BBS können hier, zusätzlich zu den zurückgehenden Schülerzahlen, von den „neuen“ Schulformen Realschule plus und Integrierter Gesamtschule, in die Zange genommen werden. In der folgenden lebendigen Diskussion wurden auch die Auswirkungen der „Dienstrechtsreform“ beklagt; hier zeigte sich, dass darüber nach wie vor erheblicher Unmut und Frustration bei den Lehrkräften zu verzeichnen sind. Alle Beteiligten betonten die Wichtigkeit einer gewerkschaftlichen Vertretung für die



Dr. Bechthold, M. Antony-Hatzfeld, K.H.Fuß

Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Notwendigkeit, sich weiter im Verband zu engagieren. **Karl-Heinz Fuß** bedankte sich für die Gastfreundschaft der Schule und das lebhafte Gespräch. Die Auswertung der neuen „Feedback-Bögen“ ergab eine positive Resonanz auf das Gespräch. Die anwesenden Mitglieder des Landesvorstands unter der Leitung des



Peter Eich

Landesvorsitzenden waren sich einig, dass diese guten Gespräche mit den Ortsverbänden fortgesetzt werden sollen, **demnächst in Trier**.

Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender  
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbollen - [www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de)



Redaktion:

Michael Lutz, Schloßbergstr. 47, 55411 Bingen  
[MichaelLutz2@gmx.net](mailto:MichaelLutz2@gmx.net)

## KURZ UND AKTUELL

- ⇒ „Klemm-Gutachten“ und die Folgen
- ⇒ Digitalisate—Land stoppt Schnüffel-Software
- ⇒ Expertenkommission zur Zukunft der BBS geplant
- ⇒ Neuordnung der Büroberufe wohl erst ab 2014

**dbb rheinland pfalz freut sich über 6,4 Prozent Tariferhöhung - Beamte müssen 1:1 gleich behandelt werden— Beamte schon jetzt von der Einkommensentwicklung abgehängt—Ein-Prozent-Diktat der Besoldungserhöhung— benachteiligt die Beamten massiv**

Das Verhandlungsergebnis für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen ist ein tragfähiger Kompromiss. Den Beamten des Landes dagegen wurde eine Mini-Besoldungserhöhung von einem Prozent diktiert. Daher fordert der **dbb rheinland-pfalz** die Landesregierung auf, dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen. Dazu sagt die dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz: „Wir fordern eine Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung der Beamten und Versorgungsempfänger, und zwar zeit- und inhaltsgleich. Alles andere wäre eine weitere Ungerechtigkeit zum Nachteil der Beamten, zu deren Lasten die zahlreichen Sparmaßnahmen der Landesregierung gehen. Die Weichen müssen neu gestellt werden, wenn der öffentliche Dienst am Arbeitsmarkt bestehen will und die Beamten des Landes und der Kommunen überhaupt noch eine Zukunftsperspektive haben sollen. Wer von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt ist, der steht im Abseits.“ Bleibt es bei der eklatanten Diskriminierung der Beamten wird der dbb gerichtlich prüfen lassen, ob die Beamtenbesoldung überhaupt noch dem Alimentationsprinzip entspricht.

Hintergrund:

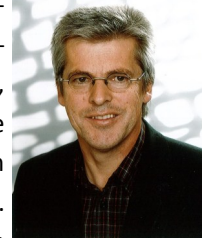
Gewerkschaften und Arbeitgeber hatten sich in der dritten Verhandlungsrunde in Potsdam auf tabellenwirksame Einkommenssteigerungen von insgesamt 6,4 Prozent bei einer Laufzeit von 24 Monaten geeinigt. Für die Beamten des Landes Rheinland-Pfalz gibt es nur eine jeweils einprozentige Besoldungsanpassung für 2012 bis 2016.

## INHALT

- ⇒ **Besoldungserhöhung für das Land übernehmen!**
- ⇒ **Klemm-Gutachten zum Lehrbedarf in RLP**
- ⇒ **Neuordnung der Büroberufe**
- ⇒ **Aus den Ortsverbänden und Bezirken**
- ⇒ **Neue Staatssekretäre m MBWWK**

## Verlängerung der Lebensarbeitszeit für verbeamtete Lehrkräfte

Nun ist sie also raus, die Katze aus dem Sack. Bei der Verkündung der Ergebnisse des „Klemm-Gutachtens“ hat Ministerin Doris Ahnen bekannt gegeben, dass noch in dieser Legislaturperiode die Anhebung des Eintrittsalters in den Ruhestand beschlossen werden soll. Bislang werden verbeamtete Lehrkräfte



zum Ende des Schuljahres in den Ruhestand geschickt, in dem sie ihr 64. Lebensjahr vollendet haben. Zukünftig sollen, nach der Vorstellung von Frau Ahnen, Lehrkräfte ein Jahr länger arbeiten, d.h. bis zum Ende des Schuljahres, in dem sie ihr 65. Lebensjahr vollenden. Vergleicht man dies mit der Regelung „Rente mit 67“, so ist das bisher vergleichsweise günstig. Ohnehin würden die Beamten in Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich gut dastehen. Klar war, dass die bisherige Regelung spätestens mit Einführung der Rente mit 67 fallen würde. Nun geht es darum, möglichst schnell Antworten auf die offenen Fragen zu geben:

1. **Welcher Jahrgang wird als erster betroffen sein?** Im Bereich der Rentenbezieher ist es der Jahrgang 1958, der erstmals ein komplettes Jahr länger arbeiten muss. Eine Belastung älterer Jahrgänge wäre somit eine Benachteiligung.
2. **Welche Auswirkungen gibt es auf die Altersermäßigung?** Der **vlw** fordert, dass die Altersermäßigung ab dem 63. Lebensjahr in Höhe von drei Wochenstunden erhalten bleibt. Die Tatsache, dass die allgemeine Lebenserwartung gestiegen ist, bedeutet nicht, dass unser Beruf weniger anstrengend geworden ist. Das Gegenteil ist der Fall.
3. **Was passiert mit der Altersteilzeit?** Unsere Kolleginnen und Kollegen wollen verlässlich planen können und brauchen deshalb verbindliche Vereinbarungen. Wer bereits einen Altersteilzeitvertrag abgeschlossen hat, muss sich auf dessen Gültigkeit verlassen können.

Die Menge der offenen Fragen zeigt die Dringlichkeit der Thematik. Hier deshalb unsere Aufforderung an die Ministerin: „Frau Ahnen, entscheiden Sie frühzeitig, damit sich die Menschen darauf einstellen können. Niemand möchte kurz vor dem ersehnten Ruhestand erfahren, dass er ein Jahr länger arbeiten muss“.

*Karl-Heinz Fuß*



## „Klemm-Gutachten“ zum Lehrkräftebedarf in Rheinland-Pfalz bis 2016/2017 vom Ministerium veröffentlicht

**Professor Dr. Klaus Klemm** erhielt vom MBWWK den Auftrag, „...die Entwicklung des Lehrkräftebedarfs in Rheinland-Pfalz unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung, der schulstrukturellen Veränderungen sowie der bereits eingeleiteten und der angekündigten Verbesserungen der Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften zu untersuchen und darzustellen“. Diese Untersuchung wurde auf der Basis von Datenmaterial des Ministeriums erstellt und gliedert sich in sechs Abschnitte:

1. Entwicklung der Schulbevölkerung (Anteil der 6– bis unter 19jährigen);
2. Entwicklung der Schülerzahlen;
3. Entwicklung des Lehrkräftebedarfs bei konstanter Lehrkräfte-Schüler-Relation;
4. Lehrkräftebedarf in Folge angekündigter Verbesserungen in der Ausstattung mit Lehrkräften;
5. Einstellungsbedarf in den nächsten Jahren
6. Beschreibung des Einstellungsbedarfs für die allgemeinbildenden Schulen und die Förderschulen.

### Die wichtigsten Zahlen für den BBS-Bereich:

#### Prognostizierte Zahl der Schülerinnen und Schüler

Schuljahr	BBS/Vollzeit	BBS/Teilzeit	BBS/gesamt
<b>2011/12</b>	42.476	84.618	127.094
<b>2016/17</b>	39.700	78.200	118.000
<b>2020/21</b>	34.200	65.300	99.500

#### Von der Landesregierung angekündigte „Bedarfsänderungen“ und ihre Auswirkungen auf den Lehrkräftebedarf: (akkumulierte Werte)

Schuljahr	Verbesserung der Unterrichtsversorgung	Schulleitungs-pauschale	Weiterentwicklung BF	Änderung Vorberereitungsdienst („VD 18“)	Ausbau der FOS	Bedarf insgesamt (VZLE)
<b>2012/13</b>	50	0	10		13	5.409
<b>2013/14</b>	100	10	20	-16	26	5.444
<b>2014/15</b>	157	10	30	-33	39	5.439
<b>2015/16</b>	157	10	40	-33	52	5.418
<b>2016/17</b>	157	10	50	-33	65	5.285

Eingerechnete Auswirkungen aus der Koalitionsvereinbarung für den BBS-Bereich:

- Für die vorgesehene Halbierung des Unterrichtsausfalls in den berufsbildenden Schulen werden 157 Stellen zusätzlich eingeplant.
- Für die „Verbesserung der Durchlässigkeit zu höheren Abschlüssen“ (Zitat) werden für die Errichtung von weiteren Fachoberschulen an den Realschulen plus 65 Stellen eingeplant.
- Um die Berufsfachschulen an den Berufsbildenden Schulen weiterzuentwickeln, werden zusätzlich 50 Stellen eingeplant.
- Zur Verbesserung der Schulleitungsanrechnung an der BBS sind insgesamt 10 Stellen (240 Stunden) vorgesehen.

Lehramtsspezifisch sind die **generellen Einstellungschancen** für die BBS als günstig einzuschätzen; es ergibt sich im 5-Jahreszeitraum eine **Einsparung von insgesamt 1.850 Stellen** über alle Schularten hinweg; weitere Effekte sind durch die **Verlängerung der Lebensarbeitszeit** zu erwarten, d.h.. durch eine Erhöhung des Pensionsalters.

Das vollständige Gutachten zur Entwicklung des Lehrkräftebedarfs in Rheinland-Pfalz findet sich im Internet unter:  
[www.unterrichtsversorgung.rlp.de](http://www.unterrichtsversorgung.rlp.de) im Lexikon unter dem Stichwort „Lehrerbedarf“.

## Klemm-Gutachten – Defizite offensichtlich, Politik reagiert halbherzig

Eine neue Studie, basierend auf den alten Zahlen, und die Landesregierung nutzt die Veröffentlichung zur Verkündung neuer Großtaten: Der Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen des Landes soll halbiert werden. Dieses bescheidene Ziel - (Verringerung des strukturellen Unterrichtsausfalls auf immerhin noch über drei Prozent! - wird nicht etwa durch verstärkte Einstellungsbemühungen junger Lehrkräfte erreicht, sondern lediglich durch die Gnade der Demografie, sprich nachlassende Schülerzahlen, und durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Lehrkräfte. Qualitative Verbesserungen lassen sich da an wenigen Fingern abzählen, so etwa im Bereich der Berufsfachschule und der Schulleitungspauschale. Wirksame Schritte, den Unterrichtsausfall an den BBS endlich zu beseitigen, sind der Landesregierung nicht eingefallen. Immerhin wurde die Einrichtung einer „Expertenkommission“ angekündigt, in der unter Beteiligung der Verbände Vorschläge für die zukünftige Gestaltung des Systems der berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz entwickelt werden sollen. Die Vorstellungen des **vlw** liegen seit langem auf dem Tisch, so etwa die Attraktivitätssteigerung des Arbeitsplatzes BBS, qualitative Verbesserungen im Bereich der BF und der HBF, anständige Besoldungserhöhungen für die Lehrkräfte, Reform der „3/6-Pauschale“. Man muss nicht viel Phantasie haben, um zu sehen, dass nicht viele dieser seit Jahren bekannten Forderungen erfüllt werden, allein schon angesichts der „Schuldenbremse“ im Landeshaushalt, deren (berechtigte) Existenz die Beschäftigten des Landes ausbaden sollen.  
*Michael Lutz*

## Informationsveranstaltung zur Altersteilzeit

An der BBS WI in Ludwigshafen fand am 1. März eine Informationsveranstaltung des **vlw**-Bezirks Pfalz zur Altersteilzeit statt. Der Landesvorsitzende **Karl-Heinz Fuß** und der Bezirksvorsitzende **Andreas Seehaus** begrüßten die insgesamt 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung. Die Referentin Frau **Karin Kunert**, im **vlw** zuständig für „Recht und Besoldung“, erläuterte die grundsätzlichen Bestimmungen und Regelungen zur Altersteilzeit. Der mit konkreten Berechnungsbeispielen versehene Vortrag wurde von den Kolleginnen und Kollegen als äußerst informativ wahrgenommen. Unterstützung erhielt Frau Kunert von Herrn **Gernot Kormann**, dem früheren Bezirksvorsitzenden des Bezirks Koblenz und langjährigen Bezirkspersonalratsmitglied. Gemeinsam konnten Karin Kunert und Gernot Kormann die z. T. sehr speziellen Fragen rund um die Altersteilzeit sachkundig und umfassend beantworten. Mit einem Blumen- bzw. Weinpräsent bedankte sich Andreas Seehaus bei den Referenten für deren aufwändige Vorbereitungen und für die freundliche und professionelle Durchführung der Veranstaltung.  
*Andreas Seehaus*

**Diese Veranstaltung soll auch im Bezirksverband Koblenz angeboten werden, und zwar am 14. Juni um 16:00 Uhr an der BBS Wirtschaft in Koblenz.**

## Ortsverband Kirn tagt im Whiskymuseum auf der Kyrburg

*Kirn, 03.05.2012.* Einen informativen wie genussreichen Abend erleben die Kirner **vlw**-Mitglieder auf Einladung des Ortsvorsitzenden, **Björn Jacobs**, auf der Kirner Kyrburg. Kennern guten Single Malts ist das Kirner Whiskymuseum und Restaurant längst ein Begriff. Burgherr **Horst Kroll** führt die Kollegen in den Gewölbekeller der Kyrburg, wo sich ein Museum mit über 3 500 Whiskys aus aller Welt befindet. Bei einem Willkommens-Longdrink oder Single Malt berichtet der Hausherr über die Historie der Burg, das Museum, alles Wissenswerte über Whiskytastings und beantwortet voller Begeisterung die Fragen der interessierten Anwesenden.

In diesem ansprechendem Ambiente des Gewölbekellers tagt der Ortsverband zum ersten, aber mit Sicherheit nicht zum letzten Mal. Björn Jacobs heißt gleich zwei Neumitglieder Willkommen. Referendar und Mentor treten gemeinsam dem **vlw** bei. **Daniel Kuhn**, der seit November 2011 an der BBS Kirn sein Referendariat absolviert, sowie sein Mentor **Eberhard Bender** erhalten in feierlichem Rahmen das **vlw**-Begrüßungspräsent, die allseits geschätzte Gesetzensammlung mit Rechts- und Verwaltungsvorschriften für berufsbildende Schulen in Rheinland-Pfalz.

Besonders erfreulich für den kleinen Ortsverband ist der Besuch unserer **vlw**-Vertreter aus BPR und HPR. So erhalten die Kirner Kollegen aktuelle Informationen aus erster Hand. Der Bezirksvorsitzende, **Kurt Flöck**, gibt einen Überblick über die anstehenden Verbandsveranstaltungen im Bezirk Koblenz. Der persönliche Kontakt zu dem BPR-Vertreter erleichtert den **vlw**-Mitgliedern den künftigen Austausch bei anfallenden dienst-



v.l.n.r. Björn Jacobs, Wolfgang Fischer, Kurt Flöck, Christine Reinhard, Heinz Andreas, Eberhard Bender, Dirk Mettler

rechtlichen Fragen. Der Landesvorsitzende, **Karl-Heinz Fuß**, berichtet über Aktuelles aus der Bildungspolitik und dem HPR. In kleiner Runde diskutieren die Kollegen mit den Fachleuten über Fragen zur Altersteilzeit und Beamtenversorgung, aber auch über die Zukunft des berufsbildenden Schulwesens sowie insbesondere der BBS Kirn. Der Schulleiter der BBS Kirn, **Heinz Andreas**, empfindet den Besuch aus Landes- und Bezirksvorstand als besondere Wertschätzung des etwas abseits liegenden Nahestädtchens Kirn. Die Kombination aus Informationen, gustatorischen Leckereien und Geselligkeit findet bei den 11 Teilnehmern aus Orts-, Bezirks- und Landesverband großen Anklang. Dieser Abend ist der Auftakt für den Ortsverband Kirn, künftig wieder aktiver an der BBS Kirn aufzutreten.  
*Björn Jacobs*

## Neuordnung der Büroberufe - ab 2014?

Aus den drei „Büroberufen“ „Kaufleute für Bürokommunikation“, „Bürokaufmann/-kauffrau“ und „Fachangestellte(r) für Bürokommunikation“ soll der Ausbildungsberuf „Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement“ werden; die Ausbildungsdauer wird drei Jahre betragen, es soll ein Monoberuf mit Wahlqualifikationen sein, bei dem die „gestreckte Abschlussprüfung“ erprobt werden soll. Für den Erwerb der „berufsprofilgebenden Qualifikationen“ sind insgesamt 26 Monate der Ausbildungszeit vorgesehen, es verbleiben für zwei Wahlqualifikationen jeweils fünf Monate der Ausbildungszeit. Als nächstes wird sich der BIBB-Hauptausschuss im Dezember 2012 mit der Neuordnung beschäftigen, danach soll die Veröffentlichung von Ausbildungsordnung und Rahmenlehrplan erfolgen. Der ursprünglich geplante Einführungstermin zum Schuljahr 2013/14 wird nicht mehr für realistisch gehalten. **Jochen Bödeker**, im **vlw**-Bundesvorstand für den Bereich der Bildungspolitik verantwortlich, formuliert in seinem lesenswerten Aufsatz in „**Wirtschaft und Erziehung**“ 1-2/2012, S.19ff. folgende Fragestellungen an die Reform:

- Wird mit der neuen Ausbildungsstruktur sichergestellt, dass die jungen Menschen „richtig“ für ihre berufliche und persönliche Zukunft qualifiziert werden?
- Ermöglicht die Ausbildung genügend Flexibilität, um der Heterogenität der Ausbildungsbetriebe zu entsprechen?
- Wird die Geschäfts- und Arbeitsprozessorientierung den Erfordernissen gerecht?

Mit der vorgesehenen Neuordnung werden die Ausbildungsinhalte, insbesondere die Geschäfts- und Arbeitsprozessorientierung, an die der anderen kaufmännischen Berufe angepasst. **Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz?** Zualtererst ist zu wünschen, dass die Kolleginnen und Kollegen im Reformprozess „mitgenommen“ werden; es sollte Zeit genug bleiben, um von Beginn an mit erarbeiteten Arbeitsplänen und abgestimmten Lehrbüchern unterrichten zu können. Auch sollten weiterhin Qualifikationen im Bereich Textverarbeitung und Anwendungssoftware erworben werden können, welche für eine Beschäftigung der jungen Menschen im Bürobereich von elementarer Bedeutung sind. Dies ermöglicht auch die sinnvolle Weiterbeschäftigung von Lehrkräften des Bereichs Bürowirtschaft und Textverarbeitung. Für unsere Schulen wird von erheblichem Interesse sein, ob alle Wahlqualifikationen (sprich: Ausbildungsabschlüsse im Bürobereich) an einer Schule erworben werden können; eine interessante Frage vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen und Schulstrukturdiskussionen auch im BBS-Bereich.

Der **vlw** wird die laufende Entwicklung kritisch begleiten und seine Forderungen für eine sinnvolle Reform formulieren und einbringen.

## Neue Zuständigkeiten im MBWWK

Im März 2012 wurde **Hans Beckmann** zum Staatssekretär im MBWWK, zuständig für den Schulbereich, ernannt. Er verfügt über Erfahrungen im berufsbildenden Schulwesen: Nach dem Abitur und dem Studium (Anglistik, Politikwissenschaft) absolvierte er seinen Vorbereitungsdienst an der BBS Wirtschaft II in Ludwigshafen. Seit 1992 war er in der ADD in der Außenstelle der Schulaufsicht in Neustadt tätig, deren Leitung er 2005 übernahm. Im Februar 2011 wechselte er als Abteilungsleiter für den Bereich Realschulen an das Ministerium. Der **vlw**-Landesvorstand freut sich auf die Zusammenarbeit mit einem Staatssekretär, der das berufliche Schulwesen kennt und wünscht viel Erfolg im neuen Amt.



Ebenfalls im Mai 2012 wechselte Staatssekretärin **Vera Reiß** in die Funktion der Amtschefin des Bildungsministeriums. Somit ist sie künftig für Wissenschaft und Weiterbildung zuständig. Die Stelle war durch die Wahl von **Michael Ebling** zum Oberbürgermeister der Stadt Mainz freigeworden. Frau Reiß war seit 2007 die für den Schulbereich zuständige Staatssekretärin und für den **vlw** eine stets gesprächsbereite und kompetente Ansprechpartnerin. Auch ihr wünscht der **vlw**-Landesvorstand Erfolg in ihrer neuen Funktion und hofft auf die Fortsetzung der vertrauensvollen Zusammenarbeit.



**Verantwortlich:** **Karl-Heinz Fuß**, Landesvorsitzender  
**Geschäftsstelle:** Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden  
[www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de)  
**Redaktion:** **Michael Lutz**, Hofgartenstr. 4c  
 Münster-Sarmsheim, Tel. 06721-9629372  
[Michael.Lutz@vlw-rlp.de](mailto:Michael.Lutz@vlw-rlp.de)  
[michaellutz2@gmx.net](mailto:michaellutz2@gmx.net)



## Duale Ausbildung erhalten und stärken –

### Landesausschuss für Berufsbildung Rheinland-Pfalz

Der Landesausschuss für Berufsbildung in Rheinland-Pfalz hat die Aufgabe, „...die jeweilige Landesregierung in Fragen der Berufsbildung zu beraten...“. Im Rahmen dieser Aufgabe hat der Landesausschuss unlängst ein lesenswertes Papier mit dem Titel „Perspektive duale Ausbildung in Rheinland-Pfalz“ veröffentlicht.

Grundlage seiner Empfehlung ist, „...dass für junge Menschen alle Wege offen stehen sollten, die ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechen. Sie sollten alle Möglichkeiten und Chancen so kennen lernen, dass sie auf dieser Grundlage eine gute, individuell passende Entscheidung treffen können...“.

Bei der Entscheidung, eine Berufsausbildung oder andere Wege einzugehen, spielen u.a. eine Rolle;

- Die Attraktivität und das „Image“ von Ausbil-

Fortsetzung: Seite 2

## INHALT

- ⇒ Duale Ausbildung erhalten und stärken
- ⇒ vlv trifft Hans Beckmann
- ⇒ Landesvorstand zu Gast in Pirmasens
- ⇒ Stellungnahme des Landesverbandes zum „Klemm-Gutachten“
- ⇒ BBSW Koblenz: Informationen für Fachpraxislehrkräfte
- ⇒ Die „schnelle Stunde“ in Bingen
- ⇒ Bezirksversammlung in der Pfalz
- ⇒ Nachruf Klaus Krönung
- ⇒ Ankündigung der Landesversammlung des vlv am 12. November in Trier

Der Landesausschuss für Berufsbildung Rheinland-Pfalz legt den Finger in die Wunde – in seinem Grundsatzpapier benennt der Landesausschuss für berufliche Bildung die Hausaufgaben für die Ministerin und das von ihr geführte MBWWK. Gefordert werden u.a. die **Bereitstellung ausreichender Ressourcen bezüglich der Lehrkräfteversorgung** und die **Verbesserung der Lehr-**



**kräfteversorgung** insbesondere in den Mangelfächern. Auch die Entwicklung eines Konzepts **zur Sicherung von Berufsschulstandorten** vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird gefordert. Diese Forderungen sind mit denen des vlv deckungsgleich. Seit Jahren beklagt der Verband den hohen Unterrichtsausfall an unseren Schulen (real—strukturell + temporär—liegt er bei ca. 10%). Ein Programm zur Gewinnung von Lehrkräften – und dabei kann es nicht nur ein Programm zur Verbesserung des „Images“ sein – ist trotz Versprechungen bisher nicht entwickelt. Am Beispiel des Theaters um die Entwicklung der Schulstandorte im Mainzer Raum zeigt sich auch die Ratlosigkeit des Ministeriums; eine Linie ist hier bisher nicht erkennbar. Mit allen schönen Konzepten verbunden ist die Frage nach der Finanzierung dieser von allen Seiten für notwendig gehaltenen Verbesserungen. Erhebliche Bemühungen sind hier erforderlich. **So wie bisher kann es nicht weitergehen; die Landesregierung muss erklären, wie sie die Herausforderungen der nächsten Jahre bewältigen will. Wir werden weiterhin fordern, dass dies nicht, wie bisher üblich, nur auf dem Rücken und auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen wird.**

## KURZ UND AKTUELL

- ⇒ OVG Koblenz—Urteil: Personalrechtliche Zuständigkeit für FOS-Lehrkräfte nicht bei den BBS-Personalräten
- ⇒ Änderung des Schulgesetzes RLP: Kontakte zwischen Lehrkräften und Schülern eindeutig geregelt
- ⇒ Kommission zur Entwicklung der BBS in Rheinland-Pfalz nimmt Tätigkeit auf
- ⇒ Neuwahlen zu den Personalräten im Mai 2013
- ⇒ Reform der BF 1 wird konkreter

dungsberufen;

- Das Ausbildungsplatzangebot bzw. die Chance auf einen Ausbildungsplatz;
- Die Perspektiven nach der Ausbildung.

Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang,

- über die mit den verschiedenen dualen Ausbildungsberufen verbundenen Möglichkeiten so gut wie möglich zu informieren;
- die Attraktivität durch Qualität, gute Rahmenbedingungen und Perspektiven im Betrieb zu sichern sowie
- die Attraktivität in der Berufsschule zu sichern.

Der Landesausschuss betont die **wesentliche Rolle der Berufsschule als dualer Partner in der Berufsausbildung**. Hervorgehoben wird als wichtige Aufgabe, die ..“in der Praxis erworbenen betriebsspezifischen Kompetenzen im Sinne einer umfassenden beruflichen Handlungskompetenz weiter zu entwickeln sowie die berufsübergreifenden personalen und sozialen Kompetenzen, auch vor dem Hintergrund der Höherqualifizierung und Weiterbildung, zu komplettieren...“.

Gleichzeitig werden aber auch in folgenden Bereichen „Herausforderungen“ (sprich: Defizite) gesehen:

- Bereitstellung ausreichender Ressourcen, insbesondere bzgl. der Lehrkräfteversorgung;
- Sicherung der Qualität des Berufsschulunterrichts;
- Zusatzangebote für Interessierte zur Stärkung der Studierfähigkeit;
- Verbesserung der Lehrkräfteversorgung in „Mangelfächern“, Imagekampagne zur Erhöhung der Zahl der Lehramts-Studierenden, Umsetzung des Konzepts zur Weiter- und Höherqualifizierung der Lehrkräfte des gehobenen Dienstes;
- Qualifiziertes Fort- und Weiterbildungsangebot des Pädagogischen Landesinstituts;
- Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen (Stütz- und Förderunterricht, Zusatzqualifikationen, Lernbausteinkonzept);
- Konzeptentwicklung für Berufsschulstandorte zur Sicherung der Ausbildungsbereitschaft der

Betriebe, Anpassung der Klassenmessenzen vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen;

- Konzept im Hinblick auf Standortentwicklungen, die Fachklassenstruktur und evtl. Landes- und Bundesfachklassen; gleichzeitig ist stets das Interesse von Auszubildenden, Eltern und Betrieben nach Schulstandorten in der Fläche und kurzen Wegen zur Schule zu beachten.
- Erweiterung der Selbstständigkeit der Schulen.

Auch die Übergangssysteme (insbesondere von der Bundesagentur geförderte Maßnahmen und Teile der Angebote von berufsbildenden Schulen außerhalb der dualen Ausbildung) sollen überprüft und in ihren Potentialen besser als bisher genutzt werden, d.h. die Erfolgsquote für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Übergangssystems sollte verbessert werden. Betont wird aber die Priorität der Aufnahme einer passenden betrieblichen Ausbildung.

Auch den Jugendlichen mit Abitur gilt das Augenmerk des Landesausschusses. Junge Menschen mit Abitur sollen verstärkt für die Berufsausbildung gewonnen werden, z.B. durch ein ausbildungsintegriertes duales Studium. Nach der Ausbildung sollen dementsprechend die berufliche Weiterbildung oder der Hochschulzugang ermöglicht werden. Berufsinintegrierte und berufsbegleitende Studiengänge sollen ausgebaut, beruflich Qualifizierten der Hochschulzugang ermöglicht werden.

Insgesamt bildet das Papier des Landesausschusses eine äußerst lesenswerte Bestandsaufnahme der Probleme und Perspektiven unseres Systems der beruflichen Bildung; Entwicklungstendenzen und Chancen werden aufgezeigt. Eine breite Diskussion muss erfolgen, die Landesregierung hat dazu den Anfang gemacht und eine Kommission zur Zukunft der Beruflichen Bildung in Rheinland-Pfalz eingerichtet, in der auch der **vlw** vertreten ist. Zu hoffen ist, dass die Landesregierung nach der Diskussion mit allen Beteiligten die nötigen, auch finanziellen, Konsequenzen zu ziehen bereit sein wird.

<http://www.mwkel.rlp.de/File/Perspektive-duale-Ausbildung-pdf/>

## vlw trifft Hans Beckmann – Neuer Staatssekretär im MBWWK

Es war keine Zeit zu verlieren – nur wenige Wochen nach seinem Amtsantritt empfing der neue, für die Schulen zuständige **Staatssekretär Hans Beckmann** eine Delegation unter Leitung des Landesvorsitzenden, **Karl-Heinz Fuß**. Der „Neue“ ist vom Fach – seinen Vorbereitungsdienst absolvierte **Hans Beckmann** an einer BBS in Ludwigshafen, er war bei der ADD tätig und danach Abteilungsleiter für Realschulen im MBWWK. In dem Gespräch zeigte sich **Hans Beckmann** – trotz Differenzen zu den Positionen des Verbandes, etwa zur Fachoberschule oder in Besoldungsfragen – als ein kompetenter und aufgeschlossener Gesprächspartner. Bei diesem ersten Gespräch ging es dem Landesvorstand vor allem darum, seine Positionen zu aktuellen bildungspolitischen Fragen zu verdeutlichen. **So betonte Karl-Heinz Fuß, dass die Fachoberschule Wirtschaft und Verwaltung als Bedrohung für den kaufmännischen Bereich angesehen wird.** Sinnvoller wäre es, den Bildungsgang der FOS an der BBS zu verorten, da dort die entsprechend professionalisierten Lehrkräfte zu finden sind. Der Einsatz von BBS-Lehrkräften an der Realschule plus ist äußerst problematisch, da diese dadurch von ihrer „Stammschule“ abgekoppelt sind. **Hans Beckmann** betonte, dass die Frage der Anbindung der an der FOS unterrichtenden Lehrkräfte an die BBS Gegenstand aktueller Überlegungen sei; so wären etwa Abordnungen an die FOS (oder von der FOS an die BBS) denkbar. Er forderte die Beteiligten zur Zusammenarbeit im gemeinsamen Interesse der Schülerinnen und Schüler auf.

**Der berufsbegleitende Aufstieg für Bürowirtschaftslehrkräfte** bildete einen weiteren Schwerpunkt des Gespräches. Hier soll es, im Gegensatz zu früheren Zusagen im Verlaufe des Einigungsstellenverfahrens zur FOS, keine Aufstiegsmöglichkeit geben. Auch die



Möglichkeit der Beförderung zum „Fachlehrer mit beratenden Aufgaben“ (FlmbA) ist stark eingeschränkt worden. Hier wies Staatssekretär Beckmann auf die verkürzte Wartezeit hin. **Hier fordert der vlw die Verkürzung der Wartezeit von bisher zwölf Jahren.**

Einen Schwerpunkt des Gespräches bildete die anstehende **Reform der Berufsfachschule**. Der vlw begrüßte die Übereinstimmungen weiter Teile des Konzeptes mit dem Positionspapier des Verbandes. Positiv sieht der vlw die Einsatzmöglichkeiten für die Lehrkräfte für Fachpraxis, problematisch ist die Umsetzung des Konzeptes für die Schulen im Bereich des Stundenplanes. Als schwierig wird auch die Ballung des Theorieunterrichts zu Beginn der BF1 angesehen. **Hans Beckmann** sicherte in diesen Fragen Offenheit und weitere Gespräche zu.

Zum Abschluss wies **Karl-Heinz Fuß** noch einmal auf die Schwierigkeiten der Nachwuchsgewinnung

für Lehrkräfte im kaufmännischen Bereich hin. Den bisher gut funktionierenden Studiengang zum „Diplom-Handelslehrer“ an der Uni Mainz gibt es nicht mehr, stattdessen wird s der Abschluss „Master of Science“ angeboten, der keine Anerkennung durch das MBWWK findet. Der vom Ministerium favorisierte Abschluss zum „Master of

Education“ wird zur Zeit nicht angeboten. In diesem Zusammenhang fordert der Verband nach wie vor eine Attraktivitätssteigerung der Arbeitsbedingungen im BBS-Bereich.

Die Delegation des vlw, neben **Karl-Heinz Fuß** noch **Mechthild Antony-Hatzfeld** und **Michael Lutz**, bedankte sich für ein gutes Gespräch in sachlich-konstruktiver Atmosphäre und wünschte dem neuen Staatssekretär eine glückliche Hand und eine erfolgreiche Tätigkeit im Ministerium.

Abbildung , v.l.n.r.: Karl-Heinz Fuß, Ute Schmazinski-Damp, (Referentin MBWWK), Mechthild Antony-Hatzfeld, Hans Beckmann. Foto: Michael Lutz

## Landesvorstand zu Gast an der BBS Pirmasens

Auf seiner Reise durch Rheinland-Pfalz war der Landesvorstand zu Gast an der BBS Pirmasens. Den Auftakt auch dieses Besuches bildete das Gespräch mit der Schulleiterin **Liselotte Jung**. Themen des Gespräches waren die Neuordnung der Berufsfachschule 1 sowie die Zukunft der BBS vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, insbesondere in der Fläche. Die Region der Westpfalz ist vom demographischen Wandel besonders stark betroffen, Berufsschulklassen werden kleiner und sollen unter dem Druck der ADD an andere Schulen abgegeben werden – die Schulwege werden weiter, und es besteht die Gefahr, dass



**v.l.n.r.: Michael Lutz, Liselotte Jung, Karl-Heinz Fuß, Andreas Seehaus, Mechthild Antony-Hatzfeld.**

in diesen Berufen in der Region nicht mehr ausgebildet wird – eine Spirale, die sich fortsetzt.

Zum Thema „Neuordnung der Büroberufe“ stand der Delegation des Landesvorstands der Kollege **Udo Letzel** zur Verfügung, der für das Land Rheinland-Pfalz in der Bundeslehrplankommission für die Neuordnung der Büroberufe vertreten ist. Vereinbart wurde eine Aufrechterhaltung der Kontakte, um den Kolleginnen und Kollegen jeweils die neuesten Informationen vermitteln zu können.

Um 15 Uhr begrüßte **Peter Michel**, der Ortsvorsitzende des **vlw**, die anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus Pirmasens, Rodalben und Zweibrücken und gab einleitend einen Überblick über die Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf die beiden Schulen. Einerseits lassen die Schülerzahlen nach, andererseits bedrohen die neu errichteten Fachoberschulen an der Realschule plus die Höheren Berufsfachschulen.

In der anschließenden lebendigen Diskussion ging es um Fragen der Lehrkräfteausbildung (Reform des Vorberei-

tungsdienstes „VD 18“ - Verkürzung des Referendariates auf 18 Monate), die Entwicklung der Schülerzahlen, den Unterrichtsausfall an den BBS, die Öffentlichkeitsarbeit der BBS angesichts neuer Konkurrenzsituationen, die Reform der Berufsfachschule 1 und Perspektiven der Verbandsarbeit. Zum Abschluss wies **Karl-Heinz Fuß** noch auf den Termin der Landesversammlung am 12. November in Trier hin. Auf dieser Landesversammlung sollen die aktuellen und brennenden Themen ausführlich diskutiert werden; an



diesem Diskussionsprozess sollen sich die Ortsverbände und Bezirke intensiv beteiligen. Karl-Heinz Fuß bedankte sich beim gastgebenden Ortsverband und überreichte zum Schluss den schon obligatorischen „vlw-Locher“ an **Peter Michel**.

### Stellungnahme des vlw-Landesverbandes zum „Klemm-Gutachten“ zum Lehrkräftebedarf in RLP:

....Es ist seit langem eine unserer Forderungen, dass der zukünftige Lehrkräftebedarf, insbesondere im Bereich der berufsbildenden Schulen, antizipiert und dargestellt wird. Wir haben vor diesem Hintergrund das Gutachten mit hohem Interesse zur Kenntnis genommen. Allerdings sehen wir an einigen Stellen unsere Erwartungen nicht erfüllt bzw. sind skeptisch, ob die abgebildeten Werte geeignet sind, die zukünftige Versorgung an Lehrkräften im BBS-Bereich sicher zu stellen. Bitte lesen Sie dazu unsere folgenden konkreten Ausführungen:

Auf Seite 8 des Gutachtens sind für inklusive Angebote 200 VZLE vorgesehen, allerdings keine davon für die BBS. Dabei sind auch für die BBS ausgebildete Kräfte dringend nötig, wenn man inklusiven Unterricht durchgängig anbieten möchte. In der Regel besuchen Absolventen der Förderschulen anschließend die berufsbildenden Schulen. Auch wenn es bis dahin keine Förderschulen mehr geben sollte, ist zu erwarten, dass die schwachen Schüler aus der Realschule plus frühzeitig an die BBSn abgegeben werden. Die BBSn sind deshalb dringend auf die entsprechenden Fachkräfte angewiesen.

Begrüßenswert ist durchaus die Absicht, die Zahl der VZLE für Verbesserungen an den Berufsfachschulen um 50 zu erhöhen. Leider gibt es jedoch keine Bestrebungen, die Berufsfachschule in eine Ganztagschule mit den entsprechenden Einrichtungen umzuwandeln. Dabei wäre es insbesondere für diese Schülerinnen und Schüler sinnvoll und wichtig, Einrichtungen nutzen zu können, wie man sie aufgrund der Zuschüsse i.d.R. nur an Ganztagschulen findet. Dies sind insbesondere Mensen, Schülerarbeitsräume, Bibliotheken etc. Es darf nicht übersehen werden, dass es sich um eine Schulform handelt, die zum qualifizierten Sek-I-Abschluss führt. Sowohl Realschule plus als auch die G8-Gymnasien können Ganztagsangebote für solche Schüler vorhalten. Weshalb dann nicht die berufsbildende Schule?

Die vorgesehenen 65 Stellen für die Fachoberschule sehen wir als kritisch an, da diese nicht optimal im Bereich der Fachoberschule eingesetzt werden können. Durch die organisatorische Abkoppelung von der berufsbildenden Schule, werden diese Lehrkräfte in der Regel mit einem erheblichen Anteil im Sek-I-Bereich der Realschule plus unterrichten. Dafür sind sie eigentlich zu teuer. Zudem fällt gleichzeitig Unterricht bei uns im Sek-II-Bereich aus. Die Lösung des Problems sieht der **vlw** in der Verlagerung der FOS an die berufsbildende Schule. Dies würde zudem eine ganze Reihe weiterer Probleme lösen, wie z.B. die personalvertretungsrechtliche Zuordnung und die Anbindung der FOS-Kollegen an das System der BBS.

Tabelle 16 des Gutachtens weist aus, dass die Zahl der ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen stetig zunimmt. Gleichzeitig ist in Tabelle 21 klar zu sehen, dass der geplante Bedarf anhand der erwarteten Absolventen nicht gedeckt werden kann. Somit wird die Deckungslücke zunehmend größer werden. Es zeigt sich dringender Handlungsbedarf im Bereich „Image-Werbung“ für das Lehramt an berufsbildenden Schulen. Das Signal, dass durch die Darstellung des Bedarfs im Schuljahr 2016/17 gegeben wird, ist fatal. Es kann nicht sein, dass lediglich 72 Personen eingestellt werden sollen, vor dem Hintergrund des auch sicherlich bis dahin noch hohen strukturellen Unterrichtsausfalls.

Die Entlastung des Studienseminars durch die Umstellung auf VD18 kommt den Schulen zugute, da entlastete Fachlehrer für Unterricht an ihrer Stammschule zur Verfügung stehen. Es ist jedoch bedauerlich, dass die Gelegenheit nicht genutzt wird, Raum für qualitative Verbesserungen in der Ausbildung zu gewähren. Die hohe Zahl an Absolventen im Jahr 2014 (Tabelle 17) basiert auf der Annahme, dass gleichzeitig die ersten Absolventen aus VD 18 und die letzten aus VD 24 ausscheiden. Es stellt sich uns allerdings die Frage, ob an dieser Stelle berücksichtigt wurde, dass im BBS-Bereich zu ca. 50% Quer- und Seiteneinsteiger ausgebildet werden,

die nach wie vor einen 2jährigen Vorbereitungsdienst durchlaufen.

Insgesamt sind die im **vlw** organisierten Kolleginnen und Kollegen enttäuscht, dass im BBS-Bereich lediglich eine Halbierung des strukturellen Unterrichtsausfalls angestrebt wird. Zudem wurde bei der Pressekonferenz von Prof. Klemm darauf hingewiesen, dass dies nur dann realisierbar sein wird, wenn in den Mangelfächern genügend Bewerber zur Verfügung stehen. Wie soll man jedoch die Zahl der Bewerber erhöhen, wenn die Attraktivität des Lehramtes an berufsbildenden Schulen zunehmend reduziert wird (Beispiele: Verschlechterungen bei Besoldung und Beihilfe; Beförderungsstau, etc.).

Zum strukturellen Unterrichtsausfall kommt der temporäre hinzu. Aufgrund der Erhebungen kann davon ausgegangen werden, dass dieser bei durchschnittlich 3% liegt. Wenn nun struktureller und temporärer Unterrichtsausfall addiert werden, entsteht eine erschreckend hohe Zahl von knapp 10%. Selbst bei Halbierung des strukturellen Unterrichtsausfalls auf 3,2% kämen man somit immer noch auf 6,2% Unterrichtsausfall in der Summe. Dies ist unseres Erachtens immer noch deutlich zu hoch und als Zielsetzung, wie zu Beginn gesagt, enttäuschend.

**Karl-Heinz Fuß**  
**Landesvorsitzender**

[http://www.mbwwk.rlp.de/fileadmin/mbwj/Unterrichtsversorgung/Klemm\\_Gutachten\\_lang.pdf](http://www.mbwwk.rlp.de/fileadmin/mbwj/Unterrichtsversorgung/Klemm_Gutachten_lang.pdf)

#### **Aktuell aus der Pfalz: BBS Pirmasens beim „Pfälzerwald-Lauf 2012“**

So sehen Sieger aus: Nach dem „Pfälzerwald-Lauf“ präsentierten sich die munteren Sportler der **BBS Pirmasens**, verstärkt durch einen Gast aus Rheinhessen, der Kamera von Landesvorstands-Mitglied **Bernd Zinssius**.





## BBSW Koblenz: Informationen für Fachpraxis-Lehrkräfte

Im Rahmen eines Informationsaustausches an der BBSW Koblenz am 11.06.2012 für Fachpraxislehrerinnen und -lehrer wurde u. a. die Problematik der Beschäftigungs- und der Aufstiegsmöglichkeiten von Seiten des **vlw**-Landesvorstandes thematisiert. Anwesend waren **Karl-Heinz Fuß, Michael Lutz, Kurt Flöck und Ilona Meuth-Bach** (als Vertreterin der fachpraktischen Lehrkräfte im **vlw**). Aufgrund der Änderungen der Lehrpläne (aktuell auch im Rahmen der Neuordnung der Büroberufe), in denen Fächer wie



Bürowirtschaft und Textverarbeitung nicht mehr als eigenständiges Fach auftauchen sollen und aufgrund der Bedarfslage werden in diesem Schulaufsichts-

bezirk gegenwärtig keine Lehrkräfte für Fachpraxis in diesem Bereich in die Ausbildung genommen (in den anderen Schulaufsichtsbezirken sieht es ähnlich aus). Auch hinsichtlich der Ausbildung zum Fachlehrer mit beratenden Aufgaben ist perspektivisch nicht mit Neuausschreibungen zu rechnen. Einigkeit besteht darüber, dass die Bezeichnung „Fachlehrer mit beratenden Aufgaben“ ersetzt werden müsste, da Beratungen an anderen Schulen eigentlich nicht stattfinden - eine weitere Gefahr, die dazu führen könnte, diese Beförderungsmöglichkeit in Gänze zu kippen. Bezüglich der Aufstiegsqualifikation für Bürowirtschaftslehrkräfte, analog zu ersten Möglichkeiten im gewerblichen Bereich (hier gibt es eine Kooperation mit der Universität Kaiserslautern), gibt es zurzeit keine Angebote – der **vlw** befürchtet, dass in der Hinsicht von Seiten des Ministeriums nichts angeboten wird. Die Bedenken der Anwesenden waren sehr stark, was die Bereiche Einsatzgebiete und der Erhalt des Aufstiegs nach A12 betraf. Die langen Wartezeit von 12 Jahren wird als deutlich zu lang empfunden. Der **vlw** muss erreichen, dass die gegenwärtigen Lehrkräfte für Fachpraxis weiterhin die Möglichkeit haben, diesen Aufstieg zu schaffen und dass die Wartezeit verkürzt wird. Im Rahmen der BF 1-Reform werden breite Beschäftigungsfelder für Lehrkräfte für Fachpraxis gesehen, wie auch in anderen Ausbildungsberufen. Hier gilt es, sich stark zu machen für eine adäquate Beschäftigungssituation an den jeweiligen Schulen, die Fortbildungsinstitute aufzufordern, ausreichende Fortbildungsmöglichkeiten bereitzustellen, und sich im Ministerium dafür einzusetzen, eine in Art und Umfang angemessene Aufstiegsprüfung nach A12 zu erhalten.

## Die „schnelle Stunde“ – Fortbildung für Berufseinsteigerinnen – und Berufseinsteiger in Bingen

Am 6. September 2012 trafen sich in den Räumen der BBS Bingen 18 Kolleginnen und Kollegen zur „Fortbildung für Berufseinsteiger“. Nach der Begrüßung durch die stellv.



Landesvorsitzende des **vlw**, **Mechthild Antony-Hatzfeld**, wurden unter der Leitung von **Eva Pertgen** (siehe Foto), Mitglied des Landesvorstands, und ihres Kollegen **Bernhard Bohrer** Fragen wie die Leitung von Vollzeit- und Teilzeitklassen, die „schnelle Stunde“, lehrerfreundliche Klassenarbeiten und der Umgang mit schwierigen Schülerinnen und Schülern gemeinsam behandelt. Die Kolleginnen und Kollegen haben ja das Problem, dass nach den sehr aufwändigen Unterrichtsentwürfen in der zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung die 24 Wochenstunden einen Berg bilden, der erst einmal erklommen werden muss. Hierbei möchte der **vlw** helfen, er möchte den jungen Lehrkräften Hilfe und Unterstützung anbieten. Nach einem gemeinsamen Mittagessen und vielen Gesprächen kamen alle Beteiligten zum Ergebnis, dass das Seminar hierbei geholfen hat. Der **vlw** wünscht allen viel Erfolg bei der Umsetzung, und dankt vor allem allen Kolleginnen und Kollegen, die bei der Konzeption und Umsetzung dieser Fortbildungsveranstaltung geholfen haben.

## Im Zeichen der Personalratswahlen 2013: Bezirksdelegiertenversammlung in der Pfalz

„Fünf Jahre 1% sind für unsere Kolleginnen und Kollegen demotivierend und völlig inakzeptabel“, darin waren sich die Delegierten der Pfalz einig! Der Antrag des Bezirksvorstandes, sich beim dbb Rheinland-Pfalz nachdrücklich für konzertierte Aktionen gegen die vom Land beschlossenen Gehaltserhöhungen für die Beamtinnen und Beamten einzusetzen, wurde von den Delegierten vehement unterstützt. Die Begrüßung der Delegierten erfolgte durch den Bezirksvorsitzenden **Andreas Seehaus**. Zunächst informierte der Landesvorsitzende **Karl-Heinz Fuß** die Anwesenden über aktuelle bildungspolitische Themen, wie z.B. das

„Klemm-Gutachten“ zum künftigen Lehrerberuf in Rheinland-Pfalz, über die geplanten Reformen in der BFI und gab einen Ausblick auf den Personalratswahlkampf im Mai 2013.

Andreas Seehaus berichtete über die Veranstaltungen der letzten beiden Jahre, unter anderem die Sitzungen des Bezirksvorstandes, die jährlichen Treffen der Pensionärinnen und Pensionäre, die Seminarveranstaltungen und über weitere Tätigkeiten. **Matthias Hein** informierte über die wichtigsten Ausgabenbereiche des Bezirksverbandes, ferner über den Kassenbestand. Dabei konnte Herr Hein eine sehr sparsame Haushaltsführung des Bezirksvorstandes belegen sowie die erfreuliche Mitteilung machen, dass die Rücklagen erhöht wurden.

Nach dem Rechenschaftsbericht des Bezirksvorsitzenden und des Kassierers stand die Neuwahl des Bezirksvorstandes an. In geheimer Abstimmung wurde **Andreas Seehaus** von der BBS Landau und Mitglied des Bezirkspersonalrates, mit 100% der abgegebenen Stimmen zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende **Peter Michel** von der BBS Pirmasens wurde ebenfalls ohne Gegenstimme in seinem Amt bestätigt. Beide bedankten sich bei den Delegierten für das entgegengebrachte Vertrauen. Es folgten Abstimmungen über die Delegierten der Ortsverbände für die bevorstehende Landesdelegiertenversammlung am 12. November in Trier und die Abstimmung über die Kandidaten des Bezirksverbandes für die Landeslisten des Haupt- und Bezirkspersonalrats.

Außerhalb der Tagesordnung wurde **Heinz Werner Seyler**, stellvertretender Schulleiter an der BBS Wirtschaft in Kaiserslautern, für sein langjähriges Engagement für den Verband geehrt und gewürdigt.

Auf sehr persönliche Art und Weise lobten **Frieder Heil** und **Andreas Seehaus** den Kollegen **Heinz Werner Seyler** für über 30 Jahre geleistete Arbeit im größten Ortsverband des Bezirks der Pfalz sowie für seine langjährige Mitarbeit im Bezirksvorstand und sein Engagement bei unzähligen Veranstaltungen. Sein im „positiven Sinne kritischer Geist“, seine geradlinige und aufrichtige Art wurden besonders hervorgehoben.

Es folgten noch fruchtbare Diskussionen über verschiedene Anträge für die Landesdelegiertenversammlung.

In seinem Schlusswort bedankte sich **Andreas Seehaus** ausdrücklich bei den Delegierten, insbesondere bei den Ortsvorsitzenden, für ihr Engagement in den Schulen.



**Heinz Werner Seyler und Frieder Heil**



**Lisa Gräber**  
**Heinrich Vögeler**  
**Andreas Seehaus**  
**Jürgen Schwind**  
**Peter Michel**  
**Freddy Baque-**  
**Es fehlen:**  
**Mechthild Antony-**  
**Hatzfeld,**  
**Udo Bracke**

### Klaus Krönung

Am 27. April verstarb, plötzlich und unerwartet, unser Freund und Kollege, **Dipl.-Hdl. Klaus Krönung**, im Alter von nur 68 Jahren. Klaus Krönung nahm 1974 seine Tätigkeit an unserer Schule, der BBS Bingen, auf und wirkte zuletzt, bis zu seiner Pensionierung im Juli 2007,



in verantwortlicher Position als Studiendirektor bei der Schulleitung. Auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand blieb **Klaus Krönung** unserer Schule und seinen Kolleginnen und Kollegen, wie auch dem **vlw** auf seinen Bezirks- und Landesversammlungen, mit großem Engagement und Interesse eng verbunden.

**Klaus Krönung** liebte seine Heimat, den Rheingau und den Mittelrhein, die er jahrzehntelang mit uns auf dem Fahrrad durchquerte. Für die BBS Bingen bemühte er sich, über seine Pensionierung hinaus, um die Schulpartnerschaft zur BBS in Sonneberg (Thüringen). Wir alle vermissen **Klaus Krönung** und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau, seinen Kindern und Enkelkindern.

Peter Kempf, Ortsvorsitzender

Michael Lutz

**Verantwortlich:** Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender  
**Geschäftsstelle:** Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden  
[www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de)



**Redaktion:** Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c  
Münster-Sarmsheim, Tel. 06721-9629372  
[Michael.Lutz@vlw-rlp.de](mailto:Michael.Lutz@vlw-rlp.de)  
[michaellutz2@gmx.net](mailto:michaellutz2@gmx.net)

An alle vlw-Ortsverbände in Rheinland-Pfalz

Kirchheimbolanden, 28. August 2012

Einladung zur ordentlichen

## **vlw-Landesdelegiertenversammlung**

**Termin:** 12. November 2012, 9:30 Uhr bis 16:00 Uhr

**Ort:** Robert-Schumann-Haus, Auf der Jüngt 1,  
54293 Trier, Tel. 0651/8105-431  
[www.kath-akademie-trier.de](http://www.kath-akademie-trier.de)

**Vorläufige Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl einer Versammlungsleiterin/eines Versammlungsleiters, der Mandatsprüfungskommission und zweier Zählkommissionen
3. Bericht des Landesvorsitzenden
4. Bericht des Landesschatzmeisters
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Aussprache und Entlastung des Vorstands
7. Wahlen
- 7.1 Wahl des Landesvorstands
- 7.2 Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur HPR-Wahl
- 7.3 Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur BPR-Wahl
8. Verabschiedung und Ehrung von Mitgliedern des Landesvorstands
9. Ernennung von Ehrenmitgliedern
10. Beschlussfassung zu den Anträgen
11. Verschiedenes
12. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Die endgültige Tagesordnung geht den Delegierten spätestens zwei Wochen vor der Delegiertenversammlung zu. Delegierte erhalten nach § 25 UrVO Dienstbefreiung, sofern dienstliche Gründe dem nicht entgegenstehen. Selbstverständlich sind auch alle anderen vlw-Mitglieder als Gäste freundlich eingeladen. Bitte schicken Sie Ihre Anträge (auch Satzungsänderungsanträge) bis **spätestens 8. Oktober 2012** an die Landesgeschäftsstelle. Später eingehende Anträge werden nur dann behandelt, wenn die Landesdelegiertenversammlung sie als dringlich anerkennt.

**KURZ UND AKTUELL**

- ⇒ **Rheinland-Pfalz—BBS: Restriktive Einstellungspraxis nach dem 2. Staatsexamen**
- ⇒ **Einstellungen in den Vorbereitungsdienst an BBS: Anwärterzahlen weiter rückläufig**
- ⇒ **A14-Beförderungsverfahren für BBS-Lehrkräfte an den Fachoberschulen geplant**
- ⇒ **Einheitliche Schulverwaltungssoftware angekündigt**

**Zweifelhafte Einstellungspolitik**

Im Gespräch mit **Staatssekretär Hans Beckmann** und weiteren Referenten des Bildungsministeriums hat der **vlw** seine Kritik und Sorge an der derzeitigen Einstellungspolitik vorgetragen. Angesichts des hohen strukturellen Unterrichtsausfalls werden dringend Nachwuchslehrkräfte benötigt. Dennoch hat nur etwa die Hälfte der Absolventen aus den Studienseminaren für den 1.11.2012 ein Angebot für eine volle Planstelle erhalten. Selbst Bewerberinnen und Bewerber mit guten und sehr guten Abschlüssen wurden teilweise zunächst abgewiesen. Aus Sicht des **vlw** ein unhaltbarer Zustand, auch im Hinblick auf stetig rückläufige Zahlen von Bewerberinnen und Bewerbern für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst BBS. Beckmann betonte, dass die Sorge des **vlw** sehr ernst genommen und jeder Einzelfall geprüft werde. Bleibt nur zu hoffen, dass sich die jungen Lehrkräfte bis dahin nicht in andere Bundesländer verabschiedet haben.



v.l.n.r., die Herren Jacobs, Fuß, Staatssekretär Beckmann, Gilcher, Olbrisch, Kugel, Flöck

**Tausche Finanz- gegen Bildungspolitik**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

seit nunmehr über zwei Jahren wird verhandelt – BBS Bingen nach Ingelheim, die Ingelheimer nach Bingen, Mainzer überall hin, nur nicht nach Mainz, alles das war schon zu hören. Ach so – das ist Schulentwicklungsplanung. Dahinter steckt sicher ein kluges Konzept, oder? Das Konzept heißt – die Stadt Mainz will und muss Einsparungen vornehmen, und schließt man ein Gymnasium, so gibt das gleich viel böses Blut. Berufsbildende Schulen, das lockt doch niemanden hinter dem Ofen vor. In diesem Geflecht vielfältiger Interessen zwischen der Stadt Mainz, dem Landkreis Mainz-Bingen, der ADD und dem MBWWK gehen die Interessen der Schülerinnen und Schüler, aber auch die der Lehrkräfte, völlig unter. Kann es denn einem Konzept folgen, dass immer neue Schulen, immer neue Bildungsgänge ins Spiel gebracht werden, dass wie auf einem Basar gefeilscht wird? Die entscheidende Frage, wie – in Zeiten erheblicher demografischer Veränderungen – berufliche Bildung in unserem Land weiterhin auf hohem Stand gewährleistet werden kann, wird hier nicht beantwortet. Dies zeigt wieder einmal, dass berufliche Bildung keine große Lobby hat. Kammern, Betriebe, Schulen und auch deren Kollegien werden gegeneinander in Stellung gebracht – bislang ohne Ergebnis. Dass über die Köpfe der beteiligten Schüler und Lehrkräfte verhandelt wird, trägt nicht zur Qualität der Ergebnisse bei; die Fachkräfte sitzen in den berufsbildenden Schulen des Landes, und die Stellungnahme der Kolleginnen und Kollegen der BBS Mainz III weist in die richtige Richtung. Das Problem wird zutreffend analysiert, und es zeigt sich, dass es nicht um einen Konkurrenzkampf von Schulen geht – die Forderungen nach günstigeren PAUSE-Faktoren und niedrigen Klassenmessen weisen den richtigen Weg. Wir werden uns in der Expertengruppe „strukturelle Weiterentwicklung berufsbildender Schulen“, die im November im Ministerium ihre Arbeit aufnimmt, in diesem Sinne für die Belange der beruflichen Bildung einsetzen – denn so verstanden ist Mainz überall!


**INHALT**

- ⇒ **Gespräch über zweifelhafte Einstellungspolitik**
- ⇒ **Schulstandorte in und um Mainz**
- ⇒ **dbb-Musterantrag auf angemessene Besoldung**
- ⇒ **Pensionärstreffen im Bezirk Pfalz**
- ⇒ **Fortbildung „Konfrontative Pädagogik und Gewaltprävention“ im Bezirk Koblenz**
- ⇒ **Urteil: Reisekosten für Lehrkräfte**

## Stellungnahme des vlw-Ortsverbandes Mainz III zur geplanten Verlagerung von Bildungsgängen

### Berufsschul-Unterricht ausbildungsplatznah beibehalten!

Der **vlw** stellt sich entschieden gegen die derzeitigen Planungen der Schulträgerausschüsse der Stadt Mainz und des Landkreises Mainz-Bingen, Ausbildungsberufe an einzelnen Schulstandorten abzuziehen. Vielmehr müssen die Ausbildungsvielfalt und der ausbildungsplatznahe Schulbesuch der Berufsschülerinnen und Berufsschüler weiterhin an allen Standorten, an denen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe gegeben ist, ermöglicht werden.

Nach momentanem Stand soll im kaufmännischen Bereich eine Konzentrierung der Ausbildungsberufe Fachkräfte für Lagerlogistik, Fachlageristen, Kaufleute im Groß- und Außenhandel, Medizinische Fachangestellte sowie IT-Systemkaufleute und Informatikkaufleute in der Form erfolgen, dass der Berufsschulunterricht, der derzeit noch sowohl an der BBS Bingen als auch an der BBS III Mainz angeboten wird, künftig nur noch an einem der beiden Standorte stattfindet.

Der **vlw** unterstützt ausdrücklich die Stärkung der berufsbildenden Schulen in der Fläche, um kleinere Schulstandorte zu stärken und die dortigen Bildungsangebote trotz sinkender Schülerzahlen weiterhin aufrecht zu erhalten. Dies muss jedoch geschehen, ohne einzelne Berufsbilder an Standorten aufzugeben. Vielmehr könnten Teilverlagerungen von Berufen mit hohen Auszubildendenzahlen erfolgen, so dass der jeweils kleinere Standort gestärkt wird und die Ausbildung am größeren Standort dennoch aufrecht erhalten werden kann.

Die momentane Planung führt zu folgenden nicht hinnehmbaren Nachteilen:

- Jahrelang gewachsene und reibungslos funktionierende Lernortkooperationen werden leichtfertig und zum Nachteil der Jugendlichen aufgegeben, wenn Berufe an einem Standort komplett geschlossen werden.
- Die Fahrtwege zur Berufsschule für die Auszubildenden werden länger, wenn die Ausbildungsberufe an einzelnen Standorten konzentriert werden. Dies bedeutet sowohl höhere Fahrtzeiten und Fahrtkosten für die Schülerinnen und Schüler.
- Die Konzentration von Ausbildungsberufen an einzelnen Schulstandorten kann dazu führen, dass die Ausbildungsbetriebe aufgrund der größeren Entfernung zur der zuständigen Berufsschule in einzelnen Ausbildungsberufen gar nicht mehr ausbilden. Damit sinkt die Berufswahlmöglichkeit für die Schülerinnen und Schüler.

Die betroffenen Schulen sind realistisch genug, angesichts der demographischen Entwicklung und der finanziellen Situation Veränderungen mitzutragen. Anstelle von willkürlichen Schließungen einzelner Bildungsgänge ist es jedoch wesentlich zielführender, Lösungskonzepte zusammen mit den betroffenen Schulen zu erarbeiten, etwa an „runden Tischen“ unter Beteiligung von Schulleitungen und örtlichen Personalvertretungen..

Die Entwicklung der letzten Jahre, gerade auch im internationalen Vergleich, zeigt, dass das duale System einen enormen Wettbewerbsfaktor für unsere Wirtschaft darstellt und zu einer geringen Jugendarbeitslosigkeit beiträgt.

Deshalb fordern wir zur Stärkung der Standorte für Fachklassen günstigere PAUSE-Faktoren und niedrigere Klassenmesszahlen.

Jutta Macher  
für den Ortsverband Mainz



### Mainzer Schulen demonstrieren gegen willkürliche Verlagerungen



Am 25. Oktober trafen sich am Schillerplatz in Mainz Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte der BBS Mainz I und BBS Mainz III zur gemeinsamen Demonstration. Dort, wo sich sonst die Fastnachter versammeln, ging es dieses Mal sehr ernst zu (siehe nebenstehende Stellungnahme der BBS Mainz III). Hunderte Schülerinnen und Schüler aus

mehr oder weniger willkürlich ausgesuchten Bildungsgängen sollen in den Kreis Mainz-Bingen „verlagert werden“ – dort winkt das Geld, das die Stadt Mainz – zumindest für die BBS – nicht mehr übrig hat. Die Teilnehmer zogen gemeinsam zum Mainzer Rathaus, hier wurden der Öffentlichkeit von den Sprechern der beiden Schulen, vor der gemeinsamen Sitzung der Schulträgerausschüsse aus Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen, noch einmal die Standpunkte der Beteiligten vor Augen geführt. Es bleibt zu hoffen, dass der Protest der Schulen nicht ungehört verhallt.



## dbb-Musterantrag auf angemessene Besoldung!

*Beamte haben Anspruch darauf, dass ihre Besoldung/ Versorgung entsprechend den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung regelmäßig angepasst wird. Dadurch soll dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation Rechnung getragen werden, welcher dem Beamten die rechtliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit sichern und einen seinem Amt angemessenen Lebenskomfort ermöglichen soll.*

*Seit dem Jahr 2003 wurden eine Vielzahl von Kürzungen im Bereich der Besoldung– so u.a. Streichung des Urlaubsgeldes, Kürzung der Sonderzahlung, Verkürzung der Bezugsdauer des sog. Kinderzuschlages, Einschnitte im Bereich der Beihilfe (Kostendämpfungspauschale) -vorgenommen. In den Jahren 2005 bis 2007 erfolgte keine lineare Anpassung der Bezüge. Die Anpassung Mitte 2007 betrug lediglich 0,5 Prozent im gehobenen und höheren Dienst, 1,1 Prozent im mittleren Dienst und 1,7 Prozent im einfachen Dienst. Die Anpassung Mitte 2008 betrug nur 0,5 Prozent im gehobenen und höheren Dienst, 1,35 Prozent im mittleren Dienst und 2,3 Prozent im einfachen Dienst. Im gleichen Zeitraum stiegen die Verbraucherpreise um 8,5 Prozent.*

*Auch die Linearanpassung 2011 blieb in Anlehnung an das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst der Länder mit 1,5 Prozent deutlich hinter der gleichzeitigen Teuerung von 2,3 Prozent zurück. So ist mir neben der betragsmäßigen Verringerung meiner Bezüge infolge der Kürzungen noch ein erheblicher Kaufkraftverlust entstanden.*

So heißt es in dem Schreiben des **dbb**, in dem auf die **Möglichkeit hingewiesen wird, gegen die seit Jahren völlig unzureichenden Anpassungen der Besoldung zu klagen.**

Mit dem Musterschreiben können alle, die sich gegen die „5 x 1 %“-Deckelung von Besoldung und Versorgung im laufenden und in den vier Folgejahren wehren wollen, bei der zuständigen Bezügestelle einen Antrag auf amtsangemessene Alimentation stellen, der als Widerspruch aufgefasst und mit Billigung des Ministeriums der Finanzen bzw. der kommunalen Dienstherrn - so ist es verabredet bzw. inzwischen veröffentlicht - zur Ruhendstellung des Vorverfahrens führt, bis die Musterklagen verhandelt sind.

Jede/jeder Betroffene(-r), die/der mit uns der Meinung ist, dass das mehrjährige Außerachtlassen des verfassungsrechtlich zwingend zu berücksichtigenden Angemessenheitsmaßstabes der „allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung“ mit hoher Wahrscheinlichkeit rechtswidrig ist, sollte deshalb den mit den eigenen Daten komplettierten Musterantrag stellen. Jede/jeder Landes- bzw. Kommunalbeamtin/-beamter, die/der risikolos und einfach seine

Rechtsposition in Bezug auf die fünf Mini-Anpassungen von jeweils einem Prozent offen halten will mit Blick auf die Musterprozesse, sollte das Musterschreiben absetzen. Dadurch sichert man sich die Teilhabe am Ausgang der Musterverfahren gegen die zur Zeit gesetzlich festgeschriebenen inflationsbereinigten Minusrunden 2012 bis 2016.

**Anträge sind bei der zuständigen Bezügestelle einzureichen - bis spätestens zum 31. Dezember 2012 (Eingang).**

Der **dbb** unterstützt gegen die „5 x 1 Prozent“-Regelung gerichtete Musterverfahren per gewerkschaftlichem Rechtsschutz. Die Rechtsschutzgewährung erfolgt wegen der bundesweiten gewerkschaftspolitischen Bedeutung der langfristigen Festlegung von inflationsbereinigten Minusrunden bei Besoldung und Versorgung wegen mangelnder zwischenzeitlicher Beachtung der grundgesetzlich erforderlichen Alimentationsmaßstäbe. Betreut werden ausgewählte Musterfälle. Wegen des Massenverfahrencharakters unterbleibt eine Gewährung gewerkschaftlichen Rechtsschutzes in Nicht-Musterklägenfällen. Der Musterantrag ist auf der Homepage des vlw herunterzuladen: [www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de)

## Pensionärsausflug mit überraschendem Wiedersehen

Nach diversen Stadtbesichtigungen in der Vergangenheit stand in diesem Jahr eine Betriebsbesichtigung beim Pensionärsausflug im Bezirksverband Pfalz auf dem Programm. Ziel war **Drahtzug Stein** in Altleiningen, ein international tätiges Unternehmen, das z.B. Geschirrspülmaschinenkörbe herstellt sowie technische Drähte für Schweißarbeiten. Die Betriebsbesichtigung war mit ihren eindrucksvollen Einblicken in den Produktionsablauf eine echte Bereicherung und das neu erworbene Wissen darum, wie viel Ingenieurskunst in einem Spülmaschinenkorb steckt, eröffnet eine neue Sicht auf dieses Alltagsgerät.

Wie erfolgreich der Weg über das berufsbildende Schulwesen sein kann, zeigte sich am Ende der Besichtigung: **Peter Staab**, als Geschäftsführer bei **Drahtzug Stein** tätig, begrüßte herzlich einige seiner ehemaligen Lehrer aus der Handelsschule der BBS in Frankenthal und der Steuerberaterklasse Ludwigshafen, die er offensichtlich in guter Erinnerung hat.



v.l.n.r. Hermann **Mathes**, ehemals Ludwigshafen WI, Peter **Staab**, Geschäftsführer Drahtzug Stein, Helmut **Schneeganz** und Karlheinz **Leize**, beide ehemals BBS Frankenthal

## Fortbildung im Bezirk Koblenz: Konfrontative Pädagogik und Gewaltprävention in der Schule

Zum Thema „Konfrontative Pädagogik und Gewaltprävention“ trafen sich am 4. September 2012 Kolleginnen und Kollegen verschiedener berufsbildender Schulen aus dem Bezirk Koblenz zu einer ganztägigen Fortbildungsveranstaltung, die vom **vlw**-Bezirksverband Koblenz in Kooperation mit dem Schulreferat der Evangelischen Kirchenkreise Altenkirchen und Wied angeboten wurde.

Referent der Veranstaltung, die im Evangelischen Gemeindehaus in Dierdorf stattfand, war **Erwin Germerscheid**, der seit 2001 mit seinem Beratungs- und Coachingunternehmen **Germerscheid-Concept** Menschen bei Veränderungsprozessen begleitet. Als Leiter des **IHI-Rodenbach** (Integratives-Humanistisches-Institut) bildet er seit 2004 Fachkräfte in verschiedenen pädagogischen und beratenden Bereichen aus.

In der Schule werden Lehrerinnen und Lehrer täglich mit Regelbrüchen, Grenzüberschreitungen und eskalierenden Gewaltsituationen konfrontiert, die nicht selten bei Lehrkräften zu Verunsicherung oder gar Verängstigung führen. Vor diesem Hintergrund lernten die Tagungsteilnehmer/-innen im Laufe des Vormittags die Konzeption und Idee der Konfrontationspädagogik kennen. Regelabsprachen als Bestandteil der pädagogischen Haltung sind hier ein wesentliches Element. Wahrnehmungsübungen und Rollenspiele zur Sensibilisierung gegenüber eskalierenden Situationen (Stichworte: Statuswippe) boten Ansätze, um die eigene Methodenkompetenz und den eigenen Handlungsspielraum bei der Bewältigung von Regelbrüchen und Grenzüberschreitungen zu erweitern. Am Nachmittag beschäftigten sich die Kolleginnen und Kollegen anhand von konkreten Unterrichtssituationen und Praxissimulationen mit verschiedenen Formen des konfrontativen Gesprächsstils. Beharrlichkeit und Präsenz von Lehrerinnen und Lehrern sind hierbei wichtige Elemente, um Schülerinnen und Schüler mit ihren Regelverstößen und Grenzüberschreitungen nonverbal oder verbal zu konfrontieren. Abschließend wurde der an Eindrücken reiche Fortbildungstag reflektiert und diskutiert, in welcher Form Unterstützungssysteme zur Gewaltprävention an Schulen installiert werden können.



Die Veranstaltung fand eine so gute Resonanz, dass die Teilnehmenden den Wunsch nach einer Anschlussveranstaltung äußerten. Der **vlw**-Bezirksverband Koblenz bedankt sich recht herzlich bei **Erwin Germerscheid** für die gelungene Durchführung der Fortbildungsveranstaltung. Besonderer Dank gilt dem Schulreferenten der Kirchenkreise Altenkirchen und Wied, Herrn Pfarrer **Martin Autschbach**, und seiner Mitarbeiterin, Frau **Birgit Pritzer**, für die gute Zusammenarbeit sowie der Evangelischen Kirchengemeinde Dierdorf für die Bereitstellung ihrer Tagungsräume.

## Lehrkräften stehen Reisekosten in voller Höhe zu - Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 16.12.2012/9 AZR 183/11

Die Praxis ist bekannt – Lehrkräfte müssen vor Antritt einer Klassenfahrt auf die volle Erstattung der ihnen zustehenden Reisekosten verzichten – es ist ja kein Geld da... außerdem hat eine Klassenfahrt ja angeblich urlaubsähnlichen Charakter! Lehrkräfte finanzieren ihren eigenen häuslichen Arbeitsplatz, ihren Computer, ihre Arbeitsmittel, und in vielen Bundesländern auch ihre Schulbücher. Hier hat der **vlw** vor einigen Jahren für die Lehrkräfte eine bessere Regelung erstritten, niemand braucht eingeführte Schulbücher auf eigene Rechnung zu kaufen.

Ein weiterer Fortschritt scheint nunmehr mit dem Urteil des BAG erreicht. Geklagt hatte eine tarifbeschäftigte (angestellte) Lehrerin einer Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen, die vor Genehmigung einer Klassenfahrt nach Berlin auf die volle Erstattung der Reisekosten verzichten sollte, unter Verweis auf „nicht ausreichende Haushaltsmittel“. Von den ihr zustehenden 234,50 € wurden ihr lediglich 28,45 € erstattet. In dritter Instanz kam nun das Bundesarbeitsgericht zu dem Ergebnis, dass das beklagte Land sich nicht auf die vorformulierte Verzichtserklärung der Lehrkraft berufen könne. Mit der generellen Bindung der Genehmigung von Schulfahrten an den Verzicht auf eine Erstattung von Reisekosten durch die angestellten Lehrkräfte verstößt das Land grob gegen seine Fürsorgepflicht. Somit würde es in der Hand der Lehrkräfte liegen, ob sie ihr Interesse an einer Reisekostenerstattung zurückstellen oder dafür verantwortlich sein sollen, dass als Bestandteil von Bildungs- und Erziehungsarbeit vorgesehene Schulfahrten nicht stattfinden.

Der **vlw** ruft alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen dazu auf, diese Praxis nicht länger hinzunehmen und auf alle Formen der Selbstaussbeutung zu verzichten. Die erfolgreiche Klage in Sachen Schulbücher zeigt, dass es lohnt, sich zu wehren. Der **vlw** und der **dbb** sind hierbei behilflich.

**Verantwortlich:** Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender  
**Geschäftsstelle:** Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden  
[www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de)



**Redaktion:** Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c  
Münster-Sarmsheim, Tel. 06721-9629372  
[Michael.Lutz@vlw-rlp.de](mailto:Michael.Lutz@vlw-rlp.de)  
[michaellutz2@gmx.net](mailto:michaellutz2@gmx.net)

## Restriktive Einstellungspraxis an den berufsbildenden Schulen des Landes

*Protestschreiben des vlw an Ministerin Ahnen*

**Sehr geehrte Frau Ministerin Ahnen,**

mit Bestürzung haben wir zur Kenntnis genommen, dass zum 2. November in den Schulaufsichtsbezirken Koblenz und Trier entgegen der bisherigen Praxis nur sehr restriktiv Einstellungen an berufsbildenden Schulen vorgenommen werden sollen. Konkret stehen im Schulaufsichtsbezirk Koblenz für 24 Bewerberinnen und Bewerber lediglich 12 Planstellen zur Verfügung. Im Schulaufsichtsbezirk Trier stehen für ca. ein Drittel der Bewerber/-innen Planstellen zur Verfügung. Diese Politik können wir vor dem unverändert hohen strukturellen Unterrichtsausfall nicht nachvollziehen. Im Mai dieses Jahres wurden wir im Hauptpersonalrat darüber informiert, dass eine Verbesserung der Unterrichtssituation an berufsbildenden Schulen angestrebt werde und verstärkt Lehrkräfte eingestellt werden sollen. Die tatsächliche Einstellungspraxis der ADD steht dazu jedoch in krassem Widerspruch. Ebenso wenig lässt sie sich mit den Ergebnissen des Gutachtens von Professor Klemm in Einklang bringen, das einen deutlich höheren Planstellenbedarf für berufsbildende Schulen ausweist.

Die Kurzfristigkeit, mit der die bisherige Einstellungspraxis geändert und der Umfang der Stellen reduziert werden soll, führt an unseren Schulen zu erheblicher Planungsunsicherheit, zu zusätzlichem Unterrichtsausfall und zu struktureller Mehrbelastung der Kollegien. Die neue Einstellungssituation führt bei den unmittelbar betroffenen Referendarinnen und Referendaren und den künftigen Lehramtsabsolventen zu erheblichen Verunsicherungen und zu Vertrauensverlust. Bei hochqualifizierten Nachwuchskräften besteht somit auch die Gefahr der Abwanderung in



benachbarte Bundesländer. Das Gesamtszenario setzt ein fatales Signal für junge Menschen, die sich für die Lehramtstätigkeit an berufsbildenden Schulen entscheiden wollen.

Wir bitten Sie daher, die virulente und aus vlw-Sicht inakzeptable Situation eingehend zu prüfen und zeitnah eine Lösung zu finden, die allen Beteiligten gerecht wird.

Besten Dank und freundliche Grüße

Karl-Heinz Fuß

## Scannen erlaubt!

### vlw begrüßt Verhandlungserfolg zur Erstellung von Digitalisaten

Die Lehrkräfte an Schulen in Deutschland dürfen künftig urheberrechtlich geschützte Inhalte aus Büchern und Unterrichtswerken auch digital vervielfältigen und den Schülerinnen und Schülern im Unterricht zugänglich machen. Darauf einigten sich die Kultusministerien der Länder mit dem Verband Bildungsmedien sowie den Verwertungsgesellschaften VG Wort, VG Bild-Kunst und VG Musikedition. Künftig dürfen 10 Prozent eines Druckwerkes (maximal 20 Seiten) von Lehrkräften für die Veranschaulichung des eigenen Unterrichts eingescannt, auf Speichermedien wie USB-Sticks abgespeichert und über Träger wie Whiteboards den Schülerinnen und Schülern zugänglich gemacht werden. Bisher war dies nur analog, also von Papier auf Papier erlaubt. Der vlw, der die bisherige Regelung heftig kritisiert und Nachverhandlungen eingefordert hat, freut sich über die Einsicht bei den Verhandlungspartnern.

## Inhalt:

- **Einstellungspraxis an den berufsbildenden Schulen - Protestschreiben des vlw**
- **Scannen erlaubt**
- **Unterrichtsausfall an BBS im Schuljahr 2012/13**
- **vlw im Gespräch mit dem MWKEL**
- **Personalratswahlen 2013**
- **Fachtagung des vlw am 11. März**
- **Nachruf Christine Wild**
- **Dirk Mettler neu im Landesvorstand**



## Unterrichtsausfall - Erklärung des Ministeriums



Mainz, 21.12.2012

### **Beckmann: Strukturelle Unterrichtsversorgung der berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2012/2013 liegt bei 93,8 Prozent**

Die strukturelle Unterrichtsversorgung der öffentlichen berufsbildenden Schulen (BBS) im Land ist im Schuljahr 2012/2013 im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben. Nach den jetzt vorliegenden vorläufigen Ergebnissen der BBS-Schulstatistik können die BBSen über die vielen unterschiedlichen Zweige der berufsbildenden Schulen hinweg gesehen im laufenden Schuljahr insgesamt 93,8 Prozent ihres Stundensolls abdecken. Im Schuljahr 2011/2012 hatte die übergreifende BBS-Versorgungsquote bei 93,7 Prozent gelegen. „Ziel von Ministerium und Schulaufsicht ist es, die Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen noch im Verlauf dieses Schuljahres weiter zu verbessern“, hält Bildungsstaatssekretär Hans Beckmann fest.

Mit rund 116.200 Schülerinnen und Schülern melden die öffentlichen berufsbildenden Schulen gut 2.100 Schülerinnen und Schüler weniger als im Vorjahr. Dieser Rückgang schlägt sich allerdings nicht im selben Umfang in einem Rückgang der gebildeten Klassen nieder. Insbesondere bei den Fachklassen in der Berufsschule, die Auszubildende als Teilzeitschülerinnen und -schüler parallel zu ihrer betrieblichen Ausbildung besuchen, werden im Sinne eines flächendeckenden Angebots häufig relativ kleine Klassen gebildet. In den Fachschulen insbesondere für die Erziehungs- und Pflegeberufe, deren Kapazitäten vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels gezielt ausgebaut wurden, nahmen die Klassenzahlen in den öffentlichen Schulen mit 28 Klassen deutlich zu. Steigende Klassenzahlen gibt es beispielsweise auch in den Beruflichen Gymnasien, deren Zahl in den letzten Jahren deutlich erhöht wurde und die sich teilweise noch im Aufbau befinden. Eine Expertenkommission mit Vertretern aus Schulaufsicht, Schulen, Lehrerverbänden, Hauptpersonalrat, Landeselternbeirat sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft versucht derzeit, aus den unterschiedlichen Trends ein

zukunftsorientiertes Konzept zur Weiterentwicklung des BBS-Angebots im Land zu entwickeln.

Für das Schuljahr 2012/2013 seien insgesamt 147 Lehrkräfte auf 134 Vollzeitstellen neu eingestellt worden, hielt Bildungsstaatssekretär Beckmann fest und ergänzte: „Die berufsbildenden Schulen qualifizieren als Partner in der dualen Ausbildung junge Menschen für eine Vielzahl von Berufen. Sie vermitteln außerdem berufliche Grundqualifikationen und hochwertige Abschlüsse wie die Fachhochschulreife und die allgemeine Hochschulreife. Für bestimmte berufliche Fachrichtungen stehen nach wie vor nicht genügend Lehrkräfte zur Verfügung. Dies stellt für die Arbeit der berufsbildenden Schulen eine große Herausforderung dar.“

## Unterrichtsausfall - Kommentar des vlw



Mit oben stehender Presseerklärung gibt das Ministerium, wie zum Ende jedes Jahres, die Zahlen zum strukturellen, d.h. geplanten, Unterrichtsausfall bekannt. Staatssekretär Beckmann spricht von „konstant gebliebener Unterrichtsversorgung“. Da hätte er Recht, wenn er von „konstant gebliebener Unterrichtsversorgung auf niedrigem Niveau“ gesprochen hätte. Interessant ist auch die Darstellung von 6,2% strukturellem Unterrichtsausfall als „Abdeckung von 93,8% des Stundensolls“. Zu dieser schlechten Nachricht gesellen sich aber bemerkenswerte Zwischentöne: „Ziel von Ministerium und Schulaufsicht ist es, die Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen noch im Verlauf dieses Schuljahres weiter zu verbessern“. Hier bleibt festzuhalten, dass dies auch die Forderung des vlw bleibt. Staatssekretär Beckmann analysiert weiter, dass an unseren Schulen zwar 2.100 Schülerinnen und Schüler weniger unterrichtet werden als im Vorjahr, dabei aber die Zahl der Klassen nicht entsprechend reduziert werden konnte; diese Entwicklung zeigt sich besonders stark bei den Teilzeit-Berufsschulklassen. Abschließend wird betont, dass für bestimmte berufliche Fachrichtungen nach wie vor nicht genügend Lehrkräfte zur Verfügung stünden. „Dies stellt für die Arbeit der berufsbildenden Schulen eine große Herausforderung dar.“. Verwiesen wird auch auf die Aufgabe der „Expertenkommission zur Weiterentwicklung des BBS-Konzepts im Land“.

Mit Spannung werden einerseits die Ergebnisse der Expertenkommission erwartet. Noch spannender an-

dererseits wird die Frage sein, wie das Ministerium mit diesen Ergebnissen umgehen wird. Hierzu hat der **vlw** einige Fragen:

- Wird die Landesregierung nur auf einen weitergehenden Rückgang der Schülerzahlen warten?
- Wird sich der Prozess der zurückhaltenden Einstellung ausgebildeter Lehrkräfte, wie zum Einstellungstermin 1.11.2012, fortsetzen?
- Welche Maßnahmen plant das MBWWK zur Gewinnung von Lehrkräften für Mangelfächer?
- Welche Konsequenzen zieht das Ministerium aus dem „Klemm-Gutachten“ zur Ermittlung des zukünftigen Lehrkräftebedarfs?
- Wie kann in der Zukunft ein qualifiziertes berufliches Bildungsangebot auch in der Fläche zur Verfügung gestellt werden?
- Werden eventuelle qualitative Verbesserungen des Angebotes weiterhin mit dem Verzicht der Beschäftigten auf angemessene Besoldung und soziale Versorgung erkaufte werden?

**Die Verminderung des strukturellen Unterrichtsausfalls an den BBS wird Geld kosten, schon alleine, um sich einer Versorgungsquote zu nähern, die an den allgemeinbildenden Schulen des Landes zu lautstarken Protesten führen würde. Sind die BBS nicht so wichtig?**

## **vlw im Gespräch mit dem Wirtschaftsministerium**

### **Brauchen wir eine „Landesberufsschulentwicklungsplanung“?**

Was will der **vlw** vom Wirtschaftsministerium? Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik und sollte nicht isoliert betrachtet werden. Auf der Homepage des Referates unserer beiden Gesprächspartner, Frank Ißleib und Hilke Smit-Schädla vom Referat 8202, heißt es dazu:

„Die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland lebt von den berufsbezogenen Kompetenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie stellen einen wesentlichen Standortfaktor dar, den es angesichts der Globalisierung, technologischer Veränderungen und der wachsenden Bedeutung von Wissen, Information und Kommunikation zu erhalten gilt. Die hohe fachliche Qualifikation der rheinland-pfälzischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ihr gesamtes Erwerbsleben hinweg

zu gewährleisten, stellt eine große Herausforderung für alle Beteiligten dar.“

Die Expertenkommission zu den Zukunftsperspektiven der beruflichen Bildung beim MBWWK behandelt genau diese Problematik: Wie kann – angesichts der demografischen Entwicklungen – die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaftsstandorte auch in den ländlichen Regionen gesichert werden, ohne auch die berufliche Bildung in die Überlegungen einzubeziehen? Oder, anders gefragt: Sind zukunftssichere Wirtschaftsstandorte ohne vielfältige und professionell aufgestellte berufliche Bildung denkbar?

Und so bekommt das 36-Buchstaben-Wort seinen Sinn. Leider wird auch im Wirtschaftsministerium eingeräumt, dass es eine solche Schulentwicklungsplanung, welche das ganze Land oder zumindest größere Regionen betrachtet, (noch) nicht gibt. Es ist zu hoffen, dass in der Expertenkommission die Weichen in die richtige Richtung gestellt werden. Die Erfahrungen mit der Diskussion um die Schulstandorte in Rheinhessen lässt da allerdings wenig Hoffnung zu.

In dem Gespräch mit Herrn **Ißleib** und Frau **Smit-Schädla** wurden auch weitere aktuelle Themen der beruflichen Bildung angesprochen, so z.B. die Möglichkeiten einer Schullaufbahnberatung, welche auch die Möglichkeiten des beruflichen Schulsystems aufzeigt. Der Trend zu dualen Studiengängen wurde erörtert, auch die Probleme der Wirtschaft wurden angesprochen, qualifizierte Auszubildende zu gewinnen. Beide Seiten stimmten überein, dass es für die berufliche Bildung sinnvoll wäre, die Belange der Wirtschaft und die Sichtweisen des Wirtschaftsministeriums stärker als bisher einzubringen.



v.l.n.r.: **Hilke Smit-Schädla** (MWKEL), **Frank Ißleib** (MWKEL), **Karl-Heinz Fuß** und **Mechthild Antony-Hatzfeld** (vlw).

**Foto: Michael Lutz** (vlw)

## Nachruf

Wir trauern um unsere Kollegin

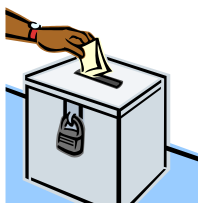
**Frau Christine Wild,**

die am 26.10.2012 für uns alle plötzlich und unerwartet nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 45 Jahren verstorben ist.

Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrem Sohn, ihren Angehörigen und allen, die ihr nahe standen. Wir werden Frau Wild ein ehrendes Andenken bewahren.

**vlw-Ortsverband BBS Cochem**  
Roswitha Grimmer

## Personalratswahlen 2013



**Vom 13. Bis 17. Mai wird gewählt -  
vlw erstellt Leitfaden**

In diesem Jahr finden die Personalratswahlen der örtlichen Personalräte (ÖPR) und der Stufenvertretungen (HPR und landesweiter BPR) wieder gleichzeitig statt, und zwar in der Woche vom 13. bis 17. Mai 2013.

Der Hauptwahlvorstand ist bestellt. Für den **vlw** ist Herr StD **Jürgen Hatzfeld** in diesem Gremium erreichbar an der BBS W Worms, Tel. 06241-853-4370 (dienstl.), E-Mail: hatzfeld@bbsw.biz-worms.de.

Herr StD **Heinz Werner Seyler**, BBS II Kaiserslautern ist als **vlw**-Mitglied im Bezirkswahlvorstand und kann unter Tel.: 0631-36499-32, E-Mail: prwahl@bbsii-kl.de kontaktiert werden.

Grundlegend für die Personalratsarbeit ist das Wächteramt, d.h. „Dienststelle und Personalrat haben darüber zu wachen, dass alle Angehörigen der Dienststelle nach Recht und Billigkeit behandelt werden.“ (§ 68,1 LPersVG).

**Bitte achten Sie darauf, dass der amtierende ÖPR**

**den Wahlvorstand bestellt. Als Termin schlagen wir den 14.01.2013 vor.**

Aus diesem Anlass hat der **vlw** Rheinland-Pfalz einen **Leitfaden** erstellt, der über den **vlw**-Ortsverband zu erhalten ist.

## Dirk Mettler neues Mitglied im Landesvorstand

In seiner ersten Sitzung nach den Neuwahlen hat der Landesvorstand den Kollegen **Dirk Mettler** (Ludwig-Erhard-Schule Neuwied) in den Landesvorstand als zuständiges Mitglied für die **Belange junger Kolleginnen und Kollegen** kooptiert. **Dirk Mettler** (43) ist verheiratet und Vater von drei Kindern, er unterrichtet die Fächer BWL, Rechnungswesen und Religion. Landesvorsitzender **Karl-Heinz Fuß** begrüßt den neuen Vorstandskollegen und wünscht ihm im Namen aller Mitglieder des Landesvorstands viel Erfolg in seiner neuen Funktion.

## 11. März 2013 - Fachtagung des vlw im Schloss Waldthausen bei Mainz

Unter dem Motto „**Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Berufsbildenden Schulen**“ wird der **vlw** Rheinland-Pfalz am **11.3.2013** in Schloss Waldthausen eine Fachtagung durchführen.

Ergänzt werden die Informationen zu diesem Thema durch Workshops zu aktuellen Fragen und Problemen im Bereich der beruflichen Bildung. Alle Mitglieder und Interessierte sind herzlich willkommen, eine gesonderte Einladung erfolgt!

**vlw kompakt** (Ausgabe Nr. 1/2013)

**Verantwortlich:**

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender  
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a,  
67292 Kirchheimbolanden  
[www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de)



**Redaktion:**

Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c  
55424 Münster-Sarmsheim,  
Tel. 06721-9629372  
[Michael.Lutz@vlw-rlp.de](mailto:Michael.Lutz@vlw-rlp.de)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wie immer zum Jahresende, legt die Ministerin uns allen etwas auf den Gabentisch: Die Zahlen über den Unterrichtsausfall oder, wie das Ministerium es ausdrückt, die Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen dieses Landes. Eine Erfolgsmeldung, wie es scheint: Nur noch 5,5 % beträgt der geplante, strukturelle Unterrichtsausfall. Ein Blick auf die Maßnahmen, welche das Ministerium und die ADD zur Erreichung dieser Marke getroffen haben, bringt Ernüchterung: So wächst der Druck auf die Schulen landesweit, Klassen zusammenzulegen, kleine Klassen zu schließen. Ganze Ausbildungsgänge werden „verlagert“ oder, ein schöner Begriff aus Neustadt, „ausschleichend“ beendet. Die Schülerzahlen sinken ohnehin, da macht es sich gut, auch das noch als Erfolg zu verkaufen. Und was die Vollzeitschulen anbelangt, da konnten die Versuche, die Höheren Berufsfachschulen infrage zu stellen, gerade noch einmal abgewehrt werden. Noch ein bisschen Druck gefällig? Dann gehen wir mal an die Entlastungsstunden für die Personalräte.... Die Liste ließe sich noch vervollständigen, aber eines wird klar: Die „verbesserte“ Unterrichtsversorgung wird auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen, die diese darüber hinaus mit ihrem erzwungenen Verzicht auf anständige Besoldungssteigerungen finanzieren müssen. Gespannt warten wir auf die Äußerungen der Ministerin über die Ergebnisse der Expertenkommission. Hier wurden sinnvolle Maßnahmen vorgeschlagen, um die berufliche Bildung im Lande zukunftsfest zu machen. Dies wird auch Geld kosten, so z.B. die Senkung des Unterrichtsausfalls auf nur noch 2 % oder die Aktion „14 für 12 Stunden“ für die Berufsschulklassen. Dies wären zur Abwechslung Maßnahmen, welche nicht nur kosmetischer Art wären. An diesen Plänen werden wir den Willen der Landesregierung messen, wirklich etwas für die berufliche Bildung zu tun. Der **vlw** wird sinnvolle Maßnahmen auch im neuen Jahr unterstützen, sich aber weiterhin entschieden gegen zusätzliche Verschlechterungen unserer Arbeitsbedingungen wehren.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2014!

*Ihr Karl-Heinz Fuß*



## Umstellung SEPA

Ab 1. Februar 2014 wird in 32 europäischen Ländern der Zahlungsverkehr mit SEPA vereinheitlicht. IBAN und BIC ersetzen künftig Kontonummer und Bankleitzahl. Die bestehenden Einzugsermächtigungen unserer Mitglieder werden gemäß der neuen Richtlinie in ein SEPA-Lastschriftmandat umgewandelt. Die Kontoverbindungen werden automatisch umgestellt. Sie brauchen selbst nichts zu unternehmen!

## Presseerklärung des vlw zur Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen

### Schöne Worte statt Taten – Berufsbildende Schulen weiterhin Stiefkinder der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz

Das Bildungsministerium hat, wie immer zeitverzögert nach Bekanntgabe der Zahlen für die allgemeinbildenden Schulen des Landes, die Zahlen der Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen veröffentlicht und die leichte Verbesserung um 0,7% Prozentpunkte als Erfolg herausgestellt. **Mit 5,5% ist der Unterrichtsausfall jedoch weiterhin viel zu hoch.** Nach Einbeziehung der gegenüber dem Vorjahr -demografisch bedingten- rückläufigen Schülerzahl erscheint die Reduzierung gar als gegenstandslos. Die angekündigte Werbekampagne für das Lehramt an berufsbildenden Schulen ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, dahinter muss jedoch ein attraktives Lehramt stehen, dessen Rahmenbedingungen nicht ständig verschlechtert werden. Dies ist aktuell bei der Einstufung in die neu eingeführten Erfahrungsstufen zu beklagen. Die Erfahrungsstufen sind für die Besoldung maßgeblich. Während bisher das Lebensalter bestimmend war, werden nun lediglich „dienstliche Erfahrungszeiten nach dem 2. Staatsexamen“ gezählt. Vorhergegangene berufliche Zeiten werden nur sehr restriktiv anerkannt, was in der Folge, vor allem bei Quereinsteigern, zu einer deutlichen Schlechterstellung gegenüber der bisherigen Regelung führt.

Die mangelhafte Unterrichtsversorgung bedeutet für den Unterrichtsalltag an den berufsbildenden Schulen des Landes u.a.:

Lesen Sie weiter auf Seite 2!

## Inhalt:

- Umstellung SEPA
- Unterrichtsversorgung an BBS
- Inklusion-Resolution der Lehrerverbände
- Mindestanwesenheitspflicht an Fachschulen beibehalten
- Mehrarbeit im Schuldienst - nur noch für Idealisten?
- Gehaltseinbußen für Neueinsteiger
- Julia Gieger im Landesvorstand
- vlw-Pfalz bei John Deere
- Peter Eich-OV Kreuznach
- Fortbildung „Konfrontative Pädagogik“
-

Ganze Bildungsgänge werden an den Schulen gestrichen;

- Die angestrebte Verbesserung der individuellen Förderung wird nicht erreicht;
- Für Maßnahmen der Inklusion werden an den BBS keine Ressourcen zur Verfügung gestellt (dies war schon im sogen. „Klemm-Gutachten“ nicht vorgesehen);
- Die Umsetzung der Reformen für die Berufsfachschule I und die Reform der Büroberufe zum Schuljahr 2014/15 müssen auf der Basis dieser unzureichenden Lehrkräfteversorgung gestemmt werden.

#### Der vlw Rheinland-Pfalz fordert:

- Die Reduzierung des Unterrichtsausfalls auf höchstens zwei Prozent (Unterrichtsversorgung von 98%);
- Die dafür notwendige Einstellung von Lehrkräften, insbesondere die Übernahme frisch ausgebildeter examinierter Lehramtsanwärter und -anwärterinnen;
- Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität des Lehrberufes an den berufsbildenden Schulen des Landes, mit dem Ziel, Lehrkräfte in den Mangelfächern zu gewinnen;

Unser duales System wird weltweit als Vorbild im Bereich der beruflichen Bildung gefeiert, auch von unseren politischen Vertretern. Gleichzeitig droht den Berufsschulen des Landes – unter dem Vorwand des demografischen Wandels und zwecks Sanierung klammer Kassen – die Demontage durch Strukturreformen und Zusammenlegungen. Dies muss ein Ende haben!

vlw Rheinland-Pfalz, Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

#### Inklusion: Resolution der rheinland-pfälzischen dbb-Lehrerverbände

Zur geplanten flächendeckenden Einführung der Inklusion auch an den Regelschulen, wie sie in einer Gesetzesnovelle der Landesregierung zum Schulgesetz, die sich zur Zeit in der Anhörung befindet, vorgesehen ist, halten die Lehrerverbände des Deutschen Beamtenbundes Rheinland-Pfalz fest:

#### **Inklusion – Ressourcen sind die Grundbedingung**

Die Unterzeichner dieser Erklärung unterscheiden sich in Fragen der Ausrichtung und konkreten Umsetzung der schulischen Inklusion. Dennoch ist unabhängig von der Sichtweise auf das Thema unstrittig, dass eine wie auch

immer geartete Umsetzung der schulischen Inklusion nur mit einer vollständigen Ressourcenausstattung gelingen kann.

Behinderte und beeinträchtigte Kinder und Jugendliche sind besonders verletzlich und bedürfen ungeachtet des Förderortes optimaler Rahmenbedingungen. Dies betrifft sowohl die personelle als auch die sächliche Ausstattung. Im aktuellen Entwurf des Landeshaushalts werden zum Beginn des Schuljahres 2014/ 2015 nur 50 zusätzliche Förderschullehrer in Aussicht gestellt. Mit diesen wenigen Lehrkräften aber soll landesweit die vollständige Öffnung des Elternwillens hinsichtlich des Lernortes Förderschule, Schwerpunktschule oder Einzelintegration gestaltet werden, wie es im neuen Schulgesetz vorgesehen ist. Die Zahl ist nicht am tatsächlichen Bedarf ermittelt. Dieses Vorgehen ist daher von Vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Gleichzeitig werden weder im aktuellen Haushaltsentwurf noch im vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung die baulichen Notwendigkeiten angesprochen. Die meisten Schulen verfügen jedoch weder über Differenzierungsräume oder Ruheräume noch über Therapieräume.

Wenn diese Voraussetzungen nicht oder nur unzureichend geklärt sind, kann auch bei größtem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer eine Inklusion zum Wohle des Kindes nicht umgesetzt werden.

Deshalb fordern die Unterzeichner die Landesregierung auf, die Umsetzung der Inklusion inhaltlich auszugestalten und erst die Ressourcenfrage zu klären, bevor sie die konkrete Umsetzung der Inklusion an den Schulen vollzieht.

#### **Malte Blümke**

Philologenverband Rheinland Pfalz (PhV);

#### **Gerhard Bold**

Verband Bildung und Erziehung (VBE):

#### **Bernd Karst**

Verband der Realschullehrer (VDR):

#### **Ulrich Brenken**

Verband der Lehrer an Berufsbildenden Schulen (VLBS);

#### **Karl-Heinz Fuß**

Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW)

#### **Mindestanwesenheitspflicht an Fachschulen beibehalten**

Von Seiten des Bildungsministeriums haben wir erfahren, dass die Mindestanwesenheitspflicht an den Fachschulen künftig wegfallen soll. Die Ernsthaftigkeit dieser Überlegung wird in der Meisterschulverordnung deutlich, in der der entsprechende Passus gestrichen wurde (Amtsblatt 11/2013 mit Wirkung ab August 2014).

Nach der derzeitigen Regelung in der Fachschulverordnung wird ein Schüler, der nicht an mindestens 75% der erteilten Unterrichtsstunden in einem Modul teilgenommen hat, nicht zur abschließenden Leistungsfeststellung bzw. der Abschlussprüfung in diesem Modul zugelassen, das Lernmodul gilt somit als nicht bestanden. Ausnahmen, z.B. bei einer nachgewiesenen längeren Erkrankung

des Schülers, sind möglich. Der Hinweis, bei einer längeren Krankheit des Schülers hätte die Regelung vor Gericht keinen Bestand, nimmt einen Teil der Gesamtregelung nicht zur Kenntnis. Die derzeitige Regelung ist aus mehreren Gründen im Ansatz sinnvoll – wobei über eine höhere prozentuale Anwesenheitspflicht nachzudenken ist:

- Die Schüler der Fachschulen sind Erwachsene. Durch diese Fehlzeitenregelung haben sie freie Handlungsspielräume. Es geht nicht mehr um entschuldigtes oder unentschuldigtes Fehlen – was in ihrem Fall eher eine zweifelhafte Unterscheidung ist, da sie sich eine Entschuldigung selbst schreiben können – sondern nur um Anwesenheit oder nicht. Die Suche nach akzeptablen, manchmal auch vorgeschobenen, Entschuldigungsgründen und deren Überprüfung entfällt. Dies reduziert für Schüler und Lehrer überflüssige Bürokratie.
- Gleichzeitig nimmt diese Regelung die Schüler in die Verantwortung. Sie selbst sind für ihren Schulbesuch verantwortlich und tragen die Konsequenzen, wenn sie dem nicht sorgfältig genug nachkommen.
- Die Mindestanwesenheitspflicht von 75% ist jedoch sehr großzügig bemessen. Bei dem hohen fachlichen Anspruch, mit dem an den Fachschulen unterrichtet wird, gibt man den Schülern damit ein falsches Signal, denn die Regelung suggeriert, dass man trotz des Versäumens von einem Viertel der Unterrichtsinhalte das Ziel des Bildungsganges noch erreichen kann, was sehr zweifelhaft ist. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass an Universitäten bei zahlreichen Veranstaltungen maximal zwei (2 !) Fehltage zulässig sind. Diese Regelungen sind offenbar gerichtsfest, da sie schon lange Bestand haben. Die Studenten sind im Alter unserer Fachschüler und werden rigoros in die Verantwortung genommen.
- Für die geplante Aufhebung der bestehenden Fehlzeitenregelung besteht keine Notwendigkeit. Wir halten diese Aufhebung für einen Rückschritt und lehnen sie ab. Wir fordern im Gegenteil eine Heraufsetzung der Mindestanwesenheitspflicht und die Ausweitung auf weitere Bildungsgänge der BBS.

### Mehrarbeit im Schuldienst nur noch für Idealisten? Kommentar zur neuen Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit im Schuldienst“

Sind sie bereit, ein ganzes Jahr lang auf Ihre Bezahlung zu warten? Und macht es Ihnen ebenso nichts aus, dass Ihre geleistete Mehrarbeit um die Stunden gekürzt wird, die im Laufe des Jahres ausfallen? Dann sind sie der ideale Partner für vergütete Mehrarbeit. Man muss kein Kaufmann sein, um herauszufinden, dass der Lohn je Stunde geleisteter Zusatzarbeit unter diesen Bedingungen nicht mehr dem Lohnniveau einer studierten Fachkraft entspricht. Da für die regelmäßige vergütete Mehrarbeit das Einverständnis

der betroffenen Kolleginnen/Kollegen erforderlich ist, werden wohl wieder die A13er erhalten müssen, um die Lücken zu füllen, die aufgrund einer zu restriktiven Einstellungspolitik entstanden sind.

### Gehaltseinbußen für Neueinsteiger

#### vlw kritisiert Verwaltungspraxis bei Festlegung der Erfahrungsstufen

Ein Großteil der Nachwuchslehrkräfte an berufsbildenden Schulen sind Quer- und Seiteneinsteiger. Und das ist gut so, denn diese Leute bringen wertvolle berufliche Erfahrung für den Unterricht mit. Nun werden aber genau diese Leute von der Umstellung auf die neuen Erfahrungsstufen massiv getroffen. Wie die Berufseinsteiger bezahlt werden sollen, entscheidet das neue Landesbesoldungsge-  
setz – nämlich nach dienstlicher Erfahrung. Dazu zählen hauptsächlich Tätigkeiten im öffentlichen Dienst. Berufliche Erfahrungszeiten vor dem Referendariat sollen ebenso wenig angerechnet werden, wie das Referendariat selbst. Dieser Aspekt stellt besonders für Quer- und Seiteneinsteiger einen finanziellen Schaden dar, denn sie müssen laut dbb im Vergleich zur vorherigen Regelung bis zu 450 Euro monatliche Gehaltseinbußen verschmerzen. Das würde für einen 35-jährigen Quer- oder Seiteneinsteiger bis zur Pension einen finanziellen Nachteil von brutto rund 150.000 Euro bedeuten.

Was anerkennungsfähige Zeiten sind, darüber entscheidet auf Antrag die ADD, allerdings auf Weisung des Dienstherrn sehr restriktiv. Deshalb lautet unsere Forderungen nicht das individuelle Verhandlungsgeschick entscheiden zu lassen, sondern zum Unterrichtsfach passende berufliche Erfahrungszeiten ohne Abstriche anzuerkennen. Wir brauchen kein neues Sparmodell, sondern attraktive Rahmenbedingungen für das Lehramt an berufsbildenden Schulen.

Julia Gieger

### Julia Gieger - Verstärkung für den Landesvorstand

Im November 2012 wurde **Julia Gieger** als Unterstützung für den Bereich Allgemeinbildende Fächer vom **vlw**-Landesvorstand kooptiert. Frau Gieger unterrichtet an der BBS Alzey Deutsch und Englisch und ist Mitglied des örtlichen Personalrats. Mit ihrer mehrjährigen Berufserfahrung in einer Presseagentur wird sie den Landesvorstand auch im Bereich Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.



### Bezirksverband Pfalz: vlw bei John Deere

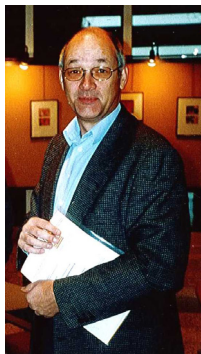


Zu einer nicht nur für Technikfans spannenden Werksbesichtigung bei John Deere, Mannheim (Lanz-Landmaschinen) hatte der vlw-Pfalz eingeladen. Unsere teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen konnten sich zunächst über das weltweite Marketing-Konzept und produktionsorganisatorische Fragen informieren. Es folgte eine hochinteressante Betriebsbesichtigung durch praktisch alle Fertigungsabläufe, bei der die Teilnehmenden „hautnah“ die Entstehung eines modernen Traktors erleben konnten. An einem Simulator erprobten interessierte Kollegen ihre Fähigkeit zum Umgang mit einem Greifgerät für Waldarbeiten.  
*Andreas Seehaus*

### Ortsverband Bad Kreuznach Wirtschaft: Peter Eich als Ortsvorsitzender verabschiedet

Ein ganzes Jahrzehnt hat Herr Eich an der BBS Bad Kreuznach Wirtschaft die Geschicke des vlw geleitet. Eine Aufgabe, die gewiss nicht immer einfach war und deshalb besonderen Dank verdient. Er verstand es, Missstände zu artikulieren und war dadurch ein wertvoller und geschätzter Gesprächspartner weit über den Ortsverband hinaus. Auf Bezirks- und Landesversammlungen war Herr Eich stets mit guten Ideen und viel politischem Gespür präsent. „Es ist nun an der Zeit, dass ein anderer, möglichst jüngerer Kollege dieses Amt übernimmt“, so Herr Eich. Der vlw-Landesvorstand sowie der Bezirksvorstand Koblenz danken **Peter Eich** ausdrücklich für sein langjähriges Engagement im Interesse der Kolleginnen und Kollegen. Als Landeskassenprüfer hält Herr Eich dem vlw in der laufenden Amtsperiode weiterhin die Treue.

*Karl-Heinz Fuß*



### Bezirksverband Koblenz: Konfrontative Pädagogik und Gewaltprävention in der Schule Teil 2

In der Schule werden Lehrerinnen und Lehrer täglich mit Regelbrüchen, Grenzüberschreitungen und eskalierenden Gewaltsituationen konfrontiert, die Lehrkräfte nicht selten vor die Herausforderung stellt, mit solchen Situationen adäquat umzugehen. Am 1. Oktober 2013 fand die Fortsetzungsveranstaltung zum Thema „Konfrontationspädagogik und Gewaltprävention in der Schule“ statt. Kolleginnen und Kollegen verschiedener berufsbildender Schulen aus dem Bezirk Koblenz trafen sich in Dierdorf zu einer ganztägigen Fortbildung, um sich in der „Kunst konfrontativen Fragens“ und der „Entwicklung eines Ordnungsrahmens“ sowie der „Bearbeitung praktischer Fälle“ zu üben.



Am Ende eines intensiven Fortbildungstages nahmen die teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen vielfältiges methodisches Handwerkszeug an ihre Schulen mit,

um Regelbrüchen, Grenzüberschreitungen und eskalierenden Gewaltsituationen professioneller begegnen zu können.

Referent der Veranstaltung, die wiederum in Kooperation mit dem Schulreferat der Evangelischen Kirchenkreise Altenkirchen und Wied stattfand, war Herr Erwin Germscheid, der seit 2001 mit seinem Beratungs- und Coachingunternehmen Germscheid-Concept Menschen bei Veränderungsprozessen begleitet. Als Leiter des IHI-Rodenbach (Integratives-Humanistisches-Institut) bildet er seit 2004 Fachkräfte in verschiedenen pädagogischen und beratenden Bereichen aus. Der vlw-Bezirksverband Koblenz bedankt sich recht herzlich bei Herrn Germscheid für die gelungene Durchführung der Fortbildungsveranstaltung. Besonderer Dank gilt dem Schulreferenten der Kirchenkreise Altenkirchen und Wied, Herrn Pfarrer Martin Autschbach, und seiner Mitarbeiterin, Frau Birgit Pritzer, für die gute Zusammenarbeit sowie der Evangelischen Kirchengemeinde Dierdorf für die Bereitstellung ihrer Tagungsräume.

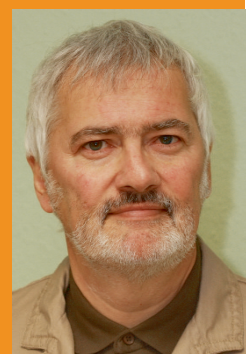
*Kurt Flöck*

### Verantwortlich:

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender  
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a,  
67292 Kirchheimbolanden  
[www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de)

### Redaktion:

Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c  
55424 Münster-Sarmsheim,  
Tel. 06721-9629372  
[Michael.Lutz@vlw-rlp.de](mailto:Michael.Lutz@vlw-rlp.de)  
[michaellutz2@gmx.net](mailto:michaellutz2@gmx.net)



## vlw im Gespräch mit der LVU

Zu Gast bei der LVU-Rheinland Pfalz: Mitglieder des Landesvorstands führten ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, Herrn **Dr. Dirk Hannowsky**. Die LVU vertritt ihre Mitgliedsverbände bei der Erfüllung ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben, die über den Bereich eines Wirtschaftszweiges hinausgehen und von grundsätzlicher Bedeutung sind. Hierzu gehören natürlich auch Fragen der beruflichen Bildung; höchste Zeit also für ein Gespräch über die aktuellen Entwicklungen, vor dem aktuellen Hintergrund der Empfehlungen der Expertenkommission. Zu Beginn äußerte **Dr. Hannowsky** die Befürchtung, dass Bildungsgänge und Standorte der BBS geschlossen werden könnten. Das in dem Papier der Expertenkommission genannte Ziel von 98% Unterrichtsversorgung sieht er als zeitnah zu realisierende Etappe auf dem Weg zu einer vollen Unterrichtsversorgung. **Karl-Heinz Fuß** betonte für den vlw die Bedeutung der Wahlschulen im Zusammenhang mit der fehlenden Ausbildungsreife vieler Schülerinnen und Schüler. Problematisch sei auch die Akademisierung der Ausbildung durch die Einführung dualer Studiengänge ohne Beteiligung der BBS. Auch bestünde die Gefahr, dass die BBS durch die Einbeziehung beruflicher Inhalte in die Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen abgehängt werden könnten. Der LVU-Geschäftsführer vertrat hingegen die Auffassung, dass eine frühzeitige Berufsorientierung die Gefahr von Fehlentscheidungen – und damit letztlich von Studi-  
*weiter auf Seite 2!*

## Mitgliederumfrage!

Liebe Leserinnen und Leser!

**Dieser Auflage liegt ein Fragebogen „vlw-Mitgliederumfrage“ bei. Wir bitten Sie herzlich um Ihre Teilnahme!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



das Bundesverwaltungsgericht hat am 27. Februar ein bemerkenswertes Urteil gefällt. Unsere Auffassung zum beamtenrechtlichen Streikverbot wurde in diesem Urteil bestätigt. Beamtinnen und Beamte, also auch in Rheinland-Pfalz der überwiegende Teil der Lehrkräfte, hat vom Gericht kein Streikrecht zuerkannt bekommen. Bemerkenswert, und in der Berichterstattung fast untergegangen, sind die Feststellungen des Gerichts zu der sogen. „Alimentationspflicht“ des Dienstherrn. Denn der Ausgleich zum fehlenden Streikrecht bildet die Alimentationspflicht, d.h. die Pflicht des Dienstherrn, unsere Dienstleistung angemessen zu bezahlen. Denn uns fehlt ja gerade das wirksamste Kampfmittel zur Durchsetzung unserer Forderungen, nämlich das Recht des Aufrufes zum Streik. Darauf haben wir aus gutem Grund verzichtet. Unser Dienstherr hat dies schamlos ausgenutzt; erst unlängst hat das Oberverwaltungsgericht Koblenz eine Lücke von 17,8% im Vergleich zur Entwicklung der Einkommen in der gewerblichen Wirtschaft in den letzten Jahren festgestellt. Hierzu sagt das Bundesverwaltungsgericht: „Hierfür ist von Bedeutung, dass den Tarifabschlüssen für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes aufgrund des Alimentationsgrundsatzes nach Art. 33 Abs. 5 GG maßgebende Bedeutung für die Beamtenbesoldung zukommt. Die Besoldungsgesetzgeber im Bund und in den Ländern sind verfassungsrechtlich gehindert, die Beamtenbesoldung von der Einkommensentwicklung, die in den Tarifabschlüssen zum Ausdruck kommt, abzukoppeln.“ Jetzt hat also auch eine zweite hochrangige Verwaltungsgerichtskammer denjenigen eine Ohrfeige verpasst, die glauben, uns als Spardose für eine verfehlte Haushaltspolitik zu missbrauchen. Wir fordern die Landesregierung in Rheinland-Pfalz auf, zu handeln, bevor sie dazu per Gerichtsbeschluss gezwungen werden muss. Frau Ministerpräsidentin, gehen Sie endlich auf die berechtigten Forderungen ihrer Beamtinnen und Beamten ein! Die Klagen, unterstützt vom **dbb**, laufen weiter, jetzt mit stark gestiegenen Chancen. Wir werden uns weiterhin dafür stark machen, dass gute Arbeit auch angemessen vergütet wird!

*Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender*



en- und Ausbildungsabbrüchen – deutlich reduzieren könnte. Zudem sei die Vermittlung ökonomischer Grundkenntnisse in den allgemeinbildenden Schulen weiter zu verbessern, da dies nicht nur die spätere Integration in die Arbeitswelt erleichtere, sondern in einer modernen Gesellschaft überdies Teil der Allgemeinbildung sei.

Auch die Probleme des Nebeneinanders von Fachoberschule und von Angeboten der BBS wurden von den Vertreterinnen und Vertretern des **vlw** angesprochen. Vor dem Hintergrund demografisch bedingter



Gespräch bei der LVU: v.l.n.r.: Karl-Heinz Fuß, Julia Gieger, Dr. Dirk Hannowsky (LVU), Michael Lutz

rückläufiger Schülerzahlen werde das Bildungsangebot in den Oberstufen viel zu stark erweitert. Es werde viel Geld für schulische

Einrichtungen in die Hand genommen, an denen es schon bald nicht mehr genügend Schülerinnen und Schüler geben werde. Stattdessen sei es besser, das Geld in die Qualität der schulischen Bildungsarbeit zu investieren. Beide Seiten forderten eine Intensivierung der Kooperation aller an der beruflichen Bildung Beteiligten in den einzelnen Regionen. Die „exemplarische Entwicklung regionaler Bildungsnetzwerke“, welche von der Expertenkommission empfohlen wird, sollte auf bestehende Strukturen, beispielsweise die landesweit präsenten Arbeitskreise *SCHULEWIRTSCHAFT*, aufsetzen.

Zum Abschluss verabredeten beide Seiten, ihren Kontakt weiter zu pflegen. Der **vlw** bedankt sich für das anregende und intensive Gespräch.

### Ergebnisse der Expertengruppe

Es ist soweit: Die von Ministerin Doris Ahnen eingesetzte Expertengruppe „Strukturelle Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen“ hat ihren Abschlussbericht vorgelegt. Der Auftrag an die Kommission, zusammengesetzt aus Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Verbände und der Gewerkschaften, der berufsbildenden Schulen, des Landeselternbeirates, der ADD und der Ministerien, war klar: „Vor dem Hintergrund des weiteren Wachstums der Wirtschaftskraft in Rheinland-Pfalz gilt es die bewährten Qualifizierungsstruk-

turen zu erhalten, sie weiter zu entwickeln und sie zugleich demografiefest zu machen.“ Die Experten-Gruppe sollte ...“realitätsnahe Leitlinien zur Sicherung einer zukunftsfähigen und leistungsstarken berufsbildenden Schule in der nächsten Dekade...“ erarbeiten. Dabei hat sich die Expertengruppe selbst folgende entscheidenden Leitlinien für ihre Arbeit gegeben:

- Berücksichtigung der demografischen Entwicklung,
- Berücksichtigung struktureller und standortpolitischer Aspekte,
- Einhaltung der Vorgaben aus dem Gutachten von Prof. Dr. Klaus Klemm,
- Stärkung der schulischen Selbständigkeit,
- Einbeziehung des Papiers des Landesausschusses für Berufsbildung zu den Perspektiven der Ausbildung in Rheinland-Pfalz,
- Einbeziehung der Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Berufswahlvorbereitung und Studienorientierung in RLP.

**Das Ergebnis der Arbeit der Expertenkommission, in der für den vlw Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß vertreten war, wurde in „12 Empfehlungen zur strukturellen Weiterentwicklung berufsbildender Schulen“ zusammengefasst:**

#### Empfehlung 1:

**Strukturelle und qualitative Entwicklungen in der Berufsschule, Ausbau der individuellen Förderung, inklusiver Unterricht in den einzelnen Schulformen, eigenverantwortliches Handeln in Schule erfordern eine hohe Unterrichtsversorgung in den berufsbildenden Schulen.**



*Das Ziel einer hohen Unterrichtsversorgung darf nicht aus den Augen verloren werden; ein struktureller Unterrichtsausfall von über fünf Prozent kann nicht hingenommen werden. Und es wird auch nicht ausreichen, auf die nachlassenden Schülerzahlen zu setzen. Ziel muss eine mindestens 100%ige Unterrichtsversorgung sein!*

#### Empfehlung 2:

**Durchgängige und systematische Information aller Schulen in der Sekundarstufe 1 und 2 ab Klasse 8 im Hinblick auf die Berufswahlvorbereitung und die Studienorientierung.**



*Die BBS muss eine faire Chance erhalten, ihre bewährten und qualifizierten Bildungsgänge in allen allgemeinbildenden Schulen vorstellen zu können!*

### Empfehlung 3:

**Erhaltung und Stärkung kleiner BBS-Standorte im Rahmen der regionalen Schulentwicklung. Dabei ist die regionale Schulentwicklung unter Einbeziehung aller Schularten ganzheitlich anzulegen.**



*Der vLW legt besonderen Wert auf eine Erhaltung des Bildungsangebotes in der Fläche; der Sog der großen Zentren (Mainz, Koblenz, Ludwigshafen, Trier und Kaiserslautern) darf nicht dazu führen, dass kleinere BBS-Standorte aufgegeben werden. Wo es zu Korrekturen oder Verschiebungen des Angebotes kommt, müssen die Belange der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte Berücksichtigung finden!*

### Empfehlung 4:

**Sicherung des Berufsschulunterrichts an wohnortnahen und ausbildungsplatznahen Berufsschulstandorten durch regionale Steuerung der Klassen- und Lerngruppenbildung unter Einbeziehung ökologischer und bildungspolitischer Aspekte.**



*Berufsschule muss wohnort – und ausbildungsplatznah bleiben; dies ist nicht nur Bildungs-, sondern genau so Strukturpolitik! Lange Wege zur Berufsschule führen dazu, dass nicht mehr ausgebildet wird.*

### Empfehlung 5:

**Verbesserung der Qualitätsstandards in der Lehrerbildung und in der Lehrerfort- und –weiterbildung für eine leistungsfähige Berufsschule und Sicherung dieser Qualitätsstandards durch die Bereitstellung angemessener Ressourcen.**



*Die aktuelle Diskussion um die Finanzierung eines angemessenen Fortbildungsbudgets zeigt, dass Sparen*

*an dieser Stelle falsch ist: Die berufsbildenden Schulen müssen eine auf den aktuellen Anforderungen der Wirtschaft basierende Aus- und Fortbildung sicherstellen. Hierzu müssen sowohl Lehramtsanwärter als auch ältere Lehrkräfte befähigt werden.*

### Empfehlung 6:

**Differenzierte Förderung von leistungsschwachen und leistungsstarken Jugendlichen durch Bereitstellung von 14 Lehrerstunden für 12 Schülerstunden.**



*Zwei zusätzliche Unterrichtsstunden in der Berufsschule für die individuelle Förderung – eine große Chance, um auf die Vorwürfe aus der Wirtschaft zu reagieren, die eine mangelnde Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler beklagt. Der vLW sieht der Reaktion der Landesregierung mit Spannung entgegen!*

### Empfehlung 7:

**Zur besseren pädagogischen und organisatorischen Ausgestaltung der Berufsschule sowie der Erhöhung der Flexibilität in der Unterrichtsorganisation ist die Sollberechnung auf PauSE umzustellen und sind die PauSE-Faktoren in der Berufsschule an die aktuellen Klassengrößen anzupassen.**



*Bisher wurden an vielen Schulen kleine Klassengrößen in der Berufsschule (bei nachlassenden Schülerzahlen) erwirtschaftet durch große Klassen in den Vollzeitschulen. Eine Korrektur der PauSE-Faktoren ermöglicht es, auch an kleinen Standorten eine breite Palette an Berufen zu unterrichten.*

### Empfehlung 8:

**Intensivierung der Kooperation zwischen Berufsschule, Wirtschaft und Hochschule zur Förderung der Berufsausbildung und der beruflichen Fort- und –weiterbildung sowie der exemplarischen Entwicklung regionaler Bildungsnetzwerke unter Einbeziehung der berufsbildenden Schulen.**



*Durch die Kooperation mit der Wirtschaft und den Hochschulen kann das Potential der BBS besser als bisher genutzt werden; dies gilt u.a. für die Anerkennung von in der berufsbildenden Schule erbrachten Leistungen, zur Kooperation bei dualen Studien- und Ausbildungsgängen sowie einer Stärkung der Fachschulen.*

### **Empfehlung 9:**

**Strukturelle und pädagogische Weiterentwicklung der Berufsfachschule I und des Berufsvorbereitungsjahres zur Verbesserung der Chancen auf dem Ausbildungsmarkt sowie zur gezielten Förderung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler.**



*Die im nächsten Schuljahr wirksame Reform der BF1 bietet gute Chancen, die Schülerinnen und Schüler angemessen zu fördern. Erkenntnisse aus der laufenden Pilotphase sollten unbedingt Berücksichtigung finden; die Schulen sollten bei der Überwindung organisatorischer Probleme notwendige Freiräume erhalten.*

### **Empfehlung 10:**

**Anpassung des Bildungs- und Qualifizierungsangebotes in der höheren Berufsfachschule an die geänderten Nachfragestrukturen sowie die demografische Entwicklung.**



*Die höhere Berufsfachschule schafft die Voraussetzung für die Ausbildungsfähigkeit vieler Schülerinnen und Schüler; ihre Absolventen werden von der Wirtschaft geschätzt und bevorzugt in Ausbildungsstellen übernommen. Sie sollte deshalb nicht nur erhalten bleiben, sondern sogar ausgebaut werden.*

### **Empfehlung 11:**

**Sicherung einer adäquaten Beschulung für behinderte Jugendliche über alle Schulformen der berufsbildenden Schulen hinweg, um den jungen Menschen eine Teilhabe durch berufliche Bildung am gesellschaftlichen und beruflichen Leben zu ermöglichen.**



*Hier stehen wir erst am Anfang; bisher ist beim Stichwort „Inklusion“ überhaupt nicht an die berufsbildenden Schulen gedacht worden. Konzeptionelle Überlegungen des MBWWK stehen für die BBSn noch aus, die Lehrkräfte sind auf diese schwierige Aufgabe angemessen vorzubereiten. Eine Inklusion zum Nulltarif wird es nicht geben können!*

### **Empfehlung 12:**

**Sukzessive Übertragung von pädagogischer, organisatorischer, personeller und finanzieller Verantwortung in die berufsbildenden Schulen durch eine gestufte Implementierung des Schulversuchs EQuL in alle berufsbildenden Schulen.**



*Der vLW unterstützt die Ziele von „EQuL“. Eine Stärkung der Eigenverantwortung der BBS erhöht die Chance, auf regional unterschiedliche Entwicklungen erfolgreich zu reagieren. Zu berücksichtigen sind dabei die mit EQuL einhergehenden erhöhten Arbeitsbelastungen, die sicherlich der schulischen Qualität zugute kommen, aber eben erbracht werden müssen.*

### **Fazit:**



*Die Expertenkommission hat in sachlicher Atmosphäre ernstzunehmende und in die Zukunft weisende Empfehlungen erarbeitet. Für alle an der Arbeit Beteiligten, auch und gerade den Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, wird sich in Zukunft die Aufgabe stellen, diese Empfehlungen mit Inhalten zu füllen und vor allem deren Finanzierung sicherzustellen. Viele der Empfehlungen haben organisatorische, aber auch inhaltliche Fragestellungen aufgeworfen. Die Finanzierung wird der Punkt sein, an dem wir die Landesregierung bei der Einlösung der Empfehlungen messen werden. Auch hier gilt: Mehr Qualität in der beruflichen Bildung wird zum Nulltarif nicht zu haben sein!*

## Informationsveranstaltung zur Berechnung von Versorgungsbezügen (Ruhegehalt)

Termin: Montag, 19. Mai 2014

Zeit: 14:30 - 17:00 Uhr

Ort: Restaurant Bremerhof in Kaiserslautern

Die genaueren Informationen und die Möglichkeit einer Anmeldung erhalten die Ortsverbände noch über ihre Bezirksvorsitzenden (einige Wochen vor der Veranstaltung). Veranstaltet und finanziert durch den vlw-Bezirksverband Pfalz.

### Fortbildung im Bezirk Pfalz: Neuordnung der Büroberufe

Schon im kommenden Schuljahr 2014/15 muss der von einer Bundeslehrplankommission entwickelte neue Lehrplan für Büroberufe von unseren Kolleginnen und Kollegen umgesetzt werden.

Daher fand am 28. Januar 2014 an der BBS Pirmasens eine vlw-Fortbildungsveranstaltung zur „Neuordnung der Büroberufe“ statt. Referent der Veranstaltung war **Udo Letzel**, vlw-Kollege an der BBS Pirmasens, der als Mitglied der Bundeslehrplankommission die Entwicklung des neuen Lehrplans aktiv mitgestaltet hat.

Nach einer kurzen Begrüßung des Ortsvorsitzenden und stellvertretenden Bezirksvorsitzenden **Peter Michel** und durch den Bezirksvorsitzenden der Pfalz,



**Andreas Seehaus**, erläuterte Udo Letzel anschaulich die bevorstehenden Neuerungen. Rückfragen der Kolleginnen und Kollegen wurden durch Herrn Letzel direkt und sachkundig beantwortet, ferner mit Beispielen für eine praxisnahe Umsetzung ergänzt.

Im Anschluss an die Veranstaltung stand Herr Letzel in gemütlicher Runde noch für persönliche Fragen zur Verfügung. Der Bezirksvorsitzende **Andreas Seehaus** bedankte sich mit einem Präsent bei Herrn Letzel für die gelungene Fortbildungsveranstaltung.

An dieser Stelle noch einen herzlichen Dank an **Peter Michel** für die Organisation vor Ort und die gute Bewirtung!



### Presseerklärung des Deutschen Lehrerverbands vom 27.02.2014:

#### Deutscher Lehrerverband zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig:

Lehrerverband: „Streikverbot für Lehrer garantiert Bildungsrecht für Schüler“

Der Deutsche Lehrerverband begrüßt die heute verkündete Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, die das Streikverbot für Lehrer bestätigt.

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, **Josef Kraus**, betonte: „Es hat schon seine Richtigkeit, dass Lehrer und Staat in einem besonderen Treueverhältnis stehen: Der Staat sorgt dafür, dass die Lehrer ein vernünftiges Auskommen haben, umgekehrt ist die Gegenleistung der Lehrer, dass sie im Interesse der Schüler auf gewisse Rechte verzichten, nämlich z.B. auf das Streikrecht.“

Denn insbesondere die Rechte der Schüler seien durch Streiks betroffen, führte **Kraus** aus: „Wir haben in Deutschland eine Schulpflicht, davon abgeleitet bestehen Bildungsrechte der heranwachsenden Generation. In dem Moment, in dem Lehrer streiken dürfen, kann dieses Bildungsrecht nicht mehr eingelöst werden. Was das bedeutet, wissen wir aus Ländern, in denen Lehrerstreiks immer wieder vorkommen –

dort wird oft wochenlang der Bildungsbetrieb und manchmal auch der Prüfungsbetrieb lahmgelegt, dies geht besonders zu Lasten der schwächeren Schüler.“ Doch nicht nur das Streikverbot spricht für den Beamtenstatus der Lehrerschaft, stellte Kraus klar: „Lehrer und Lehrerkollegien entscheiden über Laufbahnen und greifen damit also in Grundrechte ein – und der Eingriff in Grundrechte muss Staatsbediensteten im Beamtenstatus vorbehalten sein.“ Der DL-Präsident sprach sich heute Morgen im ARD-Morgenmagazin im Hinblick auf die anstehende Entscheidung ebenfalls dezidiert gegen ein Streikrecht für verbeamtete Lehrer aus.

Das Interview im ARD-Morgenmagazin kann unter <http://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/morgenmagazin/politik/Lehrerverband-spricht-sich-gegen-Streikrecht-fuer-Lehrer-aus-100.html> abgerufen werden.

Ausführlich äußerte sich DL-Präsident Kraus zum Beamtenstatus der Lehrer auch in der Sendung „login“ auf ZDF info im Streitgespräch mit dem Journalisten Christian Füller am Mittwochabend.

Die Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts zum Urteil finden Sie auf der Homepage des BVG: BVerwG 2 C 1.13.

### Bitte vormerken: vlw-Landesdelegiertenversammlung am 17.11.2014

Am 17. November 2014 wird die Landesdelegiertenversammlung des vlw im Schloss Waldthausen (Budenheim bei Mainz) stattfinden. Im Mittelpunkt der Veranstaltung wird ein **Vortrag von Prof. Dr. Rainer Dollase** (Universität Bielefeld) zum Thema „**Auf den Lehrer kommt es an - Ein Plädoyer für die Bedeutung der Lehrerpersönlichkeit für erfolgreiches Lernen**“ stehen.

### dbb-Landesgewerkschaftstag 2014 in Mainz

Der vlw Rheinland-Pfalz wird vom 5. - 7. Mai auf dem Landesgewerkschaftstag des dbb mit folgenden Anträgen vertreten sein:

### vlw-Antrag Nr. 1: Vollständige Anerkennung von Studienzeiten für die Versorgungsbezüge

Der dbb soll sich gegenüber der Landesregierung dafür einsetzen, dass bei der Berechnung der Versorgungsbezüge (Ruhegehalt) die Studienzeit im Umfang der für das jeweilige Studium erforderlichen Regelstudienzeit und Prüfungszeit angerechnet wird.

#### Begründung

Ist zur Ausübung einer bestimmten beruflichen Tätigkeit ein Studium die Eingangsvoraussetzung, so muss der betreffende Beamte mindestens die Regelstudienzeit + Prüfungszeit an der Hochschule absolviert haben, um einen entsprechenden Abschluss für das Amt zu erwerben. Tut er dies nicht, so kann er das Amt nicht erhalten. Umgekehrt erkennt das Land Rheinland-Pfalz durch die Regelung im LBeamVG seit 18.6.2013 nur noch 855 Tage für eine Hochschulausbildung und 1095 Tage für eine Fachschulausbildung (je inklusive Prüfungszeit) an. Der Dienstherr widerspricht sich selbst, wenn er einerseits ein Studium mit Regelstudienzeit zur Eintrittsvoraussetzung macht und dann andererseits diese Voraussetzung nicht vorgerechtlich anerkennen will. Für die betreffenden Beamten stellt dies eine unzumutbare Härte und eine nicht in Kauf zu nehmende Versorgungskürzung da.

Kaiserslautern, 17. Januar 2014

Jürgen Schwind, Vorsitzender Ortsverband Kaiserslautern

### vlw-Antrag Nr. 2: Auskünfte über den Stand von Pensionsleistungen des Landes Rheinland-Pfalz

Die Vertreterinnen und Vertreter des dbb-Rheinland-Pfalz werden aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen des Landes dafür einzusetzen, dass die Kolleginnen und Kollegen spätestens ein halbes Jahr vor einer Entscheidung über den eventuellen Eintritt in eine Altersteilzeit über den Stand und die Entwicklung ihrer Pensionshöhe kompetent Auskunft erhalten. Dies bedeutet ausdrücklich nicht den Verweis auf eine entsprechende automatisierte Auskunftserteilung auf einer Homepage.

#### Begründung

Die Entscheidung für die Option „Altersteilzeit“ hängt entscheidend von der Frage ab, wie hoch die zu erwartenden Pensionszahlungen des Dienstherrn ausfallen. Entsprechend wichtig sind kompetente, rechtssichere Auskünfte, die zu erteilen der Dienstherr im

Rahmen seiner Fürsorgepflicht verpflichtet sein sollte. In der letzten Zeit fühlten sich viele Kolleginnen und Kollegen von den entsprechenden Dienststellen „abgewimmelt“.

Kirchheimbolanden, 17.01.2014  
Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

### **vlw-Antrag Nr.3: Angemessene Besoldungsanpassungen für Beamtinnen und Beamte des Landes Rheinland-Pfalz**

Der dbb-Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die im Dienstrechtsänderungsgesetz festgelegte Erhöhung von fünfmal 1% zurückgenommen wird und die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst inhaltsgleich auf die Landesbeamten übernommen werden.

#### **Begründung**

Keine Abkoppelung der Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung! Angemessene Alimentation der Beamten!

Trier, 17. Januar 2014  
Gregor Gebhard, Vorsitzender Bezirk Trier

### **vlw-Antrag Nr.4: Festlegung der Erfahrungsstufen bei Beamtinnen und Beamten**

Der **dbb**-Landesvorstand Rheinland-Pfalz wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der Festlegung der Erfahrungsstufen ...

- 1) berufliche Erfahrungen, soweit sie für die Verwendung im Beamtenverhältnis förderlich sind, in vollem Umfang berücksichtigt werden, unabhängig davon, ob sie Voraussetzung für den Erwerb der Laufbahnbefähigung sind oder ob die berufliche Tätigkeit einen pädagogischen Bezug hat (z.B. Ausbildertätigkeiten in der dualen Ausbildung);
- 2) Vertretungsverträge als Lehrkraft auch dann als förderliche Zeiten anerkannt werden, wenn sie vor der Übernahme in den Vorbereitungsdienst abgeleistet wurden;
- 3) bei Kolleginnen und Kollegen, die im Länder-tauschverfahren nach Rheinland-Pfalz versetzt werden, eine Überleitung der im bisherigen Dienstverhältnis erreichten Dienstalters- bzw. Erfahrungsstufe im Sinne einer Besitzstandswahrung erfolgt;

- 4) die Anerkennung förderlicher Zeiten aufgrund eines nachvollziehbaren Kriterienkatalogs mit vergleichbaren Kriterien erfolgt.

#### **Begründung:**

Die Neuregelung bei der Bemessung des Grundgehaltes in der Beamtenbesoldung zum 01.07.2013 (Umstellung vom Besoldungsdienstalter sowie von Dienstaltersstufen auf Erfahrungsstufen) führt bei neu einzustellenden Lehrkräften, insbesondere im Bereich der berufsbildenden Schule zu finanziellen Verschlechterungen im Vergleich zur Einstufung auf Basis des Besoldungsdienstalters. Lehrkräfte, die im Bereich der berufsbildenden Schule eingestellt werden, sind aufgrund ihrer Ausbildungszeiten (Zeiten einer Berufs- und Hochschulausbildung und Zeiten beruflicher Tätigkeit) deutlich älter als neu einzustellende Lehrkräfte in anderen Schularten. Die Umstellung vom Besoldungsdienstalter auf Erfahrungsstufen lässt die Alterskomponente weitgehend unberücksichtigt, obwohl in diesen Zeiten berufliche Erfahrungen erworben wurden, die unter fachlichen Aspekten für die Verwendung als Lehrkraft an berufsbildenden Schulen förderlich sein können. Eine Anerkennung dieser Zeiten erfolgt aber nur sehr restriktiv. In diesem Zusammenhang ist nicht nachvollziehbar, warum Ausbildungszeiten, auch wenn sie im Beamtenverhältnis absolviert wurden, bei der Festlegung der Erfahrungsstufen unberücksichtigt bleiben. Bei Einstellungen im Bereich des TV-L werden förderliche berufliche Erfahrungen und Zeiten des Vorbereitungsdienstes bei der Stufenfestsetzung berücksichtigt. In Analogie zur Praxis im Bereich des TV-L sollte auch bei der Festlegung der Erfahrungsstufen verfahren werden. Die Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte wird maßgeblich durch eine attraktive Besoldung beeinflusst.

Kolleginnen und Kollegen, die im Rahmen des Ländertauschverfahrens an eine BBS in Rheinland-Pfalz versetzt werden, erleiden in der Regel finanzielle Einbußen, da sie im Rahmen der Festlegung der Erfahrungsstufe wie Kolleginnen / Kollegen behandelt werden, die neu in den Schuldienst eingestellt werden. Vor dem Hintergrund der Gewinnung qualifizierter Lehrkräfte, insbesondere in Mangelfachbereichen, sollten bei Versetzungen im Rahmen des Länder-tauschs erreichte Dienstalters- bzw. Erfahrungsstufen nicht verloren gehen.

Bezirksvorstand des **vlw**-Bezirksverbands Koblenz  
Kurt Flöck, Vorsitzender

## Was den ÖPR auf den Nägeln brennt

### vlw-Treffen der Örtlichen Personalräte Rheinhessens

Erfolg und Zufriedenheit im Beruf leben von einer funktionierenden Kommunikation. Deshalb organisierte der **vlw** einen Austausch für ÖPR-Mitglieder an der BBS Alzey. Die Teilnehmer aus Worms, Bingen, Mainz und Alzey diskutierten, was Lehrerinnen und Lehrer in Rheinhessen derzeit beschäftigt.

Die alle betreffende „regionale Strukturreform in Rheinhessen“ brannte den Örtlichen Personalräten besonders auf den Nägeln. „Welche Stellenzuweisungen sind nötig und möglich?“, „Wie können abgeordnete Kollegen so eingesetzt werden, dass es ihren Neigungen und gleichzeitig dem Bedarf der Schule entspricht?“ So wurden knifflige, Fragen aufwerfende Situationen und spezielle Begebenheiten mit beratendem Beistand des **vlw**-Landesvorstands besprochen.

Das gemeinsame Vorwärtsgehen in die richtige Richtung und dabei die Interessen aller zu stärken war das Anliegen der ÖPR. Konsens der Teilnehmer war, dass bald Klarheit herrschen muss, um betroffenen Lehrerinnen und Lehrern eine verbindliche Aussage und vor allem eine vernünftige Perspektive bieten zu können. Ohne Perspektive für Lehrperson und Schule gleichermaßen sollte es keine Abordnungen geben. Unabdingbar dafür ist, dass die ÖPR an den BPR herantragen sollen, was Situation an den jeweiligen Schulen ist, um Fehlentscheidungen bei Stellenzuweisungen zu vermeiden.

Weitere Besprechungspunkte waren die Veränderungen bei der VV für Mehrarbeit, das Ansparmodell, sowie die Bedingungen um die Verteilung der 3/6 Pauschale. Ein wichtiger Aspekt waren dabei die Freistellungsstunden für die ÖPR und die Diskussion darüber, ob diese gekürzt werden sollten, was von **vlw**-Seite entschärft werden konnte. Die ÖPR begrüßten die Information, dass keine ungerechtfertigten Kürzungen stattfinden sollen und dass Dienstvereinbarungen weiterbestehen, wenn sie nicht gekündigt werden. Die Teilnehmer lobten hier die Wirksamkeit des **vlw**, der sich für die Rechte der ÖPR stark gemacht hat.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass ein solcher Austausch für eine bessere Kommunikation zum Wohle Aller und damit für eine zufriedenstellende Zusammenarbeit auf allen Ebenen auch in Zukunft unerlässlich ist.

Julia Gieger

## Neuwied: Neuordnung der Büroberufe

Mit Beginn des Schuljahres 2014 / 2015 soll der neue Ausbildungsberuf Kauffrau / Kaufmann für Büromanagement umgesetzt werden. Der neue Ausbildungsberuf fasst die bisherigen Ausbildungsberufe Bürokauffrau/-mann, Kauffrau/-mann für Bürokommunikation und Fachange-

stellte(r) für Bürokommunikation zusammen. In diesem Zusammenhang lud der **vlw**-Bezirksverband Koblenz interessierte Kolleginnen und Kollegen zu einer Informationsveranstaltung am 24.02.2014 an die BBS Ludwig-Erhard-Schule Neuwied ein. Neben einer Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen verschiedener berufsbildender Schulen hatten sich auch Vertreter von Ausbildungsbetrieben zu der Veranstaltung angemeldet. Als Referenten konnten **Martin Lützenkirchen** (Pädagogisches Landesinstitut), **Ilona Meuth-Bach** (BBS Wirtschaft Koblenz) und **Eva Pertgen** (BBS Bingen) gewonnen werden. Im Rahmen der Präsentation und der anschließenden Diskussion standen die Lernfeldstruktur des neuen Lehrplans, die die klassische Fächerstruktur ablöst, die zeitliche und inhaltliche Umsetzung der Lernfelder sowie die Besonderheiten der neugestalteten Abschlussprüfung im Vordergrund. Die Abschlussprüfung wird künftig in zwei Teilen als „gestreckte Abschlussprüfung“ erfolgen. Die klassische Zwischenprüfung entfällt. Der erste Teil der Prüfung erfolgt zur Mitte der Ausbildung und umfasst die ersten fünfzehn Monate. In Teil 2 der Abschlussprüfung wurde insbesondere die praktische Prüfung neugestaltet. Die Auszubildenden haben die Möglichkeit, in den beiden Wahlqualifikationen, die im Ausbildungsbetrieb zu vermitteln sind, jeweils einen Report zu verfassen, der dann Ausgangspunkt für das Fachgespräch ist. Neben dieser Variante ist die gängige Stellung von praxisbezogenen Fachaufgaben durch den Prüfungsausschuss möglich. Die Ausbildungsbetriebe entscheiden darüber, in welcher Variante die praktische Prüfung durchgeführt wird. Für leistungsstarke Auszubildende besteht die Möglichkeit, dass eine noch nicht gewählte Wahlqualifikation als Zusatzqualifikation vermittelt und geprüft wird. Die Umsetzung der gestreckten Abschlussprüfung wird von den Teilnehmenden insbesondere bei zweijährigen Auszubildenden als problematisch angesehen. Auch sehen die Teilnehmenden die Notwendigkeit, dass sich die Prüfungsausschüsse frühzeitig über die Erstellung der praxisbezogenen Fachaufgaben verständigen müssen.

Der **vlw**-Bezirksverband Koblenz bedankt sich recht herzlich bei **Herrn Lützenkirchen** sowie bei **Frau Meuth-Bach** und **Frau Pertgen** für die gelungene Durchführung der Informationsveranstaltung. Auch sei dem Schulleiter der BBS Ludwig-Erhard-Schule Neuwied, Herrn Lorenz, für Bereitstellung des Tagungsraumes gedankt. *Kurt Flöck*

### Verantwortlich:

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender  
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a,  
67292 Kirchheimbolanden  
www.vlw-rlp.de

### Redaktion:

Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c  
55424 Münster-Sarmsheim,  
Tel. 06721-9629372  
Michael.Lutz@vlw-rlp.de  
michaellutz2@gmx.net



## Gesetzentwurf zur Modifikation der beamtenrechtlichen Pensionsaltersgrenzen

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Modifikation der beamtenrechtlichen Pensionsaltersgrenzen“ vorgelegt. Im Folgenden veröffentlichen wir die wesentlichen Veränderungen und die Positionen des **dbb rheinland-pfalz** dazu.

### Entwurfsinhalte

Der Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften enthält die erwartete **Anhebung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze für Beamte um zwei auf 67 Jahre.**

Die allgemeine Altersgrenze von 65 Jahren für Beamtinnen und Beamte soll ab 01. Januar 2016 stufenweise auf 67 Jahre angehoben werden, beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1951. Wie in der gesetzlichen Rentenversicherung wird für den Jahrgang 1964 das 67. Lebensjahr die Altersgrenze bilden. Der Beginn der schrittweisen Anhebung im Jahr 2016 gibt den betroffenen Jahrgängen – so die Entwurfsbegründung - Gelegenheit, sich auf den späteren Eintritt in den Ruhestand einzustellen. Als Altersgrenze für Lehrkräfte soll nicht mehr das Ende des Schuljahres gelten, das dem Schuljahr vorangeht, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, sondern das Schuljahr, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird. Die allgemeine Antragsaltersgrenze von 63 Jahren bleibt unverändert. Der Abstand zur Regelaltersgrenze wächst damit von zwei auf vier Jahre. In Anlehnung an die gesetzliche Rentenversicherung wird die Antragsaltersgrenze für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte, die nach dem 31. Dezember 1955 geboren sind, laut Entwurf von bisher 60 Jahren in Stufen von zunächst jeweils zwei und ab dem Jahrgang 1959 von jeweils drei Monaten auf 62 Lebensjahre angehoben. Außerdem sollen die Bestimmungen, die das Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand bei Erreichen der Altersgrenze regeln, weiter flexibilisiert werden. Das Ende des Berufslebens soll so - soweit es die dienstlichen Belange zulassen - freier gestaltbar sein. In diesem Zusammenhang wird ein Rechtsanspruch auf das Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand geschaffen, der es erlaubt, die nachteiligen Auswirkungen einer familienbedingten Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung auf die Länge der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit und damit die Höhe des Ruhegehalts - zumindest teilweise - auszugleichen.

*Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nun ist er da, lange erwartet, und die Befürchtungen sind eingetreten: Es stehen uns und Ihnen weitere massive Einschnitte bevor, die das, was uns die Landesregierung seit Jahren im Bereich der Besoldung und der Versorgung zugemutet hat, noch in den Schatten stellen. Nun wäre einzuwenden, dass ja auch im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung die demografischen Veränderungen zu einer Verschiebung des Renteneintrittsalters geführt haben und dass sich der öffentliche Dienst hier nicht ausklinken könne. Dies wäre zutreffend, wenn nicht die Beamtinnen und Beamten gerade in Rheinland-Pfalz schon seit Jahren unfreiwillig ihren Beitrag zur Sanierung des Landeshaushaltes geleistet hätten – und um nichts anderes geht es hier. Wie sollen sich noch dazu die Einstellungschancen für junge Lehrkräfte entwickeln, wenn die älteren Lehrkräfte ihnen die Stellen blockieren? Auch die Übergangsbestimmungen lassen Fragen offen: Bedienstete mit Geburtsdatum nach dem 1.4.1952 werden ein Jahr länger arbeiten müssen. Wie werden die Regelungen der rudimentären Altersermäßigung ausgestaltet sein, die ja einst für eine kurzfristige Leistungsprämie drastisch gekürzt wurde? Auch eine attraktive Altersteilzeitregelung, welche einerseits dem Bedürfnis vieler nach einem früheren und fließendem Übergang in den Ruhestand, andererseits dem Wunsch nach einem Stopp der Veralterung der Kollegien gerecht wird, ist nicht zu erkennen.*

*Fazit: Es geht nicht um eine Anpassung an demografische Veränderungen und den (erforderlichen?) Beitrag des öffentlichen Dienstes, sondern um einen weiteren Zwangsbeitrag der Beamtinnen und Beamten zur Sanierung des Landeshaushaltes. Wir fordern den Landtag auf, sich gegen die einseitigen Spargesetze der Landesregierung auszusprechen!*

Ihr Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

### Inhalt:

- **Gesetzentwurf Pensionsaltersgrenzen**
- **Fortbildung bei Eura Mobil**
- **Mitgliederumfrage vlw**
- **vlw Pfalz: Pensionsansprüche**
- **dbb-Gewerkschaftstage**
- **Mainzer Bildungsgespräche zum Thema Cybermobbing**
- **Karlheinz Helling verstorben**
- **Christa Schmidt-Flach verstorben**
- **Heiner Günster im Ruhestand**



**Hierzu die Positionen des dbb Rheinland-Pfalz:**

Veränderungen – besonders versorgungsrechtliche – können nicht nur in eine Richtung erfolgen. Schlichte Kürzungen bei der eigenständigen Beamtenversorgung waren und sind keine Weiterentwicklung des Rechts. Auch rein fiskalische Gründe und das Bemühen, Ausgaben zu sparen, waren und sind keine ausreichende Legitimation für Kürzungen der Beamtenversorgung. Es bedarf vielmehr immer eines sachlichen Grundes für eine Übertragung von Veränderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Beamtenversorgung. Gleichzeitig müssen Veränderungen mit den strukturellen Unterschieden der Versorgungssysteme vereinbar sein.

Der **dbb rheinland-pfalz** bewertet eine gestaffelte Anhebung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze als faktische Pensionskürzung. Eine Anhebung der Altersgrenzen hält der dbb rheinland-pfalz nur dann für vertretbar, wenn geeignete Arbeitsplätze für älteres Personal bereitgestellt werden. Unter dem Stichwort „altersgerechtes Arbeiten“ müssten die Beschäftigungsbedingungen bei steigendem Lebensalter der von einer Altersgrenzanhebung Betroffenen angepasst werden. Das Land müsse einen eindeutigen Nachweis entsprechender Arbeitsplätze erbringen. Das betriebliche Gesundheitsmanagement müsse begleitend konsequent ausgebaut werden. Es dürfe nicht darum gehen, dass immer mehr Beamtinnen und Beamte immer früher und mit immer höheren Abschlägen in Pension gingen. Vielmehr müsse Ziel sein, die Anzahl derer, die die Pensionsaltersgrenzen tatsächlich erreichen können, zu erhöhen.

Der dbb rheinland-pfalz werde in seiner schriftlichen Stellungnahme im Rahmen des Verbändebeteiligungsverfahrens die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen berücksichtigen. Dabei sei zu erwarten, dass etwa der Justizvollzug und die Lehrkräfte eine Beibehaltung der derzeitigen Rechtslage fordern würden. Die Anhebung der Antragsaltersgrenze für Schwerbehinderte/Dienstunfähige sei zwar konsequent und folge dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung. Betroffene würden aber auch hier sicherlich auf der Beibehaltung des gegenwärtigen Standes bestehen.

**Kernforderung des dbb rheinland-pfalz** sei, dass ein abschlagsfreier Ruhestand mit 65 Jahren nach 40 Berücksichtigungsfähigen Beschäftigungsjahren möglich sei. In der Regel längere Ausbildungszeiten und späterer Eintritt in den öffentlichen Dienst bedingten, dass Beamtinnen und Beamte 45 Dienstjahre nur selten erreichten. Dabei seien qualifizierte (ältere/länger ausgebildete) Kräfte zwingend erforderlich, um

öffentliche Dienstleistung zu gewährleisten. Entsprechende versorgungsrechtliche Lösungen und Anrechnungen von Vordienstzeiten müssten her, um auch in Zukunft qualifizierte und berufserfahrene Fachkräfte gewinnen zu können.

**Übergangsbestimmungen:**

Lehrkräfte, die

1. vor dem 1. April 1952 geboren wurden, erreichen die Altersgrenze zum Ende des Schuljahres, das dem Schuljahr vorangeht, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden,
2. nach dem 31. März 1952 und vor dem 1. Dezember 1952 geboren wurden, erreichen die Altersgrenze mit Ende des Monats Juli 2017.

Für Beamtinnen und Beamte,

1. die sich am ... (Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes) in Altersteilzeit, in Teilzeitbeschäftigung im Blockmodell (§ 5 Abs. 3 Nr. 2 der Arbeitszeitverordnung) oder in einem Urlaub nach § 77 Satz 1 Nr. 2 befinden,
2. für die aufgrund einer vor dem ... (Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes) erteilten Bewilligung eines der in Nummer 1 genannten Zeitmodelle innerhalb von sechs Monaten nach der Bewilligung beginnt, verbleibt es bei der bisher festgelegten Altersgrenze.

**Reisen mit doppeltem Boden: Besuch bei Eura Mobil**

Interessante Einblicke in die Fertigung von Reisemobilen gelangen einer Gruppe von Kolleginnen und Kollegen anlässlich einer Fortbildungsveranstaltung des **vhw** bei der Firma **Eura Mobil in Sprendlingen** (Rheinhessen). Dort werden seit 1959 zuerst Wohnwagen und ab 1983 Reisemobile für den internationalen Markt produziert. Und die besondere Bauweise

**vhw Pfalz informiert über Veränderungen bei Pensionsansprüchen**

Zukünftig werden nur noch 855 Tage der Hochschulausbildung auf die Berechnung der Ruhegehälter angerechnet! Nicht allein durch diese Nachricht, die uns letztes Jahr aus dem Ministerium erreichte, sind viele Lehrkräfte bezüglich der zu erwartenden Pensionsansprüche verunsichert. Zudem erhalten Betroffene oftmals keinerlei Auskünfte seitens der OFD, wenn Informationen über die zu erwartende Höhe ihrer zukünftigen Pensionen gewünscht werden.

Daher hat der **vhw Bezirksverband Pfalz** eine Informationsveranstaltung zur Berechnung von Pensionsansprüchen am 19. Mai 2014 organisiert, an der 50 Interessierte teilnahmen! Der Bezirksvorsitzende der Pfalz, **Andreas Seehaus**, konnte für diese komplexe Thematik einen sachkundigen Referenten gewinnen: **Gerhard Peifer**, der Fachmann für Beamtenrecht des Philologenverbandes RLP und Vorsitzender des Bezirkspersonalrates der Gymnasien, konnte den Teilnehmenden einen umfassenden Überblick über den Berechnungsmodus von Pensionen und deren Einflussfaktoren geben. Konkrete Berechnungsbeispiele zur Höhe von Pensionsansprüchen trugen zu einer weiteren Veranschaulichung bei. Nach ca. zwei Stunden Vortrag und Klärung individueller Rückfragen, stand im Anschluss der Veranstaltung Herr Peifer noch für offene Fragen einzelner Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung.

Die sehr ansprechende Räumlichkeit des Restaurants Bremerhof in Kaiserslautern und die Verpflegung mit Torten, Kuchen, Kaffee und kalten Getränken trugen zum Wohlbefinden der Teilnehmenden bei. Für **vhw**-Mitglieder war die Veranstaltung kostenfrei!

Einen ganz herzlichen Dank an den Ortsvorsitzenden der BBS Wirtschaft Kaiserslautern, **Jürgen Schwind**, für die perfekte Organisation vor Ort!

*Andreas Seehaus*



– Reisemobile mit doppeltem Boden – prädestinieren die Fahrzeuge für den Einsatz im nicht immer so warmen Norden Europas. Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen konnten bei einer Werksbesichtigung anschaulich die Produktion von Reisemobilen vom Unterbau bis zum fertigen Aufbau verfolgen. Anschließend wurden Fragen der Ausbildung – seit Jahren bildet die Firma Auszubildende z.B. an der BBS Bingen aus – sowie der Modellpolitik und der Fertigungsorganisation besprochen. Am Ende konnten im „Reisemobil-Forum“ in Sprendlingen noch einzelne Modelle von innen und außen besichtigt werden – das große Interesse an dieser Form des Reisens war nicht zu verkennen! Landesvorsitzender **Karl-Heinz Fuß** dankte der Firma **Eura Mobil** für den interessanten Tag und **Eva Pertgen** von der BBS Bingen für die Organisation.

<http://www.euramobil.de>

**Mitgliederumfrage: Aufklärung und Interessenvertretung am wichtigsten**

Ihre Meinung war gefragt! Im Mai führte der **vhw** eine Mitgliederumfrage durch mit dem Ziel, Mitgliedern die bestmögliche Unterstützung in ihrem Beruf zu bieten.

Laut den Ergebnissen steht für die meisten Mitglieder ihre berufliche und wirtschaftliche Interessenvertretung gegenüber dem Ministerium und der ADD sowie regelmäßige Informationen über dienst- und besoldungsrechtliche Veränderungen im Vordergrund. Dazu werden die Mitglieder weiterhin unter anderem durch die aussagekräftigen Karikaturen auf Plakaten und in der Zeitschrift „**vhw kompakt**“ über aktuelle bildungspolitische Themen benachrichtigt.

Aus der Erhebung geht ebenfalls hervor, dass persönliche Beratung durch kompetente Ansprechpartner für Beratungen von hoher Bedeutung ist. Die Orts-, Bezirks- und Landesverbandsvorsitzenden sind für die Mitglieder stets erreichbar und beraten in dienstlichen und rechtlichen Fragen.

Auch ein größeres Angebot von Fortbildungsveranstaltungen liegt den Mitgliedern am Herzen. Angebote an Fortbildungen mit beruflichen Schwerpunkten gibt es in zu geringem Umfang, daher setzt sich der Verband gezielt dafür ein; Er bietet selbst Fortbildungen an, sensibilisiert die Institute für den Mangel und fordert mehr Fortbildungen im beruflichen Bereich.

Der **vhw** bedankt sich bei seinen Mitgliedern für die vielen Rückläufe zur Meinungsumfrage und nimmt weitere Anregungen auch künftig gerne entgegen!

*Julia Gieger*

### dbb-Gewerkschaftstage: Jürgen Kettner gewählt

Auf dem **dbb-Gewerkschaftstag** 2014 wurde die amtierende **dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz** mit einem überwältigenden Ergebnis von 97 % im Amt bestätigt. Souverän und bestimmend wies sie Ministerpräsidentin Malu Dreyer auf die Missstände der Landesbeamten hin: „So geht es nicht, Frau Ministerpräsidentin!“ **Malu Dreyer (SPD)** versuchte zu besänftigen und kündigte an, dass aufgrund der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen ein „Lüften des 5 x 1 %-Besoldungsdeckels“ ab 2015 folgen wird. 2015 und 2016 gäbe es auf jeden Fall mehr als 1 %. Aber: Wie viel mehr? Auf das von Lilli Lenz eingeforderte Zugeständnis, die Tarifabschlüsse der Angestellten im ÖD 1:1 zu übernehmen, ließ sich die Ministerpräsidentin nicht ein. Die Delegierten der Gewerkschaftstage vermittelten Malu Dreyer und den anwesenden Mitgliedern des Landtages Rheinland-Pfalz ein deutliches Bild ihres Zorns über mangelnde Wertschätzung mit 250 gezeigten roten Karten und dem Slogan „5 x 1 % muss weg! Ich bin MEHR WERT!“ Das SWR-Fernsehen berichtete wohlwollend über die angespannte Situation der Beamten und Landesbediensteten.

**Klaus Dauderstädt** (dbb-Bundesvorsitzender) geißelte in seinem Gastvortrag die Pläne zur gesetzlichen Festlegung der Tarifeinheit nach dem Motto „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag“ als verfassungswidrig. Es könne nicht angehen, dass die Politik sehenden Auges derart in die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht im Tarifsektor eingreift. Dauderstädt fordert weiter: „Hände weg von einer gesetzlichen Lösung! Das machen die Sozialpartner selber!“ Zusätzlich hielt der Bundesvorsitzende des **dbb** ein engagiertes Plädoyer gegen weitere Kürzungen in der Alimentation, indem er einen Gleichklang zwischen Tariferhöhungen und Anpassungen von Besoldung und Versorgung forderte.

**Jürgen Kettner** (BBS Wirtschaft Koblenz) setzte sich erfolgreich in einer Kampfabstimmung mit dem zweitbesten Stimmergebnis durch und wurde von den dbb-Delegierten zum stellvertretenden Vorsitzenden des dbb-Landesbundes Rheinland-Pfalz ge-

wählt. Mit Jürgen Kettner werden die besonderen Interessen der Lehrerschaft im dbb gestärkt.

*Björn Jacobs*



### Mainzer Bildungsgespräche: Neue Medien beeinflussen die Persönlichkeit

Wie digitales Mobbing zur Gefahr an Schulen wird, war Thema bei den **Mainzer Bildungsgesprächen** am 17. Juni im Mainzer Landtag. **CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner** lud zum Vortrag „Tatort Internet“ des Bündnisses gegen Cybermobbing eV. mit anschließender Diskussion ein.

„Wer oder was schafft heute Persönlichkeit?“ und „Woraus schöpfen Jugendliche ihre Werte?“ Interessante Fragen wie diese warf **Uwe Leest** in seinem Vortrag auf, bei dem er die Ergebnisse der bündnis-eigenen Studie zum Cybermobbing vorstellt. Leest, Sprecher und Vorsitzender des Bündnisses, das seit 3 Jahren besteht, berät die Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages, Bildungseinrichtungen und Medienorganisationen.

Nicht nur neue Zivilisationskrankheiten wie die Onlinesucht beeinflussen die Gesellschaft, bei Jugendlichen gibt es in Zeiten von Whatsapp und Facebook eine Entwicklung, die massiv auf die Persönlichkeitsentwicklung einwirken kann: Cybermobbing. Doch Mobbing ist kein neuartiges Problem – neu ist, dass jugendliche Täter leichter und schneller Gerüchte oder Drohungen über Smartphone und Internet verbreiten können als früher. Außerdem geht das Cybermobbing über die Grenzen des Schulgeländes hinaus – Jugendliche können rund um die Uhr belästigt werden. So berichtet eine 12jährige Schülerin, dass sie nachts um halb 12 einen elektronischen Kettenbrief erhalten habe, in dem ihr und ihrer Familie blutige Gewalt angedroht wurde. „Mobbing fängt dann an, wenn der Respekt verloren geht“, so Leest. Dies läge an mangelnder Sozial- und Personalkompetenz

der Jugendlichen. In einem Zeitraum von ungefähr zwei Monaten wurden 660 Lehrer verschiedener Schulformen, rund 7.000 Schüler sowie 2.000 Eltern befragt. Rund 7% der Eltern haben von Mobbingfällen ihrer eigenen Kinder erfahren, 25 % der Eltern wissen um Mobbing bei anderen Schülerinnen und Schülern. Diese gaben selbst an, dass lediglich 11% nie ernsthafte Probleme mit Cybermobbing hatten. 16 % waren bereits selbst Opfer, verstärkt im Alter zwischen 12 und 15 Jahren, sogar hauptsächlich Mädchen seien betroffen, da diese einen hohen Anspruch haben sich darzustellen, zum Beispiel durch ihre Profilbilder. Lehrkräfte selbst benannten 17% ihrer eigenen Schüler als Opfer und 14 % als Täter. Nur rund 40% der Lehrer fühlten sich hinreichend über das Thema informiert und damit auch nur bedingt fähig, das Problem anzugehen und einzudämmen. Als Unterstützung bietet das Bündnis mit Hilfe des Experten für Prävention und Medienberatung Peter Sommerhalter, Schulen Präventionsangebote und Sprechstunden an. Leest wendet sich an dieser Stelle direkt an die CDU-Fraktionsvorsitzende und spricht sich für eine größere Unterstützung in Form von mehr Fortbildungen für Lehrer aus, fordert aber vor allem, weder Lehrer- noch Schulsozialarbeiterstellen zu reduzieren. Nicht nur die Lehrkräfte und Elternbeiräte, sondern auch Staatsanwaltschaft und Polizei bekräftigten dies mit ihrer Zustimmung: „aufstocken, nicht absetzen!“ Klöckner zeigte Verständnis und formulierte den wichtigsten Appell aus der Diskussion für sich selbst: „Wenn Personal fehlt, ist nur wenig umzusetzen“. 35 Millionen Euro sollen nach Angaben Klöckners jedes Jahr zusätzlich in Bildung und Forschung investiert werden.

Die Forderungen des Bündnisses gegen Cybermobbing formulierte Leest klar: Neben einer Einführung einer Online-Beratungsstelle und Online-Angeboten wie „klicksafe“, fordert die Gruppe mehr Schulungsangebote für Eltern und Lehrer sowie die Einführung des Faches „Medienerziehung“. Dies stieß auf große Kritik seitens der Schulvertreter, da bereits in Fächern wie Sozialkunde und Deutsch – vor allem an berufsbildenden Schulen – die Medienkompetenz im Lehrplan verankert ist und im Unterricht eine große Rolle spielt.

Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer darüber, dass Erwachsene gegenüber den Schülerinnen und Schülern ein Informationsdefizit im Umgang mit den neuen Medien besitzen; Jugendliche gehen kompetenter mit den neuen Medien um, weshalb die Forderung von Fortbildungsangeboten begrüßt wurde, so dass Eltern ihre Kinder „nicht im Netz verlieren“ und

dass Lehrer richtig beraten und präventiv vorgehen können. Unterstützt wurde der Vorschlag, bereits in der Grundschule das Thema Medienkompetenz deutlicher anzugehen, da Fälle von Cybermobbing nach Aussagen des Medienexperten in der 2. oder 3. Klasse keine Seltenheit seien.

Im Plenum wurde weiterhin diskutiert, wie der Landtag Rheinland-Pfalz mit dem Thema Cybermobbing umgehen solle und welche Unterstützung die Politiker bieten könnten. Große Diskussion gab es bei dem Vorschlag eines stellvertretenden Schulleiters, die Politik solle einen „Schutzraum in den Schulen“ ermöglichen, indem Gesetze erlassen werden, die zum Beispiel Handys in der Schule verbietet. Klöckner sprach sich allerdings – wie auch ihre Kollegen – gegen ein striktes Verbot aus, da die Umsetzung zu Lasten der Lehrer ginge, die bereits genügend Herausforderungen und Aufgaben im Schulalltag bewältigen. „Der Lehrberuf ist mit seinen Aufgaben heutzutage so vielschichtig, dass die Lehrer nicht noch darauf achten sollen müssen.“ Die Idee, einen speziellen Bereich an der Schule zu bestimmen, wo Medien benutzt werden dürfen, wurde positiv bewertet. Die Handhabung, beispielsweise im Sprachunterricht Smartphones als Hilfsmittel für das Wörternachsagen oder Videos anschauen, soll jedem Lehrer selbst überlassen bleiben, solange die technische Ausstattung von Schulen noch große Mängel aufweist.

Einstimmig sprachen sich die Teilnehmer dafür aus, dass man – anstelle der Einführung eines weiteren Faches in den vollen Stundenplan – die Sozialkompetenz der Jugendlichen stärken muss. Man sollte nicht nur die Täter im Visier haben, sondern vor allem das Selbstbewusstsein, die personale und soziale Kompetenz stärken, dass Jugendliche nicht mehr so leicht zu Opfern werden. „Die jungen Menschen haben eine zu große Scheu, die Täter anzuzeigen und sich von uns beraten zu lassen“, wirft eine Polizeikommissarin in die Diskussion mit ein. Ein Staatsanwalt aus Trier schlug vor, dass die Polizei zu diesem Thema sozusagen „Werbung in eigener Sache“ auf Facebook schalten sollte, um die Hemmschwelle zu verringern. Lees gibt zu bedenken, dass sich das Mobbing mittels neuer Medien als Prozess weiterentwickelt und noch lange nicht die Spitze erreicht hat. Kernpunkte der Debatte waren also die Stärkung der Sozialkompetenz und die Forderung von mehr Personal in allen betroffenen Bereichen.

*Julia Gieger*

## Im Gedenken an Christa Schmidt-Flach



Der vhw Rheinland-Pfalz trauert um **Christa Schmidt-Flach**, die am 21.8.2014 im Alter von 80 Jahren verstorben ist. Über ihr gesamtes Berufsleben hinweg, war sie eine Lehrerin, der neben ihren Schülerinnen und Schülern das kaufmännische Bildungswesen am Herzen lag. Als diplomierte Handelslehrerin, war sie gerade einmal 3 Jahre im Schuldienst, da wurde sie bereits zur Beisitzerin in den vhw-Landesvorstand des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt (1965; damals an der Kaufmannsschule in Krefeld).

Wenige Jahre später wechselte sie nach Rheinland-Pfalz an die Berufsbildende Schule 3 in Mainz und auch dort war ihr das Unterrichten offensichtlich nicht genug, denn sie übernahm das Amt der Schriftführerin im vhw-Bundesverband, der damals unter Herrn Illmann seine Geschäftsstelle in Mainz betrieb. Zeitgleich engagierte sie sich auch im Lehrerbildungsausschuss des vhw und wurde 1973 zur Vorsitzenden des vhw-Bezirksverbands Rheinhessen gewählt. Als Beleg dafür, dass sie sich nicht nur außerhalb sondern insbesondere innerhalb der Schule aktiv war, steht ihre Beförderung zur Studiendirektorin und die damit verbundene Übernahme einer Funktionsstelle an der BBS Bingen im Jahre 1981.

Aufgrund ihres umfassenden Engagements (2004 Landesverdienstmedaille) wurde Christa Schmidt-Flach im Jahre 2008 zum Ehrenmitglied des vhw-Rheinland-Pfalz ernannt.

Der vhw in Rheinland-Pfalz verabschiedet sich voll großer Dankbarkeit von Christa Schmidt-Flach, einer Kollegin, die wir persönlich sehr geschätzt haben und die einen wesentlichen Teil ihrer Lebenszeit und ihrer Kraft für die Ziele unseres Verbandes und der kaufmännischen Bildung eingesetzt hat.

Wir sprechen den Angehörigen unsere tiefe Anteilnahme aus und werden Christa Schmidt-Flach ein ehrendes Andenken bewahren.

## Heiner Günster in den Ruhestand verabschiedet

Am 30.7.2014 wurde **Heiner Günster** im Schloss Engers bei Neuwied in feierlicher Atmosphäre in den Ruhestand verabschiedet. **Heiner Günster** ist langjähriges vhw-Mitglied, war zuletzt Schulleiter an der BBS Mayen und zuvor viele Jahre an der ADD in Koblenz als Leiter des Referats 36 (Berufsbildende Schulen) tätig. Auf Wunsch von Heiner Günster begannen die Feierlichkeiten mit einer heiligen Messe in der Kapelle des barocken Schlosses, bei der er selbst mitwirkte. In den anschließenden Reden und Grußworten wurde gewürdigt, dass Heiner Günster ein Kollege ist, dem die Bildung, insbesondere der benachteiligten Schülerinnen und Schüler am Herzen liegt. Bereits in der Zeit vor seiner ADD-Tätigkeit war er Schulleiter beim Berufsbildungswerk Neuwied. Besondere Anerkennung findet Heiner Günster für seine Kenntnisse zu geschichtlichen und politischen Zusammenhängen. Er ist deshalb ein stets geschätzter Gesprächspartner, der auch durch seine menschlich offene Art zu begeistern weiß. Wir bedanken uns bei Herrn Günster



für die stets gute Zusammenarbeit und wünschen für die Zeit des Ruhestands eine erfüllte Lebensphase in guter Gesundheit!

Hier das Grußwort des **vhw-Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß**:

Lieber Herr Günster, sehr geehrte Gäste, vielen Dank, dass Sie mir die Gelegenheit geben, ein Grußwort im Namen des **vhw** zu sprechen.

Den **vhw** muss ich in dieser Runde wohl kaum vorstellen. Interessanter ist da die Person, die heute im Mittelpunkt steht. Lieber Herr Günster, als Sie das Licht der Welt erblickten, da gab es den **vhw** in Rheinland-Pfalz seit gerade einmal 3 Jahren. Mit 38 Jahren sind Sie dann 1990 beim **vhw** eingetreten. Seit 24 Jah-

ren sind Sie also schon eines der 1200 Mitglieder im **vhw Rheinland-Pfalz**, allerdings, wie man zweifellos sagen kann, ein Mitglied in einer herausragenden Stellung.

Als Referent der ADD Außenstelle in Koblenz haben Sie vor allem eines bewiesen, nämlich, dass Sie nicht nur Berufsbildner, sondern auch Demokrat durch und durch sind. Immer wieder haben Sie hervorgehoben, wie bedeutend Verbands- und Personalratsarbeit für unser berufsbildendes System sind, auch wenn dies mitunter mit diskussionsintensiven Interessensgegensätzen in Ihrer Funktion einherging. Gleichzeitig habe ich Sie als außerordentlichen Kenner von kommunalpolitischen Zusammenhängen schätzen gelernt.

Insofern möchte ich die Erinnerungen daran nicht missen, wie wir oft beim Gespräch zusammensaßen, entweder in Ihrem Dienstzimmer in der Südallee oder in einem nahegelegenen Lokal, mal im kleinen Kreis, mal in größerer Runde. Dabei hatten wir intensiv über die aktuellen bildungspolitischen Ereignisse diskutiert und nach Lösungen für das eine oder andere operati-

ve Problem gesucht und oft auch gefunden.

Diese Gesprächskultur, die stets von menschlicher Offenheit Ihrerseits geprägt war, habe ich sehr geschätzt, und deshalb fand ich es damals schade, als ich erfahren hatte, dass Sie künftig als Schulleiter an der BBS Mayen tätig sein würden. Doch auch in der dortigen Funktion hatten Sie eine glückliche Hand und haben sich als Unterstützer des **vhw** gezeigt, durch ein offenes Haus für Verbandstreffen bzw. als Referent auf unserer Fachtagung im Schloss Waldthausen.

Lieber Herr Günster, Sie treten nun den wohlverdienten Ruhestand an. Im Namen des **vhw** und ausdrücklich auch persönlich bedanke ich mich für die Zusammenarbeit mit Ihnen. Ich wünsche Ihnen alles Gute, Gesundheit und Gottes reichlichen Segen!! Als Geschenk habe ich mich entschieden für ein Werk des Geigenbauers Martin Schleske (nein, keine Geige, sondern ein Buch!). Es heißt „Der Klang“ und handelt vom „Unerhörten Sinn des Lebens“. Viel Freude beim Lesen!! Vielen Dank!

**Verband der Lehrerinnen und  
Lehrer an Wirtschaftsschulen**  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



An alle vhw-Ortsverbände in Rheinland-Pfalz

Kirchheimbolanden, 4. September 2014

Einladung zur ordentlichen

### **vhw-Landesdelegiertenversammlung**

mit Fachvortrag von Prof. Dr. Rainer Dollase  
„Auf den Lehrer kommt es an“

**Termin:** 17. November 2014, 9:30 Uhr bis 16:00 Uhr

**Ort:** **Konferenzzentrum Schloß Waldthausen**  
Sparkassenverband Rheinland-Pfalz  
Im Wald 1, 55257 Budenheim, Tel. 06131 145-0

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Landesvorsitzenden
2. „Auf den Lehrer kommt es an“  
Referat von Professor Dr. Dollase mit anschließender Diskussion und Fragerunde
3. Berichte Landesvorsitzender, Landesschatzmeister und Kassenprüfer
4. Aussprache und Entlastung des Vorstands
5. Verabschiedung und Ehrung von Mitgliedern des Landesvorstands
6. Wahl eines Versammlungsleiters/einer Versammlungsleiterin, der Mandatsprüfungskommission und zweier Zählkommissionen
7. Neuwahl Landesschatzmeister/in und stellv. Landesvorsitzende/r
8. Neufassung der Satzung: Beratung und Beschlussfassung
9. Beschlussfassung zur Resolution und zu den Anträgen
10. Verschiedenes
11. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Die endgültige Tagesordnung geht den Delegierten spätestens zwei Wochen vor der Delegiertenversammlung zu. Delegierte erhalten nach § 25 UrVVO Dienstbefreiung, sofern dienstliche Gründe dem nicht entgegenstehen. Selbstverständlich sind auch alle anderen **vhw**-Mitglieder als Gäste freundlich eingeladen. Bitte schicken Sie Ihre Anträge (auch Satzungsänderungsanträge) bis **spätestens 10. Oktober 2014** an die Landesgeschäftsstelle. Später eingehende Anträge werden nur dann behandelt, wenn die Landesdelegiertenversammlung sie als dringlich anerkennt.

## Im Gedenken an Karlheinz Helling

### Ansprache des Landesvorsitzenden

**Karlheinz Helling** starb im April 2014 im Alter von 80 Jahren in seiner Wahlheimat Freiburg im Breisgau. Er war ein sehr geschätzter und weit über die Maßen hinaus engagierter Kollege. Als ich Karlheinz Helling vor ziemlich genau 13 Jahren das erste Mal begegnete, da habe ich ihn als hilfsbereiten und agilen Menschen kennengelernt. Er war bereits pensioniert und hatte ein erfülltes Berufsleben hinter sich, was durch eine Vielzahl von Anerkennungen gekennzeichnet war. Jeder hätte Verständnis gehabt, wenn sich Karlheinz Helling damals im Jahr seiner Pensionierung auch von der aktiven Verbandsarbeit verabschiedet hätte. Aber nein, er war auch weiterhin äußerst aktiv für den vlw unterwegs.

„Jedermann spürte immer sofort die Hilfsbereitschaft und Kompetenz, die Karlheinz Helling ausstrahlte“ berichtete unser Bezirksvorsitzender Gernot Kormann, als Karlheinz Helling im Jahr 2008 zum Ehrenmitglied in unserem Verband ernannt wurde. Die Ehrenmitgliedschaft hatte Karlheinz Helling mehr als verdient. Bereits während des Referendariats wurde er Verbandsmitglied und 2 Jahre später, als junger Kollege, wurde er zum Schriftführer des Landesvorstands gewählt. Dieses Amt bekleidete er sage und schreibe mehr als 30 Jahre. Er hatte somit über 3 Dekaden hinweg die Geschicke des Verbandes mit begleitet und mit gelenkt. In dieser Zeit hatte er sich auch um die Mitgliederverwaltung des Verbandes und um viele weitere organisatorische Angelegenheiten gekümmert. Dem nicht genug, engagierte sich Karlheinz Helling auch als Vertrauensmann der schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen und war auch in dieser Funktion ein geschätzter Ratgeber. Er war Vorsitzender des dbb-Kreisverbands Koblenz, war als Dozent an der Sparkassenschule und an der Fachhochschule aktiv, ebenso beim Telekolleg sowie als Ausbildungsberater.

Und währenddessen machte er Karriere, als Abteilungsleiter an der BBS Montabaur, was mit der Beförderung zum Studiendirektor verbunden war. Ich



bin mir sicher, dass es noch weitere Aktivitäten gab, die hier jedoch nicht alle aufgezählt werden können. Die Anerkennungen, die ihm zuteil wurden, wie die Goldenen Ehrennadeln der IHK und der Handelskammer in Rheinland-Pfalz und schließlich im Jahre 2006 die Verleihung der Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz für seine „unermüdliche Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit“, wie es der Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord in Koblenz formulierte, sind Belege für das umfassende Engagement von Karlheinz Helling.

Nach seiner aktiven Dienstzeit betätigte er sich als Verbindungsmann zwischen dem vlw und dem BRH, dem Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen, und wirkte in dessen Landesvorstand mit.

Und hier wieder ein Zitat von Herrn Kormann, „bei aller Ernsthaftigkeit in der Sache war Karlheinz Helling immer für einen Spaß zu haben oder wusste eine Anekdote zum Besten zu geben.“ So behalten wir Karlheinz Helling als sehr engagierten Pädagogen und wertvollen Ratgeber in Erinnerung, den wir wegen seiner Menschlichkeit, seinem Sinn für Humor und seiner Fähigkeit zum Zuhören überaus geschätzt haben. Der vlw in Rheinland-Pfalz verabschiedet sich voll großer Dankbarkeit von Karlheinz Helling, einem Kollegen, der einen wesentlichen Teil seiner Lebenszeit und seiner Kraft für die Ziele unseres Verbandes und somit der kaufmännischen Bildung eingesetzt

hat.

Wir sprechen Frau Helling und ihrer Familie unsere tiefe Anteilnahme aus und werden Karlheinz Helling ein ehrendes Andenken bewahren.

*Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender*

#### Verantwortlich:

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender  
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a,  
67292 Kirchheimbolanden  
[www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de)

#### Redaktion:

Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c  
55424 Münster-Sarmsheim,  
Tel. 06721-9629372  
[Michael.Lutz@vlw-rlp.de](mailto:Michael.Lutz@vlw-rlp.de)  
[michaellutz2@gmx.net](mailto:michaellutz2@gmx.net)



# VLW KOMPAKT

??????

?????

????

## VERANTWORTLICH

Karl-Heinz Fuß  
Landesvorsitzender

Geschäftsstelle:  
Beethovenstr. 2a  
67292 Kirchheimbolanden

www.vlw-rlp.de  
info@vlw-rlp.de

## REDAKTION

Michael Lutz  
Hofgartenstr. 4c  
55424 Münster-Sarmsheim  
Tel. 06721 9629372  
Michael.Lutz@vlw-rlp.de  
michaellutz2@gmx.net

## COVER

© Felix Pergande/  
Fotolia.com

## Inhaltsverzeichnis

Stellungnahme des vlw zum Entwurf des Gesetzes der Landesregierung „Zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften (IKFWG)“ an das MBWVK	3	Bericht zur Fortbildungsveranstaltung des VLW-Bezirksverbands Kreisenz am 24.04.2015 zum Thema „Arbeitsrecht“	8
Etikettenschwindel	5	Informationveranstaltung des VLW Bezirksverband Pfalz zur Berechnung von Personalausgaben	9
Landesrechnungshof zu Fachoberschulen: Nicht hinreichend wirtschaftlich. VLW fordert Gleichbehandlung!	5	Haftungsrisiken für Lehrkräfte im Schulalltag	10
Landtag berät über BBS – Regierung und Opposition positionieren sich vor der Landtagswahl	6	Rückblick auf VLW-Fortbildung am 2. Juni 2015 in Mainz	10
BBS bleibt Thema im Landtag	7	Teach the Teacher – Schlüssel für erfolgreichen Unterricht?	11
Einkommensrunde 2015 im öffentlichen Dienst	7	Keine Buchvorstellung - Prof. Dr. Markus Böhner und sein Methodik-Werk	11

????

Liebe Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein für die Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz spannendes und ereignisreiches Jahr liegt vor uns. Am 13. März wird ein neuer Landtag gewählt, wir befinden uns mitten in der heißen Phase des Wahlkampfes. Schon im September hat der VLW zu seinem „Tag der kaufmännischen Schule“ auf den Betzenberg in Kaiserslautern eingeladen. Ministerin Vera Reiß nahm zu den aktuellen Themen der beruflichen Bildung Stellung, und die drei Kandidatinnen der Landtagsfraktionen vertraten in einer Podiumsdiskussion ihre Positionen zu den im Vorfeld erarbeiteten „Wahlprüfsteinen“ des VLW Rheinland-Pfalz. Die Diskussion war in weiten Teilen bestimmt vom Mega-Thema „Flüchtlinge“ und deren Beschulung an den beruflichen Schulen des Landes. Aber auch die Aussagen zu den „Dauerbrennern“ der Diskussion sollten Ihre Beachtung in dem

vorliegenden Heft finden. Zu Ihrer Information sind die Reden der Ministerin und die Stellungnahmen der Fraktionen im Heft abgedruckt.

Die Beschulung der minderjährigen Flüchtlinge sowie auch der über 18jährigen stellt eine große Herausforderung für das BBS-System in Rheinland-Pfalz dar, das ja ohnehin erheblich größere Unterrichtsausfälle verkraften muss als die meisten allgemeinbildenden Schulen. Die Gewinnung von Fachkräften für die Vermittlung der deutschen Sprache steht hier erst einmal im Mittelpunkt; das Ministerium bildet sogenannte „BVJ-S“-Klassen, in denen schwerpunktmäßig Sprachqualifikationen vermittelt werden sollen, aber auch Kenntnisse der deutschen Kultur und unseres Rechtssystems. Woher soll man die Lehrkräfte für das Fach „Deutsch als Zweitsprache“ nehmen, wie soll das alles finanziert werden, wie können die Schulen das organisa-



torisch und personell stemmen? Unser Verband wird sich dafür einsetzen, dass Immigranten hier willkommen geheißen und integriert werden. Das kann aber nicht auf dem Rücken der Angehörigen des Öffentlichen Dienstes allein ausgetragen werden.

Wir alle sehen mit Spannung den Tagen nach der Landtagswahl entgegen. Unser Verband ist mit allen Fraktionen des Landtages seit Jahren in ständigem und gutem Kon-

takt. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind aufgefordert, die Antworten der Fraktionen auf unsere „Wahlprüfsteine“ zu bewerten und die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Wir bedanken uns bei den Fraktionen für ihre

Aussagen und sind offen für weitere Gespräche nach den Wahlen und der Regierungsbildung.

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünscht der Landesvorstand des VLW ein gesundes, er-

folgreiches und spannendes Jahr 2016!

**Karl-Heinz Fuß**  
**vlw-Landesvorsitzender**  
**Rheinland-Pfalz**

## **Begrüßungsrede von Karl-Heinz Fuß zum Tag der kaufmännischen Schule am 28.9.2015 in Kaiserslautern**

### **Begrüßung**

Herzlich willkommen, meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zum VLW-Tag der kaufmännischen Schule hier in Kaiserslautern.

Das Thema „Perspektiven der kaufmännischen Bildung an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz“ haben wir gewählt, weil wir gespannt darauf sind, wie es an unseren Schulen weitergehen wird. Gespannt deshalb, weil sich derzeit vieles verändert. Seit einigen Jahren ist es die Demografie, die unsere Schülerzahlen reduziert. Immer mehr junge Menschen möchten studieren gehen und wählen den direkten Weg über das Gymnasium zur Hochschule oder Universität. Der Fachkräftemangel ist die Konsequenz, es gibt aber auch eine hohe Zahl an Studienabbrechern. Die Inklusion war in den letzten Jahren in aller Munde, abgelöst nun in der Aktualität von der Flüchtlingskrise. All das sind Themen, die unsere Kolleginnen und Kollegen an den Schulen betreffen, Themen, die sich früher oder später auf unseren Schulalltag auswirken werden.



Wir haben Sie deshalb für heute eingeladen, weil wir gespannt sind, wie es aus Sicht der Politik weitergehen soll.

Und ich freue mich, dass ich Sie heute hier begrüßen darf. Ganz besonders freue ich mich, dass Sie, Frau Ministerin Reiß, unserer Einladung gefolgt sind und für uns heute die Eröffnungsrede sprechen. Wir sehen das als Zeichen Ihrer Wertschätzung gegenüber der kaufmännischen Bildung und freuen uns sehr, dass Sie da sind. Herzlich willkommen Frau Reiß! Ebenso herzlich willkommen heiße ich die bildungspolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen, Frau Bettina Brück von der SPD-Fraktion, Frau Bettina Dickes von der CDU und Frau Ruth Rat-

ter von Bündnis 90/Die Grünen. Sie stehen uns heute für einen sehr spannenden Tagesordnungspunkt zur Verfügung. Danke, dass Sie heute hier sind, um mit uns auf dem Podium über die Perspektiven unserer berufsbildenden Schulen nach der kommenden Landtagswahl zu diskutieren. Ich möchte nun weitere geladene Gäste namentlich begrüßen, bitte aber darum, mit dem Applaus zu warten, bis ich die Begrüßung abgeschlossen habe.

Ich begrüße

- Herrn Ulrich Winter von der Abteilung 4A für berufsbildende Schulen im MBWWK;
- Frau Ingrid Uhlig vom Ref. 36 der ADD Neustadt in Vertre-

- Herrn Dr. Thorsten Ralle, Vorsitzender des Landeselternbeirates in RLP;
- Frau Dr. Angelika Rehm, Bundesvorsitzende des VLW; Fachkongress in Berlin
- Herrn Jürgen Kettner vom dbb Rheinland-Pfalz
- Herrn Martin Lützenkirchen vom pädagogischen Landesinstitut in Bad Kreuznach
- Herrn Frank Puschof, Schulleiter der BBS Wirtschaft in Worms und Sprecher der AdBS im Bezirk Neustadt,
- Herrn Joachim Veigel von der Mainzer Steinhöfelschule und Vertreter des Privatschulverbandes

vom Studienseminar in Mainz begrüße ich

- Herrn Prof. Dr. Markus Böhner, Leiter des Studienseminars BBS in Mainz; besondere Wertschätzung, dafür, dass Sie heute hier sind, denn schon in 2 Tagen sitzen Sie im Flugzeug in Richtung Sri Lanka, wo Sie für 2 Jahre im dortigen Bildungsministerium tätig sein werden;

Von den befreundeten Verbänden begrüße ich

- Herrn Christoph Ringhoffer und Herrn Harry Wunschel vom VLBS;
- Und Herrn Wolfgang Wunschel vom Verband Reale Bildung;

Ebenso herzlich begrüße ich unsere Ehrenmitglieder die heute anwesend sein können:

- Frau Helga Giebson,
- Frau Nortrud Hummel,
- Herrn Georg Jooß
- Und Frau Elisabeth Pollak

Ich freue mich, dass Sie heute hier dabei sind.

(falls anwesend: Namentlich begrüßen möchte ich auch Herrn Fritz Pfaff, Schulleiter der BBS II WuS hier in Kaiserslautern.)

Sehr gerne hätten wir die heutige Veranstaltung an der BBS II WuS in der neuen Aula durchgeführt. Bis zu den Sommerferien waren wir noch voller Zuversicht, dass die neuen Räume bis heute fertiggestellt werden können. Es wird jedoch noch einige Tage dauern bis alles übergeben werden kann und so sind wir heute hier in den exklusiven Räumen des Fritz-Walter-Stadions, das durchaus als eines der Wahrzeichen der Stadt

Kaiserslautern gesehen wird, auch der fußballerische Erfolg hat sich ja jetzt in Bochum wieder eingestellt.

Und ich freue mich, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus den Schulen so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind und heute mit dabei sind.

Herzlich willkommen!

## 1. Bedeutung der kaufmännischen Bildung

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

weshalb veranstaltet der VLW den Tag der kaufmännischen Schule?

Wir wollen mit diesem Tag auf die Bedeutung der kaufmännischen Bildung aufmerksam machen. Leider beobachten wir in jüngster Zeit, dass das Kaufmännische hier im Lande aus dem Blick gerät. Vorrangig befasst sich berufliche Bildungspolitik derzeit mit Themen, die für die berufliche Bildung insgesamt gelten bzw. mit den Bereichen, die in Not geraten sind, z.B. mit den typischen Mangelfächern im gewerblich-technischen Bereich oder in den Pflegeberufen.

Das Kaufmännische wird gerne als „gut geölte Maschine“ betrachtet, die läuft, ohne dass sich man sich darum Sorgen machen müsste. Das ist jedoch eine gefährliche Haltung, wenn man sich bewusst macht, wie wichtig die kaufmännische Bildung ist. Ich möchte es am Beispiel der 10 beliebtesten Ausbildungsberufe verdeutlichen. Diese 10 Berufe umfassen zum Stichtag 30. September 2014 insgesamt 186 291 (von 522 131) Auszubildende. Von diesen 186 Tausend sind 140 197





im kaufmännischen Bereich, d.h. 75% der Auszubildenden in den TOP-10-Berufen werden im kaufmännischen Bereich ausgebildet. Auch im vollzeitschulischen Bereich liegt ein großer Anteil bei den kfm. Bildungsgängen.

Von den insgesamt etwa 6000 Lehrkräften an berufsbildenden Schulen sind aktuell 1/3 mit der Lehrbefähigung BWL (1791) oder Bürowirtschaft (143) unterwegs. (Das bedeutet, dass jedes Jahr ein Drittel der Neueinstellungen in diesen Fächern erfolgen müsste). Ob dies noch umgesetzt wird, ist eine Frage, die von der ADD zu beantworten wäre. Klar ist jetzt schon, dass Bewerber aus anderen Bundesländern eingestellt werden müssen, um den Bedarf im Land zu decken. Hinzu kommen die vielen Lehrkräfte mit allgemeinbildenden Fächern, die für den Unterricht in kaufmännischen Bildungsgängen gebraucht werden.

Und nun, Frau Ministerin Reiß, erlauben Sie mir eine kritische Anmerkung:

Die Größenordnung der kfm. Bildung spiegelt sich nicht wieder

- in der Summe der Anwärterinnen und Anwärter im Vorbereitungsdienst für berufsbildende Schulen
- bei der Zahl der Neueinstellungen
- in der Summe der fachlich angebotenen Fortbildungsveranstaltungen
- bei der personellen Besetzung der Referenten, sowohl in Ministerium als auch in der ADD, wo nur noch sehr vereinzelt Kaufleute zu finden sind.

Stattdessen ist eine Verwässerung der kaufmännischen Bildung zu beobachten. Dies beginnt mit



Begrifflichkeiten, wenn z.B. in der Statistik bei der Lehrbefähigung nicht mehr von Betriebswirtschaftslehre oder Volkswirtschaftslehre die Rede ist, sondern nur noch lapidar der Begriff „Wirtschaft“ verwendet wird.

Ein weiteres Beispiel ist die Meinung, die ich in letzter Zeit annehme, dass es für die Leitung einer kaufmännischen Schule oder Abteilung keines Funktionsträgers mehr mit kaufmännischer Lehrbefähigung bedarf. Ich warne ausdrücklich davor, unser fachliches Profil aufzugeben, denn damit geben wir unsere Legitimation als beruflich qualifizierende Institution auf. Wenn wir uns damit zufriedengeben, dass wir in einem Niveau unterwegs sind, in das sich jeder Beliebige innerhalb kurzer Zeit einarbeiten kann, dann haben wir unser sehr gutes Ansehen in der Wirtschaft schon bald verspielt, meine Damen und Herren, dann werden wir alle sehr schnell überflüssig sein und zum Spielball der Politik werden.

Der VLW sieht es als Verband der Lehrkräfte an kaufmännischen Schulen als seine Aufgabe, auf diese Fehlentwicklung hinzuweisen und eine entsprechende Nachsteuerung zu fordern. Unsere berufsbildenden Schulen müs-

sen leistungsfähig bleiben, um ihrer gesellschaftlichen Aufgabe der beruflichen Qualifizierung künftiger Fachkräfte gerecht zu werden.

## 2. Standortsicherung – Schulstruktur

Unsere Schulen müssen aber nicht nur leistungsfähig, sondern auch lebensfähig bleiben.

Es bereitet uns Sorge, dass die berufsbildenden Schulen in den ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz zunehmend in Bedrängnis geraten. Dies ist einerseits demografisch bedingt, andererseits aber auch ein politisch hausgemachtes Problem. So läuft die Einrichtung von Fachoberschulen an den RS plus und der Aufwuchs von zusätzlichen IGS-Oberstufen der Sicherung von BBS-Standorten zuwider. Es hilft uns zwar, wenn die Pause-Faktoren für die Berufsschule verbessert werden, dass dies allerdings auf Kosten unserer Wahlschulbildungsgänge geschieht, das halten wir für äußerst bedenklich. Es schwächt unsere Wahlschulbildungsgänge und damit die BBS insgesamt. Wir begrüßen hingegen jede Art von Bestreben, die bestehenden BBS-Standorte zu stärken. Dazu zählt der Schulversuch BS 20

ebenso wie die angekündigten Tage der Berufsorientierung, die auch für die Gymnasien des Landes verpflichtend eingeführt werden sollen.

Das Besondere an einer BBS ist, dass sich dort ein Pool an Kompetenzen zusammen findet. Selbst kleine Bündelschulen haben BWL-Lehrkräfte in zweistelliger Zahl. Diese sichern gemeinsam die Qualität des Unterrichts in ihrem Fachbereich, denn sie entwickeln gemeinsam Jahresarbeitspläne und können sich gegenseitig vertreten, um nur ein Beispiel zu nennen.

Gelegentlich werden die berufsbildenden Vollzeitbildungsgänge politisch in Zweifel gezogen, es sei schließlich die Berufsschule im dualen System, die unseren volkswirtschaftlichen Erfolg ausmache. Ich denke, das ist zu kurz gedacht, denn, eine berufsbildende Schule kann, insbesondere in der Fläche, alleine mit der Berufsschule nicht überleben, da sie nicht genug Beschäftigungsmöglichkeit für die Kolleginnen und Kollegen bieten würde.

Zudem werden die vollzeitschulischen Wahlbildungsgänge benötigt, um diejenigen jungen Men-



schen beruflich zu qualifizieren, denen noch Orientierung fehlt, oder die aus vielfältigen Gründen keinen Ausbildungsplatz bekommen konnten. Die Angriffe auf die höhere Berufsfachschule halten wir für sehr gefährlich, weil genau diese Schulart, in der ca. 10 000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, von besonderer Bedeutung für die Vorbereitung auf eine duale Berufsausbildung ist. Auch im Hinblick auf die Qualifizierung von Flüchtlingen, die aufgrund der fehlenden Deutschkenntnisse in den Gymnasien (zunächst) nicht Fuß fassen können, stellen die höheren Berufsfachschulen eine ideale Möglichkeit dar, um Deutschkenntnisse zu vertiefen und gleichzeitig an berufsbezogenem Unterricht teilzu-

nehmen.

Mit Blick auf den Aufwuchs bei den IGSn sind wir als Berufsbildner davon überzeugt, dass der bei uns erteilte berufsqualifizierende Unterricht die bessere Wahl für Schülerinnen und Schüler darstellt. Der Besuch eines beruflichen Bildungsganges erleichtert den anschließenden Einstieg ins Arbeitsleben, und ist dabei gleichwertig zur allgemeinen Bildung. Damit stehen alle Wege für ein Studium offen und das in jeder Fachrichtung.

Wenn sich jedoch zeigen sollte, dass ein Studium eben doch nicht der passende Weg für die Zukunft ist, dann sind unsere Schülerinnen und Schüler bestens auf eine anschließende Berufsausbildung im dualen System vorbereitet.

Der Streit zwischen RS plus und BBSn, der durch Einführung der FOS entstanden ist, ist bedauerlich, da sich beide Schularten gegenseitig ergänzen, einander sogar benötigen. Sie sollten eigentlich intensiv kooperieren. Genau da sehe ich die eigentliche sinnvolle bildungspolitische Zukunft in unserem Land. Eine enge Verzahnung zwischen Realschule und berufsbildenden Schulen mit



ausschließlich berufsqualifizierenden Bildungsgängen in der Sekundarstufe 2, die alle Abschlüsse bis hin zum Abitur und zum anschließenden Studium bieten.

### 3. Lehrkräftenachwuchs

Schon seit einigen Jahren warnt der VLW davor, sich beim Thema Unterrichtsversorgung im kaufmännischen Bereich in allzu großer Sicherheit zu wagen. Die Umstrukturierung des Studiengangs Wirtschaftspädagogik in einen Bachelor/Master Studiengang ging zunächst noch einigermaßen geräuschlos vonstatten. Problematisch wurde es dann jedoch mit der Einführung des Masters of Education, bei dem es von Anfang an zu Streitigkeiten zwischen dem Ministerium und dem Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik kam. Letztendlich wurde der Master of Education in einer Form eingeführt, die nicht die Zustimmung des Lehrstuhls fand. Dies hatte zur Folge, dass sich ein großer Teil der Studierenden für den Studiengang „Master of Science“ entschieden hat. Dies führte jedoch nach Ablauf der Übergangsphase dazu, dass der Abschluss nicht mehr zum Referendariat in Rheinland-Pfalz berechtigt. Also was passiert mit den Absolventen? Sie



müssen in die benachbarten Bundesländer, um dort den Vorbereitungsdienst zu durchlaufen. Dass sie danach nach Rheinland-Pfalz zurückkehren ist zwar möglich, aber nicht gewährleistet. Aber mal ernsthaft nachgedacht, ist es nicht unsinnig, diesen Absolventen in RLP den Vorbereitungsdienst zu verwehren, nur wegen des politischen Zieles, möglichst viele Studierende für den Studiengang Master of Education zu gewinnen? Bereits in der Expertenkommission und auch in einer Vielzahl von Gesprächen mit unserer damaligen Bildungsministerin Doris Ahnen habe ich davor gewarnt, dass im Bereich der Wi-Päd-Absolventen ein Schweinezyklus zu befürchten ist. Heute ist es so, und das ist harter Fakt, dass nur

noch wenige Wirtschaftspädagogen in den Studienseminaren ankommen und dass Bewerber aus anderen Bundesländern eingestellt werden müssen, um den Bedarf im Land zu decken. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren verstärken, wenn nicht schnell nachgesteuert wird. Eine erste und einfache Maßnahme wäre hierfür die Zulassung der Master of Science-Absolventen zum Quereinstieg fürs Referendariat in RLP. Es schmerzt zu hören, dass kaufmännische Bildungsgänge an der BBS nicht mehr angeboten werden können, weil es an BWL-Lehrkräften fehlt!

### 4. Flüchtlingsströme

Nun aber zu den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir auch an den berufsbildenden Schulen stehen. Es sind die unerwartet hohen Flüchtlingsströme, die nach Rheinland-Pfalz und auch an unsere Schulen kommen. Viele der Flüchtlinge werden auf Dauer in Deutschland bleiben und es geht darum, die Chance zu nutzen und die oft elternlosen Jugendlichen auf Leben und Arbeiten in unserem Land vorzubereiten. Es geht darum, dass wir gesellschaftlich integrierte und gut ausgebildete Fachkräfte gewinnen, die Steuern und Sozi-





alabgaben bezahlen und sich in Deutschland wohlfühlen und anerkannt werden. Wir, Kolleginnen und Kollegen an den BBSn, sehen es als unseren Auftrag, hierzu unseren Beitrag zu leisten.

Es ist jedoch eine Illusion zu glauben, man könnte einen jungen Menschen, der bislang lediglich mit der arabischen oder einer semitischen Schrift vertraut war, innerhalb kürzester Zeit für unseren Arbeitsmarkt gewinnen. Nein, hier ist Geduld und vor allem der entsprechende Lehrkräfteeinsatz gefragt, um diese Aufgabe zu bewältigen, für die ein Zeitraum von mehreren Jahren einzuplanen ist. Wer jetzt bei der Bildung der jungen Zuwanderer spart, verpasst die Chance der Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft. Der Prozess der Integration ist langwierig und kostspielig, aber nur so kann am Ende ein Gewinn daraus werden. Wir fordern deshalb, entsprechende Fortbildungsangebote für unsere Deutsch-Lehrkräfte für den Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ nun sehr schnell zur Verfügung zu stellen. Zudem brauchen wir zusätzliche Schulsozialarbeitsstunden, um den traumatisierten Jugendlichen eine Anlaufstelle innerhalb der Schule und da-

mit eine Entlastung für unsere Lehrkräfte zu bieten. Durch die Flüchtlinge wird sich die Heterogenität in unseren Klassen weiter erhöhen, weshalb auch an unseren Schulen Möglichkeiten zum team-teaching geschaffen werden sollten. (Erste kleine Ansätze gibt es in der Berufsfachschule 1, wo 4 Lehrerstunden pro Woche im Entscheidungsfreiraum der Schule vergeben werden können. Das sind positive Weichenstellungen, die uns helfen.) Aber auch die Sachausstattung einer Schule, z.B. mit modernen Medien, und die Klassengrößen müssen in den Blick genommen werden.

Wir brauchen für diese anspruchsvolle Aufgabe die Unterstützung der Politik, damit sie letztendlich

erfüllt werden kann. Allein mit der Aussage „Wir schaffen das!“ werden wir nicht weit kommen.

## **5. Inklusion**

Dasselbe gilt für die Umsetzung der Inklusion an unseren Schulen. Die Vorgabe der UN-Behinderntenrechtskonvention stellt klar, dass auch für behinderte Menschen Schulplätze im öffentlichen System vorhanden sein müssen. Auch dieser Aufgabe wollen wir uns gerne stellen, doch wir brauchen dringend die passenden Mittel dazu, d.h. auch hier einerseits die Sachausstattung, andererseits die personelle Unterstützung durch entsprechend geschulte Kräfte. Unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen passende Fortbildungsangebote, was aber nicht bedeuten kann, dass sie alleine diese Aufgabe zusätzlich bewältigen können. Der Anfang, der nun mit dem inklusiven BVJ gemacht wird, ist ein erstes Signal, aber ich denke, es ist jedem klar, dass mit dem BVJ die Inklusion nicht endet, sondern dass diese auch auf die weiterführenden Bildungsgänge der BBSn zukommen wird. Deshalb hier meine Aufforderung an die Politik, auch an die BBSn zu denken und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir erin-



nen uns noch sehr gut an die 200 zusätzlichen Stellen, die von Prof. Klemm für die Umsetzung der Inklusion empfohlen wurde. Nur, dabei wurden die berufsbildenden Schulen schlichtweg vergessen! Keine dieser Stellen war für BBSn vorgesehen. So kann Inklusion nicht funktionieren, meine Damen und Herren. Hier bedarf es dringender Personalzuweisungen auch für BBS.

## 6. Lehrer\*ergesundheit

Bei all den anspruchsvollen Aufgaben, denen wir durchaus bereit sind uns zu stellen, gibt es jedoch zu beachten, dass diese erfüllbar sein müssen. Neben den Rahmenbedingungen betrifft dies auch die spezifischen gesundheitlichen Belastungen, die der Lehrerberuf mit sich bringt. Es gibt eine ganze Reihe positiver Weichenstellungen zu vermerken, wie z.B. die Einrichtung des Instituts für Lehrer\*ergesundheit oder Angebote vom PL eben zu dieser Thematik. Was uns jedoch aktuell stark aufstößt, ist die Neuregelung in der Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung zur Altersermäßigung. Während bisher klar geregelt war, dass es ab dem Schuljahr, in dem das 63. Lebensjahr vollendet wird, 3 Deputatsstunden Altersermäßigung



gibt, wurde die Regelung nun dahingehend verschoben, dass es diese 3 Stunden erst ab dem vorletzten Schuljahr vor Erreichen der Pensionsaltersgrenze geben wird. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen wurden von dieser Neuregelung eiskalt erwischt. Gleich zwei Ärgernisse sind damit verbunden. Zunächst, dass in Anlehnung an das um ein Jahr erhöhte Pensionseintrittsalter, auch die Altersermäßigung nach hinten verschoben wird, als ob sich an der Belastbarkeit im 63. Lebensjahr etwas verändert hätte.

Das zweite Ärgernis ist der Eindruck, als ob die Regelung nun bewusst so gestaltet wurde, um für weitere Anhebungen der Pensionsaltersgrenze gerüstet zu sein.

Das ist unlauter und widerspricht der Fürsorgepflicht durch unseren Dienstherrn. In der Schule haben wir nur wenige Möglichkeiten, älteren Kolleginnen und Kollegen weniger belastende Aufgaben zuzuweisen. Die besonderen Lasten des Lehrerberufs können nicht einfach wegargumentiert werden. Es muss noch viel mehr getan werden, um unsere spezifischen Belastungen anzuerkennen und entsprechende Präventionsmaßnahmen anzubieten.

Hier wird an der falschen Stelle gespart und ich fordere Sie auf, nachzubessern im Interesse einer funktionierenden Schule mit gesunden Kolleginnen und Kollegen, die gerne ihren Beruf ausüben und nicht von der Last erdrückt werden.

Das Gleiche gilt im Hinblick auf die im Jahr 2016 auslaufende Regelung zur Altersteilzeit. Ich fordere die anwesenden Politiker auf, die Altersteilzeitregelung weiter zu verlängern, damit Kolleginnen und Kollegen, die Möglichkeit bleibt, vorzeitig in Würde aus der aktiven Lehrtätigkeit auszusteigen oder im Teilzeitmodell, die Last zu verringern.



## Zum Schluss meiner Einführung

Im Hinblick auf die Landtagswahl würde es mir nicht schwerfallen, eine sehr lange Liste unserer Wünsche, Erwartungen und Hoffnungen vorzutragen. Ich möchte dies aber abkürzen, indem ich diese auf eine Perspektive reduziere nämlich auf die der Attraktivität unseres Berufes. Nie habe ich es bereut, diesen interessanten Beruf gewählt zu haben, aber ich meine, der Beruf muss attraktiv bleiben im Hinblick auf

1. unsere Professionalität (dabei denke ich an Fortbildungsangebote und die pädagogischen Unterstützungssysteme)
2. bei den Rahmenbedingungen und der Ausstattung der Schulen (z.B. bei den Klassengrößen und den modernen Medien)
3. beim Ansehen in der Öffentlichkeit (professionelle



4. Image-Kampagne)
4. bei der Besoldung (Lüften des Deckels ein positives Signal, das aber kein einmaliges Wahlgeschenk sein darf)
5. im Hinblick auf die Beförderung nach A14 (unerträglicher Beförderungstau) und schließlich
6. auf die Aufstiegs- und Karriereöglichkeiten in unserem System (wenn wir gute Leute wollen, müssen wir Perspekti-

ven bieten, sonst werden sich diese gar nicht erst für diesen Beruf entscheiden;)

Ich wünsche Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen für heute eine interessante Veranstaltung hier in Kaiserslautern, und bin nun sehr gespannt, auf die Worte unserer Ministerin.

Dankeschön!

## Rede.....

Was hat Fritz Walter mit dem Tag der kaufmännischen Schule zu tun?

Nicht nur, dass uns das Stadion, das seinen Namen trägt, heute beherbergt, nein: Fritz Walter hat noch mehr damit zu tun. Er war

nämlich nicht nur Fußballnationalheld, er war auch – Bankkaufmann.

Und in beiden Funktionen war er in gewisser Weise Teil des ‘Gründungsmythos’ unserer Republik.

Als Fußballer, weil das Wunder von Bern ja für viele die inoffizielle, mentale Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland war. Und als Bankkaufmann, weil auch die duale Ausbildung, weil auch das Kaufmannswesen zu diesem bundesrepublikanischen Gründungsmythos gehören. Sie sind Teil des deutschen Wirtschaftswunders, ganz wie die Stimme



von Herbert Zimmermann Teil des Weltmeisterschaftsfinals 1954 ist.

Fritz Walter, der als Fußballheld und Bankkaufmann zwei Facetten der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte repräsentiert, ist also ein guter Namenspatron für den heutigen Tag der kaufmännischen Schule.

Lassen Sie uns also über die kaufmännische Bildung in unserem Land reden. Lassen Sie uns dabei aber keinen Gegensatz und keine Konkurrenz zwischen den Bildungsgängen aufmachen.

Wenn wir über die Perspektiven der kaufmännischen Bildung sprechen wollen, dann geht das nicht losgelöst von den Perspektiven der beruflichen Bildung in ihrer Gesamtheit. Jedenfalls nicht, wenn wir die Herausforderungen vor denen wir – gerade wegen des demografischen Wandels – stehen für unsere Berufsbildenden Schulen und für die kaufmännische Bildung bewältigen wollen. Das geht nur gemeinsam und mit einem Gesamtkonzept.

Deswegen, sehr geehrter Herr Fuß, möchte ich sehr gern heute über kaufmännische Bildung sprechen, ich möchte das aber



immer auch mit dem Verweis auf die gesamte berufliche Bildung in unserem Land tun – also auf jene Erfolgsgeschichte, die uns einst das Wirtschaftswunder brachte und uns heute durch die Weltwirtschaftskrise führt.

Denn die berufliche Bildung ist in ihrer ganzen Breite weltweit anerkannt und bewundert.

Lassen Sie uns dabei über Perspektiven sprechen, aber lassen Sie uns diese Perspektiven – auch wenn es verlockend ist in diesen Tagen – nicht in Legislaturperioden einteilen.

Denn so wie die berufliche Bildung an unseren Berufsbildenden

Schulen unsere Wirtschaft seit mehr als 60 Jahren trägt, wie sie seit mehr als 60 Jahren der Grundstein für Erfolg und Zufriedenheit von Millionen Menschen ist und wie sie seit mehr als 60 Jahren das Leben dieser Menschen für viele Jahrzehnte auf ein solides Fundament stellt, so wird sie das auch nach der Landtagswahl 2016 tun. Unsere Aufgabe ist es, diese Erfolgsgeschichten fortzuschreiben und dort, wo es nötig ist, behutsam weiterzuentwickeln. Langfristig und im Konsens. Damit wir eben gerade keine Bildungspolitik für eine Legislaturperiode machen.

Bildungspolitik braucht Konstanz. Sie braucht Struktur. Und wo sie Innovationen braucht, braucht sie breite Unterstützung: von Ihnen, den Lehrerinnen und Lehrern, den Verbänden, den Eltern und den Schülerinnen und Schülern. Und ganz besonders in der beruflichen Bildung auch von den Unternehmerinnen und Unternehmern in unserem Land.

Dann kann sie das große sozial- und wirtschaftspolitische Ziel erfüllen, das wir mit ihr verbinden: den Schülerinnen und Schülern die bestmögliche Perspektive für



ein erfülltes Leben zu bieten. Und dazu gehört auch ein erfülltes Arbeitsleben.

Aber wie soll dieses erfüllte Arbeitsleben aussehen?

Das ist vielleicht die wichtigste Frage für die Schülerinnen und Schüler in unserer Zeit. Sie steht ganz am Anfang.

Wenn wir über die Perspektiven der beruflichen Bildung im Allgemeinen und über die Perspektiven der kaufmännischen Bildung im Besonderen sprechen, müssen wir deshalb dort beginnen, wo die Schülerinnen und Schüler die Frage für sich beantworten: Welchen Beruf will ich?

Denn heute kann jeder und jede den individuell passenden Weg nehmen. Nur, welcher Weg passt? Damit sie das herausfinden können, müssen wir den Schülerinnen und Schülern eine Landkarte an die Hand geben, eine Karte, auf der all die Berufswege verzeichnet sind, die ihnen offen stehen. Und wir müssen ihnen zeigen, wie sie diese Karte benutzen.

Es geht im wahrsten Sinne des Wortes um Orientierung. Und weil die in unserer komplexen Berufs-



welt immer schwieriger wird, haben wir sie zu einem Schwerpunkt der Bildungspolitik gemacht.

Gemeinsam mit unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer habe ich am 21. Juli 2015 unser neues, verbindliches Beratungskonzept für alle rund 400 weiterführenden Schulen des Landes vorgestellt. Es gilt für Realschulen plus, Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen gleichermaßen.

Der Titel: „Kompetent in eigener Sache – Zukunft läuft“. Das Ziel: Berufs- und Studienorientierung.  
^

Es geht also um jene Zeit im Leben, in der zwei Metaphern in unser Bewusstsein treten: die Karriereleiter und der Lebensweg.

Und es geht darum, Ersteres auf Letzterem aufzustellen.

Dabei brauchen die Schülerinnen und Schüler Hilfe und Rat, wie jede und jeder von uns in dieser Phase einmal Hilfe und Rat brauchte.

Deshalb haben wir viele Ratgeberinnen und Ratgeber gewonnen: die Kammern, Wirtschaftsorganisationen, die Hochschulen und die Bundesagentur für Arbeit. Sie alle machen mit und sie alle werden wissenschaftlich begleitet durch das Bundesinstitut für Berufsbildung.

Das Ziel, das wir damit verbinden, ist: Mehr Informationen – und das nicht nur über die Studienwahl, sondern auch über die Möglichkeiten, die die Berufsausbildung im dualen System bietet. Denn diese Möglichkeiten sind vielfältig. Man muss es nur wissen. Und deswegen müssen wir es den Schülerinnen und Schülern sagen. Das machen wir; und vom kommenden Jahr an machen wir das in allen Schulformen ab der achten Klasse zusätzlich an Tagen der Berufsorientierung.

All die Partnerinnen und Partner, die ich gerade genannt habe, ge-





ben den Schülerinnen und Schülern dann Informationen aus erster Hand, wecken Neugierde und Interesse und sicher auch Begeisterung.

Ihre Expertise, die Expertise der Lehrerinnen und Lehrer an den Berufsbildenden Schulen unseres Landes, ist dabei von unschätzbarem Wert für die Berufs- und Studienorientierung.

Ich bin überzeugt davon, dass die Tage der Berufsorientierung auch ganz besonders die vielfältigen Möglichkeiten der Berufsausbildung im dualen System sichtbar machen werden und das wird auch den kaufmännischen Berufen zugutekommen.

Die kaufmännischen Berufe sind schon heute besonders beliebt; etwa ein Drittel der Auszubildenden will Kaufmann oder Kauffrau werden. Das ist ein enormer Anteil.

All diese Auszubildenden betreten damit ein Berufsfeld, das sich in den vergangenen Jahren drastisch gewandelt hat. Der schnelle Wandel der Arbeitswelt, die neuen Medien, all das verändert auch die Berufsbilder. Und das in einem rasanten Tempo.



Wo früher zum Beispiel eine Bürokauffrau und ein Kaufmann für Bürokommunikation und eine Fachangestellte für Bürokommunikation drei unterschiedliche Berufe lernten, vereint der Kaufmann für Büromanagement sie heute alle in einem. Andere Berufe wiederum haben sich ausdifferenziert, viel neues Wissen ist hinzugekommen, anderes hat ausgedient.

Dieser Wandel der Berufe, wandelt auch die berufliche Bildung und mit ihr die Berufsbildenden Schulen.

Sie alle erleben das jeden Tag und noch viel wichtiger: Sie gestalten diesen Wandel jeden Tag.

Ihr Engagement und Ihre Expertise bereiten die Schülerinnen und Schüler an den Berufsbildenden Schulen auf das vor, was das neue, schnelle Arbeitsleben von Ihnen erwartet.

Und dafür möchte ich Ihnen und Ihren 7000 Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag in etwa 6000 Klassen an unseren Berufsbildenden Schulen unterrichten, heute herzlich danken.

Dank Ihnen garantieren unsere Berufsbildenden Schulen Durchlässigkeit und Aufstiegsorientierung in unserem Bildungssystem. Dank Ihnen wird aus der Vielfältigkeit der Schülerinnen und Schüler an den Berufsbildenden Schulen Vielfältigkeit der Chancen.

Dank Ihnen legen gerade 120.000 Schülerinnen und Schüler an den Berufsbildenden Schulen unseres Landes den Grundstein für ein erfolgreiches Leben.

Anrede, wir lesen heute oft, dass ein Gegensatz aufgemacht wird zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung.

Aber wie man es dreht und wendet:



Wer diesen Gegensatz aufmacht, der sagt entweder den 120.000 Schülerinnen und Schülern an unseren Berufsbildenden Schulen oder den etwa 120.000 Studierenden an unseren Hochschulen, dass sie etwas falsch gemacht haben, dass sie etwas anderes tun sollen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass dieser Gegensatz uns nicht weiterführt. Es gibt hier keinen Gegensatz, es hat niemand etwas falsch gemacht.

Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig, sie sind zwei Seiten einer Medaille.

Wir brauchen Meister und wir brauchen Master. Und wenn es zum Lebensweg passt, dann brauchen wir auch Meister mit Master.

Deswegen bedeutet hier in Rheinland-Pfalz die Entscheidung für die duale Ausbildung keine Entscheidung gegen das Studium. Wir haben die Hochschulen für die Menschen geöffnet, die sich beruflich qualifiziert haben.

Diese Durchlässigkeit erhöht auch die Attraktivität der beruflichen Bildung und sie bietet den Auszubildenden neue Perspektiven.



Deshalb reden wir, wenn wir über die Perspektiven der beruflichen Bildung reden, wenn wir darüber reden, welche Perspektiven berufliche Bildung hat und welche sie bietet, dann reden wir auch darüber, dass eine Ausbildung in Rheinland-Pfalz ein Startpunkt ist, von dem aus alle Wege offen stehen.

Und deswegen gibt es keinen Gegensatz zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Es gibt nur viele unterschiedliche Wege und unser Ziel ist es, dass keiner davon in einer Sackgasse endet.

Das können wir uns nicht leisten. Dafür sind die Herausforderungen zu groß, vor die uns der demografische Wandel stellt.

Denn auch darüber müssen wir sprechen, wenn wir über Perspektiven reden.

Wir schauen dabei aus zwei unterschiedlichen Richtungen auf unsere Berufsbildenden Schulen. Aus der einen schauen wir, wie sie uns helfen, auch in Zukunft genügend Fachkräfte für die Unternehmen in unserem Land auszubilden.

Aus der anderen Richtung schauen wir darauf, wie es uns gelingen kann, ein breites Angebot beruflicher Bildung in der Fläche zu erhalten, wenn es immer weniger junge Menschen und damit Auszubildende gibt.

Wir suchen aus beiden Richtungen Lösungen für den demografischen Wandel und letztlich müssen wir beide Blickwinkel zusammenführen, um diese Lösungen zu finden.

Denn die Zukunft der beruflichen Bildung ist in einem hohen Maße auch die Zukunft der Fachkräftesicherung.

Was also ist zu tun?



Wir müssen die Berufsbildenden Schulen weiterentwickeln. Kontinuierlich und mit Bedacht.

Wir haben dafür seit dem vergangenen Jahr die Empfehlungen der Expertengruppe.

Sie, der VLW, haben an diesen Leitlinien engagiert mitgearbeitet – gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, der anderer Lehrerverbände und -gewerkschaften, der Schulleitungen und des Landeselternbeirats. Diese Empfehlungen werden uns weit über das kommende Jahr hinaus begleiten, denn wir sprechen bei der Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen nicht über Hau-Ruck-Aktionen, sondern über eine langfristige Aufgabe, die dann aber auch lange trägt.

Deswegen gibt es zurzeit den Schulversuch BS20, Berufsschule 2020. Mit ihm erproben wir pädagogische, organisatorische und technische Möglichkeiten, um die Berufsschule weiterzuentwickeln und die duale Ausbildung in der ganzen Fläche unseres Landes langfristig zu sichern.

Das besondere an den Konzepten, die wir in diesem Schulversuch erproben, ist, dass wir das Lernen



an der Berufsschule individualisieren und gleichzeitig durch berufsübergreifende gemeinsame Kurse verbreitern.

Im Rahmen des Modellversuchs BS20 analysiert das Pädagogische Landesinstitut gerade die Rahmenlehrpläne und entwickelt gemeinsam mit den Schulen ein Konzept zum berufsübergreifenden Lernen.

Vielversprechend sind die Ansätze zum Beispiel bei den Industriekaufleuten, den Kaufleuten für Büromanagement, den Kaufleuten im Groß- und Außenhandel, bei den Einzelhandelskaufleuten und den Verkäuferinnen und Verkäufern. Hier können die Auszubildenden beispielsweise bei

Beschaffung, Personal und Marketing gemeinsam und voneinander lernen.

Wir alle, Sie, die Lehrerinnen und Lehrer, der VLW, die Landesregierung – wir investieren viel Kraft, um die duale Ausbildung überall in unserem Land zu erhalten und zu sichern.

Ich weiß: Wir werden unser Ziel gemeinsam erreichen. Und ich bin ganz sicher, dass das, was wir unternehmen, auf breitem Konsens gegründet sein wird. Und das ist eine gute Perspektive für die berufliche Bildung.

Zu den Perspektiven gehört es in diesen Tagen auch, über die Herausforderung zu sprechen, Menschen in unserem Land aufzunehmen, die Zuflucht suchen.

Der Beitrag der Berufsbildenden Schulen wird dabei in den kommenden Jahren unschätzbar wertvoll sein, wie er es auch heute schon für viele Geflüchtete ist. Denn die Menschen, die zu uns kommen und die – wenn sich die Weltlage nicht schnell ändert – bei uns bleiben, wollen arbeiten. Sie wollen ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben führen in





So haben wir beispielsweise im vergangenen Jahr die Reform der Berufsfachschule I abgeschlossen und arbeiten gerade daran, das Berufsvorbereitungsjahr weiterzuentwickeln.

In diesem Schuljahr ist an fünf Standorten inklusiver Unterricht im Berufsvorbereitungsjahr gestartet mit Schülerinnen und Schülern, die den Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung haben.

ihrer neuen Heimat.

Dafür ist eine gute Ausbildung unerlässlich.

Für viele wird die Berufsbildende Schule deshalb das Tor in ihr neues Leben sein – in einer Ausbildung oder im Berufsvorbereitungsjahr oder weil sie zunächst noch die Berufsreife erwerben wollen.

Der erste Schritt ist es dabei immer, Deutsch zu lernen.

Deswegen haben wir die Mittel für Deutschintensivkurse aufgestockt und deswegen profitieren auch heute schon die Berufsbildenden Schulen, weil ihnen Lehrkräfte für die 15 bis 20 Stunden Deutschintensivkurse pro Woche zur Verfügung stehen.

Der Weg, den Geflüchteten Chancen zu bieten, ihnen Deutsch beizubringen, sie in die Gemeinschaft zu integrieren und ihnen ein erfülltes Arbeitsleben zu ermöglichen, wird für viele über die Berufsbildenden Schulen führen. Wir werden Sie, die Lehrerinnen und Lehrer, dabei unterstützen und Ihnen die nötigen Ressourcen bereitstellen.

Ich bin überzeugt davon, dass die Herausforderungen gerade angesichts des demografischen Wandels eine Chance für unser Land ist.

Anrede, lassen Sie uns auch einen Blick auf die anderen Bildungsgänge der Berufsbildenden Schule werfen. Denn die berufliche Bildung in unserem Land hat viele Facetten. Das weiß niemand besser als Sie.

Deshalb gehört zu der Frage der Perspektiven eine ganze Menge mehr als das, was ich bisher schon vorgetragen habe, und mehr als ich in der schon fortgeschrittenen Kürze hier vortragen kann. Ich will aber ein paar Punkte wenigstens anreißen.

Pro Klasse, in der inklusiver Unterricht stattfindet, erhalten die Schulen dann zusätzlich eine Förderschullehrkraft mit 20 Lehrerwochenstunden oder eine pädagogische Fachkraft mit 24 Wochenstunden. Und die Klassenmesszahl kann bei pädagogischem Bedarf von 16 auf 12 reduziert werden.

Eine wichtige Rolle, nicht nur, aber besonders in der Berufsfachschule I und dem Berufsvorbereitungsjahr, spielt die Schulsozialarbeit. Und obwohl die Schülerzahlen sinken, haben wir die Haushaltsmittel für die Schulsozialarbeit seit dem Jahr 2006 fast verdoppelt.

Heute gibt es an 60 öffentlichen



Berufsbildenden Schulen in unserem Land Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Insgesamt stehen 52 Vollzeitstellen dafür zur Verfügung. 2006 waren es noch 36.

Die Schulsozialarbeit hilft und unterstützt. Sie erhöht die Chancen der Schülerinnen und Schüler, die diese Hilfe und Unterstützung brauchen. Und so schafft auch sie Perspektiven – für jeden und jede Einzelne, aber auch für unsere Wirtschaft.

Denn eines ist klar: Wir können es uns nicht nur moralisch, sondern auch ökonomisch nicht leisten, Schülerinnen und Schüler in schwierigen Phasen allein und sie damit vielleicht zurückzulassen.]

Meine Damen und Herren, auch was die Höhere Berufsfachschule angeht, liegen unsere Positionen nicht weit auseinander.

Und weil die Höhere Berufsfachschule heute zunehmend eine Brückenfunktion einnimmt von der Schule in den Beruf, weil sie Jugendlichen ermöglicht, sich weiter zu qualifizieren, auch wenn sie noch keine Ausbildung gefunden haben, weil sie Jugendlichen ermöglicht, weiter zu ler-



nen, auch wenn sie sich über ihre beruflichen Ziele noch nicht klar sind, und weil sie benachteiligten Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bessere Chancen bietet, aus all diesen Gründen, halte ich es für erforderlich, grundsätzlich zu überlegen, wie wir die Höhere Berufsfachschule neu strukturieren.

Deshalb ist die angekündigte Änderung der Landesverordnung noch nicht umgesetzt, deshalb habe ich die umfassende strukturelle Weiterentwicklung der HBF in Auftrag gegeben.

Die Facharbeitsgruppe möchte und wird dabei auch gern auf Ihre Expertise, die Expertise des VLW, zurückgreifen.

Meine Damen und Herren, noch ein paar kurze Worte zur Unterrichtsversorgung an unseren Berufsbildenden Schulen. Auch sie gehört zu den Perspektiven.

Denn eines brauchen die Berufsbildenden Schulen vor allem anderen: gute und engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Und das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Deswegen haben wir in der Vergangenheit alle Hebel in Bewegung gesetzt, um gute Lehrkräfte für unsere Berufsbildenden Schulen zu gewinnen – was nicht einfach war, in einer Zeit, in der sich viel zu wenige Studierende für ein entsprechendes Lehramtsstudium entschieden haben.

Wir haben in diesen Jahren viele Seitenw und Quereinsteiger gewonnen. Das war ein Erfolg für die Schulen und für die Schülerinnen und Schüler.

Das Koblenzer Modell, also die gemeinsame Ausbildung von Lehrkräften an der Universität Koblenz-Landau und der Hochschule Koblenz, hat zudem geholfen, die Lage bei den gewerblich-technischen Mangelfächern zu entschärfen und uns bundesweit eine beachtete Vorreiterrolle beschert.



Im Vallendarer Modell werden nun Lehrkräfte für Pflege ausgebildet. Mit Hochschulen, die den Bedarf in Sozialpädagogik und Gesundheit decken können, stehen wir in Verhandlung. In den kaufmännischen Fächern ist die Lage schon längere Zeit weniger problematisch.

Und so war die Unterrichtsversorgung an Berufsbildenden Schulen im vergangenen Jahr so gut wie seit vielen Jahren nicht mehr. Und auch wenn die Schulstatistik für dieses Schuljahr noch aussteht, lassen die ersten Rückmeldungen die Prognose zu, dass sie sich weiter verbessert hat.

Auch der Schulversuch „Stärkung von Eigenverantwortung, Qualitätsmanagement und Lehr- und Lernkultur (EQuL)“ hält Lösungen bereit, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern.

So verfügen EQuL-Schulen über ein Budget, um Lehrkräfte einzustellen. Damit können sie flexibel ihren Bedarf decken. Durch ein verbindliches Qualitätsmanagementsystem arbeiten sie systematisch an der Verbesserung ihrer Unterrichtsqualität.

Wir sind deswegen bestrebt, dass



über die heutigen 26 EQuL-Schulen hinaus in den kommenden Jahren möglichst viele weitere Berufsbildende Schulen EQuL-Schulen werden.

Damit wollen wir auch das selbstbestimmte Handeln in den Berufsbildenden Schulen weiterentwickeln.

Meine Damen und Herren, ich könnte jetzt noch weiterreden und es wie der ehemalige amerikanische Vizepräsident Hubert Humphrey halten. Der sagte einst über seine eigenen Reden: „Ich fand Sie nie zu lang, ich habe jede Minute davon genossen“. Aber keine Sorge. Ich bin fertig, auch wenn es noch viel zu sagen gäbe.

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Verbandstag. Und danke Ihnen noch einmal herzlich für Ihre Arbeit. Man darf ja nicht vergessen, dass Verbandsarbeit ehrenamtliche Arbeit ist.

Umso mehr sind wir dankbar, dass Sie sie tun und dass wir mit Ihrem Verband einen konstruktiven, manchmal kritischen, aber immer anpackenden und pragmatischen Partner an unserer Seite haben, wenn es darum geht, die berufliche Bildung in unserem Land weiterzuentwickeln.

Wir sind zwar nicht immer einer Meinung – aber das wäre ja auch langweilig.

In jedem Fall glaube ich, dass die Perspektiven für die Berufsbildenden Schulen in unserem Land trotz aller Herausforderungen gut sind und dass wir sie gemeinsam sogar noch besser machen werden.

Deshalb viel Erfolg auch in Zukunft!



## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

1. Welchen Stellenwert haben für Ihre Fraktion die Wahlschulen der Berufsbildenden Schule in unserem Bildungssystem?

- Für den VLW bilden die beruflichen Wahlschulen, insbesondere auch die Höhere Berufsfachschule, einen „Aufzug nach oben“.

- Auch die Klassengrößen sind für den Lernerfolg von erheblicher Bedeutung.

- Die geplanten Veränderungen für das Berufsvorbereitungsjahr sollten einhergehen mit einer entsprechenden Personal- und Sachausstattung.

2. Welche Vorstellungen haben Sie zur Beschulung von Flüchtlingen / Asylsuchenden an den berufsbildenden Schulen des Landes?

- Die Jugendlichen sollten entsprechend ihrer Qualifikationen in unserem Schulsystem beschult werden.

- Voraussetzung ist der Einsatz geeigneten Personals (z.B. Qualifikation im Fach „Deutsch als Fremdsprache“).

3. Wie wollen Sie die Qualität der beruflichen Bildung angesichts des demografischen Wandels sichern?

- Ausbildung an allen Schulstandorten sichert berufliche Bildung und damit Arbeitsplätze in allen Regionen des Landes.

- Der Modellversuch „EQuL“ schafft Selbständigkeit und



Freiräume für die Beruflichen Schulen.

- Die Sozialarbeit an den berufsbildenden Schulen sollte flächendeckend ausgebaut werden.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Sicherung einer bedarfsdeckenden Ausbildung von kaufmännischen Lehrkräften?

- Der Ausbildung des Nachwuchses an kaufmännischen Lehrkräften an der Universität Mainz sollte gesichert werden. Absolventen des Abschlusses „Master of Science“ sollte der Zugang zum Referendariat ermöglicht werden.

- Bei Übernahmen von Lehrkräften nach dem zweiten Staatsexamen sollten Lehrkräfte mit beruflicher Fachrichtung bevorzugt eingestellt werden.

- Absolventen mit dem 2. Staatsexamen soll frühzeitig eine verbindliche Zusage erteilt werden, um Abwanderung zu vermeiden.

5. Wie wollen Sie inklusiven Unterricht an den berufsbildenden Schulen des Landes ermöglichen?

- Die berufsbildenden Schulen des Landes benötigen Unterstützung bei der Umsetzung der Ziele inklusiven Lernens. Dazu sind neben der Sachausstattung entsprechende Fachkräfte und Fortbildungsangebote erforderlich.

6. Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Verbesserung der Lehrer\*innen-Gesundheit an berufsbildenden Schulen?

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erfordert neue Überlegungen z.B. bei der Analyse spezifischer Belastungen und bei der Altersermäßigung.



## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

### 1. Welchen Stellenwert haben für Ihre Fraktion die Wahlschulen der Berufsbildenden Schule in unserem Bildungssystem?

- Für den VLW bilden die beruflichen Wahlschulen, insbesondere auch die Höhere Berufsfachschule, einen „Aufzug nach oben“.

#### Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Der SPD-Fraktion ist die Bedeutung der berufsbildenden Schulen mit ihrem vielfältigen Angebotspektrum innerhalb der gesamten Schulstruktur stets bewusst. Uns eint die große Aufgabe, die Gleichwertigkeit des allgemeinbildenden und berufsbildenden Systems und ihre engagierte Arbeit in den Berufsbildenden Schulen noch stärker als bisher in der öffentlichen Wahrnehmung hervorzuheben und zu verankern. Die Durchlässigkeit und die Aufstiegsorientierung sind die großen Stärken des berufsbildenden Schulwesens. Die Wahlschulbildungsgänge der Berufsbildenden Schulen haben deshalb auch für die SPD-Landtagsfraktion einen hohen Stellenwert.

Die Höheren Berufsfachschulen bieten in einigen Berufsfeldern attraktive ergänzende Abschlüsse als staatlich geprüfte Assistentin/ Assistenten in Ergänzung zu den Angeboten des dualen Ausbildungsmarktes. Die Berufsfachschule 1 bietet eine pädagogisch sehr gut begleitete Möglichkeit, junge Menschen für die Aufnahme einer Ausbildung im dualen System zu stärken.

- Auch die Klassengrößen sind für den Lernerfolg von erheblicher Bedeutung.
- Die geplanten Veränderungen für das Berufsvorbereitungsjahr sollten einhergehen mit einer entsprechenden Personal- und Sachausstattung.

#### Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Die SPD-Fraktion hat sich in der Vergangenheit gemeinsam mit den berufsbildenden Schulen dafür eingesetzt, die Diskussion um die Mindestklassenstärke 25 sowie weiteren einschränkenden Veränderungen in den Höheren Berufsfachschulen zu beenden und zunächst genau zu evaluieren. Der Erhalt der Vielfalt der Angebote, ohne zu zersplittern, ist uns dabei ein wichtiges Anliegen.

Die Berufsfachschule 1 und 2 wurden bereits erfolgreich umstrukturiert. Notwendige Veränderungen im Berufsvorbereitungsjahr sollen aus unserer Sicht auch gemeinsam mit den Akteuren in den Schulen erfolgen.

### 2. Welche Vorstellungen haben Sie zur Beschulung von Flüchtlingen / Asylsuchenden an den berufsbildenden Schulen des Landes?

- Die Jugendlichen sollten entsprechend ihrer Qualifikationen in unserem Schulsystem beschult werden.

#### Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Für die SPD-Fraktion ist es selbstverständlich, dass jugendliche

Flüchtlinge je nach Bildungsstand grundsätzlich in allen Schulformen der Berufsbildenden Schule aufgenommen werden können. Jugendliche ohne Deutschkenntnisse sollen auch in den berufsbildenden Schulen die nötige Sprachförderung in Deutsch-Intensivkursen im Umfang von 15 bis 20 Wochenstunden erhalten und darüber hinaus am allgemeinbildenden Unterricht und insbesondere am Unterricht in Fachpraxis für die berufliche Orientierung teilnehmen.

- Voraussetzung ist der Einsatz geeigneten Personals (z.B. Qualifikation im Fach „Deutsch als Fremdsprache“).

#### Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Uns ist es wichtig, dass die Schulen gut mit qualifiziertem Personal ausgestattet sind und ggf. nachgesteuert wird. In den Deutsch-Intensivkursen werden in der Regel Sprachförderkräfte mit einer Qualifikation für „Deutsch als Zweitsprache“ oder Lehrkräfte mit entsprechender Qualifikation eingesetzt. Für die Ausbildung weiterer qualifizierter Lehrkräfte wird die SPD-Landtagsfraktion dem Pädagogischen Landesinstitut im Jahr 2016 zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

### 3. Wie wollen Sie die Qualität der beruflichen Bildung angesichts des demografischen Wandels sichern?

- Ausbildung an allen Schulstandorten sichert berufliche Bildung und damit Arbeitsplätze in allen Regionen des Landes.



## Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Auf die Auszubildenden im dualen System und damit auf die zukünftigen Fachkräfte unserer Unternehmen hat die SPD-Landtagsfraktion einen besonderen Blick. Wir begrüßen daher den zum Schuljahr 2015/2016 gestarteten Schulversuch BS20, an dem neun berufsbildende Schulen teilnehmen. Diese Schulen erproben pädagogische, organisatorische und technische Möglichkeiten, damit die duale Berufsausbildung auch zukünftig von allen jungen Menschen als attraktiver Weg in eine erfolgreiche berufliche Zukunft gewählt werden kann. Der Schulversuch ist Bestandteil einer Konzeption zur Weiterentwicklung der Teilzeitberufsschule und zur Sicherung der dualen Ausbildung in der Fläche. Sofern weitere Maßnahmen zur Sicherung in der Fläche nötig werden, werden wir diese gemeinsam mit allen Akteuren vor Ort angehen.

- Der Modellversuch „EQuL“ schafft Selbständigkeit und Freiräume für die Beruflichen Schulen.

## Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Mehr Selbständigkeit von Schulen ist der SPD-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Deshalb unterstützt sie das erfolgreiche Schulentwicklungsprojekt „Eigenverantwortung, Qualitätsmanagement und Lehr- und Lernkultur“ (EQuL). Hier bietet sich die Möglichkeit, schulische Angebote entsprechend den regionalen Gegebenheiten zu gestalten und dabei prozessorientiert transparent, nachhaltig und effizient zu arbeiten. Der Unterrichtsausfall kann durch ein selbst-

verantwortetes Personalbudget reduziert werden, Lehrkräfte profitieren vom schuleigenen Fortbildungsbudget. Wir wollen, dass EQuL weiter ausgebaut wird.

- Die Sozialarbeit an den berufsbildenden Schulen sollte flächendeckend ausgebaut werden.

## Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Für die SPD-Landtagsfraktion stellt die Schulsozialarbeit einen wichtigen und unverzichtbaren Baustein schulischer Qualität und des schulischen Miteinanders dar. Durch zusätzliche Mittel wurde diese in den vergangenen Jahren daher kontinuierlich und flächendeckend ausgebaut. Von den 64 öffentlichen berufsbildenden Schulen haben 59 Schulsozialarbeit. Die Mittel wurden seit 2005 von 700.000 Euro auf 2.455.000 Euro im Haushalt 2014/2015 mehr als verdreifacht. Für den Haushalt 2016 sind nochmals 115.000 Euro mehr eingeplant. Wir wollen die Schulsozialarbeit auch weiter stärken.

## 4. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Sicherung einer bedarfsdeckenden Ausbildung von kaufmännischen Lehrkräften?

- Der Ausbildung des Nachwuchses an kaufmännischen Lehrkräften an der Universität Mainz sollte gesichert werden. Absolventen des Abschlusses „Master of Science“ sollte der Zugang zum Referendariat ermöglicht werden.

## Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Für die SPD-Landtagsfraktion ist

klar, dass in besonderen Bedarfssituationen die Möglichkeit offen stehen muss, Quer- und Seiteneinsteiger für das Lehramt an berufsbildenden Schulen auszubilden. In diesem Sinne unterstützen wir Ihr Anliegen, dass auch für dieses Fach weiterhin der Quereinstieg und damit der Zugang für Bewerberinnen und Bewerber mit dem Abschluss „Master of Science“ - sofern der Nachweis der erforderlichen Studienleistungen im allgemeinbildenden Zweifach vorliegt - möglich ist.. Dies setzt allerdings voraus, dass nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber mit einem lehramtsbezogenen Master of Education zur Verfügung stehen.

- Bei Übernahmen von Lehrkräften nach dem zweiten Staatsexamen sollten Lehrkräfte mit beruflicher Fachrichtung bevorzugt eingestellt werden.

## Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Dem stimmt die SPD-Landtagsfraktion zu, da wir zur Zeit den größten Bedarf in den beruflichen Fächern, insbesondere in den technischen Fächern und Gesundheit und Pflege haben.

- Absolventen mit dem 2. Staatsexamen soll frühzeitig eine verbindliche Zusage erteilt werden, um Abwanderung zu vermeiden.

## Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Der Wunsch nach schnelleren und frühzeitigeren Einstellungsverfahren ist für die SPD-Fraktion nachvollziehbar. Diese Anregung haben wir bereits an die zuständi-

ge Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier weiter gegeben.

## 5. Wie wollen Sie inklusiven Unterricht an den berufsbildenden Schulen des Landes ermöglichen?

- Die berufsbildenden Schulen des Landes benötigen Unterstützung bei der Umsetzung der Ziele inklusiven Lernens. Dazu sind neben der Sachausstattung entsprechende Fachkräfte und Fortbildungsangebote erforderlich.

### Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz haben sich schon seit Jahren, besonders bei Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt Lernen, der inklusiven Beschulung angenommen und diese verwirklicht. Dies muss vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention ausgebaut und auch beim Übergang von der Schule in das Arbeitsleben verwirklicht werden. Förder- und Beratungszentren unterstützen berufsbildende Schulen bei der Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts mit ihrer sonderpädagogischen Fachkompetenz. Dazu entwickeln die beteiligten Schulen passgenaue Strukturen der Zusammenarbeit.

Die zunehmende Vermittlung von Kompetenzen für inklusiven Unterricht in der Aus-, Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte aller Schularten trägt darüber hinaus zur Weiterentwicklung der Kompetenzen an den berufsbildenden Schulen bei. Die Empfehlungen der Expertenkommission zur Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen wurden gemeinsam

von der Landesregierung mit den Kammern, Unternehmensverbänden, der Bildungsgewerkschaft und Berufsverbänden entwickelt. Diese tragen in besonderer Weise dem Inklusionsgedanken Rechnung mit den Zielen, die individuelle Förderung auszubauen und inklusiven Unterricht in den einzelnen Schulformen zu erreichen. Mit der in das Schulgesetz aufgenommenen Experimentierklausel zur Entwicklung eines inklusiven Schulsystems in § 1 09a wurde insbesondere für den Bereich der beruflichen Bildung und für die Gestaltung des Übergangs in den Beruf eine rechtliche Grundlage geschaffen, um neue geeignete Organisationsformen für sonderpädagogische Förderung, Beratung und Unterstützung zu ermöglichen. Mit dem Antrag 16/4738 „Gesellschaftliche Teilhabe durch berufliche Bildung stärken - berufsbildende Schulen auf dem Weg zur Inklusion unterstützen“ haben die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Forderungen für die künftige Weiterentwicklung formuliert. Darüber hinaus unterstützen wir die in diesem Schuljahr begonnene Ausweisung von 5 berufsbildenden Schulen mit inklusivem Unterricht im Berufsvorbereitungsjahr mit Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung. Das Projekt ist personell besonders ausgestattet mit zusätzlichen 20 Förderlehrerwochenstunden pro Klasse mit max. 4 Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung und der Möglichkeit einer Reduktion der Klassenmesszahl um ebenfalls bis zu vier Jugendlichen abhängig vom individuellem Förderbedarf. Wir wollen dieses Projekt bedarfsgerecht ausbauen. Weiterhin muss es nach unseren Vorstel-

lungen vermehrt Fortbildungs-, Weiterbildungs- und Beratungsmöglichkeiten zur Unterstützung des inklusiven Unterrichts an berufsbildenden Schulen geben.

## 6. Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Verbesserung der Lehrergesundheit an berufsbildenden Schulen?

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erfordert neue Überlegungen z. B. bei der Analyse spezifischer Belastungen und bei der Altersermäßigung.

### Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Die Lehrergesundheit ist der SPD-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Mit dem 2011 gegründeten Institut für Lehrergesundheit (IfL) hat die Landesregierung eine bundesweit einmalige Einrichtung geschaffen, die landesweit die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung aller im staatlichen Schuldienst beschäftigten Personen sicherstellt. Im Rahmen seiner Tätigkeit berücksichtigt das IfL auch besondere Belastungsfaktoren, die z. B. aus dem Alter der betroffenen Person resultieren können.

Weiter beinhaltet das Schulentwicklungsprojekt EQuL für berufsbildende Schulen zahlreiche Elemente zur Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit wie den konsequenten Ausbau teambasierter Arbeitsstrukturen und die Installation einer Feedbackkultur, zu der z.B. auch die kollegiale Fallberatung gehört. Vielfältige Maßnahmen der Qualitätssicherung sollen die Arbeit der Lehrkräfte erleichtern und unterstützen. Die Fragen von künftigen Möglichkei-

ten der Altersermäßigung und Altersteilzeit für Lehrkräfte wird vor dem Hintergrund der Wirkungen der damit verfolgten Regelungsziele nach § 75a Abs. 6 LBG und der Situation zukünftiger Haushalte zu beantworten sein. Wir werden uns verantwortungsbewusst mit der Thematik auseinandersetzen.

Auf Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 16/5069 „Gesundheitsmanagement in der öffentlichen Verwaltung stärken -Grundlage für längere Lebensarbeitszeit schaffen“ s. Anlage) hat der Landtag am 27.05.15 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Darin wird die Notwendig-

keit, ein adäquates Gesundheitsmanagement und altersgerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen unterstrichen.

## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016



### 1. Stellenwert der Wahlschulen

Für die CDU sind die Wahlschulangebote der Berufsbildenden Schulen ein unverzichtbarer Bestandteil eines vielfältigen Bildungsangebotes. Sie ermöglichen Schülerinnen und Schülern einen Aufstieg mit klarer beruflicher Orientierung. Hierzu gehört für uns auch die Stärkung der Höheren Berufsfachschulen, die in den vergangenen Jahren mehrfach von der Landesregierung zur Disposition gestellt wurden. Dieses Angebot ist für uns keine Konkurrenz zur dualen Ausbildung, sondern es bietet vielen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, eine anspruchsvolle Ausbildung zu beginnen.

Die CDU steht für die Gleichwertigkeit der Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Schulen. Person unterschiedlich, was individuelle Modelle auch im Bereich der Arbeitsgestaltung notwendig macht. Ein Altersteilzeit-Modell hat sich hier in der Vergangenheit bewährt und wird unter unserer Regierungsverantwortung auch fortgeführt werden.

### 2. Beschulung von Flüchtlingen

Zu einer gelingenden Integration gehört auch die Möglichkeit der Teilhabe am Arbeitsmarkt. Dazu bedarf es einer intensiven Vorbereitung insbesondere durch die Schulen. Die CDU möchte hierzu nach Möglichkeit die Schulpflicht für Asylbewerber auch auf ältere Flüchtlinge ausdehnen.

Generell wollen wir für Flüchtlinge spezielle Vorlaufklassen bilden statt sie vom ersten Tag an und ohne jede Deutschkenntnisse in bestehende Klassen zu integrieren. Im Bereich der Berufsbildenden Schulen wollen wir hierbei ein zweijähriges BVJ umsetzen, wobei der Fokus im ersten Jahr auf der Sprachförderung und dem Vermitteln von Grundkenntnissen über deutsche Werte und Sitten liegen soll, im zweiten Jahr Berufsorientierung im Vordergrund stehen soll. Alternativ können die Flüchtlinge bei entsprechender Qualifikation nach dem ersten Jahr in Wahlschulbildungsgänge wechseln.

Bei der Umsetzung müssen die Berufsbildenden Schulen umfassend mit dem nötigen Personal ausgestattet werden.

### 3. Qualitätssicherung

Insbesondere im ländlichen Raum brauchen wir einen flexibleren Klassenteiler, um hier Fachklassen erhalten zu können. Dazu gehört für uns auch, Schulen dabei zu unterstützen, verwandte Ausbildungsberufe verstärkt in einzelnen Fächern zumindest zu Beginn der Ausbildung zusammen zu legen. Denn mit dem Schließen der Klassen wird häufig auch der Beruf durch lange Fahrwege für junge Menschen unattraktiv, und Betriebe finden keine Auszubildenden mehr.

Die vor einigen Jahren reformierte Berechnung des PAUSE-Faktors wollen wir einer kritischen Überprüfung unterziehen. Aktuell hat sich dadurch nämlich die Gesamtsituation der einzelnen Schulen in Bezug auf Lehrerstundenzuweisung nicht wesentlich verbessert. Die Notwendigkeit von sozialpädagogischer Begleitung von Schulen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Entgegen der Versprechungen im Koalitionsvertrag hat die aktuelle Landesregierung hier jedoch keinerlei Verbesserungen umgesetzt.

Zusätzlich steigt auch an den Be-

rufsbildenden Schulen der Bedarf nach Ganztagsschulangeboten. Wir werden hier in der kommenden Legislaturperiode einen Schwerpunkt setzen und Berufsbildende Schulen gleichberechtigt sowohl am Ganztagsschulprogramm wie auch an der Schulsozialarbeit teilhaben lassen. Das Modellprojekt EQuL, das Schulen mehr Selbständigkeit gibt, begrüßen wir. Wir wollen hier jedoch einen Schritt weiter gehen und allen Schulen in allen Schularten die Möglichkeit geben, selbständige Schule zu werden.

#### 4. Lehrkräftesicherung

Die CDU hat in der Vergangenheit mehrfach auf die Probleme von Studierenden an der Mainzer Universität hingewiesen und gefordert, dass auch Absolventen des „Masters of Science“ zum Referendariat zu gelassen werden. Hier werden wir als CDU eine Rechtssicherheit schaffen, um

mehr junge Menschen für den Beruf als kaufmännische Lehrkraft zu gewinnen. Diese sind bei der Einstellung an berufsbildenden Schulen bevorzugt einzustellen. Insgesamt brauchen wir mehr Anreize in Rheinland-Pfalz. Durch den verspäteten Einstellungstermin wandern vielen fertige Referendare in andere Bundesländer ab und fehlen an unseren Schulen.

#### 5. Umsetzung der Inklusion

Die CDU steht dazu, gemeinsamen Unterricht zwischen Kindern mit und ohne Beeinträchtigung bedarfsgerecht auszubauen. Grundlage aller Entscheidungen ist hier jedoch nicht ein gesellschaftliches Ziel, sondern das Wohl des einzelnen Kindes bzw. Jugendlichen. Vor diesem Hintergrund schätzen und unterstützen wir die gute Arbeit der Förderschulen und wollen gleichzeitig Schulen bei der Umsetzung des

gemeinsamen Unterrichts unterstützen und stärken. Grundlage dafür ist der Ressourcenvorbehalt - wir können an den Schulen nur so viel gemeinsamen Unterricht anbieten, wie auch personelle, räumliche und sächliche Ressourcen vorhanden sind. Dazu werden wir verbindliche Standards formulieren, auf die beeinträchtigte Kinder unabhängig vom Förderort einen Anspruch haben.

#### 6. Lehrgesundheit

Der Lehrerberuf geht mit besonderen psychischen Belastungen einher. Diese sind bei jeder Person unterschiedlich, was individuelle Modelle auch im Bereich der Arbeitsgestaltung notwendig macht. Ein Altersteilzeit-Modell hat sich hier in der Vergangenheit bewährt und wird unter unserer Regierungsverantwortung auch fortgeführt werden.

## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

### 1. Welchen Stellenwert haben für Ihre Fraktion die Wahl-schulen der Berufsbildenden Schule in unserem Bildungssystem?

- Für den VLW bilden die beruflichen Wahlschulen, insbesondere auch die Höhere Berufsfachschule, einen „Aufzug nach oben“.
- Auch die Klassengrößen sind für den Lernerfolg von erheblicher Bedeutung.
- Die geplanten Veränderungen für das Berufsvorbereitungsjahr sollten einhergehen mit

einer entsprechenden Personal- und Sachausstattung.

#### Antwort:

Die berufsbildenden Schulen haben für uns GRÜNE einen enorm hohen Stellenwert. Die Akteure der berufsbildenden Schulen vermitteln fachliche Kompetenzen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Integration von jungen Menschen. Die berufliche Integration von jungen Menschen ist für uns GRÜNE der Schlüssel für kulturelle sowie soziale Teilhabe und ist daher für uns von großer Bedeutung. Insbesondere die Höheren Berufsfach-

schulen bieten bedarfsgerechte Qualifizierungsmöglichkeiten, um Schülerinnen und Schülern über den zweiten Bildungsweg den Zugang zu akademischen Bildungsangeboten an den Hochschulen zu ermöglichen. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem und für die Fachkräftesicherung.

Die rot-grüne Landesregierung beabsichtigt aus diesem Grund, das schulische Angebot für das Schuljahr 2016/2017 erneut bedarfsgerecht auszubauen. Sie sieht, gerade im Hinblick auf den Demographischen Wandel, zu-



dem eine Anpassung an regionale Gegebenheiten vor, um die Qualifizierungsmöglichkeiten insbesondere im ländlichen Raum nachhaltig sicherstellen zu können.

Eine adäquate Klassenmesszahl ist für das Schüler-Lehrer-Verhältnis und den Lernerfolg in einer angenehmen Arbeitsatmosphäre von großer Bedeutung. Aus diesem Grund ist die rot-grüne Landesregierung stets darum bemüht Klassenmesszahlen auf einem dauerhaft niedrigen Niveau sicherzustellen. Insgesamt wurden für die Umsetzung des Stufenplans zur Absenkung der Klassenmesszahlen bislang mehr als 1000 Vollzeitstellen eingesetzt.

In Rheinland-Pfalz gilt für die Orientierungsstufe die Klassenmesszahl von 28 Kindern. Damit haben wir in diesem Bereich im bundesweiten Vergleich mit die kleinsten Klassen.

Erfreulicherweise sind die SchülerInnenzahlen nicht so stark gesunken wie prognostiziert. Der für die beiden kommenden Schuljahre vorgesehene Schritt, zunächst für die fünfte und dann für die sechste Klassenstufe die Klassenmesszahl auf 25 Schülerinnen und Schüler zu reduzieren, wurde daher ausgesetzt. Die 200 Lehrerstellen, die für die weitere Absenkung der Klassenmesszahl in der Orientierungsstufe veranschlagt wurden, werden in vollem Umfang für eine weitere Verbesserung der strukturellen Unterrichtsversorgung zur Verfügung stehen. Die Landesregierung beabsichtigt, den strukturellen Unterrichtsausfall weiter zu reduzieren.

Wir wissen, dass insbesondere die berufsbildenden Schulen vom

strukturellen Unterrichtsausfall betroffen sind, wenngleich seit dem Schuljahr 2011 der Unterrichtsausfall von 6 % auf 4,5 % und im Umfang von 75 Vollzeit-Stellen kontinuierlich gesenkt werden konnte. Uns ist ferner bewusst, dass Schülerinnen und Schüler, die nicht auf direktem Wege die Berufsreife erlangen, einer intensiveren fachlichen Betreuung seitens der Fachlehrer bedürfen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die berufsbildenden Schulen künftig berücksichtigt werden und zusätzliche Unterstützung (z.B. Team-Teaching) erhalten.

## 2. Welche Vorstellungen haben Sie zur Beschulung von Flüchtlingen / Asylsuchenden an den berufsbildenden Schulen des Landes?

- Die Jugendlichen sollten entsprechend ihrer Qualifikationen in unserem Schulsystem beschult werden.
- Voraussetzung ist der Einsatz geeigneten Personals (z.B. Qualifikation im Fach „Deutsch als Fremdsprache“).

### Antwort:

Die große Zahl ankommender Flüchtlinge hat zuletzt dazu geführt, dass die Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die keine oder nur geringe deutsche Sprachkenntnisse besitzen, stark gestiegen ist. Dies bedeutet eine besondere Herausforderung für alle beteiligten Akteure in der Politik und in den Kommunen.

Da Sprache eine zentrale Voraussetzung für Integration ist, hat die rot-grüne Landesregierung einen Maßnahmenplan zur Sprachför-

derung in Schulen auf den Weg gebracht. Das Budget für die darin enthaltenen Maßnahmen wurde jüngst von 1,6 Millionen Euro auf 2,6 Millionen für das laufende Jahr aufgestockt.

Der Maßnahmenplan ist speziell für die Sprachförderung von Neuankömmlingen mit geringen Sprachkenntnissen entwickelt worden. Ein wesentliches Element bilden dabei die Deutsch-Intensivkurse, die kontinuierlich ausgebaut wurden und Vorrang vor anderen Formen der Sprachförderung haben sollen.

Wir GRÜNE lehnen die Forderung der CDU entschieden ab, Kinder aus Flüchtlingsfamilien in „Deutschvorlaufklassen“ zu separieren, da Integration und das Erlernen von Sprache nur im Kontext eines sozialen Umfeldes gelingen kann. Die Deutsch-Intensivkurse, die von Beginn an auch auf die Teilnahme am Unterricht in Regelklassen setzen, sind daher aus unserer Sicht der richtige Weg. Es ist außerdem wissenschaftlich hinreichend belegt, dass der Herkunftssprachenunterricht ein zentraler Baustein zur Förderung der Mehrsprachenkompetenz ist. Der Herkunftssprachenunterricht wurde daher bis zum Ende der Sekundarstufe erweitert und wird nun für das Schuljahr 2014/2015 durch insgesamt 154 staatliche Lehrkräfte in insgesamt 14 Sprachen erteilt.

Darüber hinaus wurden zum neuen Schuljahr landesweit 41 Runden Tische zur Sprachförderung eingerichtet. Die Runden Tische haben sich als tragfähiges Angebot erwiesen, da sie zwischen den Schulen und Schulträgern inhaltlich eng miteinander abgestimmt wurden. Die Runden Tische wer-

den bspw. auch dazu genutzt, die Unterstützungsangebote von Kindertagesstätte, VHS und freien Trägern aufeinander abzustimmen.

Um die Lehrerinnen und Lehrer auf die mit der Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien verbundenen Aufgaben besser vorzubereiten, hat die Landesregierung das Fort- und Weiterbildungsangebot des Pädagogischen Landesinstituts um Qualifikationsmodule erweitert und ausgebaut. Neben den Kompetenzen für „Deutsch als Zweitsprache“ werden auch Hilfestellungen für die Alphabetisierung von Jugendlichen vermittelt.

Wie wollen Sie die Qualität der beruflichen Bildung angesichts des demografischen Wandels sichern?

- Ausbildung an allen Schulstandorten sichert berufliche Bildung und damit Arbeitsplätze in allen Regionen des Landes.
- Der Modellversuch „EQuL“ schafft Selbständigkeit und Freiräume für die Beruflichen Schulen.
- Die Sozialarbeit an den berufsbildenden Schulen sollte flächendeckend ausgebaut werden.

### Antwort:

- Die schulische Versorgung stellt aufgrund des demografischen Wandels insbesondere für ländliche Regionen eine der zentralen bildungspolitischen Herausforderungen dar. Aus diesem Grund setzen wir GRÜNE uns vehe-

ment für die Förderung des Ausbaus von wohnortnahen Schulstandorten ein. Unter Berücksichtigung des demographischen Wandels soll durch neu gestaltete Unterrichtskonzepte das Ausbildungsangebot vor allem an kleineren Berufsschulstandorten und im ländlichen Raum sichergestellt werden. Darüber hinaus setzen wir GRÜNE uns für die Ausweitung der kostenfreien Schülerbeförderung in einem engmaschigen ÖPNV-Netz ein.

- Das Schulentwicklungsprojekt „Eigenverantwortung, Qualitätsmanagement und Lehr- und Lernkultur“ (EQuL) stärkt die Berufsbildenden Schulen durch mehr selbständige Entscheidungsmöglichkeiten im finanziellen sowie personellen Bereich, da den Berufsbildenden Schulen eigene Budgets für verschiedene Aufgaben zur Verfügung stehen, die Gestaltungsspielräume eröffnen. Das Schulentwicklungsprojekt hat sich aus unserer Sicht bewährt. Aus diesem Grund wurde die Anzahl von Berufsbildenden Schulen, die an EQuL teilnehmen, inzwischen auf 26 Standorte ausgeweitet. Zum Schuljahr 2016/2017 sollen sieben weitere BBSen als EQuL-Schulen an den Start gehen und in den Folgejahren soll dieser Kreis schrittweise weiter ausgebaut werden. Die rot-grüne Landesregierung beabsichtigt darüber hinaus mit dem Schulversuch B20 zur Sicherung der dualen Ausbildung landesweit neue Modellschulen zu erproben. Der Schulversuch zielt auf eine bessere Verzahnung beispielsweise von Nahrungsberufen

wie Bäcker, Fleischer und Fachverkäufer mit bestimmten Lernfeldern wie Personalführung oder Kundenservice ab. Er soll zu einer transdisziplinären Unterrichtskultur im Bereich der berufsbildenden Schulen führen. Darüber hinaus sollen Lernprozesse stärker individualisiert und flexibilisiert werden, damit Auszubildende künftig auf passgenaue Angebote zurückgreifen können.

- Mit den Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ist es gelungen den Kommunen zusätzliche finanzielle Spielräume für die Erweiterung der Angebote der Schulsozialarbeit zu eröffnen. In den Jahren 2011 bis 2013 wurden für alle rheinland-pfälzischen Kommunen Bundesmittel in Höhe von rund 11 Mio. Euro/Jahr für mehr Stellen in der Schulsozialarbeit und Hortmittagessen zur Verfügung gestellt. Mit den zusätzlichen Bundesmitteln konnten landesweit 178 neue Stellen an Schulen oder externen Koordinierungsstellen geschaffen werden. Die Gelder für Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes sind mittlerweile ausgelaufen. Der Landeshaushalt sieht für die Förderung von Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen, die den Abschluss der Berufsreife anbieten, seit dem Doppelhaushalt 2014/2015 wieder einen Gesamtansatz von rund 5,1 Mio. Euro vor. Der Wert liegt damit höher als der Ausgangswert vor der Förderung durch das Bildungs- und Teilhabepaket. Die Einhaltung der verfassungsrechtlich verankerten

Schuldenbremse macht große finanzielle Sprünge in diesem Bereich unmöglich. Umso wichtiger ist es uns GRÜNEN, uns weiterhin für mehr finanzielle Unterstützung des Bundes im Bildungsbereich einzusetzen und uns für eine Aufhebung des Kooperationsverbots im Bereich der Schulen zu engagieren.

### 3. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Sicherung einer bedarfsdeckenden Ausbildung von kaufmännischen Lehrkräften?

- Die Ausbildung des Nachwuchses an kaufmännischen Lehrkräften an der Universität Mainz sollte gesichert werden. Absolventen des Abschlusses „Master of Science“ sollte der Zugang zum Referendariat ermöglicht werden.
- Bei Übernahmen von Lehrkräften nach dem zweiten Staatsexamen sollten Lehrkräfte mit beruflicher Fachrichtung bevorzugt eingestellt werden.
- Absolventen mit dem 2. Staatsexamen soll frühzeitig eine verbindliche Zusage erteilt werden, um Abwanderung zu vermeiden

#### Antwort:

Das System der Beruflichen Schulen ist die tragende Säule der dualen Ausbildung. In Anbetracht der Vielzahl der bestehenden Lehrberufe ist das Angebot an den Berufsbildenden Schulen enorm differenziert. Eine ausreichende Anzahl von Fachlehrerinnen und Fachlehrern zu finden wird dadurch erschwert, dass momen-

tan nicht genügend Lehrkräfte auf dem Arbeitsmarkt vorhanden sind. Das gilt auch, aber nicht nur, für die kaufmännischen Berufe. Daher sind vor allem Maßnahmen zur Gewinnung von Fachlehrkräften von Bedeutung, insbesondere in Mangelfächern. Die Landesregierung hat hier mit der Imagekampagne „Entdecke die Lehre in Dir!“ intensiv für das Lehramt an berufsbildenden Schulen geworben. Das wollen wir auch weiterhin tun. Eine weitere Möglichkeit bietet die verstärkte Einstellung von Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einsteigern in Mangelfächern unter umfänglicher Berücksichtigung von bereits vorhandenen betrieblichen Erfahrungen. Und schließlich muss noch stärker der Beruf der Lehrkraft an berufsbildenden Schulen in den Fokus von Berufsberatung rücken: Auch Abiturienten an Gymnasien müssen mit der attraktiven Möglichkeit des Lehramts an Berufsbildenden Schulen vertraut gemacht werden.

### 4. Wie wollen Sie inklusiven Unterricht an den berufsbildenden Schulen des Landes ermöglichen?

- Die berufsbildenden Schulen des Landes benötigen Unterstützung bei der Umsetzung der Ziele inklusiven Lernens. Dazu sind neben der Sachausstattung entsprechende Fachkräfte und Fortbildungsangebote erforderlich.

Ein Schlüssel zur Umsetzung der Inklusion ist die Stärkung der Kompetenzen von Lehrkräften für das inklusive Unterrichten in allen Phasen der Lehrkräftebildung. Mit dem „Gesetzesentwurf zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften“ wird die

Verpflichtung der Qualifizierung von Lehrkräften während aller Phasen der Lehrkräftebildung für inklusiven Unterricht verwirklicht.

Neben der Stärkung der beruflichen Kompetenzen von Lehrkräften spielen für das Gelingen von Inklusion auch die Weiterentwicklung von Schule und Unterricht sowie die Zusammenarbeit in den Schulen durch multiprofessionelle Beratung und Vernetzung eine zentrale Rolle. Sie müssen gestärkt und ausgebaut werden.

Inklusion muss insbesondere beim Übergang von der Schule in das Arbeitsleben verwirklicht werden, um die Inklusion für alle Lebensbereiche gleichermaßen sicherstellen zu können. In dieser sensiblen Phase benötigen junge Menschen ein Übergangssystem. Die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz leisten hierbei schon seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag und haben sich der Herausforderung einer inklusiven Beschulung längst angenommen.

Die in das Schulgesetz aufgenommene Experimentierklausel (§109 a SchulG) zur Entwicklung eines inklusiven Schulsystems schafft insbesondere für den Bereich der beruflichen Bildung sowie die Übergangsgestaltung eine rechtliche Basis für neue, bedarfsgerechte Organisationsformen der sonderpädagogischen Förderung, Beratung und Unterstützung.

Für uns GRÜNE steht insbesondere die individuelle Unterstützung im Vordergrund, damit die Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) nicht die einzige berufliche Perspektive für junge Menschen mit Beeinträchtigung bleibt.

**5. Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Verbesserung der Lehrgesundheit an berufsbildenden Schulen?**

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erfordert neue Überlegungen z.B. bei der Analyse spezifischer Belastungen und bei der Altersermäßigung.

**Antwort:**

Lehrerinnen und Lehrer sind besonderen Belastungen ausgesetzt, weswegen das Renteneintrittsalter um ein Jahr weniger angehoben wurde als für die übrigen Landesbeamten. Mit dem Institut für Lehrgesundheit (IfL) verfügt

das Land über eine Einrichtung von der inzwischen ca. 45.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an über 1.600 Schulen landesweit profitieren. Das Institut setzt zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit von Lehrkräften gezielt auf arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen. Das Institut für Lehrgesundheit bietet darüber hinaus Schulbegehungen sowie die individuelle Beratung von Lehrkräften und Schulleitungen oder die Durchführung von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung an. Ein weiterer Auftrag besteht in der Wiedereingliederung von langfristig Erkrankten. Darüber hinaus ermöglicht die Ansiedlung des Instituts an der Universitätsmedizin Mainz eine

enge Verzahnung von arbeitsmedizinischer Betreuung und der Forschung im Bereich des präventiven Gesundheitsschutzes. Das IfL wird vom Land mit knapp 1,6 Millionen Euro finanziert und beschäftigt aktuell mehr als 20 Personen. Es verfügt außerdem über drei „mobile Einheiten“, die es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen, vor Ort, in den Schulen bzw. in regionalen Sprechstunden präsent zu sein. Seit der Gründung des IfL wurden rund 2.000 individuelle Beratungen sowie ca. 120 Studientage durchgeführt.

## **Schreiben von Ministerin Reiß “Tag der kaufmännischen Schule” am 28. September 2015 in Kaiserslautern**

Sehr geehrter Herr Fuß,

am „Tag der kaufmännischen Schule“ am 28. September 2015 in Kaiserslautern hatte ich Ihnen zugesagt, dass ich an anderer Stelle gerne auf Ihre Ausführungen zur Situation des Lehrkräftenachwuchses an kaufmännischen beruflichen Schulen eingehen möchte.

In Ihrer Rede haben Sie mit Blick auf die Unterrichtsversorgung die Überführung des Studiengangs Wirtschaftspädagogik in Bachelor- und Masterstrukturen kritisiert.

Sehr wichtig ist mir, in diesem Zusammenhang auf Folgendes hinzuweisen und klarzustellen:

Das Studienangebot des Faches Wirtschaft für das Lehramt an berufsbildenden Schulen an der Universität Mainz ist mir ein wichtiges Anliegen. Deshalb bin ich sehr froh, dass es nach einem intensiven Abstimmungsprozess zwischen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und meinem Haus gelungen ist, ein pragmatisches Studiengangmodell zu konzipieren, dessen Struktur und Inhalte sowohl den landesspezifischen Vorgaben als auch den einschlägigen Beschlüssen der Kultusministerkonferenz zur gegenseitigen Anerkennung von lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterabschlüssen in den Studiengängen sowie den ländergemeinsamen curricularen Anforderungen entspricht. Denn nur dadurch ist gewährleistet, dass

die Absolventinnen und Absolventen des Masterstudiengangs Wirtschaftspädagogik (M.Ed.) einen Anspruch auf Zugang zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz und auch in allen anderen Bundesländern erhalten. Eine Gefährdung dieser Anerkennung wäre im Interesse der Studierenden nicht vertretbar.

Studierende, die sich innerhalb dieses Studiengangmodells nach dem Bachelorstudium nicht für den auf eine Tätigkeit in der Schule vorbereitenden lehramtsbezogenen Masterstudiengang (M.Ed.), sondern für den Studiengang Master of Science in Wirtschaftspädagogik (M.Sc.) entscheiden, können aus den oben genannten Gründen keinen



gleichberechtigten Zugang zum Vorbereitungsdienst erhalten.

Bei entsprechendem Bedarf können sich allerdings Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs Master of Science (M.Sc.) für den Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst bzw. für die Einstellung in den Seiteneinstieg bewerben. Jedoch werden auch im Bedarfsfall die nach den KMK-Vorgaben entsprechend ausgebildeten Absolventinnen und Absolventen des lehramtsbezogenen Studiengangs immer mit Priorität zugelassen.

Dieser Bedarf war allerdings zu den letzten Einstellungsterminen nicht gegeben: Das Fach Wirt-

schaft wurde in der Vergangenheit noch nie für den Seiteneinstieg ausgeschrieben. Auch für die Zulassung zum Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst be<sup>steht</sup> steht aktuell kein Bedarf (zuletzt im Jahr 2012).

Gegenwärtig ist nicht von einem besonderen Bedarf für das Fach Wirtschaft auszugehen. Aktuell wird im Vorbereitungsdienst für das Lehramt an berufsbildenden Schulen jede vierte Referendarin bzw. jeder vierte Referendar im Fach Wirtschaft ausgebildet. Selbstverständlich behalten wir wie bereits bisher die Entwicklung der Unterrichtsversorgung sorgsam im Blick und werden, sofern es angezeigt erscheint,

entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Ich hoffe, meine Ausführungen zum lehramtsbezogenen Studium des Faches Wirtschaftspädagogik in Rheinland-Pfalz tragen zur Klärung bei. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie freundlich bitten, dieses Schreiben den Mitgliedern Ihres Landesverbandes in geeigneter Weise zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Vera Reiß

## **Folgeschwere Fehleinschätzung? Der VLW fordert die umgehende Öffnung des Quereinstiegs für Absolventen der Wirtschaftspädagogik mit dem Abschluss**

Wir finden es durchaus lobenswert, dass Ministerin Reiß unsere Warnung vor der drohenden Knappheit an Absolventen der Wirtschaftspädagogik an unserem „Tag der Kaufmännischen Schule“ in Kaiserslautern ernst genommen hat. Sie hat konsequenterweise das Landesprüfungsamt im Ministerium damit beauftragt, unsere Bedenken zu prüfen und uns abschließend das vorliegende Schreiben zukommen lassen. Dies ist im Prinzip vorbildliche politische Arbeit, über die wir uns freuen würden, wenn wir die

getroffene Einschätzung tatsächlich teilen könnten. Wortwörtlich heißt es am Ende des Schreibens „Gegenwärtig ist nicht von einem besonderen Bedarf für das Fach Wirtschaft auszugehen.“ Eine Öffnung des Vorbereitungsdienstes für den Quereinstieg im Bereich Wirtschaftspädagogik, M.o.S., sei somit derzeit nicht erforderlich. Wir wundern uns allerdings darüber, dass wir von verschiedensten Regionen des Landes, sowohl von den Schulen als auch von den Studienseminaren, zu hören bekommen, dass die Zahl der Referenda-

rinnen und Referendare mit dem Fach Wirtschaft signifikant zurückgegangen ist. Vor dem Hintergrund des hohen Ersatzbedarfes, der im kaufmännischen Bereich durch anstehende Pensionierungen zu erwarten ist, halten wir dies für eine gefährliche Entwicklung. Das Ministerium sollte jetzt den Mut haben, den Quereinstieg zuzulassen. Dramatische Bewerberzahlen sind kaum zu erwarten und es könnte dem drohenden Mangel entgegengewirkt werden, bevor es zu spät ist.

### **Schüler sind NICHT gleich.**

SchülerInnen sind NICHT gleich. Wie augenscheinlich! Und damit soll nicht angespielt werden auf Hautfarbe, Wissen, Interesse oder gar IQ, sondern auf die ungleiche Art, wie wir alle lernen. Bereits in den 70ern wurden Theorien entwickelt, um diese Ungleichheit im Lernen fassbar zu machen. Lernt der Schüler

eher auditiv (Lernweg: hören), haptisch (Lernweg: anfassen), visuell (Lernweg: sehen) oder kinästhetisch (Lernweg: ausführen), war eine der Fragen, die aufgeworfen wurde. Im theoretischen Unterricht nach der Grundschule ist diese Unterscheidung für die Vorbereitung des Lernstoffes allerdings wenig hilfreich. Warum? Überlegens Sie, welchen Zeitaufwand es benötigt, die Regel „minus mal minus ergibt plus“ begreifbar zu machen.

Vor diesem Hintergrund entwickelte zu Beginn der 200er die US-amerikanische Mathematiklehrerin und Schulentwicklerin Gayle H. Gregory ein interessantes Modell. In ihrem Modell werden SchülerInnen mit gleichen „Lernstilen“ zusammengefasst, um die Ungleichheit im Unterricht berücksichtigen zu können. Sehr anschaulich wird dieses Modell in ihrem Buch aus dem Jahr 2005 dargestellt. Ein Buch, das leider bis zum heutigen Tag noch nicht ins Deutsche übersetzt wurden.

Gayle H. Gregory unterscheidet hierin vier Lernstile<sup>1</sup>:

- Die Beach balls, die spontan sind, gerne Dinge ausprobieren und durch Versuch und Irrtum lernen.
- Die Clipboards, die bevorzugt mit festen Schemata arbeiten und Checklisten und Zusammenfassungen schreiben.
- Die Microscopes, die unbedingt Hintergründe erforschen, Zusammenhänge herstellen und Begründungen für alles haben wollen.
- Und last, but not least die Puppies, die am liebsten mit anderen zusammen lernen, sehr empathisch sind und Wert legen auf eine gute Atmosphäre – nicht nur in der Klasse.

Fazit? Ein einheitlicher Unterricht wird diesen ungleichen Anforderungen nicht gerecht. Erschwerend kommt hinzu, dass der Unterricht meistens nur in einem Stil gehalten wird: dem Lehrstil des Lehrers und dieser Lernstil nur einen Teil der Klasse glücklich macht.

Soweit das Modell von Gayle H. Gregory.

Andere US-amerikanische Autoren vertreten eine gegenteilige Auffassung: sie behaupten, dass die verfügbaren Untersuchungen nicht darauf schließen lassen, dass, wenn jeder Schüler das Unterrichtsmaterial so bekäme, wie es zu seinem Lernstil passt, die Klasse insgesamt besser abschneiden würde.<sup>2</sup> Diese Auffassung beruht auf amerikanischen Experimenten, bei denen mittels Multiple-Choice getestet wurde.

Neugierig geworden durch diese so konträre Behauptung?

Dieser offensichtliche Widerspruch hat mich zu folgendem kleinen Experiment bewogen:

Drei Klassen der Jahrgangsstufe 11 des beruflichen Gymnasiums wurden von mir unterrichtet und eine weitere Klasse von einem Kollegen. Die beiden größten Klassen wurden zu „Versuchsgruppen“ und in dieser Funktion über Lernstile informiert. Nachdem die beiden Versuchsgruppen mit den unterschiedlichen Lernstilen nach Gregory bekanntgemacht worden sind, machte

- die eine Versuchsgruppen einen Test und
- die andere erhielt einen Selbsteinschätzungsbogen.

Die kleinste Klasse und die Klasse eines Kollegen wurden als „Kontrollgruppen“ klassifiziert und erhielten ebenfalls den Lernstilttest zur Selbsteinschätzung.

<sup>1</sup> vgl. Gregory (2005), S. 38, 44.

<sup>2</sup> vgl. Smith et al. (2002), S. 411, zitiert u. a. in Coffield et al. (2004a), S. 68.

Im weiteren Verlauf des Experimentes erhielten die Schüler der beiden Versuchsgruppen in jeder Unterrichtsstunde Material, das das Thema ihrem Lernstil gemäß erklärt. Die Übungsaufgaben waren im Kern die gleichen, wenngleich erweitert um lernstilspezifische Dinge.

So ergab sich folgende Struktur am Beispiel: Parabel

- Den Beach balls wurde sie anhand des Durchhängens von Lichtschnüren bei einer Party erklärt; in den Aufgaben mussten sie teilweise Dinge ausprobieren und konnten Neues entdecken.
- Den Microscopes dienten die Lichtschnüre nur als Analogie. Ergänzend bekamen sie spezielle Übungsaufgaben zum Beweisen und Begründen.
- Die Puppies erhielten als Aufgabenbeispiel die Parabel, die das Zebra „Marty“ im Film „Madagascar“ spuckt. An dieser, den Schülern bekannten Darstellung, wurden alle Themenaspekte erklärt.
- Auf die Clipboards wartete das Beispiel aus „Madagascar“ als analoges Bild, allerdings lag der Fokus der Anleitungen mehr auf den einzelnen durchzuführenden Schritten, also der Beherrschung der Technik.

So sieht das Unterrichtsmaterial aus ...

... für die Puppies:

Mist! Die Funktionsgleichung habe ich, aber der Text ist verloren gegangen. Wie weit ist das Zebra Marty denn gelaufen? Ich habe das Maul als Nullpunkt gewählt...

Vorgehen: Wenn eine Funktion vom Typ  $y = x^2 + px + q$  gegeben ist, ergeben sich die Nullstellen durch die „p-q-Formel“:  $x_{1,2} = -\frac{p}{2} \pm \sqrt{\left(\frac{p}{2}\right)^2 - q}$ .

Steht vor der größten Potenz ( $x^2$ ) noch ein anderer Wert als „1“, muss erst durch diesen geteilt werden.

**Die Schnittpunkte mit der x-Achse sind die Nullstellen, der y-Wert ist immer Null!**

... für die Clipboards:

Kennzeichen ist die ausführliche Erklärung der Schritte.

Wenn man die Funktionsgleichung bereits kennt, kann man schnell herausfinden, wie breit der Lichtschlauch hängt. Wir benötigen also die Stellen (x-Werte), wo die Kurve die x-Achse schneidet. Nullstellen sind die x-Werte, wo der Graph die x-Achse schneidet. Die Schnittpunkte mit der x-Achse haben immer den y-Wert Null!

Schauen wir uns erneut die Funktionsgleichung von Punkt 1,  $f(x) = 0,5x^2 - 1,5x$ , an.

Die Nullstellen einer Parabel vom Typ  $f(x) = x^2 + px + q$  können mithilfe der p-q-Formel ermittelt werden:

$$f(x) = x^2 + px + q = 0 \Rightarrow x_{1,2} = -\frac{p}{2} \pm \sqrt{\left(\frac{p}{2}\right)^2 - q}$$

Unsere Funktionsgleichung  $f(x) = 0,5x^2 - 1,5x$  hat aber noch einen Koeffizienten vor  $x^2$ . Wir überführen zuerst in die Form ohne diesen Koeffizienten.

Wir gehen folgendermaßen vor:

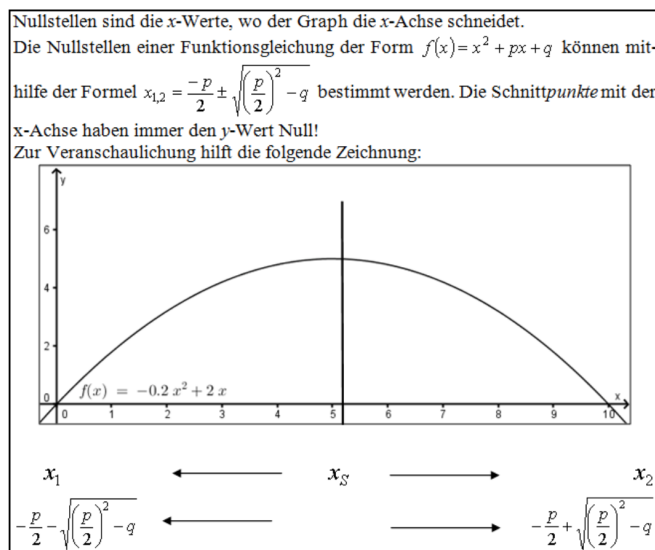
1.  $0,5x^2 - 1,5x = 0$
2.  $\stackrel{0,5}{\Rightarrow} x^2 - 3x = 0$
3.  $\stackrel{p=-3, q=0}{\Rightarrow} x_{1,2} = -\frac{-3}{2} \pm \sqrt{\left(\frac{-3}{2}\right)^2 - 0} = 1,5 \pm 1,5 \Rightarrow x_1 = 0, x_2 = 3$
4.  $\Rightarrow S_x(0|0), S_x(3|0)$

**Der Schlauch hängt also wirklich von Null bis Drei, also über eine Breite von drei Metern.**

... für die Beach balls:  
Nullstellen werden anhand der Breite von Lichtschläuchen erklärt.

Nullstellen sind die  $x$ -Werte, wo die Parabel die  $x$ -Achse schneidet, also der Lichtschlauch aufgehängt ist.  
Die Nullstellen einer Parabel vom Typ  $f(x) = x^2 + px + q$  können ermittelt werden durch die  $p$ - $q$ -Formel:  $f(x) = x^2 + px + q = 0 \Rightarrow x_{1,2} = -\frac{p}{2} \pm \sqrt{\left(\frac{p}{2}\right)^2 - q}$ .  
Wenn vor der größten Potenz ( $x^2$ ) noch eine Zahl steht, müsst ihr zuerst die ganze Gleichung durch diese Zahl teilen.  
Die **Schnittpunkte** mit der  $x$ -Achse sind die Nullstellen und der  $y$ -Wert ist immer Null!

... für die Microscopes:  
Bei diesen wird rein mathematisch rangegangen....



Das Unterrichtsmaterial für die beiden Kontrollgruppen enthielt die gleichen Übungsaufgaben. Die Erklärungen waren allerdings mehr an das klassische Schulbuch angelehnt.

Um den Schülern Freiheit in der Unterrichtsdurchführung zu geben, erhielten alle Schüler zu Beginn

- eine „Kann-Liste“ und
- einen „Advance Organizer“.

Eine Kann-Liste informierte die SchülerInnen über die Themen, die für die Klassenarbeit relevant sind. Der Advance Organizer diente zur Vernetzung der einzelnen Inhalte. Vor Beginn und nach Abschluss der Unterrichtsreihe mussten die Schüler einen Fragebogen ausfüllen, mit dem ihre Einstellung zur Mathematik skalierbar gemacht wurde. Erstaunlich! Das Ergebnis lieferte keinen Unterschied bzgl. der Veränderung der Einstellung zur Mathematik zwischen den beiden Versuchsgruppen und den beiden Kontrollgruppen.

Und welche Erklärung lieferten die SchülerInnen selbst dazu? Die Schüler selbst gaben an, dass allein die Tatsache, das etwas Neues ausprobiert wurde, bereits zu einer positiveren Einstellung führt. Am Ende jeder Unterrichtsstunde wurde eine Befragung der Motivation durchgeführt. Hierfür relevant sind die Eckpunkte:

- Verständnis des Arbeitsauftrags
- Hilfe durch den Lehrer
- Wohlfühlen in der Stunde

Auch hierbei ergab sich kein relevanter Unterschied zwischen den Gruppen und gipfelte im gleichen hohen Niveau der Antworten.

Vor Beginn einer definierten Lernreihe wurde eine Klassenarbeit über lineare Funktionen und nach Abschluss der Untersuchung eine Klassenarbeit über quadratische Funktionen geschrieben.

Die durchschnittlichen Ergebnisse (mittlere Punkteanteile in Prozent) fasst die folgende Tabelle zusammen:

	Versuchsgruppe 1	Versuchsgruppe 2	Versuchsgruppe 3	Versuchsgruppe 4
Veränderung des durchschnittlichen Punkteanteils	-8,05%	-6,70%	-15,82%	-22,79%

Tabelle 1: Entwicklung der Leistungsergebnisse (1. Studie).

Tabelle 1 zeigt, dass sich die beiden Versuchsgruppen deutlich besser entwickelten als die beiden Kontrollgruppen. Das kann als Indiz gewertet werden, dass ein besseres Verständnis gegeben war. Wundert Sie, dass sich der Durchschnittswert in jeder der vier Gruppe verschlechtert hat? Das ist nicht verwunderlich: Das Thema „quadratische Funktionen“ weist eine höhere mathematische Komplexität auf als lineare Funktionen. Während der Durchführung des Experiments fiel auf, dass die SchülerInnen in den Versuchsgruppen viel bewusster und aufmerksamer den Lernprozess an sich beurteilten. Beispielsweise wurde das Unterrichtsmaterial in den Versuchsgruppen wie folgt beurteilt: „Der Anfang ist ja noch klar, aber Sie haben zwischen dem dritten und vierten Schritt einen Zwischenschritt vergessen, deswegen musste ich meinen Nachbarn fragen, wie das geht.“ In den Kontrollgruppen war die Beurteilung lediglich: „Das Material war nicht gut verständlich“. In der Regel keine wurden keine Begründung genannt.

Vor diesem Hintergrund entstand die Idee für eine zweite Versuchsdurchführung. Die Vorbereitung der Lernreihe „Exponentialfunktionen“, die in der Praxis innerhalb von vier Wochen durchgeführt wurde, dauerte zwei Monate. Hierbei wurde in jeder Stunde statt der Motivation nun die Selbstwahrnehmung und Reflexion der Stunde erfragt.

Es ergab sich wieder kein Unterschied in der Einstellung zur Mathematik. Ebenfalls weder in der Selbstwahrnehmung noch in der Reflexion der Stunde war ein Unterschied zwischen den Versuchsgruppen und den Kontrollgruppen. Die von mir bei der zweiten Durchführung unterrichtete Kontrollgruppe argumentierte auch bewusster und aufmerksamer.

Die Klassenarbeit, der einzige Maßstab, der nicht primär die subjektive Steuerung und Manipulation durch die Schüler sondern allein ihre unbeeinflussten Antworten (da sie ja möglichst viele Punkte erreichen wollen) wiedergibt, ergab erneut eine deutlich bessere Entwicklung in den Versuchsgruppen im Vergleich zu den Kontrollgruppen:

	Versuchsgruppe 1	Versuchsgruppe 2	Versuchsgruppe 3	Versuchsgruppe 4
Veränderung des durchschnittlichen Punkteanteils	+21,23%	+25,57%	+15,06%	+10,25%

Tabelle 2: Entwicklung der Leistungsergebnisse (2. Studie).

Was also kann festgehalten werden?

1. Wenn der Unterricht genauer auf den Lernmodus der Schüler abgestimmt ist, erhöht sich die Leistung.
2. Motivation, Selbststeuerung und Einstellung gegenüber dem Fach ändern sich nicht.

Welche Gründe könnten die Ursache sein?

1. Lernstilorientierter Unterricht führt zu einem besseren Verständnis der Lerninhalte in Mathematik und demzufolge zu einer höheren Leistung der Schüler in Tests.
2. Gutes Verständnis von Inhalten wird zwar begünstigt durch eine positive Einstellung zum Unterrichtsfach und kann kurzfristig auch ohne eine solche erfolgen. Bessere Leistung der Schüler führt nicht parallel zu mehr Freude am Unterrichtsfach.
3. Motivation und eine grundlegend positive Einstellung zum Fach ergeben sich eventuell erst bei längerer und nicht bei kurzzeitiger Differenzierung des Unterrichtsmaterials nach Lernstilen.
4. Die Studie war nicht lange genug, so dass die Veränderungen nicht nachhaltig auf die Motive und Ursachen des Lernens wirken konnten.

Literaturverzeichnis

Coffield, F., Moseley, D., Hall, E., & Ecclestone, K. (2004a). Learning styles and pedagogy in post-16 learning - A systematic and critical review. London: Learning and Skills Research Centre/University of Newcastle upon Tyne.

Gregory, G. H. (2005). Differentiating instruction with style. Aligning teachers and learners intelligences for maximum achievement. Thousand Oaks (CA): Corwin Press.

Smith, W., Sekar, S., & Brandon, K. (2002). The impact of surface and reflective teaching and learning on student academic success. In M. Valcke, & D. Gombeir, Learning styles: reliability and validity (S. 407–418). Gent: Academia Press.

Autor:

Michael Sauer ist Lehrer für Mathematik, Wirtschaft und Informatik an der BBS Westerburg. Im Rahmen seiner Promotion an der TU Darmstadt fand das beschriebene Projekt statt. Ziel war die Überprüfung der Hypothese, dass lernstilorientierter Auswirkungen auf verschiedene Größen (Motivation, Selbstregulation, Leistung und Einstellung zur Mathematik) hat.

Michael Sauer, sauer.m@bbs-westerburg.de, Hofwiesenstraße 1 56457 Westerburg

## Gegen den Unterrichtsausfall – unkonventioneller Weg in Bayern – Vorbild für Rheinland-Pfalz?

In der unten abgedruckten Presseerklärung stellt die Technische Universität München einen integrierten Studiengang für eine einphasige Lehrkräfteausbildung in Mangelfächern vor. Wir verstehen diese Maßnahme als interessanten Ansatz zur Gewinnung

von Lehrkräften – ein Allheilmittel stellt er gewiss nicht dar. Seit Jahren erwarten wir von der Landesregierung Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung, die über reine Marketing-Maßnahmen hinausgehen. Dies könnte ein Weg von vielen sein, das Ziel einer bes-

seren Unterrichtsversorgung zu erreichen.

## Master und Referendariat in einem Studiengang

*Dr. Ulrich Marsch Corporate Communications Center (Technische Universität München)*

Die Technische Universität München (TUM) startet einen Studiengang für das Lehramt an beruflichen Schulen, der bundesweit erstmalig sowohl das Masterstudium als auch das Referendariat umfasst. Mit der stärkeren Verknüpfung der Inhalte wollen der Freistaat Bayern und die TUM School of Education die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer weiter verbessern. Der Studiengang soll sich an Quereinsteiger richten, die im Bachelor bestimmte Ingenieurfächer studiert haben. Er soll so dazu beitragen, den Nachwuchsmangel in den Technikfächern der beruflichen Schulen zu beheben.

Wenn angehende Lehrerinnen und Lehrer nach ihrem Studium ihr Referendariat absolvieren, stehen sie nicht nur in den Schulklassen, sondern bekommen auch selbst weiteren Unterricht in den Staatlichen Studienseminaren. Manche Themen überschneiden sich dabei mit den Inhalten aus dem Universitätsstudium.

Das Bayerische Kultusministerium und die TUM School of Education starten deshalb ein bundesweit einmaliges Modellprojekt: Sie haben Masterstudium und Referendariat im „Master Berufliche Bildung Integriert“ verbunden, der zum Wintersemester 2016/17 beginnen soll. Themen, die bislang über die verschiedenen Phasen der Ausbildung verteilt waren, werden nun in gemeinsam konzipierten Modulen gelehrt – zum Teil im Studienseminar, zum Teil an der TUM. Entsprechend

schreiben die Absolventinnen und Absolventen eine Abschlussarbeit, statt einer Masterarbeit an der Universität und einer Hausarbeit im Studienseminar.

Drei statt vier Jahre für Masterstudium und Referendariat

„Wir können die Inhalte im Zusammenhang erklären und besser aufeinander aufbauen“, erklärt Prof. Kristina Reiss, Dekanin der TUM School of Education. „Von beiden Partnern fließt ihr spezifisches Wissen ein, sodass auch die praktischen und die wissenschaftlichen Aspekte der Ausbildung optimal miteinander verknüpft werden können.“

Obwohl bei der Kopplung von Masterstudium und Referendariat keine Inhalte entfallen, kann durch die bessere Strukturierung die Ausbildungszeit gekürzt werden. Statt Masterstudium und Referendariat in vier Jahren zu absolvieren, sind die Studierenden drei Jahre im Integrierten Studiengang eingeschrieben. Bereits im ersten Semester stehen betreute Praktika auf dem Plan, im dritten Semester beginnt der sogenannte Vorbereitungsdienst, also das Referendariat.

Einfacher Zugang für Quereinsteiger aus Technikfächern

Die zweite Besonderheit des Studiengangs ist, dass er explizit für Studierende gestaltet wurde, die einen Bachelorstudiengang in Elektro- und Informationstechnik, Maschinenbau oder einem vergleichbaren Fach absolviert haben. Er konzentriert sich entsprechend auf erziehungswissenschaftliche und fachdidaktische Inhalte, während die Leistungen aus dem Fachstudium vollständig anerkannt werden. Das bedeu-

tet eine große Erleichterung für Quereinsteiger, die sich üblicherweise die Module eines Fachstudiums erst einzeln anerkennen lassen müssen, wenn sie ins Lehramtsstudium wechseln. So soll das Modellprojekt dazu beitragen, den Nachwuchsmangel in den Technikfächern der beruflichen Schulen zu beheben.

„Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen haben eine anspruchsvolle Aufgabe: Sie müssen im schnellen technologischen Wandel immer auf dem Laufenden bleiben und die Schülerinnen und Schüler auf eine dynamische, vernetzte und hochtechnisierte Arbeitswelt vorbereiten“, sagt Dekanin Prof. Kristina Reiss. „Umso wichtiger ist es, dass sie professionell und nach aktuellen bildungswissenschaftlichen Erkenntnissen auf den Unterricht vorbereitet werden.“

Hintergrund:

Der „Master Berufliche Bildung Integriert“ ist Teil des Konzepts „Teach@TUM“, das bei der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern mit rund 5,4 Millionen Euro gefördert wird. Die TUM School of Education war bei der Gründung 2009 die erste deutsche Fakultät, die fächerübergreifend die Verantwortung für das gesamte Lehramtsstudium einer Universität erhielt. Die Forschungserkenntnisse ihrer Bildungswissenschaftler fließen unmittelbar in das Studium sowie in Lehrerfortbildungen ein. Zudem werden die Studierenden bereits ab dem ersten Semester mit Praktika an die Unterrichtspraxis herangeführt. Über ein enges Kooperationsnetz findet ein intensiver Austausch mit Schulen statt.

Mehr Informationen zu „Teach@TUM“:

<http://www.tum.de/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/kurz/article/32268/>  
<https://www.edu.tum.de/qualitaetsoffensive/>

Kontakt:

Prof. Dr. Kristina Reiss  
 Technische Universität München  
 Dekanin TUM School of Education  
 Tel.: +49 89 289 25399  
[kristina.reiss@tum.de](mailto:kristina.reiss@tum.de)

Dr. Christoph Schindler  
 Technische Universität München  
 Projektkoordinator

## Als Lehrer immer „mit einem Bein im Gefängnis“? Aufsichtspflicht und andere Haftungsrisiken einer Lehrkraft

Was kann ich gegen den Handy-Wahn in meiner Klasse tun? Darf ich Schüler früher aus meinem Unterricht entlassen oder Störende meiner Stunde verweisen? Dürfen Schüler auf Klassenfahrten Alkohol trinken? Dieser und viele andere Fragen stand Karin Kunert, die Expertin für Recht und Besoldung im Landesvorstand des VLW, Rede und Antwort am Tag der kaufmännischen Schule in Kaiserslautern. Die zahlreiche, aktive Teilnahme am Workshop „Haftungsrisiken für Lehrkräfte im Schulalltag“ zeigte die hohe Relevanz des Themas. Wichtigster Aspekt der besonderen Dienstpflichten und -aufgaben eines Lehrers war hierbei die „Aufsichtspflicht“ für alle Teilnehmer. Denn sie nimmt eine besondere Stellung ein, da sie ständig Befürchtungen und Hemmungen auslöst, ja sogar eine Art „Damo-klesschwert“ im Schulalltag oder bei Schulfahrten darstellt. Einerseits sind ihre Grenzen nicht klar gefasst, so dass nicht von vornherein ersichtlich ist, was in einer konkreten Situation vom Lehrer zu tun oder zu unterlassen ist; andererseits können bei Verletzung der Aufsichtspflicht erhebliche Schäden entstehen.

„Sich bemerkbar machen“ und als Aufsichtsperson vor allem

präventiv vor, während und nach dem Unterricht zu handeln, ist oberstes Gebot. Der Sinn der Aufsichtspflicht ist, Schüler vor Schäden zu bewahren sowie von den Schülern ausgehende Schäden zu verhindern. „Wo steht das?“ war eine der häufigsten Fragen, wodurch sich für Karin Kunert herauskristallisierte, dass alle etwas greifbares, etwas „schwarz auf weiß“ wollen, um sich absichern zu können. „Die wichtigsten Rechtsgrundlagen sind natürlich das BGB, die Berufsschulordnung, die Dienstordnung, die Schulordnung für öffentliche Berufsbildende Schulen in Rheinland-Pfalz sowie die Verwaltungsvorschriften, die jedoch keine Gesetze sind“, erklärte die Expertin. Geklärt wurden Begriffe wie „Schulweg“ und „Unterrichtsweg“, der Sinn und Zweck einer Diensthaftpflicht sowie das Anweisungsrecht der Lehrkraft, womit diese einen Schüler z.B. im Krankheitsfalle, wenn er anderen mit seinem Zustand schaden könnte, nach Hause schicken darf. Immer mehr Fragen und spezifische Beispiele wollten die Teilnehmer geklärt wissen und nahmen Tipps wie die Broschüre „Mit der Schulklasse sicher unterwegs“ der deutschen gesetzlichen Unfallkasse (DGUV), die es auf deren Website gibt, gerne an. Dem immerwährenden

Thema „Alkohol auf Schulfahrten“ trat die Rechtsexpertin pragmatisch entgegen und erklärte, dass im §59 der Schulordnung für öffentliche BBSn die rauch- und alkoholfreie Schule festgeschrieben steht. Nur der Schulleiter könne bei Volljährigen eine Ausnahme machen.

Wieviel muss ich mir aber als Lehrer gefallen lassen? Und wo kann ich präventiv vorgehen, dass es zu gar keiner Situation kommt, in der ich von schulrechtlichen Maßnahmen Gebrauch machen muss? Karin Kunert empfiehlt, menschliches Urteilsvermögen walten zu lassen, denn wer als Lehrer als verantwortungsbewusster Mensch handelt, handle grundsätzlich nicht pflichtwidrig. Wenn es dennoch zu einem Unfall kommt, könne man ihm einen Vorwurf nicht machen. „Grundsätzlich ist sehr viel über die gesetzliche Unfallversicherung für Schüler abgedeckt“, weiß Karin Kunert. „Zum Beispiel auch, wenn sich Schüler in der Pause vom nahegelegenen Bäcker ihr Frühstück holen und dabei ein Schaden entstehen würde.“ Die persönliche Haftung des Lehrers scheidet ohnehin aus, weil gemäß Art. 34 GG, § 839 BGB der Staat an seiner Stelle eintritt.



Trotz aller „Grauzonen“ schaffte es Karin Kunert, den Lehrkräften eine gewisse Sicherheit zu vermitteln und gebräuchliche Rede-

wendungen wie „auf Klassenfahrten mit einem Bein im Gefängnis stehen“ zu entschärfen, denn „es muss erst eine grobe Fahrlässig-

keit und Vorsatz nachgewiesen werden, wenn der Lehrer für etwas haften soll“.

## Neue Doppelspitze im OV Cochem

In der Mitgliederversammlung des Ortsverbands Cochem am 20. Juli 2015, zu der die scheidende Ortsverbandsvorsitzende Roswitha Grimmen ins Gasthaus am Brunnen in Illerich eingeladen hatte, wurden Esther Mücke und Oliver Friderichs einstimmig als neue Vorsitzende des vlw-Ortsverbands Cochem gewählt. Kurt Flöck, der als Bezirksvorsitzender an der Versammlung teilnahm, gratulierte den neuen Vorsitzenden ganz herzlich zur Wahl und wünschte Ihnen bei der Führung der Amtsgeschäfte viel Freude

und einen guten Erfolg.

Roswitha Grimmer, die dem Ortsverband Cochem 15 Jahre mit Erfolg vorgestanden hat, war für Ihre Kolleginnen und Kollegen und den Bezirksvorstand stets eine verlässliche, kompetente und engagierte Ansprechpartnerin. Zudem war sie für drei Amtsperioden Mitglied im Vorstand des vlw-Landesverbandes Rheinland-Pfalz, in dem sie u.a. die Interessen der Lehrkräfte für Bürowirtschaft engagiert vertrat. Für das langjährige Engagement im vlw dankte Kurt Flöck im Namen des Vorstands des vlw-Bezirksverbands Koblenz und des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung informierte Kurt Flöck über aktuelle dienstrechtliche, bildungspolitische und verbandssinterne Themen, die die Kollegin-



Oliver Friderichs, Esther Mücke

nen und Kollegen zu einer angenehmen und regen Diskussion nutzten.

Die Mitgliederversammlung wurde in geselliger Runde mit einem gemeinsamen Abendessen beschlossen.

**Kurt Flöck**



## Stabwechsel an der BBS SÜW

**Abschied von Helmut Schweder unter der Devise „Aufbruch“ - Nachfolger Wolfgang Peters bereits ernannt**

12 Jahre leitete er die einzige Schule im Landkreis, die den Namen des Schulträgers hat – die Berufsbildende Schule Südliche Weinstraße mit ihren Standorten, die zum Teil über 25 km auseinanderliegen – Dipl.Hdl Helmut Schweder aus Essingen, seines Zeichens Oberstudiendirektor, ab 1. August mit dem Zusatz i.R. (im Ruhestand).

Im vollbesetzten Kurpfalzsaal –



Schweder, Engelhardt-Sigora, Wolfgang Peters

der guten Stube der Stadt Edenkoben, wie es Bürgermeister Kastner in seinem Grußwort bezeichnete- fand die Verabschiedung des rührigen Schulleiters statt, die von vielen Gästen weniger als rührselig, vielmehr als kurzweilig und informativ empfunden wurde. Im Mittelpunkt stand dann auch die Entwicklung der Berufsbildenden Schule Südliche Weinstraße, die als einzige BBS steigende Schülerzahlen aufweisen kann. Nicht zuletzt ist dieser Umstand mit dem Leitbild der Schule begründet – von Schweder geprägt- „Die Region ist unsere Stärke, wir stärken die Region“.

Dies wird verdeutlicht mit den Köchen, die seit zwei Jahren in Edenkoben ausgebildet werden , sowie der Hotelfachschule und der Fachschule für Hotelmanagement. Dass spanische Auszubildende im Spezialunterricht ihre schulische Ausbildung in Edenkoben absolvieren und demnächst wahrscheinlich eine Klasse für Flüchtlinge, die beruflich qualifiziert werden, in Edenkoben unterrichtet werden, geht auch auf das Engagement von Schweder zurück, der sich nicht im Hinblick auf seinen Ruhestand genüsslich vorbereitete, sondern nach wie vor bis zum letzten Tag aktiv war. Am Standort Annweiler schaffte er es mit einem engagiertem Kollegium die Schule für die Sozialberufe (u.a.Erzieher, Altenpfleger, usw,) die Höhere Berufsfachschu-



Christian Paulus, Schweder

le Sozialassistenten mit jährlich zwei Parallelklassen und die Fachschule für die Erzieherausbildung mit jährlich drei Parallelklassen in Vollzeit und Teilzeit zu etablieren. Der profilgebende Faktor in Bad Bergzabern – der eigentliche Hauptsitz- ist die Technik und der IT-Bereich. Mit fast 550 Schülern kann sich die Kurstadt als größter Standort behaupten. Insgesamt leistet die BBS Südliche Weinstraße einen wichtigen Beitrag für den Arbeitsmarkt in der Region und für die Berufschancen von jungen Leuten. Es sei gut, sagte Schweder, dass die BBS SÜW keine Großeinrichtung sei, die wie ein Ozeanriese träge dahingleite, schwer steuerbar sei und nur behäbig beschleunige . Vielmehr sind die drei Standorte dagegen wie wendige Schnellboote, die durch das Meer der Zeit gleiten, die Besatzungen motiviert und anpassungsfähig seien und sich so

schnell auf neue Situationen einstellen könnten.

Beate Engelhardt-Sigora von der Ausichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) überreichte die Urkunde mit den Dankesworten der Ministerpräsidentin Malu Dreyer und informierte, dass ohne Unterbrechung der bisherige Stellvertreter Wolfgang Peters ab 1. August zum Schulleiter ernannt wurde. Die Veranstaltung wurde musikalisch von der BBS Lehrerband umrahmt, verschiedene Beiträge gestalteten die Verabschiedung sehr kurzweilig. Beim anschließenden Imbiss zeigte sich, dass die gastronomischen Berufe nicht nur theoretisch , sondern auch praktisch hochqualifiziert sind. (lpa)



